

**PARTIZIPATION VON KINDERN UND JUGENDLICHEN**

**ALS GESELLSCHAFTLICHE UTOPIE?**

**IDEALE – ERFAHRUNGEN – PERSPEKTIVEN**

**DOKUMENTATION DES BUNDESKONGRESSES AM 12./13. NOVEMBER 2001**



**PARTIZIPATION VON KINDERN UND JUGENDLICHEN ALS  
GESELLSCHAFTLICHE UTOPIE?**

IDEALE – ERFAHRUNGEN – PERSPEKTIVEN

DOKUMENTATION DES BUNDESKONGRESSES

AM 12./13. NOVEMBER 2001



## INHALTSVERZEICHNIS

<i>Ingo Richter</i>	
Begrüßung.....	7
<i>Bundesministerin Dr. Christine Bergmann</i>	
Eröffnung.....	11
<i>Claudia Zinser/Fritz Letsch</i>	
Nur <i>mit</i> uns – Jugendliche zum Thema Beteiligung.....	18
Erfahrungsberichte von Jugendlichen.....	32
<i>Friedrich Schorlemmer</i>	
Partizipation von Kindern und Jugendlichen als gesellschaftliche Utopie? .....	42
<i>Reinald Eichholz</i>	
Forum 1	
Verstetigung einer Beteiligungskultur? – Politische und rechtliche Rahmenbedingungen...	56
<i>Lothar Krappmann</i>	
Forum 2	
Demokratie lernen? Lern- und Bildungsprozesse in Beteiligungsmodellen .....	66
<i>Brigitte Pabst</i>	
Forum 3	
Das Generationenverhältnis neu gestalten?	
Zur Rolle der Erwachsenen in Beteiligungsmodellen.....	70
<i>Constance Engelfried</i>	
Forum 4	
Wer kann mitmachen? Partizipationsansätze für unterschiedliche Zielgruppen .....	78
<i>Waldemar Stange</i>	
Dorf für Kinder – Dorf für alle: Kinderfreundliche Dorferneuerung durch Kinderbeteiligung .....	91
<i>Claudia Franziska Bruner/Ursula Winklhofer/Claudia Zinser</i>	
Partizipation erleben – Erfahrungen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in Beteiligungsmodellen.....	119
<i>Claudia Franziska Bruner</i>	
Kinder und Jugendliche ernst nehmen - Was heißt das für die begleitenden Erwachsenen? .....	120

<i>Claudia Zinser</i>	
Wie lässt sich Beteiligung in die bestehenden Strukturen einbinden?	
Handlungsspielräume in Institutionen, Verbänden und Kommunen .....	124
<i>Ursula Winklhofer</i>	
Was ist den Kindern und Jugendlichen in Beteiligungsmodellen wichtig?.....	129
<i>Rüdiger Hansen</i>	
Arbeitsgruppe 1	
Beteiligung in der Kindertagesstätte.....	137
<i>Heide-Rose Brückner</i>	
Arbeitsgruppe 2	
Beteiligung in der Schule .....	149
<i>Reingard Knauer</i>	
Arbeitsgruppe 3	
Beteiligung in der Kommune .....	155
<i>Sibylle Steegmüller</i>	
Arbeitsgruppe 4	
Beteiligung im Jugendverband .....	168
<i>Hans-Jürgen Palme</i>	
Arbeitsgruppe 5	
Beteiligung in den Medien .....	176
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren .....	179

Ingo Richter

## BEGRÜßUNG

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Bergmann,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Schülerinnen und Schüler,  
meine Damen und Herren,

im Mittelpunkt des heutigen Kongresses steht die Frage nach der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. „Beteiligung“ ist ein relativ unscharfer Begriff, er kann verstanden werden als Partizipation, Teilnahme, Teilhabe usw. Man kann sich beteiligen an organisierten Veranstaltungen, an Streiks, an Wahlen – wenn man das aktive Wahlrecht besitzt – und auch an Kriegen, ebenso wie an Antikriegsdemonstrationen. Die Formen der Beteiligung haben sich im geschichtlichen Verlauf verändert, und ihre Ziele und Zwecke werden erst vor dem konkreten historisch-gesellschaftlichen Hintergrund deutlich bzw. nachvollziehbar. Dies lässt sich an Bilddokumenten sehr anschaulich demonstrieren: Abbildungen wie die Beteiligung junger Menschen an einer Schülerwanderung des „Wandervogels“ vor 100 Jahren oder an einer Massenkundgebung der Hitlerjugend im Berliner Lustgarten im Jahr 1933 zeigen Beteiligungsformen, die wir auch heute noch kennen mögen, die aber andere Zwecke verfolgen – wie z.B. Wanderungen der Alpenvereinsjugend oder Schülerdemonstrationen. Neue Formen der Beteiligung finden wir z.B. auf Bilddokumenten des *Ulmer Kinder- und Jugendkongresses* von 1998 oder des *Münchener Kinderforums*. Auch ihre Zielsetzung, nämlich die politische Beteiligung von Kindern auf kommunaler Ebene, ist neu: Sie steht in engem Zusammenhang mit dem veränderten Bild von Kindheit und von Kindern. Dennoch halte ich es für falsch, davon auszugehen, dass Kinder und Jugendliche früher nicht aktiv waren. Ich selbst war in meiner Kindheit und Jugend christlicher Pfadfinder. Als solcher musste man (damals) jeden Tag „eine gute Tat tun“. Das war ziemlich schwierig, weil es gar nicht genügend alte Frauen gab, denen man über die Straße helfen konnte, zumal es zu jener Zeit noch kaum Autos gab! So mussten wir „gute Taten“ ausdenken, und das waren Taten für die Nachbarschaft und für die Gemeinde. Auch wenn ich keiner politischen Parteijugend angehörte, also nicht im Kontext der etablierten Politik politisch aktiv war, so würde ich ein derartiges Engagement heute als politische Beteiligung bezeichnen, denn es zielte auf die Gestaltung des Gemeinwesens.

### **Von der Ambivalenz von Beteiligung**

Beteiligung ist kein Wert an sich. Ihre Bewertung kann nicht allein in Reflexion ihrer geschichtlichen Anlässe und der angestrebten Ziele erfolgen, sondern muss immer auch ihre Konsequenzen berücksichtigen – diese erschließen sich häufig erst aus einer historischen Distanz. Niemand wird heute mehr die Beteiligung am Zweiten Weltkrieg oder auch an den Wahlen in der DDR als positiv bezeichnen. Anhand dieser Beispiele wird auch ersichtlich, dass die Anzahl der Beteiligten kein Merkmal für den Wert von Beteiligung ist, denn hier handelte es sich um die

totale Beteiligung! Diese Beispiele lenken unseren Blick auf ein weiteres Merkmal zur Konkretisierung von Beteiligung: Die Freiwilligkeit, die wiederum auf den historischen Kontext, in diesem Fall auf bestimmte Staatsformen und -ziele, verweist.

Wenn wir heute von Beteiligung in unserer Gesellschaft reden, so reden wir von Beteiligung in der Demokratie und verbinden damit häufig automatisch, dass diese durch Beteiligung gefestigt und gefördert wird. Dies gilt z.B. für eine hohe Wahlbeteiligung oder das ehrenamtliche Engagement. Dennoch ist die Wahlbeteiligung und die Beteiligung an Abstimmungen in den ältesten Demokratien sehr niedrig, sie liegt in Ländern wie der Schweiz oder in den USA manchmal nur zwischen 30 und 50 Prozent. Auf eine hohe Beteiligung scheinen diese Demokratien nicht angewiesen zu sein – ganz anders als der Sozialstaat auf die ehrenamtliche Arbeit: Wir könnten uns viele soziale Dienste gar nicht leisten, wenn wir sie bezahlen müssten. Ehrenamtliche Sozialarbeiter und Umweltschützer sind viel billiger als bezahlte Arbeitskräfte.

Auch der Nutzen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist nicht immer eindeutig oder sicher – es kommt auf die Perspektive an. So finden Pädagogen, dass Schülerinnen und Schüler, die sich im Unterricht beteiligen, bessere Leistungen erbringen. Das mag so sein, aber andere Schülerinnen und Schüler halten sie gerade deshalb für Schleimer, Karrieristen und Anpasser. Pädagogen gehen auch davon aus, dass Kinder und Jugendliche, die sich beteiligen, später einmal gute Staatsbürger werden. Doch das ist nicht erwiesen; wir wissen es nicht.

### **Vom Wert der Beteiligung**

Unabhängig von den genannten Differenzierungen zur Bewertung von Beteiligung und den Ambivalenzen, die damit verbunden sind, erschließt sich der Wert einer Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf drei Ebenen: Auf der individuellen Ebene in der Lust und im Lernen, auf der Ergebnisebene in der Qualität und auf der integrativen Ebene in der Lösung gesellschaftlicher Konflikte.

#### *Lust und Lernen:*

Wer sich aktiv beteiligt, erzielt einen Lustgewinn, hat jedenfalls die Chance dazu, und lernt etwas. Was eigentlich? Wir alle, aber besonders junge Menschen, lernen sich selbst besser kennen, lernen mit Problemen und Konflikten umzugehen, lernen Konsens und Harmonie kennen, aber auch Dissens und Dissonanz.

#### *Qualität:*

Die Qualität einer Leistung steigt, wenn sich Menschen aktiv an ihr beteiligen. Eine politische Entscheidung, ein Gemeinwesenprojekt, eine Publikation usw. werden besser, wenn die Beteiligten unterschiedliche Perspektiven einbringen – z.B. als Interessenten, Teilnehmer, Betroffene. Der Wert von Beteiligung als Produktivkraft ist bisher kaum erkannt.

### *Lösung gesellschaftlicher Konflikte:*

Unsere Gesellschaft kennt verschiedene grundlegende Widersprüche. Ich will drei von ihnen nennen, die sich, wie die Ergebnisse des Jugendsurveys des Deutschen Jugendinstituts zeigen, in Verhalten und Einstellung von 16- bis 29-Jährigen spiegeln:

1. Das politische Interesse der Jugendlichen steht in einem Widerspruch zur faktischen politischen Aktivität.
2. Die Wertschätzung der Demokratie als Idee steht in einem Widerspruch zur Ablehnung der Demokratie als Praxis.
3. Die große Beteiligungsbereitschaft steht im Widerspruch zur faktischen, zur wirklichen Beteiligung.

*Diese Widersprüche kann man lösen, wenn junge Menschen sich aktiv politisch beteiligen, an der politischen Praxis beteiligt werden, sich wirklich und nicht nur potenziell beteiligen.*

## **Von den Voraussetzungen für eine „wertvolle“ Beteiligung von Kindern und Jugendlichen**

Ich knüpfe an meine Ausführungen zum Wert von Beteiligung an:

- Lust und Lernen können nur erreicht werden, wenn Beteiligungsangebote für Kinder und Jugendliche an ihren Interessen anknüpfen und ihre Perspektive berücksichtigen.
- Qualität kann nur erreicht werden, wenn Beteiligung nicht nur einer bestimmten Gruppe von Kindern und Jugendlichen offen steht – nur den Jungen, nur Deutschen, nur Kindern aus Angestellten- und Beamtenhaushalten. Es geht vielmehr darum, ein möglichst breites Spektrum von Kindern und Jugendlichen in Beteiligungsformen einzubeziehen: Unterschiedliche soziale Schichten, verschiedene ethnische Gruppen, beide Geschlechter, Verhaltensauffällige und „Normale“ usw.

Auf die Lösung gesellschaftlicher Konflikte über die aktive Beteiligung von Kindern und Jugendlichen können wir nur hoffen, wenn wir sie nicht auf eine „Demokratie-Spielwiese“ schicken. Es geht nicht allein um ein „Üben“, sondern es geht um „Praxis“. Gemeint ist, dass Beteiligung tatsächliche Konsequenzen haben muss – sei es auf der institutionellen oder kommunalen, der sozialen oder der räumlichen Ebene. Um dies zu erreichen, muss derjenige, der Kinder und Jugendliche beteiligt, einen Teil seiner Macht abgeben.

Auf dem heutigen Kongress werden wir einen Einblick in Initiativen der Praxis zur Beteiligung und in Untersuchungsergebnisse zur Praxis der Beteiligung erhalten. In der Reflexion dieser Ergebnisse sollten wir nicht vergessen, dass Beteiligung nicht von allein passiert. Sie verlangt nicht nur bestimmte Voraussetzungen, sondern sie will auch beraten sein. Damit ist die Politik

## BEGRÜßUNG

im Bund, in den Ländern und den Kommunen gefordert: Wenn sie Beteiligung wirklich will, so muss sie Angebote und Strukturen schaffen, die eine „echte“ Partizipation ermöglichen

Ich eröffne im Namen des Deutschen Jugendinstituts den Kongress. Ich danke allen Beteiligten, insbesondere Ihnen, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, für die Beteiligung.

Bundesministerin Dr. Christine Bergmann

## ERÖFFNUNG

Lieber Professor Richter,  
liebe Jugendliche,  
sehr geehrte Damen und Herren,

Was haben die Einrichtung eines Kulturzentrums in Balow in Mecklenburg-Vorpommern, der morgendliche Tee in der Kita Rohdenhof in Hannover und erfolgreiche Straßenkinderprojekte in Bangladesh gemeinsam?

Die Antwort ist einfach: Was alle drei Fälle miteinander verbindet und ihnen zum Erfolg verholfen hat, ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

Der Reihe nach: Balow ist ein kleines Dorf mit 360 Einwohnern, die es geschafft haben, soviel Leben ins Dorf zu bringen, dass manche Kleinstadt sie darum beneiden würde. Das hat wesentlich mit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu tun. Der Bau einer Kulturarena und eines Bolzplatzes, die Umgestaltung des Schulhofs und die Nutzung eines ehemaligen Pferdestalls als Kultur- und Kommunikationszentrum – all das wurde gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen geplant und umgesetzt. Besonders bemerkenswert: die Angebote werden generationsübergreifend genutzt. Balow war übrigens Modellstandort im Bundesprojekt „Dorf für Kinder – Dorf für alle“, das heute Nachmittag noch vorgestellt wird.

Mein zweites Beispiel: In der Kita Rohdenhof in Hannover wurde ein Kinderrat eingerichtet, der die Interessen der Kindergarten- und Hortkinder vertritt. Im Kinderrat beschwerten sich die Kinder darüber, dass ihnen der Frühstückstee nicht schmeckte. Daraufhin wurde gemeinsam beschlossen, den Teehändler einzuladen und eine Teeprobe zu veranstalten. Nun bekommen die Kinder den Tee, der ihnen schmeckt. Und was ist mit den Straßenkindern in Bangladesh? UNICEF hat festgestellt, dass Programme, die diese Kinder mit Wohnung und Bildung versorgen sollten, nicht erfolgreich waren. Als Grund fand man heraus, dass versäumt wurde, die Perspektive der Kinder selbst zu prüfen.

Die Quintessenz lautet: Es macht viel Sinn, Kindern zu ermöglichen, an der Entwicklung von Hilfsprogrammen mitzuarbeiten.

An diesen Beispielen sehen wir: Was vor 10 Jahren begonnen wurde – nämlich Kinder und Jugendliche an der Gestaltung ihrer Belange zu beteiligen – hat schon viele Erfolge erzielt. Was anfangs noch exotisch schien, ist in vielen Projekten heute schon selbstverständlich. Noch ist jedoch Beteiligung nicht überall selbstverständlich, noch gibt es einiges zu tun. Auch deshalb sind wir heute hier. Zehn Jahre Beteiligung sind nicht nur ein guter Anlass, Bilanz zu ziehen, sondern auch, um in die Zukunft zu blicken.

Was wurde bisher erreicht?

Welche Formen der Beteiligung haben sich entwickelt und welche haben sich bewährt?

Wie kann Beteiligung noch stärker etabliert werden?

Das sind nur einige Fragen, die bei diesem Kongress beantwortet werden sollen.

Kinder und Jugendliche, die sich einbringen können, machen die elementare Erfahrung, dass Erwachsene auf sie hören und sie selbst, die Kinder und Jugendlichen, ihre Lebenswelt verändern können. Genau das ist es im Prinzip, was Demokratie ausmacht. Demokratie verpflichtet, Betroffene wo immer möglich, in Entscheidungen einzubeziehen. In diesem Sinne ist schon die Teeauswahl in der Kita ein Stück Partizipation. Und zwar in dem Sinne, dass Erwachsene hingehen und ihre Macht, ihre Entscheidungsgewalt mit Kindern und Jugendlichen – zumindest ansatzweise – teilen. Genau darum geht es letztlich bei Partizipation, jedenfalls dann, wenn sie ernst gemeint ist. Dass Kinder Einfluss nehmen auf diejenigen, die selbst letztlich Entscheidungen treffen müssen, und das sind in der Regel die Erwachsenen. Das heißt nicht – und das ist sicherlich auch ein Lernprozess –, dass die Stimme der Kinder und Jugendlichen sich immer hundertprozentig durchsetzt. Aber es heißt, dass sichtbar und nachvollziehbar sein muss, was aus dem wird, was sie sagen.

Diese Erfahrung, Entscheidungen zu beeinflussen, können Kinder gar nicht früh genug machen. Deshalb muss Partizipation in der Familie beginnen, von klein an; sie muss sich fortsetzen im Kindergarten und dann vor allem in der Schule, in Verbänden und im Besonderen in den Gemeinden, eben überall dort, wo Kinder und Jugendliche leben. Dafür brauchen wir gar nicht unbedingt spektakuläre Projekte. Natürlich sind die wichtig und berechtigt. Aber was wir vor allem brauchen, ist eine Demokratisierung des Alltags. Wir Erwachsenen sollten uns so verhalten, dass Kindern immer klar ist: Ich bin wichtig, man hört mir zu, auch auf mich kommt es an. Das heißt, Voraussetzung dafür, Beteiligung nicht nur als Sahnehäubchen zu präsentieren, ist eine partizipationsfreundliche Haltung in allen gesellschaftlichen Bereichen und Institutionen. Dazu ist es unverzichtbar, Kinder als Persönlichkeiten und Träger eigener Rechte anzuerkennen. Dostojewski hat das in seinem Roman „Die Brüder Karamasow“ so ausgedrückt: „Wenn ein Erwachsener das Zutrauen eines Kindes oder gar einer ganzen Gruppe von Kindern gewinnen will, muss er ernst und sachlich beginnen und sie unbedingt als vollkommen gleichstehend behandeln.“

Ich weiß: Das ist für uns Erwachsene eine echte Herausforderung, insbesondere in den Institutionen. Aber eigentlich sollte es *selbstverständlich* sein, Kindern genauso ernsthaft zuzuhören wie Erwachsenen. Es sollte *selbstverständlich* sein, dass Kinder ihre Stimme einbringen, wenn es um ihre Interessen und Belange geht. Denn Kinder, die sich einmischen, nehmen ein Recht wahr. Ein Recht, das in Artikel 12 der UN-Konvention über die Rechte des Kindes festgelegt ist und das auch vielfach im Kinder- und Jugendhilfegesetz verankert ist. Beteiligung ist ein *Recht* von

jungen Menschen, nicht etwa eine großzügige Geste von Seiten der Erwachsenen. Und weil es sich um ein *Recht* von Kindern und Jugendlichen handelt, ist es Sinn und Zweck von Beteiligung, Raum und Zeit und Ressourcen dafür zu schaffen, dass dieses Recht ausgeübt werden kann. Natürlich gibt es auch weitere Begründungen dafür, dass Partizipation sinnvoll und sogar notwendig ist. So gehen wir allzu oft noch davon aus, wir wüssten besser, was für Kinder und Jugendliche gut ist. Jedoch zeigt gerade das Beispiel aus Bangladesh, dass die Einbeziehung von Kindern sich auf die Qualität politischer Entscheidungen sehr positiv auswirken kann.

Wir leben in einer unruhigen Zeit. Die verheerenden Terroranschläge in den Vereinigten Staaten haben uns gezeigt, wie verletzbar unsere offenen Gesellschaften sind. Es ist verständlich, wenn wir – und damit meine ich auch die junge Generation – in dieser Zeit beunruhigt sind. Ich habe das in vielen Gesprächen mit Kindern und Jugendlichen in den letzten Wochen hautnah erfahren. Wir müssen dafür sorgen, dass sich Jugendliche in ihren Wünschen und Lebensplänen nicht verunsichern lassen und daran festhalten.

Klar ist: Wir müssen unsere demokratischen Werte künftig entschiedener als bisher verteidigen. Wir erleben auch, dass es in unserer Gesellschaft Unsicherheiten im Umgang miteinander gibt, Vorurteile und Klischees. Das lebendige Gespräch über unterschiedliche kulturelle, religiöse und ethnische Hintergründe muss gerade bei Jugendlichen eine größere Rolle spielen. Wir schützen unsere Demokratie am effektivsten dadurch, dass die Bürger sich im Sinne dieser Demokratie engagieren und sich für sie stark machen.

Was Demokratie ist, lässt sich verbal nur begrenzt vermitteln. Kinder und Jugendliche „verstehen Politik ganzheitlich – nicht nur intellektuell, sondern auch mit ihrer Seele und ihren Gefühlen“, so hat das der Jugendforscher Klaus Hurrelmann auf den Punkt gebracht. Deshalb glaube ich, dass Demokratie weniger *gelehrt* als vielmehr *gelebt* werden muss. Beteiligung ist praktische politische Bildung. Sich beteiligen heißt nämlich,

- sich als wichtig erleben,
- Verantwortung übernehmen,
- Interessen aushandeln,
- Kompromisse finden,
- die Meinung anderer anhören und respektieren,
- lernen, dass man sich nicht immer durchsetzt,
- Mehrheitsentscheidungen mittragen.

Beteiligung ist ein bedeutsamer Faktor zur Integration in die Gesellschaft. Sie trägt dazu bei, die spezifischen Fähigkeiten der Kinder zu nutzen. Man sollte ferner nicht die Bedeutung von Beteiligung im Zusammenhang mit den rapiden gesellschaftlichen Umbrüchen übersehen. Par-

tizipation ist ein wesentliches Mittel, die Betroffenen diesen Wandel selbst mitgestalten zu lassen.

Gerade an Euch, die Jugendlichen, geht mein Appell: Wir brauchen Euch und Eure Meinung, mischt Euch ein und gebt keine Ruhe, bis die Erwachsenen Euch zuhören. Lasst Euch nicht abbringen von Euren Ideen. Der Kongress heute und morgen ist eine gute Gelegenheit, sich einzumischen.

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, der Idee der Partizipation zum Durchbruch zu verhelfen. Wir sind vielfach aktiv geworden. Ich erinnere hier an die Nationale Jugendkonferenz in Berlin im Juni des vergangenen Jahres. Ich erinnere an die Bundesmodellprojekte „Dorf für Kinder – Dorf für alle“ und das DJI-Projekt „Modelle gesellschaftlicher Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“. Von den Ergebnissen dieser Projekte hören Sie heute und morgen. Man kann sie auch in einer Broschüre nachlesen, die gerade erschienen ist. Nicht zuletzt praktizieren wir Beteiligung im Zusammenhang mit dem Weltkindergipfel. Vier Kinder aus Deutschland werden an dem Gipfel teilnehmen, der nunmehr voraussichtlich im Mai 2002 in New York stattfindet. Die von vielen als politisch uninteressiert dargestellte Jugend ist ein Mythos. Allerdings finden sich die Jugendlichen in der Politik heute oft nicht wieder. Wir haben uns auf ein verändertes Politikverständnis der Jungen einzustellen, die so etwas wie Seismographen zukünftiger Veränderungen sind. Jugendliche beteiligen sich dort, wo sie etwas erreichen können, wo sie gehört werden, dort, wo sie die Spielregeln mitgestalten können.

Beteiligung ist ein entscheidendes Mittel, jungen Menschen wieder Zugang zur Politik zu ermöglichen. In diese Richtung zielt die Bundesregierung mit der bundesweiten Kampagne „Ich mache Politik“, die unter der Schirmherrschaft des Bundeskanzlers steht und in der vergangenen Woche, am 05. November, gestartet wurde. Die Kampagne ist Teil des jugendpolitischen Programms „Chancen im Wandel“ – das ich am Donnerstag in einer Regierungserklärung im Bundestag vorgestellt habe. Ziel der Kampagne ist es

1. zu zeigen, dass wir Jugendliche als Partner ernst nehmen,
2. Politik erfahrbar zu gestalten und die politischen Institutionen für Jugendliche transparenter und zugänglicher zu machen.

Jugendliche aus ganz Deutschland und alle Bundesministerinnen und Bundesminister haben in der ersten Beteiligungswoche an Veranstaltungen teilgenommen. Die Kampagne „Ich mache Politik“ soll überall dorthin getragen werden, wo Jugendliche leben und arbeiten: in die Familien, Jugendfreizeiteinrichtungen, Schulen, Hochschulen, Ausbildungsstätten und Betriebe. Partner dieser Jugendkampagne, die über sechs Monate läuft und im Internet begleitet wird, sind Länder, Städte, Jugendverbände und Organisationen der Jugendarbeit, Schulen und Bildungseinrichtungen. Bundesministerinnen und -minister haben daher zum Auftakt den Dialog mit Jugendlichen gesucht, und zwar unter dem Motto „Politik hat ein offenes Ohr“. So hat zum Beispiel Arbeits- und Sozialminister Walter Riester mit Auszubildenden über den erfolgreichen

Einstieg ins Arbeitsleben diskutiert, Umweltminister Jürgen Trittin über das Engagement von Jugendlichen für die Umwelt und Finanzminister Hans Eichel über den Euro. Zudem gab es am Wochenende hier in Berlin Jungentage, an denen Jugend-Delegationen aus allen 16 Bundesländern teilgenommen haben. Ziel dieser Jungentage war es, miteinander ins Gespräch zu kommen, Erfahrungen auszutauschen, das Gehörte zu Hause in die Tat umzusetzen oder jedenfalls als Anregung mitzunehmen. Der heutige Kongress schließt also eine jugendpolitisch ereignisreiche Woche ab.

Zwischen November und März werden Verbände und Organisationen in ganz Deutschland Projekte vorstellen, die konkret zeigen, welche Formen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen möglich sind und schon praktiziert werden. Darüber hinaus finden Thementage zu jugendpolitisch bedeutsamen Fragen in verschiedenen Großstädten statt. Zum Abschluss wird es Mitte März in Berlin drei „Politiktage“ geben, zu denen 5.000 Jugendliche erwartet werden. Aber natürlich sollen die Bemühungen um mehr Beteiligung im März 2002 nicht enden. Denn Partizipation als Essenz der Demokratie ist niemals „abgehakt“, sondern ein permanenter Prozess.

Mit unseren Aktivitäten befinden wir uns in guter Gesellschaft. Im EU-Weißbuch „Europäisches Regieren“ wird festgestellt: „Demokratie hängt davon ab, ob sich die Menschen am öffentlichen Diskurs beteiligen können“. Das EU-Weißbuch „Jugend“, das in wenigen Tagen veröffentlicht wird, wird konkreter. Es befasst sich ausführlich mit dem Thema Beteiligung und stellt Partizipation als eine Säule der Jugendpolitik heraus. Die EU-Kommission will die Bemühungen um Partizipation künftig stärker unterstützen.

Aber es ist vor allem die kommunale Ebene, auf der Beteiligung die größte Verbreitung gefunden hat. Die Broschüre „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune“, die wir gemeinsam mit dem DJI herausgebracht haben, veranschaulicht, welche Vielfalt an Beteiligungsaktivitäten und -projekten es heute in Deutschland gibt. Mir sind aber auch andere Felder der Partizipation wichtig. Ich denke zum Beispiel an die Jugendverbände. Die Arbeit der Jugendverbände spielt eine wichtige Rolle für die soziale Integration junger Menschen; für sie ist Beteiligung schon immer ein Thema. Auch die Jugendverbände bekommen durch neue Formen der Partizipation neue Anstöße und neuen Zulauf. Auch hier liefert die Studie des DJI wertvolle Hinweise. Ich denke an die Freiwilligendienste, in denen sich bürgerschaftliches Engagement junger Menschen in besonderer Weise manifestiert.

Noch wichtiger ist mir jedoch der Ausbau der Beteiligung an unseren Schulen. Und da geht es nicht nur um Schüler- und Schülerinnenvertretungen und deren Kompetenzen. Kinder verbringen einen großen Teil ihres Tages in der Schule. Schulen haben den gesellschaftlichen Auftrag, Kinder fit zu machen für das Leben, auch für das Leben in unserem Staat. Wenn z.B. die Grundschule in Fulda-Simmershausen bei Kassel mit allen Klassen Zukunftswerkstätten durchführt, nimmt Beteiligung konkrete Gestalt an. Hier einige Highlights aus den Ergebnissen:

- Eine Klasse stellte fest, dass die Spielgeräte auf dem Schulhof teilweise defekt waren. Nachdem sie den für Sicherheit zuständigen Menschen angerufen hatten, wurden die defekten Geräte ausgetauscht.
- Eine andere Klasse wünschte einen Selbstverteidigungskurs und organisierte den Taekwon-Do-Lehrer gleich selbst.
- In einer weiteren Klasse vereinbarten die Kinder selbst und ohne Unterstützung durch Erwachsene Regeln zum Umgang miteinander.
- Andere Kinder handelten mit ihrer Lehrerin aus, dass sie weniger Hausaufgaben aufbekommen, wenn die Disziplin im Klassenzimmer besser wird.

Die Aussage des Schulleiters in Simmershausen sollte vielen Schulen im Lande zu denken geben: „Wir Lehrer haben uns drei Jahre Gedanken um die Schulentwicklung gemacht; hätten wir doch nur die Kinder vorher gefragt.“ Partizipation hat sich an dieser Schule als ein Unternehmen entpuppt, das Lehrer und Schüler in dem gemeinsamen Interesse zusammenführt, eine bessere Schule zu gestalten. Ich ermutige daher die Lehrerinnen und Lehrer ebenso wie Euch, die Schülerinnen und Schüler, die vielen guten Beispiele aufzugreifen und an der eigenen Schule umzusetzen.

Allerdings halte ich es für zu kurz gegriffen, beim Ausbau von Beteiligung allein auf die Initiative Einzelner zu vertrauen. Wenn wir wollen, dass Beteiligung in allen Bereichen selbstverständlich wird, in denen Kinder leben, dann kommen wir nicht daran vorbei, Beteiligung strukturell zu verankern. Geschehen ist dies bereits in den Gemeindeordnungen mehrerer Bundesländer. Beteiligung ist kein Selbstläufer. Deshalb müssen wir Partizipation absichern über Qualifizierung, personelle und finanzielle Ressourcen. Ich halte deshalb den Weg, den beispielsweise Schleswig-Holstein eingeschlagen hat, für richtig, Kinder fit zu machen für Beteiligung. Genauso wichtig ist es, Erwachsene für Partizipation zu qualifizieren. Das gilt besonders für Moderatoren, die mit den jungen Leuten unmittelbar arbeiten, aber auch zum Beispiel für Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, die Partizipation fördern können.

„Partizipation von Kindern und Jugendlichen als gesellschaftliche Utopie?“ lautet der Titel dieses Kongresses. „Utopien sind oft nur vorzeitige Wahrheiten“ hat Alphonse de Lamartine einmal formuliert. In diesem Sinne ist heute schon an vielen Stellen Realität, was vor zehn Jahren noch utopisch erschien. Wenn wir aber unsere Gesellschaft insgesamt betrachten, dann liegt trotz aller guten Beispiele und Ansätze noch ein weiter Weg vor uns. Ich bin aber überzeugt davon, dass der Weg sich nicht nur lohnt, sondern dass er auch notwendig ist. Im 10. Kinder- und Jugendbericht heißt es: „Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Angelegenheiten ist eine Schlüsselentscheidung der Gesellschaft ... Hier entscheidet sich auch, ob eine demokratische Gesellschaft an der Weiterentwicklung ihrer Demokratie interessiert ist“. Die Politik will ihren Beitrag dazu leisten, auch die Jugendhilfe ist auf einem guten Weg.

## ERÖFFNUNG

Euch, den Kindern und Jugendlichen, möchte ich sagen: Ergreift die Chancen, die Euch geboten werden. Und fordert Beteiligung da ein, wo es sie noch nicht gibt. Diese Welt will gestaltet sein. Nicht nur *für* Euch, sondern auch *mit* Euch und *durch* Euch. Überlasst Politik nicht den Erwachsenen, sondern macht selbst Politik.

Claudia Zinser/Fritz Letsch

## NUR MIT UNS JUGENDLICHE ZUM THEMA BETEILIGUNG

„Nur *mit uns*“ hieß die Forumtheater-Präsentation der beteiligungsaktiven Jugendlichen in der Startphase des Kongresses. Meinungen, Ideen und Forderungen der Jugendlichen zum Thema Partizipation an institutionellen und politischen Entscheidungen konnten hier in Szene gesetzt und dem Fachpublikum vorgestellt werden.

Doch nicht nur für die Präsentation sollte dieses Motto gelten, sondern für den gesamten Kongress.

In diesem Rückblick möchten wir beleuchten, unter welchen Rahmenbedingungen die Beteiligung der Jugendlichen stattfand, an welchen Punkten sie erfolgreich war und wo sie kritisch zu überdenken ist. Drei Tage lang haben wir gemeinsam die 32 Jugendlichen auf den Kongress vorbereitet und sie in dessen Verlauf begleitet. Der Rückblick enthält Zitate von Jugendlichen und wird ergänzt durch fünf Erfahrungsberichte, die mit ihrem Einverständnis namentlich abgedruckt werden.

### **1 Idee und Anspruch**

Die Fachtagung war ursprünglich für erwachsene Partizipationsexpertinnen/-experten aus Praxis, Politik und Wissenschaft konzipiert und sollte die Ergebnisse des DJI-Forschungsprojekts *„Modelle gesellschaftlicher Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“* einer breiten Fachöffentlichkeit zugänglich machen.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das den Kongress in Auftrag gegeben hat, war der Meinung: So ein Ereignis kann nicht ohne die Personen stattfinden, denen die Forschung gilt – die Kinder und Jugendlichen, die in Beteiligungsmodellen aktiv sind.

Ja, da ist was dran – aber: Was sollen Kinder und Jugendliche auf einer Fachtagung für Erwachsene, wo es um Forschungsergebnisse und Fachdiskussionen geht? Sich langweilen? Eine nette Fotokulisse darstellen? Nein, so war es nicht gedacht.

Natürlich sind Kinder und Jugendliche Expertinnen/Experten ihrer Lebenswelten und damit auch wichtige Gesprächspartnerinnen/-partner – aber in welchem Rahmen und mit welchem Ziel?

In dem veränderten Konzept sollten sie auf der Fachtagung zu Wort kommen, ihre eigenen Erfahrungen darstellen, mit den Erwachsenen ins Gespräch kommen, Forderungen formulieren, Gehör finden und am besten auch Verbündete für ihre Anliegen. Ein hoher Anspruch, den wir aber einem Fachpublikum, das sich mit Partizipation auskennt, zumuten wollten. Allerdings ist

dazu vonseiten der Beteiligten ein gewisses Alter, etwas Lebens- und Partizipationserfahrung notwendig. Die untere Altersgrenze wurde daher auf 15 Jahre festgelegt, die Obergrenze sollte bei 18 Jahren liegen.

Ministerium und Projektmitarbeiterinnen waren sich einig, dass es nicht sinnvoll ist, Jugendliche ohne jede Einführung und Vorbereitung auf den Kongress zu holen, denn die Erwartungen an die jungen Leute waren hoch: Sie sollten dort aktiv an den Diskussionen der Foren und Arbeitskreise teilnehmen, einen eigenen Programmpunkt übernehmen und vier Vertreterinnen/Vertreter in die abschließende Podiumsdiskussion mit Politikerinnen/Politikern schicken. In einem dreitägigen Vorbereitungsseminar konnten sie sich auf diese Aufgaben vorbereiten.

Um nicht nur auf Sprache als Ausdrucksform festgelegt zu sein und nur den Sprachgewandten das Wort zu geben, wurde ein Workshop konzipiert, der den Jugendlichen Zugang zu einer kreativen und publikumswirksamen Methode ermöglichen sollte: dem Forumtheater.

### ***Idee und Hintergrund des Forumtheaters***

*Das Forumtheater ist die zentrale Methode in einem sehr umfangreichen Kanon von theaterpädagogischen Spielen und Übungen, die Theater für Kommunikation erschließen. Augusto Boal entwickelte diese unter dem Titel „Teatro Oprimido“ (Theater der Unterdrückten) seit den sechziger Jahren zuerst in südamerikanischen Ländern, dann in den siebziger Jahren im europäischen Exil. Sein Volkstheater war ursprünglich sehr von Brecht inspiriert, dem er auf der Suche nach neuen dialogischen Formen im Theater folgte.*

*In einer Forumtheater-Szene wird eine Situation, die als Druck oder Unrecht empfunden wird, bis zu dem Punkt gespielt, an dem die Hauptperson in ihren Zielen scheitert. Dann eröffnet der Joker (eine Spielleiterin/ein Spielleiter) dem Publikum die Möglichkeit, die Situation in anderer Weise zu Ende zu spielen. Mehrere Vorschläge werden gesammelt, um verschiedene Reaktionsweisen auf das Unrecht zu erproben.*

*Der Titel „Theater der Unterdrückten“ nimmt auch Bezug zu Augusto Boals pädagogischem Vorbild Paulo Freire, der mit der Pädagogik der Unterdrückten eine Grundlage für Alphabetisierung und Bewusstseinsbildung zuerst für Brasilien, dann über den Weltkirchenrat für viele afrikanische Länder schuf. Beide sind inzwischen durch viele Dokortitel und vor allem durch die UNESCO geehrt und haben mit ihren Methoden in vielen Ländern Eingang in die allgemeine Pädagogik gefunden.*

### **Woher nehmen wir die Jugendlichen?**

Partizipation von Jugendlichen am Partizipationskongress - eine schöne Idee, aber wo finden wir die engagierten Jugendlichen? Und: Wie kann die breite Beteiligungspalette in Deutschland repräsentiert werden?

Nein, in strengem Sinn repräsentativ, das kann gar nicht gelingen. Aber eine möglichst bunte Mischung von jungen Frauen und Männern aus Großstädten und Dörfern, aus allen 16 Bundesländern, aus den unterschiedlichsten Beteiligungsformen (z.B. aus Medienprojekten, Jugendparlamenten, Schülervertretungen) und Lebensbereichen wie Schule, Kommune, Verbände und Medien sollte schon gefunden werden.

Gute Kontakte zu den verschiedenen Beteiligungsszenen und intensive Recherchen waren notwendig, um interessierte Aktive ausfindig zu machen. Nun galt es, mit diversen Infobriefen und E-Mail-Aktionen zum einen die Jugendlichen für die Teilnahme am Kongress und Vorbereitungsseminar zu gewinnen, zum anderen den Eltern Sicherheit zu geben, dass ihr Kind während der fünf Tage in Berlin gut aufgehoben sein würde und von ihren Erlebnissen profitieren könnte, und zum Dritten die Arbeitgeber und Schulleitungen von der Bedeutung dieses Engagements und einer entsprechenden Freistellung zu überzeugen.

Eine Woche vor der Tagung war es dann geschafft: Die letzte Anmeldung lag auf dem Tisch und die angestrebte „bunte Mischung“ war gut geglückt:

Die Jugendlichen, 15 junge Frauen und 17 junge Männer, kamen aus 15 Bundesländern. Stadt und Land waren gleichermaßen vertreten: 10 Personen aus einer Großstadt, 9 aus einer Mittel- und 13 Jugendliche aus einer Kleinstadt.

Die Mischung der Beteiligungsbereiche war am schwierigsten und zeigte die größten Schwankungen: 13 Teilnehmerinnen/Teilnehmer sind in kommunalen Beteiligungsmodellen aktiv, 11 in der Schule, vier Jugendliche kamen aus dem Medienbereich und zwei aus den Jugendverbänden. Zwei Jugendliche organisieren Angebote in der Jugendarbeit und eine ist auf bundes- und europäischer Ebene politisch tätig.

Altersmäßig stellten die 16-Jährigen mit 13 Personen (7 weiblich/6 männlich) und die 17-Jährigen mit 11 Personen (3 w/8 m) die Mehrheit dar. Eine Frau und ein Mann waren gerade 18 geworden. Und immerhin 6 Jugendliche im Alter von 15 Jahren (4 w/2 m) nahmen das Wagnis auf sich, alleine nach Berlin zu reisen und dort vor den älteren Jugendlichen und den Erwachsenen ihre Meinung zu vertreten.

Ausgerüstet mit der Adresse des Jugendhotels und einem Stadtplan machten sie sich auf den Weg zum Vorbereitungsseminar, das drei Tage vor dem Kongress begann.

## **Der Vorbereitungs-Workshop**

Unser Quartier im Berliner Osten – das Hostel am Tierpark im Stadtteil Lichtenberg – bot einen ansprechenden Rahmen und ausreichend Platz für Plenumveranstaltungen und Theateraktionen. Der erste Abend diente dem Kennenlernen der Gruppe sowie dem thematischen und me-

thodischen Einstieg. In der ausführlichen Vorstellungsrunde wurden Informationen über die eigene Mitarbeit in den verschiedenen Beteiligungsmodellen und -bereichen, über Städte und Bundesländer, Hobbies etc. ausgetauscht. Über die Theatermethoden (s. Kasten) erarbeiteten wir die eigenen Themen der Teilnehmerinnen/Teilnehmer zur Tagung: Wo sehen wir Konflikte in unseren Projekten? Wo brauchen wir Unterstützung? Wo fühlen wir uns unter Druck?

## **Methode und Szenenerarbeitung**

*Zu Beginn stehen wir im Kreis, nehmen unsere Füße am Boden wahr, die Bewegungsmöglichkeit des einen Fußknöchels, der zweiten Seite ... die Knie, Becken, Rückgrat, Schultern, Brustkorb, Hals, Zunge, Stimme, Gesicht, Augen ... jeweils mit kleinen Ausdrucksübungen und Geschichten, die „ankern“ können, Erinnerungen wecken.*

*Die erste Partnerübung wird zu zweit durchgeführt und lässt Grenzen im Bewegungsradius erkennen: Eine Hand führt (auf Abstand) das Gesicht der Partnerin/des Partners. Welchen Vorgaben ist sie/er bereit zu folgen?*

*Die gleiche Übung auch noch zu dritt, mit anderen Partnern: Frage der Machtgefühle und Verantwortung.*

*Im Anschluss geht es in die weiteren Schritte des Statuen-Baus: Eine Person „nehmen“, zur Statue „einfrieren“, dann formen, Spannungsbögen im Körper entdecken und betonen, das Gesicht „in einem Spiegel“ zeigen, die Augen (mit zwei Fingern) auf einen Punkt ausrichten, einen Satz, ein Wort oder einen Ton geben, ... und fertig ist die erste Galerie, die von den Bildhauerinnen/Bildhauern betrachtet werden kann. Diese sollen dabei eine Haltung zu den Statuen und ihren Äußerungen einnehmen und reagieren.*

*Die Statuen können schon zu einem Thema gestellt werden, aus den geformten Bildern werden die generativen Themen der Teilnehmenden gesammelt: Was ist für mich an diesem Thema mit Druck beladen, was möchte ich ändern, was hat mich geärgert ...?*

*Die Bilder können auch schon mit ersten Methoden analysiert werden: „Stimmenhören“ und „Gedankenlesen“ fordert die Gruppe zu allen möglichen und unmöglichen Interpretationen heraus, die wild durcheinander geäußert werden können, damit nicht zu viel Zensur sie zurückhält.*

*Die nächste Statuen-Reihe kann dann schon zum Thema Konflikt, nun wieder in Dreier-Gruppen, gebaut werden: Zum Thema passend werden durch eine Regisseurin/einen Regisseur zwei Statuen so zueinander gestellt, dass sie, wie maschinell, im Höhepunkt des Konflikts bleiben und ihre Sätze wiederholen.*

*Aus diesem Kern-Stück (Nucleo) können wir dann schon (in größeren Gruppen) die Forum-Szenen entwickeln: Wie kam es zu dieser Haltung, wie sieht die Vorgeschichte in mehreren Schritten aus?*

*Sind wir am Höhepunkt und „Fall“ der Geschichte?*

*Die Dramatik des Forumtheaters gibt dem Publikum die Möglichkeit, die unterdrückte Hauptperson kennen und lieben zu lernen, bis sie dann in ihrem Bemühen scheitert: Dann ist die Zeit des Jokers, eines Spielleiters gekommen, der das Publikum zur Veränderung der Szene herausfordert und ermutigt.*

*Damit die Szene auch sicher, ansprechend und wiederholbar wird, benutzen wir einige Probetechniken, wie das „Spielen als Tiere“, „Stopp, was denkst du?“.*

*Und dann geht es schon beinahe auf die Bühne: Aufwärmübungen erinnern noch mal an die erste Runde der Ausdrucksübungen; große Bewegungen, die geübte Stimme und der gemeinsame Rhythmus geben uns Sicherheit. Wenn dann aus dem Publikum jemand kommt und eine Veränderung spielt, werden sich die „Unterdrücker“ entscheiden, ob sie sich davon beeindrucken lassen und ihre alte Haltung aufgeben. Wenn nicht, gibt es ein neues Spiel ...*

Der zweite Seminartag galt sowohl der Szenenerarbeitung für die Forumtheater-Präsentation als auch der inhaltlichen Vorbereitung auf die Beteiligung der Jugendlichen an den thematischen Fachforen und den Arbeitskreisen zu den Praxisfeldern.

Die gewünschte breit gefächerte Zusammensetzung der Jugendlichen erwies sich als bereichernd, aber ebenso als anstrengende Herausforderung sowohl für die Jugendlichen selbst als auch für die Seminarleitung. Der Grad an benötigter Hintergrundinformation zu den Themen in den Foren und Arbeitskreisen war sehr unterschiedlich, ebenso wie der Bedarf und der Wunsch, Partizipationsprobleme ausdiskutieren oder sich auf neue Methoden einzulassen. Ansprüche und Wünsche an die Seminarinhalte bzw. -methoden und an die Freizeitgestaltung sowie die Kompetenzen, sich anregend in den Gruppenprozess einzubringen, divergierten zum Teil erheblich und führten zu einigen Konflikten innerhalb der Gruppe und mit uns.

Dazu Benjamin Rabenstein, 17 Jahre, in einem E-Mail-Feedback an alle:

*„Ich bin der Meinung, dass die ‚Anleitenden‘ (nochmals DANKE Claudia und Fritz) mehr hätten leiten sollen, also z.B. lähmende Methodendiskussionen durch besseres oder nochmaliges Erklären beenden oder klarstellen. Oder Besprechungen nicht von irgendeinem Teilnehmer (wann er Lust hat) beenden zu lassen, sondern diese wichtigen Besprechungen zu Ende zu führen, auch wenn nicht mehr alle so große Lust haben. Ich glaube, dass in einer doch so relativ großen Gruppe jeder einsehen sollte, dass er nun mal nicht immer machen kann, was er will, sondern auf die anderen Rücksicht nehmen muss und dann eben auch mal eine Besprechung „durchhalten“ muss und nicht einfach gehen kann ... Nun ja, und weil wir uns nicht genug verständigen und auf die Methoden einstellen konnten, haben wir eben unterschiedliche Erwartungen und Wünsche gehabt, die nicht ganz zusammen zu kriegen waren. Und deshalb gab es dann auch die eine oder andere Enttäuschung oder Zoff, der vielleicht auch zu vermeiden gewesen wäre!“*

Unsere Vorentscheidung für das Forumtheater als Möglichkeit, die kritischen Seiten der Partizipation auf kreative Art in den Kongress einzubringen, stieß zum Teil auf Widerspruch, der sich weniger auf die Form als auf die Art der Entscheidung bezog.

Als eine Hauptkritik wurde uns vermittelt: Wieso wurden weder der Workshop noch der Kongress in Zusammenarbeit mit Jugendlichen vorbereitet?

Der fehlende Einfluss auf die Kongresskonzeption und die Workshop-Methoden sowie die Vorbereitung auf eine Vielzahl von Arbeitsaufträgen während der Tagung verärgerte die Jugendlichen. Zurecht – denn eine gemeinsame Vorbereitung des Kongresses mit den Jugendlichen war nicht vorgesehen gewesen, doch die Erwartungen an sie waren sehr hoch.

Eines unserer Hauptprobleme an diesem Wochenende war die gebotene Eile. Mit mehr Zeit wären produktivere Aushandlungsprozesse, die umfassenden Aufgaben – Kennenlernen der Forumtheater-Methode, Entwicklung verschiedener Szenen und Beiträge, Vorbereitung auf die Foren und Arbeitsgruppen sowie Mitgestaltung der Räumlichkeiten – entspannter zu bewältigen gewesen. So bewegten wir uns ständig an der Überforderungsgrenze sowohl der Jugendlichen als auch der Seminarleitung. Dazu schrieb Jona Hölderle, 18 Jahre, im Anschluss an den Kongress:

*„Aus meiner Erfahrung klappen Seminare mit engagierten Jugendlichen am besten, wenn man vorher das Programm durchgeht und schaut, ob der von den Moderatoren eingeschlagene Weg der beste und gewollte Weg zum Ziel ist und sich anschließend Gedanken über die gemeinsame Strukturierung der Zeit macht.“*

Er schränkte allerdings ein:

*„Es ist natürlich sehr schwierig, vorher eine Planung zu machen und die dann vollständig zur Diskussion zu stellen, in diesem Fall mit Fritz als ‚extra Theatermensch‘ geradezu unmöglich.“*

Trotz all dieser Hindernisse und Konflikte – oder gerade deshalb? – wuchs die Gruppe schnell und intensiv zusammen und erprobte sich gleichermaßen im Forumtheater wie im nächtlichen Erobern von Berlin. Die „Verlockungen der Hauptstadt“ standen manchmal im Konflikt mit dem harten Arbeitsprogramm des Folgetages und beeinflussten die Konzentration und Produktivität der Gruppe, was dann leider wieder auf Kosten von gemeinsamer Freizeitgestaltung ging. Ein echtes Dilemma, denn wir hatten durchaus ein Interesse daran, dass die Jugendlichen Berliner Luft „schnuppern“ können, auch wenn die Aufsicht über 30 junge Leute dem berühmten Hüten des „Sacks voller Flöhe“ glich. Gelobt sei das Handy – und die recht schnell eingespielte Ab- und Rückmeldung der Jugendlichen!

Aus der Aufgabe, kritische Beteiligungssituationen szenisch so umzusetzen, dass die Erwachsenen angeregt werden, ihre Veränderungsvorschläge spielerisch einzubringen, entwickelten sich

etwa zehn Vorschläge, von denen schließlich fünf Szenen zur weiteren Bearbeitung ausgesucht wurden.

## **Kurze Beschreibung der erarbeiteten Szenen**

Aus dem Bau der Statuen fanden sich thematische Gruppen, die aus ihrem Schwerpunkt eine Forum-Szene für die Präsentation entwickelten.

Nach der gegenseitigen Vorstellung kristallisierten sich fünf Stücke heraus, die dann in der Tagung auch aufgeführt wurden.

### **Die Szenen der Jugendlichen**

#### ***Die Einstiegsszene***

*Jugendliche laufen durch die Flure hinter einem Jugendfunktionär her und versuchen, mit ihm Vereinbarungen zu treffen. Er ist aber zu beschäftigt und zu wichtig und gerät wild mit seinem Handy telefonierend auf der Bühne.*

#### ***Die Bürgermeisterin vertröstet***

*Einige Jugendliche haben sich einen Termin bei der Bürgermeisterin geben lassen, die ihnen aber nur ihre Finanzprobleme erläutert und sie auffordert, doch in etwa zwei Jahren wiederzukommen.*

#### ***Der Generationenwechsel im Jugendtreff***

*Jugendliche starten die Idee der Einrichtung eines Jugendtreffs, aber alle Entscheidungen auf politischer Ebene benötigen „sooo“ viel Zeit. Somit kommt es immer wieder zum Wechsel der Mitarbeitenden. Wenn diese z.B. zum Studium den Ort verlassen, müssen die Pläne plötzlich durch Neue vertreten werden.*

#### ***Gespräch mit dem Schulleiter***

*Die Schüler suchen für ihr Beteiligungsprojekt nach einem Raum, in dem sie sich ungestört treffen können. Der Schulleiter argumentiert mit Raummangel und dem Bedarf der Lehrerschaft, die den gewünschten Ort mit einer Kaffeemaschine blockiert.*

### **Der Machthaber**

*Jugendliche stellen dar, wie sie sich von Erwachsenen behandelt fühlen:*

*Gezeigt wird die Diskriminierung von Behinderten, Lesben und Minderjährigen. Während die Behinderten und die Lesben wenigstens rechtlich respektiert werden und der Machthaber sich kooperationsbereit zeigt, werden die Jugendlichen mit der Begründung, sie seien zu jung, zu unerfahren und sowieso noch „erziehungsbedürftig“, sofort vertrieben.*

Eine Gruppe von etwa zehn Jugendlichen fand die Inhalte der Szenen zu spontan gewählt und nicht genügend ausdiskutiert.

*„Die Vorbereitung der Theaterstücke waren meiner Ansicht nach viel zu oberflächlich, so ging es nicht um Inhalte, mit denen man sich doch zuvor auseinandersetzen muss, sondern um Ideen, die mal so zwischendurch kamen. Das ist für mich alles zu sehr an der Oberfläche gekratzt, also Mist.“*  
Rosa Coco Schinagl, 18 Jahre

Sie sahen zum einen ihre Kritik an Beteiligungsformen und politischen Strukturen nicht ausreichend aufgearbeitet, zum anderen befürchteten sie, dass diese im Theaterspiel nicht ernsthaft genug von den Kongressteilnehmerinnen/-teilnehmern wahrgenommen würde. Diese Zweifel und die Kritik daran, dass die Methode von Erwachsenen bereits im Vorfeld ausgesucht worden war, verschärfte sich durch Informationen aus einem parallel angesetzten Beteiligungsworkshop, bei dem die Gruppe die vorgeschlagene Form abgelehnt und eine vollständige Konzeptänderung durchgesetzt hatte.

Es gelang uns nicht, das Vertrauen der skeptischen Teilgruppe in die Theatermethode zu stärken, obwohl wir auf gute Praxiserfahrungen hinwiesen. Da jedoch gleichzeitig ein Großteil der Gruppe die Chancen nutzen wollte, die das Forumtheater im Gegensatz zum verbalen Statement mit sich bringt, wurde eine Kompromisslösung angestrebt. Die „unzufriedenen“ Jugendlichen entwickelten einen Alternativbeitrag, den sie der Gruppe als „Back-up-Lösung“ anboten, falls das Forumtheater eine „Pleite“ erleben und vom Publikum nicht angenommen würde.

*„Die Themen- und Szenenvorbereitungen waren am Anfang etwas unklar, und Szenen, an denen dann lange gearbeitet wurde, waren aus 5-Minuten-Überlegungen geboren. Aber gerade am Sonntag fand ein wunderschöner Gruppenprozess statt, obwohl halt leider nicht als ganze Gruppe.“*

Jona Hölderle, 18 Jahre

Die Generalprobe einen Tag vor Kongressbeginn war noch so sehr Baustelle, dass alle froh waren, eine Alternative an der Hand zu haben, obwohl das große Geheimnis, um welche Inhalte und Darstellungsform es sich genau handelte, von der „Back-up-Gruppe“ nicht gelüftet wurde.

Die Gruppen, die Szenen entwickelt hatten, zeigten jedoch an diesem (eigentlich freien) Abend noch einen enormen Ehrgeiz, die dargestellten Situationen zuzuspitzen und an der jeweiligen Präsentation so lange zu feilen, bis diese anschaulich und wiederholbar war.

## **2 Die Erfahrungen mit dem Bundeskongress**

Die Nervosität zu Beginn des Kongresses war dann doch recht groß, denn der Auftritt der Jugendlichen sollte direkt nach den Einführungen von Prof. Dr. Ingo Richter und Bundesministerin Dr. Christine Bergmann stattfinden. Die Forumtheater-Präsentation kam beim Publikum sehr gut an. Die fünf Szenen zeigten pointiert die wichtigsten Konfliktpunkte, denen Jugendliche bei ihren Versuchen, sich zu beteiligen und Einfluss zu nehmen, ausgesetzt sind und wurden vom Publikum durchaus wiedererkannt.

Nachdem der erste Erwachsene den Mut hatte, spielerisch eine Szene zu verändern, war das Eis auch für die anderen gebrochen. Die Erwachsenen hatten die Aufgabe, in die Rolle der „Unterdrückten“ – also z.B. der nicht ernst genommenen, abgespeisten Jugendlichen – zu schlüpfen und die Situation zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Allein bei der „Schulszene“ wurde viermal ein neuer Anlauf genommen, den autoritären Direktor umzustimmen. Das Publikum und wir bekamen beinahe Mitleid mit Stefan in der Rolle des „bösen“ Direktors, denn dieser kam zunehmend in Bedrängnis und musste tatsächlich sein Verhalten ändern.

Einige Erwachsene umschifften die Herausforderung, die „Unterdrückten“ zu ersetzen, indem sie Zuflucht zu einer vertrauteren Rolle nahmen: die der außen stehenden, helfenden und beratenden Fachkraft. Ein Kongressteilnehmer ließ es sich nicht nehmen, die Rolle der ewig vertröstenden Bürgermeisterin einzunehmen, obwohl das eigentlich nicht den Regeln des Forumtheaters entspricht. Es war ihm ein Anliegen zu zeigen, dass Bürgermeister auch anders agieren können. Ob er selbst zu dieser Berufsgruppe gehört, blieb sein Geheimnis.

Die gelungene Präsentation hatte nur einen Wermutstropfen: Die Gruppe mit dem „Back-up-Vorschlag“ war nicht zum Zug gekommen. Für ihre Ideen und Inhalte war kein Raum mehr gegeben, was wir als Seminarleitung sehr schade fanden.

Auf jeden Fall sorgte die 45-minütige Forumtheater-Präsentation der Jugendlichen und die aktive Teilnahme einzelner Erwachsener für hohe Aufmerksamkeit und eine gelöste Stimmung im Publikum und bot intensiven Gesprächsstoff für die nächsten Pausen. Die Präsentation war ein voller Erfolg, auf den die Jugendlichen zu Recht stolz sein konnten.

*„Bei unserem Beitrag, also dem Forumtheater, fand ich äußerst positiv überraschend, dass so viele Leute eingestiegen sind und ihre Ideen eingebracht haben.“*

Benjamin Rabenstein, 17 Jahre

*„Das Forumtheater selbst ist für mich überraschend gut angekommen; sehr aufschlussreich auch über die Leute, die mitgespielt haben ...“*

Jona Hölderle, 18 Jahre

Friedrich Schorlemmer gelang es gut, seinen Vortrag mit der gelockerten Atmosphäre im Saal in Einklang zu bringen. Insbesondere seine Rhetorik wurde von den meisten Jugendlichen als brillant, wenn auch anspruchsvoll, benannt und hinterließ einen großen Eindruck. Generell wurden die Referate sehr unterschiedlich bewertet, wobei alle Vorträge sowohl positive als auch negative Feedbacks auslösten. Die Bandbreite ging von „langweilig“, „abgehoben“, „von der Informationsflut erschlagen“ bis hin zu „anregend“ und „interessant“.

Der „Absturz“ der ausgezeichneten Stimmung kam leider mit den vier themenbezogenen Foren, zu denen die meisten Jugendlichen – und über alle vier Foren hinweg – folgende Kritikpunkte äußerten: Die Inputs waren schwer verständlich; die Zeit für eine anregende Diskussion zu kurz, deshalb kam es nur zu einem Austausch von Statements, nicht zu Ergebnissen; die Moderation hat die anwesenden Jugendlichen nicht genügend einbezogen. Ähnliche Kritik gab es am nächsten Tag in den Arbeitskreisen zu den Praxisbereichen, wobei diese nicht so durchgängig geäußert wurde. Ein gewisser Lernprozess hatte bei den z.T. ebenfalls unzufriedenen Erwachsenen anscheinend schon eingesetzt. Illustrierend für die Meinungen steht das Feedback von Jona Hölderle, 18 Jahre:

*„Die Foren und Arbeitskreise fand ich das einzig wirklich Enttäuschende. Und zwar nicht mal vom Inhalt, da habe ich nicht allzuviel erwartet, auch nicht wegen des Umgangs Erwachsene – Jugendliche (den ich gut fand!), sondern einfach, weil sie sehr unprofessionell waren. Es scheint wohl nicht mal da möglich zu sein (vielleicht abgesehen vom Forum 3 Generationenverhältnis und der AG Jugendverband) Moderation und inhaltliches Statement voneinander zu trennen. Außerdem absolut nicht zielorientiert“.*

Aus solchen Äußerungen sprechen bei einem Teil der Jugendlichen Erfahrungen mit einem hohen Beteiligungsniveau und weitgehendem Selbst- und Mitbestimmungsrecht, das einige Jugendverbände (wie z.B. manche Pfadfinderbünde), Gruppen wie die KinderRÄchTsZÄnker und auch einige kommunale Jugendparlamente entwickelt haben. Andere wiederum kennen und benennen ihre sehr unterschiedlichen Erfahrungen zwischen totaler Entmündigung, netten Schein-Modellen und bedingten Mitsprache-Modellen, wie sie z.B. in der Schulbeteiligung in den einzelnen Bundesländern zu finden sind.

Die Erwachsenen präsentierten sich auf der Tagung ebenfalls in einer breiten Palette, wie von einigen Jugendlichen sofort kritisch bemerkt wurde: Die meisten Aversionen weckten Selbstdarstellerinnen/-darsteller sowohl in der Moderation als auch bei den Teilnehmenden. Auch Fürsorgende mit Bevormundungstendenzen und Berufsjugendliche kamen nicht so gut an.

Leider blieb die Abschlussdiskussion im Plenum für die Jugendlichen sehr unkonkret und führte zu Unzufriedenheit. Zwar zeigten die anwesenden Politikvertreter Verständnis für deren kritische Hinweise auf finanzielle Hürden, fehlende Vernetzung und mangelnde Bereitschaft der Entscheidungsträger, Verbesserungsvorschläge auch in angemessener Zeit umzusetzen, aber eine schnelle Lösung konnten auch sie nicht anbieten. Dazu müssen die Forderungen auf den jeweils zuständigen politischen Ebenen verhandelt werden. Die Jugendlichen können also nur hoffen, dass die Anwesenden ihre Anregungen und Forderungen in die entsprechenden (Entscheidungs-)Strukturen weitertragen und dort unterstützen werden.

Unsere eigene Schlussrunde war gekennzeichnet von der Abreise derjenigen, die weite Wege hatten, und von der Abschiedsstimmung neu geschlossener Freundschaften. Die entstandene Unruhe erschwerte die Konzentration und eine gemeinsame Auswertung der Tage:

*„Ich hätte gerne noch eine Gesamtauswertung des Kongresses mit allen vor Ort gemacht, aber das war ja leider aus zeitlichen Gründen nicht möglich (Verbesserung möglich?).“*

Benjamin Rabenstein, 17 Jahre

*„Dass man am Ende so einer Veranstaltung noch nicht mal eine Auswertung mit persönlicher Kritik einplant und jeden so wieder in seine Welt entlässt, unterstützt meinen [negativen] Eindruck. Wirklich schade, denn ich denke, dass da Menschen dabei waren, die mehr Kompetenzen haben, als sich ein paar schöne Tage in Berlin zu machen.“*

Rosa Coco Schinagl, 18 Jahre

Der Forderung nach mehr Zeit für die Auswertung der gemeinsamen Arbeit und für die Reflexion der neuen (oder altbekannten) Erfahrungen können wir uns nur anschließen. Auch hätten wir gerne die Möglichkeit gehabt, gemeinsam mit den Jugendlichen den Erfolg zu feiern und die fünf intensiven Tage gemütlich ausklingen zu lassen. Dem standen zusätzliche Kosten und ein weiterer Freistellungstag durch die Schulen und Arbeitgeber im Weg. So mussten wir uns leider auf eine kurze Schlussrunde und den anschließenden E-Mail-Austausch beschränken.

### **3 Fazit einiger Jugendlicher**

Am Ende des Kongresses war bei einigen die „Ent-Täuschung“ groß:

*„Wenn wir uns hier in zwei Jahren in gleicher Besetzung wieder treffen, würden wir genau die gleichen Fragen diskutieren und nichts hätte sich verändert.“*

Anne Kleiber, 16 Jahre, im Verlauf der Abschlussdiskussion

*„Unterm Strich waren die Tage für mich inhaltlich schwach und enttäuschend, aber vielleicht ist auch mein Anspruch zu hoch, keine Ahnung!“*

Rosa Coco Schinagl, 18 Jahre

Andere wiederum sehen das differenzierter:

*„Man kann in solch einer kurzen Zeit und vor allem bei unterschiedlichen Auffassungen nicht zu einem Ergebnis kommen. Ein Kongress dient m.E. nach dazu, sich zu treffen und individuell Kontakte zu knüpfen und Gespräche zu führen. Wer mehr erwartet, wird immer enttäuscht sein, außer bei Zufällen.“*

Sabine Steldinger, 17 Jahre

*„Im Ganzen gesehen, muss ich sagen, sehe ich die gesamte Aktion als sehr positiv für mich, denn ich habe einige interessante und liebe Leute kennen gelernt und viele Erfahrungen in bezug auf Umgang mit Zeit, Kommunikation, Arbeitsmoral, Zuverlässigkeit, Partizipation Jugendlicher in allen Bereichen, Umgang mit Gruppen und mit mir selber gemacht. Nicht nur positive, aber wenn man aus seinen schlechten Erfahrungen auch was lernt, dann ist ja wohl jede Erfahrung positiv. In diesem Sinne: ich habe auf jeden Fall viel für mich mitgenommen und gelernt.“*

Benjamin Rabenstein, 17 Jahre

*„Ich fand die gemeinsame Stimmung, bis auf allabendliche Auflösungserscheinungen sehr gut. Habe wie immer Leute kennen gelernt, mit denen ich weiterhin zu tun haben werde und welche, mit denen eher weniger. Mit der Gesamtveranstaltung war ich eigentlich recht zufrieden. Es war allerdings ein so genanntes Top-Down-Modell, und auch hier hätte es nichts geschadet, Jugendliche früher mit einzubeziehen.“*

Jona Hölderle, 18 Jahre

## **4 Fazit der Seminarleitung**

### **Die Reize der Großstadt lenken ab**

Die vielfältigen Unterhaltungsmöglichkeiten einer Stadt wie Berlin brachten auch Freizeitstress und Entscheidungsnot in die Gruppe, die sich gerade müde diskutiert hatte. Wie würde ein Vorbereitungsseminar oder gar eine Tagung in einer Kleinstadt wirken?

### **Ein Zuviel der Aufgaben überfordert alle Beteiligten**

Eine Vielzahl verschiedener Aufgaben sollte in kürzester Zeit und mit vorzeigbaren Ergebnissen bewältigt werden. Das kann nur auf Kosten der Beteiligung gehen.

Darüber hinaus kann das Personal für die Vorbereitung von Jugendlichen nicht gleichzeitig inhaltlich und methodisch arbeiten, die Gruppendynamik wahrnehmen und organisatorische Verantwortung sowie die Aufsichtspflicht übernehmen. Eine bessere Ausstattung mit Personal ist somit dringend geboten, vor allem, wenn die Möglichkeit für Beteiligung und Veränderung gegeben sein soll.

## **Eile ist der Feind der Beteiligung**

Die bunte Mischung der Jugendlichen bringt auch gruppenspezifisch sehr verschiedenartige Anforderungen mit sich. Dafür – und für die Erarbeitung der Tagungsbeiträge – brauchen alle Beteiligten Zeit, Strukturen und Ruhe.

## **Ziele und Grenzen der Kongressplanung klar benennen**

Das Wecken von zu hohen Erwartungen führt zwangsläufig zu „Ent-Täuschungen“. Vor allem, wenn der Eindruck entsteht, dass die Teilnehmenden wirklich bei allem zu Wort kommen sollten.

## **Auswertung ist ebenso wichtig wie Vorbereitung**

Die Reflexion, eine differenzierte Beurteilung und vor allem die Integration des Erlebten in das eigene Deutungsmuster – vor der Rückkehr in den Alltag – sind wichtige Bestandteile jeder Beteiligungsaktion und benötigen ebenfalls Raum und Zeit.

## **Für eine neue Planung ...**

Kongresse sind Informationsveranstaltungen und bieten ein Austauschforum für Praxis und Wissenschaft – politische Entscheidungen werden auf ihnen in der Regel nicht gefällt, bestenfalls vorbereitet und angeschoben.

### *Modell 1: Erwachsene unter sich*

Wäre es also nicht legitim, zum Thema Jugendbeteiligung eine reine Fach- und Erwachsenenveranstaltung zu machen?

Wenn man sich jedoch entschließt, eine Tagung unter Beteiligung von Jugendlichen zu veranstalten, muss den Veranstaltenden schon im Vorfeld klar sein, inwieweit sie die Jugendlichen mitwirken und mitbestimmen lassen wollen.

### *Modell 2: Jugendliche dürfen teilnehmen*

Jugendliche nehmen an einer Fachtagung teil und erhalten die Möglichkeit, ihre Meinungen darzustellen. Unterstützend kann hierfür ein Vorbereitungsseminar wirken, jedoch: Im Widerspruch zu hoher aktueller „Beteiligung“ der Jugendlichen steht der Wunsch der Veranstaltenden, möglichst viele Inhalte und Aufgaben der Tagung sicher festzulegen und zu delegieren.

Was wäre eine passende partizipative Struktur für die Jugendlichen in der Praxis eines Kongresses?

*Modell 3: Jugendliche werden beteiligt*

Die Antwort auf diese Frage lässt sich nur in einem gemeinsamen Prozess von Jugendlichen und Erwachsenen zur Konzipierung der Tagung finden. Das gilt gleichermaßen für die Inhalte der Tagung, die Methoden und die Umsetzung. Dazu sind ein längerer zeitlicher Vorlauf sowie eine breitere Finanzierung notwendig.

Nach einem ersten Treffen und Kennenlernen kann die weitere Vorbereitung per Internet und Postbetreuung erfolgen. In Internet-Gruppen können in kurzen Artikeln die Ideen und Erfahrungen der Jugendlichen und Erwachsenen ausgetauscht und für die Gestaltung z.B. der AGs und Foren sowie für die Moderationen erschlossen werden. Die Tagungsbeiträge der Jugendlichen und Erwachsenen sowie die gemeinsame Moderation der Veranstaltung werden dann schrittweise konzipiert und abgestimmt.

Eine frühzeitig gemeinsam erstellte Liste von Erfolgskriterien kann einerseits die Rollen der Teilnehmenden und die Ziele der Tagung für die Einzelnen klären, andererseits als Gradmesser und differenzierende Hilfe für die Auswertungsrunde dienen.

Für die Dokumentation der Ergebnisse sind verschiedene Medien bereitzustellen, die es ermöglichen, Beiträge vorzubereiten und festzuhalten.

Die gemeinsame Vorbereitung kann auch zur Entwicklung einer „Tandemtagung“ führen, bei der eine ausgewogene Anzahl von jugendlichen und erwachsenen Teilnehmenden in getrennten Arbeitsgruppen und gegebenenfalls mit unterschiedlichen Methoden am gleichen Thema arbeiten, um anschließend die Ergebnisse zusammenzuführen.

*Modell 4: Jugendliche lassen Erwachsene teilnehmen*

Utopie?

## ERFAHRUNGSBERICHTE VON JUGENDLICHEN

### **Erlebnisreiche Tage in Berlin**

Für mich waren die Tage in Berlin echt toll. Ich konnte mich endlich mal außerhalb meines kleinen 370-Seelen-Heimatortes Balow beteiligen.

Mit den anderen Jugendlichen bin ich super klar gekommen. Zusammen mit einigen von ihnen Szenen einzuüben und auf dem Kongress vorzuspielen, hat viel Spaß gemacht, auch wenn es manchmal unnötige Auseinandersetzungen gab. Die Stimmung am Wochenende und auf dem Kongress zwischen uns fand ich ziemlich harmonisch. Auch das Auftreten von Fritz und Claudia war super. Ich dachte zunächst, dass es bestimmt langweilig wird, wenn zwei „ältere“ Leute uns was von Partizipation und so erzählen wollen, aber dann habe ich gemerkt, wie toll sie das eigentlich machen.

Noch besser hätte ich es gefunden, wenn wir konkreter über unsere Ziele auf dem Kongress oder Dinge, die wir dort erreichen können, geredet hätten. Dies ist allerdings das Einzige, was ich zu bemängeln habe.

Auf dem Kongress war ich gleich zu Anfang sehr überrascht, als Dr. Christine Bergmann Kinder aus Bangladesch mit den Einwohnern meines Heimatortes verglich und feststellte, dass wir in Sachen Beteiligung etwas gemeinsam haben. Auch wenn sie ihre Reden meist vorgeschrieben kriegt, so denke ich mir das jedenfalls, war es für mich schon etwas Besonderes, solch lobende Worte aus dem Mund einer Ministerin zu hören.

Unsere Szenen zum Thema Partizipation, die wir mittels Forumtheater darstellten, sind – denke ich mal – gut angekommen. Die „Jugendhausszene“, in der ich mitgespielt und eine ironische Bemerkung zur „schnellen“ finanziellen Unterstützung gemacht habe, war wie die anderen auch aus dem Leben gegriffen, denn solche Entscheidungen dauern immer ewig.

Die Diskussionsforen waren meiner Meinung nach langweilig, weil „nur“ diskutiert wurde (und das mit vielen Fachwörtern). Mir gefällt es besser, wenn man nach einer Diskussion zu einem Ergebnis kommt. Am interessantesten fand ich den Vortrag von Prof. Waldemar Stange. An dem Modellprojekt „Dorf für Kinder – Dorf für alle“, welches er vorstellte, war auch mein Heimatort Balow beteiligt. Somit konnte ich vieles gut nachvollziehen, wovon er berichtete. Die Bilder, die er zeigte, ließen an manch tolle Aktionen zurückdenken.

Insgesamt denke ich, dass der Kongress gelungen ist. Ich bin froh, dabei gewesen zu sein und super tolle Leute kennen gelernt zu haben, mit denen ich noch weiterhin Kontakt halte.

*Nicole Harfenmeister, 16 Jahre*

## Ein Bayer in Berlin

Unsere Verklemmtheit bei dem ersten Kennenlernspiel wurde durch Fritz Letsch bald aufgelöst und dadurch, dass das Programm nicht gleich am ersten Tag los ging, war es nicht zu stressig für uns Jugendliche. Wir konnten uns auf die Situation einstellen, uns von der langen Fahrt erholen und auf vier coole Tage in Berlin freuen. Nachdem am ersten Tag die Frage geklärt war, wer auf dem Kongress in welches Forum und in welche Arbeitsgruppe gehen würde, genossen wir alle einen freien Abend in der Großstadtmetropole.

Obwohl das Wochenendprogramm zwar gut gestaltet war, verloren einige von uns Jugendlichen die Nerven, als manche Sitzungen bis in die Nacht dauerten. Das „frühe“ Aufstehen – und dann gleich arbeitsbereit zu sein – war für uns Jugendliche das Hauptproblem.

Von der Tagung selber habe ich persönlich leider nicht profitieren können, da ich die Probleme, die in der Tagung angesprochen wurden, schon seit einigen Jahren in unserer Arbeit bei den Pfadfindern nicht mehr kenne. Ärgerlich war, dass Anregungen von meinen Stammesmitgliedern, die auch auf dem Kongress (im Forum 1) waren, und mir nicht angehört worden sind und gleich wieder überredet wurden.

Unsere Forumtheater-Stücke sind wunderbar angekommen. Und was das Beste war: Den Leuten hat es gefallen, und sie haben verstanden, was wir damit sagen wollten, zumindest die meisten. Auf gut deutsch: Die Arbeit hat sich gelohnt.

Was ich leider nicht so schön fand, dass sich alle auf einmal so verstreut haben und es keine wirklich, *komplette* Schlussrunde gab.

Ich hab sehr viele, engagierte junge Menschen getroffen, die nur ein Ziel hatten: Die Jugend mitbestimmen zu lassen.

Durch die Freizeit hab ich auch viel von Berlin gesehen, worüber ich überaus dankbar bin.

*Stefan Mühler, 17 Jahre, Kontakt und Infos über die Arbeit der DPSP: [ste.fun@gmx.de](mailto:ste.fun@gmx.de)*

## „Demokratie hängt von den Möglichkeiten ab, sich zu beteiligen“

Viele junge Menschen haben sich immer wieder darüber geärgert, dass Erwachsene sie nicht ernst nehmen und ihre Ideen, auch wenn sie wirklich gut durchdacht sind, nicht wahrnehmen wollen. Es entsteht Frust, ein Gefühl von Minderwertigkeit und Machtlosigkeit. Biste nicht volljährig, biste nix wert? Nutz die Chance und sag das der Öffentlichkeit ins Gesicht!

Diesmal hatten sich die Veranstalter des Kongresses was ganz Besonderes ausgedacht: Zu einem Kongress über die Mitbestimmungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in allen Berei-

chen tatsächlich mal Jugendliche einzuladen! Ich war eine der „Auserwählten“ aus Berlin und fand diesen Kongress und das Vorbereitungsseminar recht informativ und interessant, wenn auch tierisch anstrengend – aber das war mir die Sache wert. Wobei weniger die Vorträge und Foren als die persönlichen Diskussionen mit einigen Jugendlichen mir was Neues brachten. Aber es haben sich rückblickend einige Kontakte auch nach der Tagung ergeben. Erwähnt werden sollte noch, dass ich bei einem Jugendprojekt, den *KinderRÄchTsZÄnkern* ([www.kraetzae.de](http://www.kraetzae.de)) mitmache, das zur Zeit ziemlich gefragt ist, wenn es um grundlegende Fragen im Bereich Schule, Familie und politische Mitbestimmung geht.

## Die Vorbereitung

Wir übten unter der Leitung von Fritz Letsch aus München eine Theaterform ein, die „Forumtheater“ heißt und auf dem Kongress sehr erfolgreich war. Bei diesem „Forumtheater“ ging’s darum, Probleme möglichst realitätsnah darzustellen und dann das Publikum aufzufordern, sich an die Stelle des „Unterdrückten“ hinein zu begeben und eine Problemlösung zu finden. Auch hatten wir die Genehmigung, das Treppenhaus der Akademie zu gestalten und machten ein Projekt, wo wir Fragen auf bunte Plakate malten, welche die Besucher zum Nachdenken anregen und an ihre Jugendzeit erinnern sollten, z.B. „Fandest du es geil, bevormundet zu werden?“ oder „Warst du damals mit der Politik zufrieden?“ oder „Wie verstandest du dich mit deinen Eltern?“

Ich hätte es besser gefunden, wenn hierfür mehr Raum für Verständigung und Diskussionen der Jugendlichen untereinander gewesen wäre. Auch das Aufdrücken eines (von Erwachsenen) festgelegten Ablaufplans bei einem Seminar halte ich für riskant, weil es hier schließlich darum geht, dass die Jugendlichen lernen ihre Forderungen und Kommunikations- bzw. Aktionsformen selbst zu organisieren und zu entwickeln. Das ist sicherlich schwierig, aber dennoch wichtig und sinnvoll, wenn man es ernst mit Partizipation meint. Erwachsene sollten lediglich mit Rat zur Seite stehen und einen Rahmen schaffen, der es ermöglicht, in Bereiche einzugreifen, in die man als Jugendlicher normalerweise keinen Zugang hat (aus welchen Gründen auch immer). Ein anderes Argument dafür ist auch die auf dem Kongress als wichtiger Bestandteil herausgearbeitete „Vernetzung“, die etwas Zeit zur persönlichen Kontaktaufnahme benötigt.

## Der Kongress

Die Moderatorin Gabriele Schafarik fand ich richtig gut, und sie unterhielt sich auch schon vorher viel mit uns. Ihr Hauptanliegen sei es, diese Veranstaltung nicht zu einer Alibi-Veranstaltung verkommen zu lassen, wo Politik so tut, als wäre sie jugendfreundlich.

Die Anfangsvorträge hielten Prof. Dr. Ingo Richter (Deutsches Jugendinstitut) und Dr. Christine Bergmann (Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend). Herr Richter hob hervor, dass Beteiligung auch die Qualität von politischen Beschlüssen hebe (da eine breitere Mehrheit dahinter steht), eine „Demokratisierung des Alltags“ notwendig sei und dass Kinder

daher als ernst zu nehmende Subjekte anerkannt werden sollen. Christine Bergmann appellierte an ein „offenes Ohr“, für mehr „Transparenz auch für Jugendliche“, erzählte von Beteiligungsprojekten in Balow und in Bangladesch und ihr Fazit war: „Demokratische Mitbestimmung von Kindern ist zwar ein langer Weg, doch dieser lohnt sich nicht nur, sondern ist auch notwendig!“

Der Mund blieb mir offen stehen, als ich die Rede von dem Theologen und Publizisten Friedrich Schorlemmer vernahm. Der Mann hat es rhetorisch einfach drauf und schmiss mit Wortspielen und Zitaten nur so um sich (und konnte alle wach halten!). Er meinte, man solle „Fluchen produktiv machen“, jedoch aufpassen, dass „die Starken nicht die Schwachen verschrecken“, appellierte daran, jede Altersstufe zu respektieren und zu akzeptieren, sagte „wer von Kindern früh verlangt, vernünftig zu sein, hat später ganz unvernünftige Erwachsene“ und bezeichnete Erwachsene als desillusioniert und stellte Kinder auf der anderen Seite als Utopisten dar, denen man zwar zuhören soll, aber sie auch nicht zu wörtlich nehmen sollte („Gratwanderung zwischen Illusion und Realität“). Er bewertete Regeln und Hierarchien als sicherheitsgebend, wenn sie nicht zu Dogmen ausarten und forderte eine gesunde Mischung aus Basisdemokratie und repräsentativer Demokratie.

Insgesamt würde ich mich gerne über seine Aussagen streiten (hab Widersprüche entdeckt), aber seine Ausdrucksweise muss man mal erlebt haben. Insgesamt hätte ich mir mehr Diskussion auch mit den Referenten gewünscht. Aber das war in diesem engen Rahmen vermutlich kaum möglich. Ich fand es auch komisch, dass sich die „Erwachsenen“ untereinander unterhielten, aber ich selten angesprochen wurde, obwohl ich mich sehr häufig zu Wort gemeldet habe und einigen daher aufgefallen (egal ob positiv oder negativ) sein muss. Ich weiß nicht, wieso ich fast immer davon ausgehe, dass ich angesprochen werden müsse, hier heißt es Aufklärungsarbeit über Rollenklischees leisten!

Im Forum 2 konnte ich zuerst einem Referenten lauschen, anschließend konnte jeder den anderen Zuhörern das eigene Statement um die Ohren zu hauen. Zum einen hab ich nicht kapiert, was der Referent meinte, zum anderen musste ich mich konsequent zu Wort melden, um mal was sagen zu können. Zu einer wirklichen Diskussion war zu wenig Zeit. Ich fand das nicht so gut organisiert. Ich frag mich, ob Erwachsene solche Diskussionen auch immer eher langweilig und nervenaufreibend finden, und warum sie nicht andere Formen suchen, wenn sie das wissen. Schon die Atmosphäre erinnert mehr an Schule als an angeregten geistigen Austausch.

## **Die AG Schule**

Am folgendem Tag nahm ich an der AG Schule teil. Der Raum war schön und großzügig, hier war eine bessere Atmosphäre!

Dr. Heide-Rose Brückner vom Deutschen Kinderhilfswerk hielt ein sehr schönes Referat, das mit der – ihrer Argumentation nach – guten Rechtsstellung von Kindern (sie meint die UN-

Kinderrechtskonvention, nach der Kinder als Subjekte anerkannt werden), welche aber hartnäckig ignoriert werde, begann. „Schule schwebt wie ein Satellit im Orbit“ verbildlichte sie und kritisierte die Schülerselbstverwaltungen (SVen) als Legitimationsveranstaltungen, forderte Mitbestimmung statt Beteiligung und betonte, dass Beteiligung nur dann Sinn mache, wenn man die jungen Leute in kleinen und großen Dingen mitentscheiden lässt (Verantwortung stärkt das Selbstvertrauen und gibt Stolz) und eine schulische Freiwilligkeit gegeben ist. Auch ein Hindernis für Beteiligung in der Schule sei, so Brückner, das autoritäre Lehrer-Schüler-Verhältnis, das somit die innere Struktur der Schule als eigentliches Hindernis darstelle.

Anwesende Jugendliche wurden gleich von Anfang an mit einbezogen, indem wir u.a. um ein Statement gebeten wurden. Ich konnte mich gut an Fr. Heide-Rose Brückners Vortrag anschließen, und es lief eine ziemlich gute Diskussion. Auch die Nichtanerkennung der LSVen (= Landesschülerinnen/-schülervertretung) in Bayern und Berlin sowie die nicht offizielle Anerkennung der BSV (= Bundesschülerinnen/-schülervertretung) wurde hier angeprangert. Inzwischen sind sie übrigens anerkannt!

Die Vorträge, die sonst noch stattfanden, befassten sich mit den Fragen: „Was ist Jugendlichen wichtig?“, „Wie mit Jugendbeteiligung umgehen?“ und „Welche Möglichkeiten schaffen?“ Auch hier finde ich es wichtig, sich solche Fragen direkt von den Betroffenen beantworten zu lassen und ihnen Raum zu lassen, zu überlegen, was sie wollen, anstatt die Entscheidung bei den Erwachsenen zu belassen.

Um ähnliche Fragen ging es auch in der Abschlussdiskussion, wo eine schöne Diskussion im Publikum entbrannte. Ich schaffte es, häufig meine kritische Meinung loszuwerden (wobei mal wieder viel zu wenig Zeit war). Ich hatte auch plötzlich das Gefühl, erstaunlich positives Feedback von den anderen Jugendlichen zu bekommen, was vorher eher nicht der Fall war, vermutlich weil meine Meinung vielen zu radikal erschien.

## **Das Experiment**

Es ist auf der einen Seite lustig, aber auf der anderen auch wieder frustrierend, wenn man von Erwachsenen mitbekommt, wie sie über das fremde Wesen „Kind“ so rumphilosophieren, anstatt sich auf ihre normale Menschenkenntnis zu verlassen, und man direkt daneben sitzt und sich vorkommt wie ein Alien. Bei der Abschlussdiskussion sagte eine von uns, dass sie persönlich es nicht als „Experiment“ betrachte, sich mit Erwachsenen über wissenschaftliche Themen zu unterhalten.

Als ob diese Leute nie selbst jung gewesen wären! Als ob Jungsein so etwas anderes wäre als Erwachsensein! Unterschiedliche Erfahrungen und Fähigkeiten haben die Menschen doch ohnehin. Gleichberechtigte Kommunikation ist mein Lösungsvorschlag.

Insgesamt würde ich aber eine positive Bilanz ziehen, da schon durch die teilweise gegebene Einbeziehung in den Kongress ein zaghafter Tapser in die demokratische Richtung getan wurde. Ich habe den Eindruck, dass man wenigstens daran arbeitet, Jugendliche ernster zu nehmen und ihnen eine direktere Mitbestimmung zu ermöglichen. Der letzte, elementarste und logischste Schritt – neben Parlamenten, mehr Basisdemokratie und SV-Anerkennungen – wäre für mich allerdings, die Altersbegrenzung beim Wählen abzuschaffen.

Also Leute: Mischt euch ein und seid nicht bescheiden!!!

*Sabine Steldinger, damals 17 Jahre alt, jetzt vollwertig, i-mehl: [kraetzae@kraetzae.de](mailto:kraetzae@kraetzae.de) (Betreff: an Bine)*

## **Wo Jugendliche was zu sagen haben...**

Eingeladen zum Workshop-Wochenende vom 09. bis 11. November 2001 und damit auch zum anschließenden Bundeskongress am 12. und 13. November 2001 waren 32 Jugendliche aus allen Bundesländern.

Die Jugendlichen sollten den Bereich, in dem sie Erfahrungen mit Beteiligung haben (wie z.B. Schule, Kommune, Medien, Verband), vertreten sowie auftretende Konfliktsituationen aus der Arbeit schildern, bereit sein, darüber zu diskutieren und diese dann auf dem Bundeskongress den Erwachsenen zu präsentieren, um anschließend mit ihnen nach Lösungen zu suchen, eventuell auch zu finden und mögliche Ursachen zu beseitigen.

Wir lernten, einander mithilfe von Ausdruck, Mimik und Gestik zu formen, um somit Übereinstimmungen von Konfliktsituationen aus unterschiedlichen Bereichen darzustellen, die wir vorher in Kleingruppen erarbeitet haben. Die Methode des Forumtheaters, Konfliktsituationen auf einer Bühne nachzustellen, um dem Publikum die Möglichkeit zu geben, an bestimmten Stellen einzugreifen, nachgestellte Situationen an entscheidenden Stellen zu verändern, war für alle Jugendlichen zunächst neu, jedoch war der Einstieg schnell geschafft.

Am Samstag einigten wir uns dann auf vier verschiedene Kurztheaterstücke, die wir dann bis zur Vollkommenheit mit dem Theaterprofi Fritz Letsch, der uns mit Rat und Tat zur Seite stand, übten. Am Sonntag stand die Besichtigung des Kongressgebäudes auf dem Programm. Anschließend erfolgte die letzte Probe auf der Theaterbühne.

Dann wurde aus jeder Arbeitsgruppe ein Teilnehmer bestimmt, der am letzten Tag des Kongresses an einer Podiumsdiskussion mit eingeladenen Politikern teilnehmen sollte.

Die Konsequenzen des Kongresses sind so kurz danach weder spürbar noch werden sie unmittelbare Auswirkungen auf die „Alltagspolitik“ von morgen haben. Mir ist aufgefallen, dass viele Erwachsene und Politiker erstaunt waren über unsere Sichtweise zu Problemen in unterschied-

lichsten Bereichen und sofort ihre Unterstützung zusagten in bezug auf Vereinfachung noch bestehender Regeln zum Umgang mit Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche.

In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, dass an dem Kongress nur vereinzelte Politiker anwesend waren, die in der nächsten Zeit in dieser Richtung etwas bewirken können.

Sie nahmen am Kongress teil, um sich anzuhören, was die Jugendlichen zu sagen hatten und welche Fortschritte es in Bezug auf Partizipationsmöglichkeiten Jugendlicher gegeben hat. Bedauerlich war es, dass nur Politiker erschienen waren, die schon von dem Konzept der Partizipation überzeugt waren, sodass wir bei ihnen keine Überzeugungsarbeit leisten mussten oder durften.

Vonseiten der Jugendlichen wurde deutlich gemacht, dass unsere Probleme gehört und Lösungen gefunden werden müssen, um eine Partizipation von Kindern und Jugendlichen nicht nur in weiteren Bereichen durchzusetzen und zu erleichtern, sondern sie als vollwertigen Baustein für den Aufbau einer Gesellschaft zu akzeptieren. Dieser Vorgang wird wohl noch ein paar Jahre dauern, aber wir sollten nicht den Kopf in den Sand stecken, sondern weitermachen. Die Erfolge der Vergangenheit geben uns Recht und Mut, sowie die Hoffnung, die Entwicklungen in der Zukunft positiv beeinflussen zu können.

Einigen Kommentaren und Bemerkungen der Politiker konnte ich entnehmen, dass sie von unserer Darstellung der Probleme sehr beeindruckt waren und durchaus bereit sind, über ihre Konzepte nachzudenken und für den Bereich Partizipation von Kindern und Jugendlichen ein „Tor für Neues“ zu öffnen. Es war einer der ersten Kongresse zum Thema Partizipation Kinder und Jugendlicher, an dem Erwachsene und Jugendliche teilnahmen. Für mich war in erster Linie bemerkenswert, dass es vonseiten der Politiker eine hohe Akzeptanz gegenüber uns Jugendlichen gegeben hat. Der Umgang miteinander ist als sehr positiv zu bewerten. Uns wurde zugehört, unsere Meinungen wurden respektiert, und es wurde jedem das Gefühl vermittelt, ernst genommen zu werden.

### **Was ich mir anders gewünscht hätte ...**

Einigen erwachsenen Rednern fehlte die rhetorische Fähigkeit, interessant zu referieren. Wirklich enttäuschend war, dass die Zeit so knapp bemessen war, dass zwar Diskussionen zu Stande kamen, aber keine Ziele und Problemlösungen erreicht bzw. gefunden werden konnten. Die Moderatoren waren oft nicht in der Lage, Moderation und inhaltliche Statements voneinander zu trennen.

Ich war enttäuscht, dass den Jugendlichen durch die Organisation des Theaterpädagogen Fritz Letsch eine feste Form der Problemvorstellung gegeben wurde. Einige von uns hätten ihre Meinungen und Problemstellungen gerne in einer anderen Form als durch Forumtheater vorge-

stellt, was bereits in der Vorbereitung zu einer nicht zielorientierten Methodendiskussion führte.

### **Was es mir gebracht hat ...**

Für mich hat sich die Teilnahme auf jeden Fall gelohnt, weil ich viele Kontakte zu anderen aktiven Jugendlichen knüpfen und mich mit ihnen über deren Arbeit und Probleme austauschen konnte. Ich war begeistert von der Zusammenstellung der Teilnehmergruppe für das Workshop-Wochenende, die, auch wenn wir uns untereinander nicht kannten, sehr schnell zusammenwuchs und somit ein gutes Arbeitsklima geschaffen war. Gelegentliche Probleme mit den verschiedenen Dialekten wurden eher als witzig und nicht als hinderlich gesehen. Das Wochenende in Berlin hat sehr viel Spaß gemacht, weil alle Teilnehmer ungefähr auf einer Wellenlänge lagen, was nicht nur während der Arbeitszeit, sondern auch bei der Gestaltung der Freizeit und der Abende deutlich wurde. Ich war beeindruckt von der Stadt Berlin, auch wenn wir aufgrund der knapp bemessenen Zeit nicht allzu viel zu Gesicht bekamen.

Ich habe meine rhetorischen Fähigkeiten anhand einiger gehaltener Reden überprüft, und mir gut formulierte und überzeugende Argumentationen behalten.

Eine wesentliche Erfahrung für mich war auch, vor einer so großen Anzahl Menschen frei zu sprechen, da ich einer der Jugendlichen war, die an der abschließenden Podiumsdiskussion teilgenommen haben.

Ich denke, dass diese Art der Fachtagung Auswirkungen auf die Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in der Zukunft haben wird, da sie die Möglichkeit bot, vielen Erwachsenen die Probleme von Kindern und Jugendlichen deutlich zu machen, was uns mit der Methode des Forumtheaters sehr gut gelungen ist!

Zusammenfassend bleibt zu sagen, dass der Kongress hinsichtlich einer Verbesserung der Partizipationsmöglichkeiten durch unsere Präsentation ein voller Erfolg war, und dass sich klar herausgestellt hat, dass man Jugendliche schon viel früher in diese Art von Kongressen hätte mit einbeziehen sollen, da man dann schon viel weiter gekommen wäre, als das bis jetzt der Fall zu sein scheint!

An dieser Stelle möchte ich noch einmal ein Dankeschön an die Leiter des Workshop-Wochenendes Claudia Zinser und Fritz Letsch und die Organisationsleitung des Kongresses aussprechen. Ich denke, dass wir auf dem richtigen Weg sind und hoffe, dass es noch viele Tagungen dieser Art geben wird, da sie uns inhaltlich beim Klären unserer Probleme helfen können.

Weiter so ...

*Markus Wanke, 16 Jahre*

## **Gemeinsam erreichen Jugendliche und Erwachsene mehr**

Ich besuchte bereits 3 Tage vor dem eigentlichen Kongress mit einigen anderen Jugendlichen einen Workshop mit der Jugendforscherin und Pädagogin Claudia Zinser (DJI) und dem Theaterpädagogen Fritz Letsch in Berlin.

Der erste Abend diente zum Kennenlernen, ich empfand dies als sehr interessant, denn alle anwesenden Jugendlichen kamen aus verschiedenen Bundesländern und jeder konnte von einem anderen Beteiligungsmodell berichten. Wir sprachen an diesem Abend sehr ausführlich über die individuellen Hindernisse und Möglichkeiten im eigenen Bereich (Kommune, Verbände, Medien, Schule etc.). Danach hat Fritz Letsch direkt angefangen, mit uns in die Richtung des Theaterspiels zu gehen, und wir konnten Statuen bauen und Figuren führen, wobei sehr viele Konflikte schon deutlich wurden, über die wir dann noch sprachen.

Mir hat der Abend großen Spaß gemacht, und ich finde diese Methode, sich an die einzelnen Konflikte heranzutasten, sehr gelungen.

Am nächsten Morgen ging es auch recht früh wieder an die Arbeit, Fritz Letsch gab uns erst einmal eine kleine Einführung in das Forumtheater. Ich glaube, die Idee des Forumtheaters hat allen Anwesenden recht gut gefallen, denn es war für jeden von uns etwas ganz Neues und Besonderes.

Die zwei folgenden Tage beschäftigten wir uns größtenteils mit den Vorbereitungen einzelner Szenen, welche die konkreten Konflikte in der Beteiligung deutlich machen sollten. Ich fand das nicht so gut, denn bestimmte Szenen haben uns mit dem Rest unserer Vorbereitungen sehr aufgehalten. Wir hätten uns viel mehr mit anderen Szenen beschäftigen sollen. Diese ständigen Meinungsverschiedenheiten, die ich für vollkommen legitim halte, sind leider nie zu Ende geführt worden, ich denke, das lag einfach an dem großen Zeitmangel.

Diese Vorbereitungen nahmen viel Zeit in Anspruch, denn viele der Teilnehmer sahen diese Methode, den Erwachsenen unsere Probleme klarzumachen, sehr kritisch.

Auch ich hielt es anfangs für sehr unwahrscheinlich, dass das Publikum darauf reagieren wird.

Daraufhin zweigte sich spontan eine kleine Gruppe ab, um ein Alternativkonzept vorzubereiten. An diesem Konzept habe auch ich mitgearbeitet. Auch wir diskutierten lange in dieser Gruppe, wobei wir zu dem Entschluss kamen, einfach eine Art „Kreuzinterview“ vorzubereiten, und dies dann bei dem Kongress, für den Fall, dass die vorbereiteten Szenen scheitern, spontan einzufügen.

Zuerst überlegten wir uns noch einmal, wo genau unsere Hauptprobleme lagen und listeten diese auf. Jeder Einzelne konnte aus eigener Erfahrung konkrete Beispiele zu den Themen nen-

nen. Wir wollten die Themen auf die einzelnen Personen aufteilen und uns dann auf der „Bühne“ gegenseitig über unsere Probleme befragen.

Am letzten Tag vor dem Kongress probten wir alle die Szenen noch einmal direkt vor Ort und bereiteten verschiedene Plakate vor, welche die Eingangstreppe schmücken und die Teilnehmer des Kongresses durch Fragen in die Jugend zurückholen sollten. Das hielt ich für eine sehr gute Idee, da wir dadurch mit den Erwachsenen auf einer Ebene diskutieren konnten.

Am ersten Tag des Kongresses bereiteten wir uns noch einmal auf die Szenen vor.

Als wir dann endlich nach großer Aufregung mit den Spielszenen beginnen konnten, hatte ich den Eindruck, dass dies nach langen Vorträgen eine gute Abwechslung war und die ganze Atmosphäre gelockert wurde. Die Erwachsenen gingen gut auf unser Forumtheater ein und wirkten sehr gut und engagiert mit.

Dadurch kam dann unser Kreuzinterview erst gar nicht zustande, weil unsere Zeit damit schon gefüllt war. Wir waren über die Reaktion sehr überrascht und alle sehr zufrieden.

Sehr beeindruckend fand ich auch den darauf folgenden Vortrag von Friedrich Schorlemmer (Theologe/Publizist), der uns Jugendlichen das Gefühl vermittelte, verstanden zu werden.

Sehr enttäuscht war ich jedoch von dem Forum „Demokratie Lernen“. Absolut unvorteilhaft war schon von vornherein der Saal, in dem die Diskussion stattfinden sollte. Wir saßen nicht in einer angenehmen Diskussionsrunde, sondern größtenteils neben und hintereinander. Der Einstieg der Diskussionsleitung hat meiner Meinung nach schon alles kaputt gemacht, denn die Fragen des Diskussionsleiters wurden sofort von den Teilnehmern abgeblockt. Dadurch entstand eine schlechte Stimmung im Raum, und keiner nahm das Ganze mehr ernst.

Sehr gut fand ich die Vorträge von Claudia Zinser und Claudia Bruner, die klar machten, was es heißt, Jugendliche ernst zu nehmen und welche Konflikte in den Strukturen verschiedener Beteiligungsmodelle entstehen.

Ich finde, dass es sich absolut gelohnt hat, an diesem Wochenende teilzunehmen, und dass schon die ganzen Bekanntschaften mit den anderen Jugendlichen interessant waren.

Schade war es nur, dass so wenig Zeit für wichtige Grundsatzdiskussionen und andere Vorbereitungen für den Kongress war. Ich finde jedoch, dass wir mit unserer Arbeit erfolgreich waren.

Danke nochmal, dass ich teilnehmen konnte!

*Tayna Chaskiel, 16 Jahre*

Friedrich Schorlemmer

## PARTIZIPATION VON KINDERN UND JUGENDLICHEN ALS GESELLSCHAFTLICHE UTOPIE?

Weil mir diese Frage Tag und Nacht durch den Kopf geht, beginne ich mit etwas sehr Ernstem.  
Ein Gedicht von Bert Brecht – überschrieben mit „Bitten der Kinder“.

Ich denke an die Waisen vom 11. September, ich denke an die Kinder in Kandahar und in Kabul.

*Die Häuser sollen nicht brennen.*

*Bomber sollt man nicht kennen.*

*Die Nacht soll für den Schlaf sein.*

*Leben soll keine Strafe sein.*

*Die Mütter sollen nicht weinen.*

*Keiner sollt müssen töten einen.*

*Alle sollen was bauen*

*Da kann man allen trauen.*

*Die Jungen sollen's erreichen.*

*Die Alten desgleichen.*

### I.

Liebe Heranwachsende, liebe Nachwachsende, liebe Ausgewachsene, liebe Unerwachsene, liebe  
Festgewachsene, liebe Lebenslang-Wachsende, liebe Frau Ministerin!

Da ich im Unterschied zu Ihnen allen gegenwärtig mit Heranwachsenden konkret wenig zu tun  
habe, schweife ich ins *Grundsätzliche* und trage meine Beobachtungen über den Zustand unse-  
rer Demokratie vor, nicht beanspruchend, etwas sonderlich Originelles zu sagen, vielleicht et-  
was Bestärkendes oder etwas zum Widerspruch Reizendes.

Die Mitbeteiligung der Jugend, die ich hier eben erlebt habe, ist ein Sonderfall. Ich freue mich  
darüber; aber ich möchte mich nicht täuschen lassen über die Alltagssituation.

So wie Peter Ensikat oder Dieter Hildebrandt immer vor Leuten sitzen, die über Leute lachen,  
die nicht da sind, fühle ich mich vor Ihnen und Euch. Ich spreche in der Kirche meist vor Gläu-  
bigen über die Ungläubigen und deren Unwesen. Oder: In der Partei, in der ich bin, sprechen  
wir zu häufig über die Schwächen der anderen. Das ist eines der Grundprobleme der Kommu-  
nikation in unserer Demokratie. Wir nennen häufig das Problem nicht *vor* und *mit* denen, um  
die es geht. Ich möchte Sie alle trotzdem bitten, das Partizipationsproblem nicht nach draußen  
zu verlagern. Es soll erkennbar werden, dass es *unser* Problem ist, das *wir* nicht gelöst haben, –

solange die, die sich besonders beteiligen, denjenigen Angst machen, sich zu beteiligen, weil die, die sich beteiligen, so aktiv sind, dass die Nichtaktiven keine Lust mehr haben, sich zu beteiligen, weil sie fürchten, sie würden sowieso nicht mitkommen. Starke sind immer auch Anlass und Vorwand dafür, dass andere sich zu schwach fühlen.

Mitbeteiligung gelingt nur, wo alle Partner, die man beteiligen möchte, ernst genommen werden. Kinder zumal meinen es immer ernst und sind leicht verletzbar, so wie sie nicht ernst genommen werden. Etwas anderes ist es, ob das, was sie wünschen und wollen, realistisch ist. Unabdingbar ist für jede Beteiligung das Grundgefühl: „Du bist wichtig. Dein Urteil ist wichtig. Deine Meinung, deine Vorschläge sind gefragt. Du wirst gehört. Was du sagst, wird in Überlegungen und Handlungen aller einbezogen.“

Dieses Grundgefühl ist die Grundbedingung für jede Beteiligung. Und das hat unmittelbar und elementar mit unserem Menschenbild zu tun – nämlich: Das Kind ist schon ganz Mensch. Das Wunder „Mensch“. Wir Erwachsene haben noch Verantwortung zu *übernehmen* und *abzunehmen*, aber so, dass die Heranwachsenden schrittweise hineinwachsen: Wunsch und Wirklichkeit austarieren, Freiheitsräume ausschöpfen und Grenzen respektieren, sich Herausforderungen stellen und Überforderungen vermeiden, Sinnes-Lust und Lebens-Glück entfalten und mit Trauer, Schmerz und Tragik umgehen lernen. All das Miteinander – zwischen denen, die sich erwachsen fühlen, und den anderen, denen das Gefühl gegeben wird, dass sie noch nicht erwachsen seien.

Mit anderen zusammenleben und seine ganz eigenen Rechte und Interessen wahrnehmen. Konflikte austragen, ohne dass Köpfe bluten. Eigensinn und Gemeinsinn aufeinander abstimmen. Alleinsein aushalten und ausfüllen und Zusammensein glückend gestalten. Pflichten übernehmen und Aufgaben abgenommen bekommen. In so einem Grundklima wächst die Lust am Mitten. Das alles, auf jeder Altersstufe. *Und* das Spezifische jeder Altersstufe berücksichtigen. Zugleich wechseln, spielerisch wechseln, das Kind in sich spielen lassen – nur nicht erst auf Mallorca im Planschbecken – am besten in der Kindheit! Rollenspiele fördern das Verstehen: Sich in einen anderen hineinversetzen, selbst in einen unerträglichen Pascha. Oder in Mannschaften mit- oder gegeneinander – und zwar nach Regeln spielen! Der Mensch ist nur Mensch, wenn er spielt (Homo ludens). Das Spiel braucht Regeln und Freiheit. Es muss zugleich deutlich werden, dass ein Spiel, in dem wir das „Spiel des Lebens“ *spielen*, ernst ist. Damit wir den Ernst besser bestehen, ist es gut, wenn wir spielen: Sich verkleiden, Theater spielen, in Mannschaften spielen, die verschiedenen Rollen spielen. Das alles sind elementar humanisierende Vorgänge, auf jeder Altersstufe. Am eigenen Leibe erfahren, wie Zusammenleben und Zusammenwirken gelingt und wie es scheitert und dann wieder gelingt – das macht das Theater des Lebens aus.

Und doch ist vieles ganz spezifisch, ganz einmalig und nicht wiederkehrend in der Kinder- und Jugendzeit. Und genau dies muss durch- und ausgelebt werden dürfen! Also, das Märchenhafte, das Träumerische, das Traumverlorene aus der Kindheit – das sind Quellen späteren Tätigwerdens. Wer von Kindern verlangt, dass sie zu früh vernünftig werden, wird ganz unvernünftige

Erwachsene haben. (Und natürlich wurde das im Spiel eben ganz deutlich: Man hat eine Zeit lang in der Schule eine aktive Gruppe, man hat ein Jugendparlament aufgebaut, und schon gehen sie nach Heidelberg, Leipzig, Lüneburg. Man muss wieder von unten anfangen. Das, was an Kontinuität abbricht, hat den schlichten Grund darin, dass alle größer werden und auseinander gehen. Wir Zurückbleibenden wollen gern, dass eine Sache, die gelingt, auch bleibt. Aber da Ihr älter werdet und weggeht, müssen wir wieder neu anfangen. Das ist für Lehrerinnen und Lehrer und für alle, die mit Jüngeren zu tun haben, manchmal hart).

Ich komme zum Wünschen zurück:

Das Wünschen sich nicht vorzeitig abgewöhnen! Es den Kindern nicht unsanft abgewöhnen! Zugleich wird das Wünschen beim Zusammenstoß mit der Macht des Faktischen als schmerzhaft Desillusionierung unvermeidbar sein. Auch das ist den Kindern nicht zu ersparen, aber erst einmal sollen sie leben im Reich der Fantasie – sagen wir in der Welt des Küslübürtün von Franz Fühmann bei den „Dampfenden Hälsen der Pferde im Turm von Babylon“. In der Welt Harry Potters und Pippi Langstrumpfs. Das Wünschen nicht abgewöhnen: Den utopischen Überschuss in der Welt der Fantasie ausleben, denn „wunschlos glücklich“ zu sein, ist ebenso unerträglich, wie „unersättlich unglücklich“ zu sein. Beides sind keine produktiven Haltungen.

Älterwerden ist immer auch Ärmerwerden an Illusionen; es kann zum Gewinn von Hoffnungen werden *oder* ein Absturz in Resignation, Gleichgültigkeit, Zynismus. Zyniker nennen sich Realisten, zumal mancher Politiker .

Wenn das Wünschen auf den Boden der Wirklichkeit kommt und Gesellschaft (mit-)gestaltet wird, kann das Zusammenleben glücklicher, sinnvoller, gerechter, friedlicher, geistreicher, zärtlicher, humorvoller und vielfältiger organisiert werden. Da haben wir das Wort „organisieren“. Wir, die wir aus dem Osten kommen, sind ziemlich straff organisiert worden. Wir sind im Allgemeinen froh, dass wir nicht mehr organisiert werden oder nicht mehr überall organisiert sind, sondern selber organisieren. Man kann organisiert *sein*, etwas organisieren oder sich *was* organisieren!

*Dem Gedanken einen Leib, ein Organ geben, also einen Aufbau, eine Gliederung, eine Gestaltung, eine Ordnung, eine Zuordnung – das meint Organisieren. Bestimmte Dinge müssen organisiert werden. Und es muss immer ein kleiner Überschuss von Verrücktheit bleiben.*

Ich sehe drei Grundbedingungen für die Annäherung an Beteiligungsutopien:

1. Wünsche haben, Wünsche zulassen und Wünsche entfalten.
2. Sich mit anderen zusammenschließen, Einigungsprozesse organisieren, Handlungsstrategien entwickeln.

3. Auf den Boden der Wirklichkeit zurückkehren, eine sanfte Landung beim Absturz unserer Wünsche anstreben, um Bauchlandungen zu verhindern. Man muss Erdungsvorgänge vorbereiten; aber man muss irgendwann aus den Lüften gekommen sein.

Es gibt in dem großartigen Barlach-Gedicht von Wolf Biermann die schöne Zeile:

*Vom Himmel auf die Erden  
fall'n sich die Engel tot.*

Wenn die Engel vom Himmel auf die Erde fallen, ist es unsere Aufgabe, ihnen ein sanftes Aufgleiten zu ermöglichen. Wie viele „Engel“ fall'n sich tot? Erwachsene haben häufig überhaupt keine Wünsche mehr, weil sie sich tot gefallen haben. Sie rufen denen, die noch Träume haben, zu: „Komm du erst einmal in mein Alter.“ Genau deshalb weigern sich viele, erwachsen zu werden, weil sie fürchten, dass „dann alles aus ist“.

„Was ich mir wünsche“ überschreibt Rudolf Otto Wiemer ein Gedicht, in dem er sich in Variationen ein Beispiel an der Natur nimmt:

*Die Unermüdlichkeit der Drossel –  
da es dunkelt, den Gesang zu erneuern.  
Den Mut des Grases, nach so viel Wintern zu grünen.  
Die Geduld der Spinne, die ihrer Netze Zerstörung nicht zählt.  
Den Fleiß der Holzwespen, die Leichtigkeit ihrer Waben.  
Die Unbestechlichkeit des Spiegels.  
Die Lust des Salamanders am Feuer.  
Die Armut des Windes.  
Die Reinheit der Asche, die bleibt.*

Das meine ich mit Erdungsvorgängen, in denen wir eine bestimmte Beharrlichkeit einüben und uns mit der Vergänglichkeit all dessen, was wir wollen, anfreunden.

Dagegen nenne ich die Killersätze für jede (Mit-)Beteiligung, die wir in jeder Alters- und Funktionsstufe vorfinden. Ich habe sie vor mehr als 30 Jahren mit Hand abgeschrieben bekommen, von einem westlichen Freund.

„Gründe“ von Erich Fried.

*Weil das alles nicht hilft  
Sie tun ja doch was sie wollen*

*Weil ich mir nicht nochmals  
die Finger verbrennen will*

*Weil man nur lachen wird:  
Auf dich haben sie gewartet*

*Und warum immer ich?  
Keiner wird es mir danken*

*Weil da niemand mehr durchsieht  
sondern höchstens noch mehr kaputtgeht*

*Weil jedes Schlechte  
vielleicht auch sein Gutes hat*

*Weil es Sache des Standpunktes ist  
und überhaupt wem soll man glauben?*

*Weil auch bei den andern nur  
mit Wasser gekocht wird*

*Weil ich das lieber  
Berufeneren überlasse*

*Weil man nie weiß  
wie einem das schaden kann*

*Weil sich die Mühe nicht lohnt  
weil sie alle das gar nicht wert sind*

*Das sind Todesursachen  
zu schreiben auf unsere Gräber*

*die nicht mehr gegraben werden  
wenn das die Ursachen sind.*

Das sind die Todesursachen, zu schreiben auf unsere Gräber, die nicht mehr gegraben werden, – wenn das die Ursachen dafür sind, dass wir nicht mehr mitmachen, wo wir gebraucht werden und wo wir unverzichtbar sind.

## **II.**

Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist in der Tat eine Utopie, denn sie haben noch immer wenig zu sagen gehabt. Wie heißt es so schön in dem Gedicht von Bert Brecht

*„Was ein Kind gesagt bekommt“?*

*Du sollst Erwachsenen nicht widersprechen.*

*Kohletragen stärkt die Glieder.*

*Die schöne Kinderzeit*

*die kommt nie wieder.*

*Kartoffeln sind gesund.*

*Ein Kind hält den Mund.*

Noch immer hat es die Erwachsenenwelt verstanden, den Kindern das Maul zu stopfen: mit Gewalt oder mit Süßigkeiten oder mit beidem. Mit Schmeicheleien oder mit Drohungen: „Ich habe dich doch so lieb. Nun sei doch lieb.“ Das ist die wirksamste Erpressung, eine mütterliche zumal. Die väterliche ist derber.

Das Spiel „Wenn du ..., dann bekommst du auch ...“ spielen die Kinder schnell mit. Sie durchschauen es.

Erziehung ist in der Tat ein schwieriges Geschäft, vor allem für diejenigen, die selber nicht richtig erzogen worden sind. Und wer kann schon von sich sagen, dass er richtig erzogen worden sei?! Wenn alle „richtig“ erzogen worden wären, gäbe es keine große Literatur, denn Schriftsteller machen unaufgearbeitete Kindheitserlebnisse zu Literatur, die anderen hilft, ihre eigenen Probleme aufzuarbeiten.

Unser Leben ist ein beständiger Versuch, von den Irrtümern der Erziehung freizukommen und ein selbstständiges Subjekt zu werden, das den Mut hat, sich seines eigenen Verstandes ohne Anleitung eines anderen zu bedienen – und dabei mit seinen Emotionen gut zurechtzukommen, immer hin- und hergerissen zwischen Bändigungsanspruch und Freiheitsrausch!

Ich mache mir über die Jugend meine Sorgen – so wie sich die Erwachsenenwelt schon immer Sorgen gemacht hat um die Jugend. Was ich Ihnen vortrage, ist vielleicht eine typische Vorgehenhaltung. Ich hatte dies vor einigen Jahren vor Jugendlichen vorgetragen und erwartete einen richtigen Konflikt. Einer hat protestiert. Sonst habe ich kein Echo bekommen. Ich hatte der Jugend zugerufen, dass ich sie einfach lahm finde und unwillig, ihre eigenen Interessen in der Gesellschaft wahrzunehmen, Interessen, die über bloß privates Interesse hinausgehen. Wo bleibt die studentische Jugend in den dramatischen Herausforderungen unserer Zeit? Und wie begierig gaffen die Älteren die paar Tausend Leute an, die sich in Genua versammeln? Sie sind wahrlich ein kleiner Strohalm der Hoffnung – aber eben nur ein Strohalm, so sehr ich das Engagement aller Einzelnen, die sich daran beteiligt haben, bewundere. Sie haben die Zeichen der Zeit verstanden – und die stehen auf Sturm. Aber es geht uns noch so gut. Man gehe nur einmal in einen Zeitungsladen und sehe, was im Zeitschriftenangebot ist: von Motorzeitschriften über PC-Fachberater, über Fit for Fun, Max und Gala – alles buntscheckig aufbereitet.

Meine Damen und Herren, liebe mitbeteiligte Jugendliche,

eine Jugend, die nicht mehr über das Ziel hinausschießt, eine Jugend, die nicht gegen Etabliertes rebelliert, eine Jugend, die nicht radikale Vorstellungen davon hat, wie es in der Welt anders sein könnte (gar naturverträglicher, gerechter und friedlicher), eine Jugend, die kein blauäugiges moralisches Pathos mehr hätte, die nicht mehr der bigotten Welt der Erwachsenen unbarmherzig den Spiegel vorhielte, eine Jugend, die nur noch Fun sucht, die ist einfach anomal. Sie ist früh vergreist, herzverfettet und hirnverklebt – mit allen psychologischen Weihwasern des psychologischen Titty-tainment-Trainings der Konsumwelt gewaschen, die schlimmer wirken kann, als Drogen es tun können, weil das viel massenhafter wirkt. Eine Jugend, die höchstens auf die Straße geht, wenn es um Studiengebühren geht, aber für nichts anderes, die hat die Welt schon losgelassen, die erwartet kaum noch etwas, und die kann man auch nicht irgendwie zur Partizipation bringen. Der Impuls muss immer von den Kindern und Jugendlichen selbst ausgehen. Und wir Erwachsene können das nur anregen und befördern. Manchmal ist die beste Beförderung eine richtige Abblockung (tut mir leid, aber ich bin manchmal versucht, auf die schwarze Pädagogik zurückzugreifen). Und wir *müssen* das befördern, ermutigen, herauslocken, provozieren, um ihretwillen und um unsertwillen.

Wer mit seinen Eltern nie einen richtigen Konflikt hat – der ist auch nicht in Ordnung!

Das hatte Günter Eich vor 50 Jahren eingeschärft: „Seid Sand, nicht Öl im Getriebe der Welt.“

Wer die überkommene Ordnung bzw. Unordnung nicht mehr will, der sage, wie er es (anders) machen will und mit wem. Und der wage etwas und wage sich und gebe nicht gleich auf. Es reicht nicht, abzusägen und abzugraben und umzuwerfen; man muss auch bauen wollen, also den Mut aufbringen, sich und etwas auszuprobieren. Schließlich braucht er/sie die Courage, mit möglichem Scheitern umzugehen.

Natürlich ist es klüger, sich herauszuhalten, dem geforderten Leistungsdruck der „PC-Welt“ zu entsprechen, um sich etwas leisten zu können. Ich weiß auch, „dass alles keinen Zweck mehr hat“, und das wissen wir alle schon, und dass wir das wissen, das wissen wir auch schon. So ähnlich dichtete Enzensberger 1970.

Die Lebensmaximen „Lerne leben – ohne zu fragen“ und „Lerne klagen – ohne zu leiden“, vereinen sich als BRD-Lebensskript und DDR-Spruch. Die desintegrierte Eleganz, die sich gern schön hinsetzt, aber sich für nichts mehr einsetzt, um sich nicht auszusetzen, die hab' ich satt. Ich möchte das höfliche Schweigen der Generation aufheben und sagen: So möchte ich es nicht! Wie möchtet ihr es? Heißt Freiheit für euch, die Dinge laufen zu lassen?

Sagt, ihr jungen, ihr jüngeren Leute, was ihr wollt, was ihr nicht wollt, aber sagt keinesfalls nur, was ihr nicht wollt. Und vor allem: Verabschiedet euch nicht still. Es geht schließlich um euer Leben. Es geht um eure Atemluft. Es geht um eure Kinder. Es geht ums Ganze.

Damit wir aufwachen, stumpft nicht ab. Lasst euch nicht abstumpfen, lasst euch nicht frühzeitig in der Einschaltquoten-Diktatur kaputtmachen. Brecht aus! Brecht auf, was zu ist.

Günter Eich:

*Nein, schlaft nicht, während die Ordner der Welt geschäftig sind!  
Seid misstrauisch gegen ihre Macht, die sie vorgeben,  
für euch erwerben zu müssen.  
Wacht darüber, dass eure Herzen nicht leer sind,  
wenn mit der Leere eurer Herzen gerechnet wird.  
Tut das Unnützte, singt die Lieder,  
die man aus eurem Mund nicht erwartet!  
Seid unbequem, seid Sand, nicht das Öl im Getriebe der Welt!*

### III.

Aber es läuft weiter wie geschmiert. Man hatte einen Moment lang geglaubt, nach den furchtbaren Anschlägen vom 11. September 2001 in New York und den Bildern, denen sich keiner entziehen konnte, würde ein nachhaltiger Ruck durch die Welt gehen und klar werden, dass Schluss ist mit der Spaßkultur, weil Leben eben kein Spaß ist und keiner sich aus der Politik heraushalten kann und alle mitverantwortlich werden für das, was geschieht, auch für das, was unterlassen wird. Nichts ist geworden, wenig Einkehr und Umkehr, grundlegendes Umdenken und internationales Umsteuern – außer dass Schily zu Schill mutiert, nicht etwa Saulus zu Paulus.

Auf dem Wege des Versprechens von mehr Sicherheit wird illusionäre Sicherheit gewonnen, aber Freiheit verliert real. Wer wendet sich dagegen, wenn er selber noch gar keinen Geschmack an der Freiheit gesucht und gefunden hat? Und wenn unsere Freiheit jetzt eingeschränkt wird und alles ruhig bleibt, kann ich nur sagen: Es sind offenbar zu wenige, die die Freiheit geschätzt haben. Die merken gar nicht, was die Freiheit *ist*, vielleicht erst dann, wenn sie merken, dass sie *war*.

Eine Repolitisierung steht an, eine grundlegende, die sich allerdings vor jeder neuen Reideologisierung bewahren muss. Es könnte sein, dass sich künftig wieder Menschen in Fundamentalismen flüchten, weil die Welt des Allerlei, wo alles und nichts gilt, sie nicht befriedigt. Das Projekt der Moderne, das Projekt der Aufklärung, gilt es fortzusetzen, aber so, dass die Vernunft noch einen Traum hat – den Traum von der Vernunft und den Traum davon, dass das bloß Vernünftige überstiegen werden kann, sich zum Humanum – zum erwärmenden Mitmenschsein – empor entwickelt, im Persönlichen wie im Gemeinschaftlichen, im Gesellschaftlichen wie im Weltpolitischen. Ich gebe nicht auf, so etwas zu sagen, selbst wenn man, sobald

man das vor einer bestimmten Presse sagt, den Stempel des Gutmenschen und blauäugigen Halbidioten aufgedrückt bekommt.

Ich jedenfalls will die Hoffnung auf die Geltung und Gestaltung der Demokratie auf der Basis der Menschenrechte, der wahrgenommenen und der eingeklagten, in einer weltweiten Gerechtigkeitsperspektive, wo die *Macht des Rechts das Recht der Macht* ablöst, nicht aufgeben, gerade weil der Gouverneur von Texas – zum mächtigsten Mann der Welt geworden – anders denkt und anders handelt.

Als der schlimmste Sieg der Terroristen könnte sich bald herausstellen, dass wir uns deren kaltzynischer Berechnung selber ausliefern und die Sprache der Gewalt die Weltsprache würde. Wenn die Weltungerechtigkeit zum Normalfall wird – jedenfalls für die Reichen – wird es weiter Gewalt geben, mit der Gedemütigte sich aus der Erniedrigung – auch mit untauglichen Mitteln – befreien wollen.

Es wird eine Nagelprobe für unsere Demokratie sein, ob es uns gelingt, die jüngere Generation dafür zu gewinnen, dass sie unsere Demokratie aktiv ausfüllt und sich den Mühen stellt, die Demokratie macht. Das hängt davon ab, ob Heranwachsende sehr früh das Gefühl bekommen, dass Einmischung erwünscht ist und erfahrbare Folgen hat.

Wer dauerhaft das Gefühl bekommt, dass er zwar sagen kann, was er will, dass es aber sowieso keinen Zweck hat, also nichts verändert, vielleicht nicht einmal Widerspruch hervorruft, der reiht sich in die Schar der vielen Erwachsenen ein, die bei der Demokratie nur noch zuschauen – oder jeden Abend 24 Kanäle durchzappen, um hinterher das Gefühl zu haben, sie wüssten nun, was in der Welt geschehen ist und was wichtig zu wissen sei.

Aus meiner Sicht ist die Hauptschwelle für das Mittun in der Demokratie ein deprimierendes Gefühl der praktischen Wirkungslosigkeit des eigenen Tuns, das dazu führt, dass man gar nicht mehr versucht, irgendwo mitzuwirken. Das Phänomen der „Vorausresignation“ kenne ich aus der DDR-Zeit nur zu gut: Manche sehen nur, dass andere, die etwas versucht hatten, nichts bewirkt haben und sagen, man könne nichts tun, obwohl sie selber nichts probiert haben. *Weil* sie selber nichts probiert haben, bleibt es nur ganz wenigen überlassen, selbst etwas zu probieren – und sie scheitern. Dann bewegt sich nichts! Man muss hinsehen, wenn ein anderer scheitert und wissen, dass er mich braucht. Wenn wir nur zu fünft sind, aber uns gegenseitig stabiler machen, sind wir schon eine „Macht“. Engagement braucht stabile Einzelne und eine stabilisierende Gemeinschaft.

Wenn Heranwachsende spüren, dass der größte Teil der Erwachsenenwelt sich von politischen Entscheidungsprozessen weitgehend fern hält, wird ihnen ein schlechtes Beispiel dafür gegeben, wie Demokratie funktioniert. Die Ostdeutschen, die zu 98% zu feige waren, 40 Jahre lang wenigstens den Umweg beim Zettelfalten über die Kabine zu wählen, finden es jetzt mutig, *nicht* zur Wahl zu gehen. Denen sage ich: Euch wünsche ich die Diktatur wieder an den Hals,

damit ihr endlich lernt, was es heißt, in der Freiheit zu leben. Wenn nur noch unter 50% der Wahlberechtigten zur Wahl gehen und wenn sie trotzig sagen: „Mit denen nicht“, dann frage ich sie: „Mit wem? Vielleicht mit euch?“

Die Einübung in das, was Teilhabe und Teilnahme in der Demokratie ist, muss früh erfolgen. Die *Teilhabe* und *Teilgabe* beginnt bei der ersten Warum-Frage des Kindes. Wenn du die nicht ernst nimmst und vielleicht nur darüber lachst, wie „süß“ das Kind gefragt hat, beginnt das Dilemma. Stell dich den kindlichen Fragen! Kinder stellen noch Fragen, die du dir als Erwachsener schon längst abgewöhnt hast. Lernen, wenn wir „abgebrühte“ Erwachsene von dem Warum-Fragen der Heranwachsenden gefordert sind, denen alles „ein bisschen spanisch“ vorkommt, was z.B. in Deutschland geschieht. Reagieren wir nicht von oben herab. Dazu gehört es auch, ein Kind öfter zu erhöhen – ganz wörtlich – hochzunehmen, damit es nicht immer die Welt von unten anguckt und erlebt, wie groß wir sind.

Es macht ein Kind glücklich, wenn es die „Großen“ auch einmal auf den Arm nehmen kann. Kinder brauchen das Gefühl, dass wir es nicht sofort als despektierlich werten, wenn sie „uns auf den Arm nehmen“.

Zugleich lernen sie, wo die Grenze ist.

Das alles setzt ein grundlegend partnerschaftliches Verhältnis zwischen den Generationen voraus, was nicht heißt, dem bloß zuzustimmen, was die einen oder die anderen meinen und sagen.

Die Möglichkeit für die Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen auf den unterschiedlichsten Ebenen ist eine Grundfrage für unsere Demokratie: Ob wir anstelle der Zuschauerdemokratie zur Beteiligungsdemokratie kommen. Und Kinder und Jugendliche haben einen genauen Blick dafür, manchmal einen etwas überscharfen Blick, wo zwischen unseren Sprüchen und unserer Wirklichkeit die Gräben klaffen. Wenn sie erleben, dass ihre Beteiligung nicht erwünscht ist, und wo sie erfolgt, folgenlos bleibt, werden sie – wie man heute so sagt – nachhaltig „demotiviert“.

Wir sind zusätzlich dadurch in eine schwierige Lage gekommen, dass die demokratische Meinungsbildung durch mediales und demoskopisches Dauerfeuer beeinflusst wird, dass die Entscheidungen immer komplexer und immer unklarer werden. Immer unklarer wird, *wer* eigentlich entscheidet. Die bereits dramatische, immer noch dramatischer werdende Entwicklung unserer Alterspyramide wird den Konflikt der Generationen verschärfen, wenn immer weniger Jüngere immer mehr Ältere ernähren müssen und die Alten und Älteren täglich erfahrbar die Mehrheit in der Gesellschaft bilden, sodass die Jüngeren das Gefühl bekommen, sie würden permanent dominiert. Wenn sich zugleich das Gefühl ausbreitet, sie würden eigentlich nicht gebraucht, weil es gar keine Arbeit oder sinnvolle, herausfordernde Aufgaben für sie gibt, wird das Konfliktpotenzial zwischen den Generationen unübersichtlich werden.

Wenn es uns nicht gelingt, bei der jungen Generation Lust auf Demokratie zu wecken und sie vom Sinn der Beteiligung an dieser zu überzeugen, wird die demokratische Gesellschaft allmählich ausgehöhlt werden. Wir sind auf dem besten Wege zur Vergreisung der demokratischen Institutionen – womit ich nichts gegen das Engagement der älteren Generation in der Demokratie und für die Demokratie sagen will. Im Gegenteil: Ich vermisse gerade die jungen Leute. Wenn die Jungen die Stafette nicht übernehmen, also „null Bock darauf haben“, oder wenn es ihnen „keinen Spaß“ macht, steht es schlecht um die notwendige Selbsterneuerung unserer demokratischen Institutionen. Es könnte sein, dass das Lustprinzip in der Pädagogik (Wozu habt ihr Lust, was macht euch Spaß, wozu seid ihr gerade motiviert?) eine Falle ist, in die die Pädagogik getappt ist, weil sie sich aus einer anderen befreit hatte, nämlich der von außen oktroyierten Pflicht bzw. aus der fordernden Verantwortungsfalle mit autoritären Ansprüchen. Manchmal hüpfte die Pädagogik von einer Falle in die andere. Und jetzt droht uns der Gegenschlag.

Kopfnoten bieten sich als schnelle Lösung dort an, wo die Verwahrlosung längst so weit gediehen ist, dass denen, die schlechte Noten bekommen, dies gar nichts mehr ausmacht. (Wenn ich Jugendlichen, die vor unserer Akademie ihre Bierdosen fallen lassen, sage: „Hebt sie auf, wenn ihr weggeht“, sagt einer zu mir: „Wenn’s dich stört, hebe sie doch selber auf.“ Mitbeteiligung: Ich habe sie aufgehoben – aber erst als sie weg waren.)

Die Aufgabe der Erwachsenen wird sein, den utopischen Überschuss von Kindern und Jugendlichen – den sprichwörtlichen jugendlichen Übermut –, ihre Radikalität und ihre Probierfantasie weder abzuwürgen, noch ihr einfach zu folgen. Zunächst wird es darum gehen, die Spontaneität bei Kindern und Jugendlichen zu fördern, also ihren utopischen Überschuss nicht vorzeitig abzudrehen, und *zugleich* die eigene Realitätskontrolle zu erweitern.

Ich wiederhole: Älterwerden ist einerseits ein Ärmerwerden an Illusionen, aber auch ein Reicherwerden an Hoffnungen. Wer nie Illusionen hatte oder gar keine Hoffnungen teilt, der verändert nichts mehr, er passt sich nur noch an und ein, sucht sein eigenes Aus- und Fortkommen, kümmert sich nicht mehr um das, was wir das Gemeinwohl nennen; so dominiert nur noch das kurzfristige eigene Wohl. Die Resignation angesichts des Scheiterns von Entwürfen, die nicht realistisch sind, kann durch Rationalisierung von nicht erfüllten oder erfüllbaren Wünschen verringert werden. Jede Mitbeteiligung muss mit dem Scheitern umgehen lernen – Vergeblichkeit muss nicht immer „an den anderen Idioten“ liegen (arbeiten Sie eine längere Phase in einer Partei mit, dann merken Sie, wie viele Idioten in einer Gruppe sich gegenseitig für Idioten halten).

Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen braucht eine Atmosphäre von Offenheit, Akzeptanz, Hinhörbereitschaft. Das Selbstwertgefühl derer, die sich beteiligen sollen, ist personell und strukturell zu fördern. Je früher Heranwachsende Verantwortung übernehmen, umso stärker spüren sie die Schere zwischen dem, was man *will*, und dem, was man *kann*. Sie lernen zu akzeptieren. Ihre Ausdauer und ihre Weitsicht wird gefördert. Je selbstständiger jemand han-

deln kann, desto selbstbewusster wird er und desto mehr wird sein Selbstbewusstsein gestärkt, was wiederum eine Quelle für die Stärkung der eigenen Befähigung ist. Erfolge bringen Erfolge – und Niederlagen bringen Niederlagen.

Ich möchte gern auf den ersten Satz setzen; weil Erfolge Erfolge bringen, muss man Erfolge ermöglichen. Schließlich erlebt jemand, dass er mehr kann, als er selbst oder andere von ihm denken.

Für uns alle gilt: An Aufgaben wächst man. Deshalb gilt es, das wieder zu entdecken, was es früher einmal gegeben hat (und was immer auch pervertierbar ist), nämlich jene abgestufte Verantwortlichkeit unter Jugendlichen, wie sie in kinderreichen Familien selbstverständlich ist, wie sie beim Wandervogel, bei den Pfadfindern oder in der Jugendarbeit der kirchlichen Jugendschar üblich war: Kleinere sind für Größere eine Aufgabe und Größere für Kleinere ein Halt. Das stärkt doch, wenn ich merke, wie ein anderer mich braucht. Ich bin jetzt hier unersetzbar! Der Kleine merkt, er hat jemanden, an den er sich wenden kann. Dieser jemand ist nicht so weit oben, dass er zu weit weg ist. Er ist für den Kleinen erreichbar.

Ich meine, solche Verantwortungsstrukturierung sollten wir auf den verschiedenen Ebenen wieder lernen. Dazu braucht es in der Gemeinschaft auch Regeln und Hierarchien. Sie schaffen Verlässlichkeit und Verhaltenssicherheit, solange sie nicht sklavische Gesetze werden und solange eine begründete Durchbrechung von Vorgaben erlaubt ist. Aber zunächst geht es um die Anerkennung von Regeln und von Verantwortungsabstufungen. Beteiligung braucht Kriterien und Orientierungsangebote.

Wenn alles zur Disposition stünde, würde nichts mehr entschieden, weil das, was gerade entschieden wurde, wieder zur Disposition stünde. Das erzeugt nur noch Unlust. Chaos sowieso. Dies weckt diffuse Aggressivität und Lähmung zugleich. Gerade jüngere Leute brauchen Vorgaben, die nicht sogleich als autoritär zu gebrauchen oder zu bewerten sind. Ein Pflichtprogramm ist noch keine Zwangsmaßnahme, sondern eine Forderung, an der man wachsen kann – also gefördert wird (nicht alles muss und schon gar nicht kann alles endlos bequatscht werden!). Freilich: Vor der Einigung steht das Streiten und Abwägen, nicht das Machtwort.

#### **IV.**

Ein grundlegendes Prinzip der Demokratie ist die *Verstetigung* von Beteiligung, eben nicht bloß spontane, ein-Punkt-bezogene Einmischung zur Erreichung *eines* konkreten, oft emotional hochbesetzten Ziels. Verstetigte Beteiligung braucht Rechtsstrukturen und verlangt nach Verbindlichkeit auf einer längeren Zeitstrecke – was eine schnelle Befriedigung von Wünschen meist unwahrscheinlich macht und die Lustmomente der Beteiligung minimiert – mindestens reduziert. Weil jüngere Menschen häufig nur die Jetzt-Zeit kennen und unmittelbar einen Erfolg sehen wollen, ist unser parlamentarisches Regelwerk für junge Leute eher abschreckend (es

gibt Probleme, die nicht vermeidbar sind!). Unsere parlamentarische Demokratie braucht mehr *Instrumentarien*, durch die erkennbar wird, dass die repräsentative Demokratie zwar ohne wirklich realistische Alternative ist, aber gleichzeitig des beständigen Austausches zwischen gewählten Vertretern und den unterschiedlichsten Interessengruppen bedarf und spontane Diskussionsbedürfnisse befriedigen muss. Demokratie ist nur dann lebendig, wenn Momente der *Basisdemokratie* und Momente der *repräsentativen* Demokratie immer wieder zusammentreffen, durchaus konfliktgeladen zusammentreffen, aber sich eben problem- und lösungsorientiert verhalten, den Streit als etwas Entlastendes und Problemlösendes und nicht als etwas Störendes empfinden (zuweilen gewinne ich den Eindruck, dass in dem Berliner Kuppelgebäude Entscheidungsprozesse im Gange sind, die stets von „oben nach unten“ laufen und nicht funktionieren können, wenn unsere Demokratie weiter funktionieren soll!).

Beteiligung und Mitbestimmung, Ernstnehmen und Respektieren entscheidet sich schließlich bereits am häuslichen Mittagstisch, entwickelt sich in der abgestuften und kontinuierlichen Übernahme von Verantwortung im Haushalt und seinen aufeinander angewiesenen Erfordernissen. Wo in der Primärgruppe die elementarsten Regeln von Freiheit und Verantwortung, von Pflicht und Lust nicht mehr eingeübt werden, haben es Schule und andere sekundäre Einrichtungen unendlich schwer. Man wird Kinder und Jugendliche nicht *überfordern*, aber auch nicht *unterfordern* dürfen. Sie sind an Kontinuitätsanforderungen heranzuführen und brauchen Realitätskontrolle, ohne dass ihnen ihr Überschwang genommen wird.

Deswegen sollten wir Erwachsenen uns hüten, den jungen Leuten zu früh einzureden, was alles *nicht* geht. Sie brauchen die Chance, es selber zu probieren! Es könnte sein, dass sie mehr erreichen, als wir uns gedacht hatten, als wir scheiterten.

Einigungsprozesse sind zu inszenieren, wo die eigenen Interessen vertreten und andere verstanden werden. Wenn unsere Schulen nicht Schulen der Demokratie werden, wird es um unsere Demokratie selbst schlecht stehen. Jugendlichen muss geholfen werden, aus dem Entweder-oder-Spiel auszubrechen und den Kompromiss nicht als Gesichtsverlust oder gar Feigheit zu erleben, sondern als eine der Grundbedingungen der demokratischen Auseinandersetzung, die auf Gewalt verzichtet und den jeweils anderen mit seiner Meinung auch praktisch respektieren lernt. Grenzen vorzugeben heißt Verantwortung einzuüben! Die gesetzten Grenzen sind Raum der Freiheit; diesen nicht einzuengen, sondern dauerhaft zu erhalten muss Aufgabe aller weiteren Sicherheitsgesetze sein.

Die Grund-Sätze der Demokratie brauchen eine grundlegende und umfassende intellektuelle, emotionale und soziale Aneignung. Der erste Grundsatz unserer Demokratie ist in Artikel 1 unseres Grundgesetzes festgeschrieben; aber da soll er nicht bleiben. Wo er bloß juristisch *festgeschrieben* ist, muss er eingeschrieben werden im Denken und Fühlen aller Mitbürger, auch der jüngeren. Am besten wird er dann *eingeschrieben*, wenn die Heranwachsenden ihn als gültigen Grundsatz erfahren.

*Artikel 1.1 GG:*

*„Die Würde des Menschen ist unantastbar; sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“*

*Artikel 1.2 GG:*

*„Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“*

*Artikel 2 GG:*

*Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.*

*Artikel 3 GG:*

*Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.*

Das bedeutet, dass eine Selbstverständlichkeit *praktisch erlebt* wird, dass eben auch Kinder vor dem Gesetz gleich sind, selbst wenn sie noch nicht in gleicher Weise strafmündig sind, so sind sie doch gleichgeachtet und mit-verantwortlich.

Das Gefühl für Verantwortung, für Pflicht und für die Entfaltung des *eigenen* Lebens mit Rücksicht auf die Entfaltungsmöglichkeit des *anderen* Lebens sind Grundbedingungen für gelingendes Zusammenleben in unserer Demokratie.

Das kann uns gelingen. Es liegt an uns. Keinen Tag zu spät Ernst zu machen damit, dass jede und jeder spürt: Auf mich kommt es an. Die anderen brauchen mich, so wie ich die anderen brauche. Das Gelingen ist eine schöne Utopie. Ändert die Welt. Sie braucht es. Sie braucht Euch.

Reinald Eichholz

## Forum 1

# VERSTETIGUNG EINER BETEILIGUNGSKULTUR? – POLITISCHE UND RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

## 1 Vorbemerkung

Bei komplexen Problemstellungen entwickelt sich im Interesse besserer Handhabbarkeit stets die Neigung, einzelne Aspekte herauszugreifen und isoliert weiterzuverfolgen. Nicht selten stellen sich diese Gesichtspunkte gegeneinander. Was dem einen wichtig ist, steht für andere völlig am Rande – und umgekehrt. Das sagt viel über die Akteure, ihre Vorlieben, Erfahrungen und sicherlich auch ihre Handlungskompetenz. Es sagt aber (zu) wenig über die Sache. Sie ist komplex, und es verbietet sich, Einzelaspekte gegeneinander auszuspielen. *Alle* sind wichtig an ihrem Ort und es käme darauf an, dies zum Anlass für Zusammenarbeit zu nehmen und die unterschiedlichen Aspekte und Kompetenzen zu bündeln.

So macht es auch in der Politik für Kinder wenig Sinn, sich darüber zu streiten, ob nur eine Politik der kleinen Schritte weiterführt oder allein weit ausgreifende Visionen, ob es vorrangig um den Dialog *mit* Kindern und Jugendlichen geht oder zuvor entsprechende Rahmenbedingungen *für* Kinder geschaffen werden müssen, ob erst die *Verwaltung* für Verbesserungen gewonnen werden muss oder die *Politik* wichtiger ist – notwendig ist dies alles, und zwar gleichzeitig. Es ist allein eine Frage der konkreten Situation, der eigenen Möglichkeiten und der sich anbietenden Partner, wo man ansetzt. Entscheidend ist dann, die anderen Aspekte nicht aus dem Auge zu verlieren und aufmerksam zu verfolgen, wo sich Ansatzpunkte bieten, auch hier weiterzukommen.

In der Beteiligungsdiskussion wiederholen sich diese Muster. Im Folgenden kann es daher nur darum gehen, die unterschiedlichen Aspekte dieser Problematik aufzuzeigen. Wo mit dem Ziel von Verbesserungen konkret anzusetzen ist, muss von Fall zu Fall entschieden werden.

## 2 Was heißt Beteiligung?

Bevor man sich mit der Verstetigung einer Beteiligungskultur befasst, muss man sich darüber verständigen, was mit Beteiligung gemeint ist. Denn durchaus unterschiedlich sind die Folgen je nachdem, ob man Beteiligung als *pädagogischen Lernprozess* versteht, sodass Verstetigung vor allem Fragen der Motivation und Kontinuität bei den Beteiligten betrifft. Oder ob Beteiligung *politische Partizipation* meint, sodass es für eine Verstetigung vor allem um politische Klärungen geht. Oder ob Beteiligung schließlich die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen als *Ex-*

*perten in eigener Sache* betrifft, sodass es für eine Verstetigung vor allem darauf ankommt, wie sichergestellt werden kann, dass die Sichtweise von Kindern und Jugendlichen kontinuierlich in Maßnahmenplanung und Maßnahmendurchführung eingebracht werden kann.

Bei näherem Zusehen zeigt sich, dass es auch hier nicht um scharfe Abgrenzungen und widerstreitende Aspekte geht, sondern um Übergänge und Gemeinsamkeiten. Politische Partizipation und Expertentum verlangen Lernprozesse. Fruchtbare Lernen ist aber nur möglich, wo Eigenaktivität gefordert ist und lebendige Beteiligung zugelassen wird. Und Expertentum entfaltet sich nur, wo politische Offenheit eine Chance der Umsetzung begründet. Gemeinsam ist allem, dass es überall darum geht, Verbindlichkeit und Kontinuität zu sichern.

Obwohl sich in der Praxis eine Vielfalt unterschiedlicher Beteiligungsformen entwickelt hat, soll daher dem Problem der Verstetigung einer Beteiligungskultur im Folgenden mehr im Hinblick auf die Gemeinsamkeiten nachgegangen werden als den Problemen, die sich bei den unterschiedlichen Beteiligungsaspekten im Einzelnen stellen.

**Tabelle 1: Beteiligungsmodelle für Kinder und Jugendliche  
Typologie und Verbreitung in den Kommunen**

<b>Politikerinnen-/Politikerkontakte</b> Sprechstunden, Rathausbesuche, Meckerbriefkästen	7%
<b>Beteiligung in Einrichtungen der offenen Jugendarbeit</b> Mit- und Selbstbestimmungsgremien in Jugendtreffs	12%
<b>Vertretung in Erwachsenengremien</b> Ausschüsse, Stadtteilarbeitskreise, Runde Tische, Bürgerinitiativen	14%
<b>Repräsentative Beteiligungsformen</b> Kinder- und Jugendparlamente, Jugendräte, Jugendgemeinderäte, Jugendbeiräte, Jugendstadträte, Stadtteiljugendräte	20%
<b>Offene Beteiligungsformen</b> Kinder- und Jugendforen, Jungbürgerversammlungen, Kinderkonferenzen, Jugendhearings	35%
<b>Projektorientierte Beteiligungsformen</b> Spielplatz- und Schulhofprojekte, Wohnumfeldprojekte, Verkehrsprojekte, Bauvorhaben, Stadtgestaltungsprojekte, Ökologieprojekte, künstlerische Projekte, Öffentlichkeitsarbeitsprojekte	70%

nach: Bruner/Winklhofer/Zinser 1999

Damit treten zwei grundsätzlichere Fragen in den Vordergrund. Zunächst nach der Reichweite von Beteiligung. Trotz aller Vielfalt ist doch nicht zu übersehen, dass wesentliche Lebensbereiche in der Beteiligungspraxis weitgehend außen vor bleiben, nämlich *Familie und Schule*. Solange aber Partizipation nicht auch hier praktiziert wird, muss man befürchten, dass alle positiven Ansätze in anderen Bereichen angesichts dieser Alltagserfahrungen als „Spielwiese“ verstanden werden und letztlich in Frustration münden.

Die scheinbare Fülle verdeckt darüber hinaus, dass die *Motivation von Kindern und Jugendlichen*, Beteiligungsangebote anzunehmen, weithin zu wünschen übrig lässt. Nicht nur die Erwachsenen, sondern Kinder und Jugendliche selbst klagen darüber, dass Desinteresse herrscht und es „immer dieselben“ sind, die sich engagieren. Die hier ansetzenden Praxisfragen, wie Beteiligung bestmöglich angelegt werden sollte, münden deshalb in eine durchaus *beunruhigende Grundsatzfrage*:

### **Stimmt die Richtung?**

Gerade wenn man als Erfolg verbucht, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen mehr und mehr zur politischen „correctness“ gehört, ist die mangelnde Bereitschaft, Beteiligungsangebote anzunehmen, Besorgnis erregend. Dafür könnte indessen die gegenwärtige Beteiligungspraxis selbst verantwortlich sein. Denn wo Beteiligung pädagogisch und politisch betrieben wird, gewinnt man den Eindruck, dass den Kindern und Jugendlichen weithin Vorgedachtes vermittelt oder im Interesse der Demokratieentwicklung versucht wird, Kinder und Jugendliche „an die Politik heranzuführen“. Unterschwellig wirken hier stets *Erfahrung und Lebensstil der Erwachsenen normsetzend* und es scheint im Umgang mit Kindern und Jugendlichen vorrangig darum zu gehen, sie in die Erfahrungsfelder der Erwachsenen einzuführen. Verräterisch ist es, wenn Kindern Spiel und Unvernunft zugebilligt und dafür plädiert wird, ihnen dies so lange wie möglich zu erhalten. Denn am Ende steht doch auch hier die Forderung, sich schrittweise auf den Ernst des Lebens einzulassen – und der wird durch die Welt der Erwachsenen definiert.

Gründliche Analysen unseres gesellschaftlichen Lebens müssten aller Praxis der Partizipation jedoch eine *ganz andere Richtung* geben. Thomas Meyer (1994) hat eingehend begründet, dass die mangelnde Lebendigkeit demokratischer Beteiligung wesentlich damit zusammenhängt, dass die *Kluft zwischen Alltagsleben und Politik immer größer* geworden ist. Gleichzeitig belegt er, dass die großen gesellschaftlichen Entscheidungen immer weniger von der Politik allein getroffen werden können, sie vielmehr „durch das Nadelöhr“ (a.a.O., S. 67) der Entscheidung des Einzelnen hindurchgehen müssen. Er folgert daraus, dass nicht *der Alltag an die Politik* herangeführt werden müsse, sondern die *Politik zurückfinden müsse in den Alltag der Menschen*. Dies verändert die *Richtung von Partizipationsprozessen* – von der *Komm-Struktur* zur *Geh-Struktur*.

So sollte sich die kritische Selbstreflexion der Beteiligungspraxis verstärkt mit der Frage befassen, ob nicht eine konsequent *„aufsuchende Beteiligung“* dazu beitragen könnte, die unüberseh-

baren Motivationsprobleme zu überwinden. Man muss sich nur vorstellen, statt der „Politiker-sprechstunde“, wo sich Kinder und Jugendliche im Rathaus einfinden, würden Politikerinnen und Politiker in die Schulen gehen, im Jugendtreff erscheinen und Kinder und Jugendliche dort aufsuchen, wo sie leben.

Dies leitet über zu einer weiteren kritische Frage: *Sehen wir Beteiligung zu eng?*

Die derzeitige Beteiligungspraxis konzentriert sich auf Kinder im Alter von 8 oder 9 bis 14 Jahren und auf Jugendliche. Bedenkt man, dass die tiefere Begründung, nicht nur *für*, sondern *mit* Kindern zu arbeiten, auf deren *Subjektstellung* beruht, die es verbietet, sie zum Objekt fürsorglicher Planung zu machen, so müsste Partizipation ein *umfassendes und von Anfang an gültiges Prinzip* im Umgang mit Kindern sein. Denn Subjekt sind sie von Anfang an. Im Partizipations-spektrum fehlen aber nicht nur weitgehend die Lebensfelder von Familie und Schule, auch *altersmäßig* wird die Diskussion zu eng geführt. Eine Beteiligungskultur muss fragen, wie wir Kindern überhaupt begegnen und wie wir lernen können, ihre Äußerungen – auch lange bevor sie sich in Worten ausdrücken – als *Äußerung ihrer eigenständigen Persönlichkeit* zu würdigen. Gerade die Partizipationsdebatte muss den Weg *von der Objektstellung zur Subjektstellung des Kindes* nachvollziehbar machen und die Anforderungen verdeutlichen, auf die Kinder von An-beginn ein Recht haben.

Von der Objektstellung zur <i>Subjektstellung</i> des Kindes  <b>Das Recht des Kindes auf Achtung</b>		
Das Kind entwickelt sich durch schöpferische <i>Eigenaktivität</i>  <b>Das Recht auf Entwicklung</b>	Das Kind ist unverwechsel- bare, nicht normierbare <i>Individualität</i>  <b>Das Recht auf eigenständige Persönlichkeit</b>	Das Kind entfaltet sich zu Freiheit und Verantwortung durch <i>Selbstbestimmtheit</i>  <b>Das Recht auf Entfaltung</b>

Stellt man in dieser Weise auf Rechte des Subjekts ab, muss heute dem Missverständnis entgegengetreten werden, dies sei gleichbedeutend mit der *Gefahr von Selbstbezogenheit und Egoismus*. Klarzustellen ist, dass die Entwicklungs- und Entfaltungsrechte von Kindern *Eigenständigkeit und Gemeinschaftsfähigkeit* der Persönlichkeit zum Ziel haben, was auch die Übernahme von *Verantwortung* unmittelbar einschließt. Der Mensch verwirklicht sich als Subjekt nicht in erster Linie durch die Behauptung von Selbstbezogenheit, sondern ganz entscheidend gerade in der Verantwortung für andere. „*Kinder reden mit*“ muss immer auch heißen: „*Kinder übernehmen Verantwortung*“.

## **Rechtliche Rahmenbedingungen**

Dafür bestehen Rahmenbedingungen, die durchaus Chancen bieten. Die Zusammenstellung maßgeblicher Regelungen lässt erkennen, dass in den vergangenen 10 Jahren eindeutige Fortschritte erzielt worden sind:

### *Art. 12 UN-Kinderrechtskonvention:*

„Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.“

### *Art. 24 EU-Grundrechte-Charta:*

„Kinder haben Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge, die für ihr Wohlergehen notwendig sind. Sie können ihre Meinung frei äußern. Ihre Meinung wird in den Angelegenheiten, die sie betreffen, in einer ihrem Alter und ihrem Reifegrad entsprechenden Weise berücksichtigt.“

### *Art. 6 Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen:*

Abs. 1: „Jedes Kind hat ein Recht auf Achtung seiner Würde als eigenständige Persönlichkeit und auf besonderen Schutz von Staat und Gesellschaft.“

Abs. 2: „Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und den Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Staat und Gesellschaft schützen sie vor Gefahren für ihr körperliches, geistiges und seelisches Wohl. Sie achten und sichern ihre Rechte, tragen für altersgerechte Lebensbedingungen Sorge und fördern sie nach ihren Anlagen und Fähigkeiten.“

Abs. 3: „Allen Jugendlichen ist die umfassende Möglichkeit zur Berufsausbildung und Berufsausübung zu sichern.“

### *§ 1626 Bürgerliches Gesetzbuch*

Bei der Pflege und Erziehung berücksichtigen die Eltern die wachsende Fähigkeit und das wachsende Bedürfnis des Kindes zu selbständigem und verantwortungsbewusstem Handeln.

### *§ 8 Kinder- und Jugendhilfegesetz:*

„Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen.“

*§ 47 f. Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein:*

Die Gemeinde soll bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen ... Bei der Durchführung von Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, soll die Gemeinde in geeigneter Weise darlegen, wie sie diese Interessen berücksichtigt und die Beteiligung nach Absatz 1 durchgeführt hat.“

*§ 7 Kommunalwahlgesetz Nordrhein-Westfalen*

„Wahlberechtigt für die Wahl in einem Wahlgebiet ist, wer am Wahltag ... das sechzehnte Lebensjahr vollendet hat ...“

Zweifellos bestehen noch Lücken, etwa bei der Regelung von Kinderrechten in den Landesverfassungen oder im Hinblick auf die Ergänzung der Gemeindeordnungen. Der entscheidende Mangel besteht jedoch in einem *weitgehenden Vollzugsdefizit*. Denn auch, wo etwa positive Regelungen für die Beteiligung auf Gemeindeebene getroffen sind, ist keineswegs gewährleistet, dass dem auch in der Praxis Rechnung getragen wird. Beteiligungsprozesse gelten als aufwendig, schwierig und im Hinblick auf die oftmals mangelnde Motivation als für alle Beteiligten frustrierend.

**„Früh übt sich ...“**

In Nordrhein-Westfalen wird daher – ähnlich wie in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Berlin oder Hessen – versucht, dem durch ein gezieltes Fortbildungsprogramm abzuhelpfen. Dies geschieht unter dem Motto „Früh übt sich“ – jedoch nicht, wie es nahe zu liegen scheint, im Hinblick auf Kinder und Jugendliche, sondern als *Fortbildung für Angehörige der Verwaltung*. Denn frühzeitige Beteiligung, d.h. der Dialog mit Kindern und Jugendlichen bereits in den Frühphasen von Planung und Umsetzung, gehört zu den entscheidenden Punkten, die sich eine „lernende Verwaltung“ zu Eigen machen muss.

**Politik in Zeiten knapper Kassen**

Auch diese Prozesse sind jedoch nur ein Teilaspekt. Die Probleme sind heute komplizierter. In Zeiten knapper Kassen kommt alles über kurz oder lang auf den Prüfstand von *Effizienz und Effektivität*. Schon heute zeigt sich, dass was nicht unbedingt notwendig ist, sich kaum realisieren lässt – wobei Notwendigkeit *politisch* definiert wird. Gerade dies aber macht deutlich, dass der *Dialog mit der Politik* gesucht werden muss.

Dabei muss man hinnehmen, dass die Interessen von Kindern und Jugendlichen als solche nicht im Zentrum politischer Aufmerksamkeit stehen. Als eine entscheidende Weiterentwicklung der Partizipationsdebatte – wie der Politik für Kinder überhaupt – muss es deshalb gelten, *politische*

*Kontexte* aufzusuchen oder herzustellen, die die Belange von Kindern von der *Wünschbarkeit* in den Bereich gesellschaftlicher *Notwendigkeit* rücken.

### **Kinderbeteiligung als Alltagsdemokratie**

Ganz in diesem Sinne wird die Beteiligungsdebatte als *Beitrag zur Entwicklung der Demokratie* eingeordnet. In den vergangenen Jahren war zu beobachten, wie die hierzu von Schleswig-Holstein ausgehenden Impulse zum Allgemeingut geworden sind. Das Problem besteht darin, dass die Sorge um die Fortentwicklung der Demokratie allseits geteilt wird, in der handgreiflichen Politik vor Ort dies jedoch *hinter die Aktualitäten des Tages* zurücktritt. Finanzielle Zwänge und die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl konkreter Probleme stehen im Vordergrund. So unverzichtbar es ist, Kinder- und Jugendpolitik *auch* unter dem Gesichtspunkt der Demokratieentwicklung zu betreiben, so notwendig ist doch zugleich, sich *auch* auf diese *ganz politisch-praktische Diskussion* einzulassen.

### **Kinderbelange und strategische Kommunalentwicklung**

Diese Diskussion hängt unmittelbar mit den Problemen des Lebens in unseren Städten zusammen. Im Kern ist es die *demographische Entwicklung* in Verbindung mit *Wanderungsbewegungen*, die den Kommunen zu schaffen macht. In den Großstädten, insbesondere des Ruhrgebiets, kumuliert dies zu besorgniserregenden Zukunftsszenarien. Im Zeithorizont des Jahres 2015 werden in den Städten des Ruhrgebiets nach Aussage des Forschungsinstituts RWI (2001) rund 400.000 Menschen weniger leben als dies heute der Fall ist. Das sind etwa 10% der Revierbevölkerung. In allen Sektoren der kommunalen Politik werden damit Nachwuchsprobleme spürbar. Durch diese Entwicklung gehen bis 2015 voraussichtlich 14 Mrd. DM Kaufkraft verloren. Die Probleme verstärken sich, indem damit auch die Nachfrage sinkt, Arbeitsplätze abgebaut werden und dadurch die Nachfrage wiederum weiter zurückgeht.

Kein Bereich der Kommunalpolitik kann demnach ohne Rücksicht auf die Sozialstruktur und damit auch auf die Lebensbedingungen von Kindern betrieben werden. Diese Interdependenzen machen die Qualität der Lebensbedingungen von Kindern zu einem tragenden Element einer *kommunalen Entwicklungspolitik*.

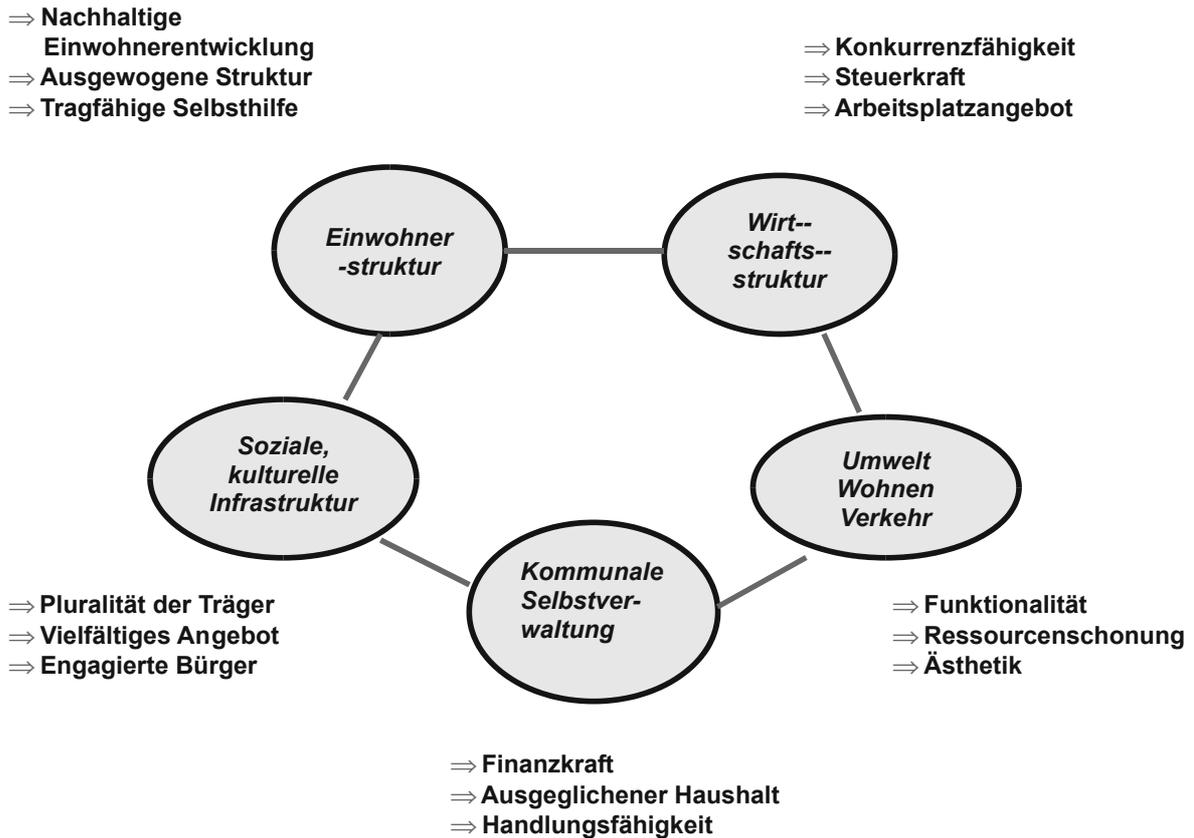


Abbildung 1: Magisches Fünfeck der Kommunalentwicklung nach: Heuwinkel 1999

Die Zukunftsfähigkeit des Gemeinwesens hängt daher entscheidend davon ab, dass die *Proportionen zwischen jung und alt* wenigstens annäherungsweise im Gleichgewicht bleiben. Angesichts des kaum aufhaltbaren Trends zur Überalterung wird zunehmend erkannt, dass dies bedeuten muss, die *Belange von Kindern, Jugendlichen und Familien* nicht länger als Gegenstand fürsorglicher Sozialpolitik zu betrachten, sondern eben als *entscheidendes Merkmal der Kommunalentwicklung*.

### Ansätze in der Leitbilddiskussion

Unter dem Zwang der Ereignisse versuchen viele Kommunen, ihren Standort durch eine intensive Leitbilddiskussion zu klären. Hier gilt es, sich einzuschalten. Man muss darauf hinweisen, dass *Zukunftsfähigkeit* nur entstehen kann, wenn sich dies mit der *Vision einer „jungen Kommune“* verbindet. Die Herstellung kindgerechter Lebensbedingungen muss als *übergreifende Gemeinschaftsaufgabe* sichtbar werden.

Freilich ist zu bedenken, dass die Leitbilddiskussion durch „Wortgeklingel“ und Unverbindlichkeit nicht unerheblich in Misskredit geraten ist. Man muss sich daher klarmachen, dass strategisches Management ein hohes Maß an *Konsequenz und Bündigkeit* verlangt, eine abgekoppelte Leitbilddiskussion daher in keinem Fall „zielführend“ sein kann. Vielmehr muss sich eine ebenso intensive Diskussion um konkrete *Ziele der Politik* und deren *Umsetzung und Auswertung* bis hin zur konsequenten *Nachsteuerung* anschließen, wenn das Ganze Sinn machen soll.

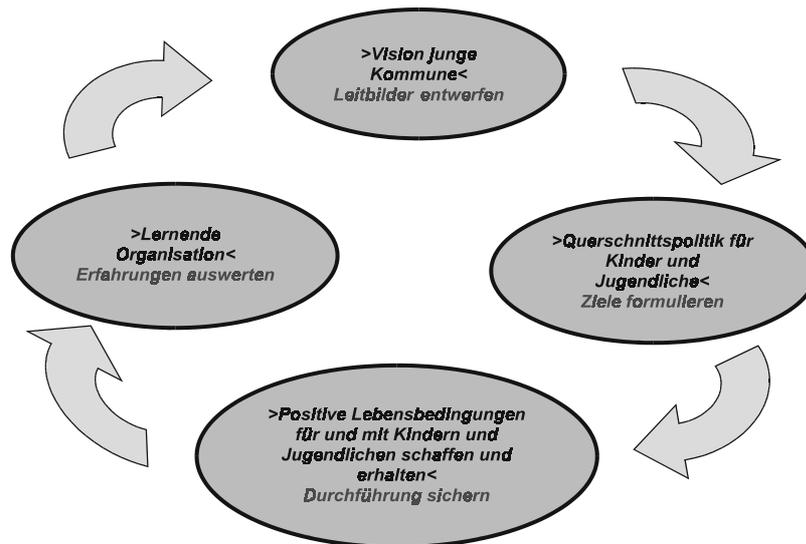


Abbildung 2: Impulse für die Kommunalentwicklung – Strategisches Management für Kinder und Jugendliche: Aufgabenstellung

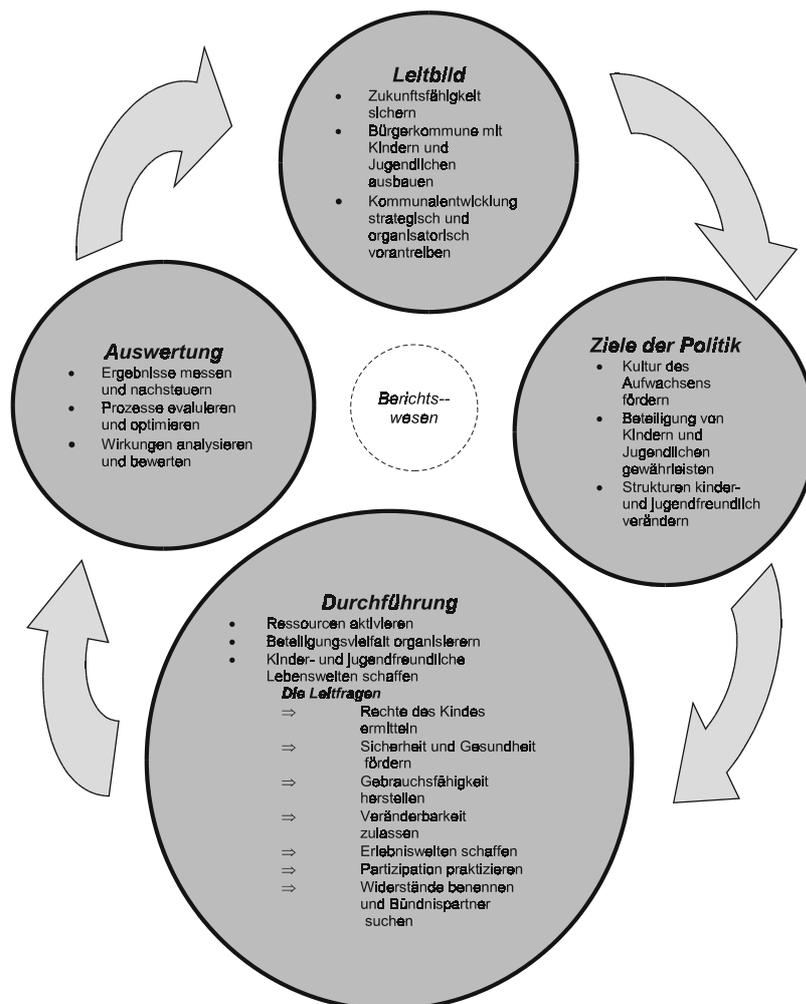


Abbildung 3: Impulse für die Kommunalentwicklung – Strategisches Management für Kinder und Jugendliche: Konzeptrahmen

Dabei zeigt sich, dass das Thema *Beteiligung in allen Stadien des strategischen Managements* anzutreffen ist. Bereits die Leitbildentwicklung muss ein partizipativer Prozess sein – auch mit Kindern und Jugendlichen. Die Ausweisung von Prozesszielen macht dies auf der Zielebene zum ausdrücklichen Thema. Auf der Durchführungsebene kommt es darauf an, dies in der gebotenen Vielfalt zu verwirklichen und schließlich muss eine Prozessevaluation zusammen mit den Betroffenen dafür sorgen, dass die Erfahrungen auf die (Neu-)Formulierung von Zielen und Maßnahmen zurückwirken.

Freilich lauert auch hier die Gefahr von Einseitigkeiten und Übertreibungen. Die Auseinandersetzung mit diesen in Abbildung 2 und 3 skizzierten Strategien ist förderlich, wenn danach gesucht wird, einen konzeptionellen Rahmen für eine fruchtbare und konsequente Weiterentwicklung zu finden. Doch dürfen sich die dabei benutzten *Instrumentarien nicht verselbstständigen* und in Perfektionismus ausarten, wenn denkbare Fortschritte nicht durch Scheinrationalität und Bürokratie infrage gestellt werden sollen. Insofern ist Augenmaß gefragt, auch wenn es zunächst darum geht, sich auf die derzeit diskutierten Entwicklungsmodelle einzulassen.

## Literatur

- BRUNER, C.F./WINKLHOFER, U./ZINSER, C. (1999): Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune. Ergebnisse einer bundesweiten Erhebung. Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), München
- HEUWINKEL, D. (1999): Kommunalentwicklung. In: Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit Nordrhein-Westfalen. (Hrsg.): Kinderkonvention und Agendaprozess
- MEYER, T. (1994): Die Transformation des Politischen. Frankfurt
- Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (2001), Welt am Sonntag, 21. Oktober

Lothar Krappmann

## Forum 2

### DEMOKRATIE LERNEN? LERN- UND BILDUNGSPROZESSE IN BETEILIGUNGSMODELLEN

In Artikel 12 der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen wird Kindern das Recht zuerkannt, ihre eigene Meinung in allen sie betreffenden Angelegenheiten frei zu äußern, und ihnen darüber hinaus zugesichert, dass diese ihre Meinung Berücksichtigung finden wird. Folglich müsse Kindern unmittelbar oder durch einen Vertreter in Vorgängen und Verfahren Gehör eingeräumt werden. Unser Kinder- und Jugendhilfegesetz bestimmt an vielen Stellen, Kinder an Entscheidungen zu beteiligen, und zwar sowohl in bestimmten Situationen, in die einzelne Kinder oder Jugendliche geraten können, so zum Beispiel bei der Planung von Hilfen in Notlagen, als auch generell, wenn es darum geht, gute Bedingungen des Lebens und Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen zu schaffen, also etwa, wenn der Jugendhilfeausschuss den Bedarf an Einrichtungen und Diensten für junge Menschen diskutiert. Auch manche Schulgesetze und Gemeindeordnungen sehen vor, dass Kinder und Jugendliche an der Gestaltung des Schullebens oder an Gemeindeplanungen „in angemessener Weise“ – heißt es dann oft – beteiligt werden sollen.

„In angemessener Weise“ – das klingt so vernünftig, wird von Kindern und Jugendlichen aber weithin als eine versteckte Form der Abwehr verstanden. Von „je nach Alter“ oder „entsprechend ihrer Reife“ ist dann die Rede. Es fällt schwer, sich der Verführung, die diese Worte ausüben, zu entziehen, nämlich der unterschweligen Botschaft, Kinder seien überfordert, Jugendliche überblickten doch gar nicht, was zu regeln oder zu gestalten verlangt werde. Sie müssten mehr von der Sache verstehen, erst Erfahrungen sammeln, müssten die verworrenen Vorgeschichten der Entscheidungsprozesse kennen, bevor sie sinnvoll partizipieren könnten. Kurzum – sie müssten erst lernen: Wissen erwerben, Verhandeln erlernen, sich Kenntnis der Verfahren aneignen, ohne die eine Mitwirkung nicht vorstellbar sei.

Diese Einstellung lässt sich auf die Formel bringen: „Erst Lernen, dann Partizipation.“ Vielleicht sogar: „Erst Lernen, dann Demokratie?“ Denn auch unser Staatswesen beruht darauf, dass alle Bürger an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten mitwirken – teils direkt, teils indirekt. Die Idee, diese Mitwirkung müsse an Vorbedingungen geknüpft werden, an Besitz, Steuerleistung oder eben auch an den Bildungsstand, ist alt und aus guten Gründen immer abgelehnt worden – aus Gründen, die in geschichtlichen Erfahrungen wurzeln. Sie belegen nachdrücklich, dass ein Gemeinwesen in politische Abgründe gerät, wenn es die Beteiligungsrechte seiner Mitglieder von Bedingungen abhängig macht.

Also, Wahlrecht für jedes Kind? Das geht jetzt zu schnell und überspringt wichtige Überlegungen, die vor einer Antwort auf diese Frage angestellt werden müssen. Auch die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen übergeht nicht, dass Kinder heranwachsen und die Art ihrer Beteiligung am Gemeinwesen angemessen sein muss. Sie macht allerdings daraus kein „Zuerst müssen Kinder und Jugendliche beweisen, dass sie ...“, sondern ist voller Hinweise darauf, wie Kinder und Jugendliche in Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse eingebunden werden können. Die Konvention – ebenso wie auch das Kinder- und Jugendhilfegesetz – hat eine Lernvorstellung, die nicht auf die Formel zu bringen ist „Erst Lernen, dann Partizipation und auch erst dann Demokratie“, sondern in der davon ausgegangen wird, dass Kinder und Jugendliche *in der Beteiligung* und *durch die Beteiligung* an Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen lernen. Lernen und Beteiligung stehen *nicht* in einer Abfolge; das eine ist *nicht* eine Vorableistung für das andere. Vielmehr gehören Lernen und Beteiligung zusammen.

Ich möchte das Problem allerdings auch nicht verkürzen: Es ist oft durchaus hilfreich, sich Informationen zu holen und Erfahrungen zu erschließen, bevor man mit anderen auszuhandeln beginnt, wie ein Problem gelöst, nehmen wir als Beispiel, wie ein Schulweg besser gesichert werden kann. Da muss man etwas über Verkehrsströme, Ampelschaltungen, Blickwinkel, typische Fehlreaktionen und manches mehr wissen. Jedoch gilt auch hier, dass den Beteiligten manche Fragen erst kommen, wenn sie begonnen haben, ein Problem anzugehen. Nicht nur Parlamentarier werden erst sachkundig, wenn sie mit einem Problem konfrontiert werden. Auch für Kinder und Jugendliche gilt das, und es ist erstaunlich und ermutigend, wie viel Kinder und übrigens auch Erwachsene hinzulernen können, wenn sie vor eine wichtige Aufgabe gestellt werden und ihnen klar wird, dass es jetzt auf ihre gute Entscheidung ankommt.

Und auch ein anderer Punkt darf nicht unerwähnt bleiben: Es ist keineswegs so, dass bei diesen Fragen der Gestaltung gemeinsamer Lebensräume Fachleute alles am besten regeln könnten. Sie haben zwar viel Sachverstand, können aber in vielen Fällen kaum einschätzen, wie die Situation für die Betroffenen aussieht. Oft sind daher gemeinsame Bemühungen erforderlich, um herauszufinden, was die beste Lösung angesichts der Tatsache ist, dass es die ideale Lösung zu meist gar nicht gibt oder sie aus vielerlei Gründen nicht verwirklicht werden kann. Die soziale Welt ist voller Probleme, bei denen nur Schritt für Schritt ein Einvernehmen hergestellt werden kann, und manche angebliche Lösung erweist sich schon bald als wenig zufriedenstellend, sodass die Suche nach dem Kompromiss, den alle Beteiligten zu ertragen bereit sind, erneut beginnen muss. Fähigkeiten zum Aushandeln sind daher entscheidend. Beteiligung besteht aus Hinhören, Sagen, wie man die Dinge sieht, Nachfragen, Informationen sammeln, Möglichkeiten erkunden, hartnäckig sein, nachgiebig sein, überzeugen, sich überzeugen lassen.

Derartige Situationen kennen Kinder und Jugendliche nur zu gut, denn unter Kindern wird ständig ausgehandelt, was unternommen werden soll, wer mitmachen darf, welche Regeln gelten und wie man diejenigen behandelt, die sich an Abgemachtes nicht halten. Als Jean Piaget vor vielen Jahren die Entwicklungsimpulse schilderte, die Kinder aus Streit, Zerwürfnis und Einigung ziehen, hat mancher gefragt, ob in diesen sozialen Auseinandersetzungen nicht Wur-

zeln der Mitverantwortung von Bürgern in der Demokratie sichtbar würden. Es wurde des Weiteren gefragt, warum das in Konflikt und Aushandlung angelegte Potenzial für die gemeinsame Regelung von Angelegenheiten nicht besser für die mitbürgerliche Bildung genutzt würde, ja oft sogar wieder verloren zu gehen scheine. Möglicherweise liegt dies daran, dass es für diese Potenziale oft keine Anwendungsbereiche gibt.

Das soll durch die Forderungen der Kinderrechtskonvention, des Kinder- und Jugendhilfegesetzes und mancher anderer Gesetze und Verordnungen, Kinder und Jugendliche in die Regelung sie betreffender Angelegenheiten einzubinden, anders werden. Die Beobachtungen des spontanen Aushandelns unter Kindern können die Sorgen von Zweiflern mindern, denn ganz offensichtlich kann dieses Programm an Prozesse, die unter Kindern und erst recht unter Jugendlichen bereits spontan ablaufen, anknüpfen – und sie fortsetzen.

Was sollte man denn können, wenn man mit anderen zusammen Lösungen aushandelt?

- Da geht es zum Ersten darum, überhaupt wahrzunehmen, dass die anderen eine andere Perspektive, andere Vorstellungen und andere Interessen haben als man selber. Entwicklungspsychologen sprechen von den Perspektiven, die unterschieden werden müssen.
- Da geht es zum Zweiten darum, die so entdeckte Verschiedenheit zu respektieren. Das ist nicht immer leicht, weil die aufgedeckten Verschiedenheiten nicht nur nebeneinander stehen, sondern sich oft widersprechen oder sogar ausschließen. Erforderlich ist *Toleranz*, eine Toleranz, die zunächst einmal stehen lassen kann, was da aufeinander prallt, und bereit ist, über Gegensätze zu sprechen.
- Zum Dritten geht es darum, die eigenen Pläne und Vorschläge aus einer gewissen *Distanz* zu betrachten – aus der Perspektive eines Außenstehenden, der nicht in das Für und Wider verwickelt ist und daher, so hofft man jedenfalls, eine „objektivere“ Position einnimmt. „Objektiv“ zu sein heißt hier, Gesichtspunkte einzubringen, die jenseits des Streits liegen und die jeder Mensch trotz gegensätzlicher Meinung anerkennen können sollte. Von ihnen aus kann man versuchen, eine gemeinsame Lösung zu entwickeln. Distanz schafft Kreativität.
- Und zum Vierten und Letzten geht es darum, Perspektiven, Verschiedenheiten und Punkte möglicher Einigung zu *kommunizieren*. Kommunizieren heißt Mitteilen und auch Hören. Das ist nicht immer leicht, denn viele Botschaften werden nicht gehört oder falsch verstanden, weil die Beteiligten in ihrer Sicht befangen sind.

Akzeptanz von Verschiedenheit, Bereitschaft, sie zu tolerieren, Abstand zu vorgefassten Meinungen, Mut, sich auf den Austausch von Argumenten einzulassen, hat viel mit Selbstvertrauen und Sicherheit zu tun. Selbstvertrauen und Sicherheit beruhen wiederum auf Anerkennung, wie uns die Sozialisationsforscher sagen. Kinder und Jugendliche zur Beteiligung einzuladen, sie zur Beteiligung aufzufordern, bedeutet Anerkennung – schafft eben dieses Selbstvertrauen und die

erforderliche Sicherheit, also den Boden, auf dem die Fähigkeiten wachsen, die Kinder und Jugendliche, aber ebenso auch Erwachsene brauchen, um sich wirksam beteiligen zu können.

Wir erkennen eine Entwicklungsspirale: Beteiligung knüpft an Fähigkeiten an, die in der Kinderwelt schon vorher entstehen, stärkt aber auch Fähigkeiten, die Beteiligung noch wirkungsvoller machen. Das bringt zusätzliche Erfahrungen, die wiederum den Fähigkeiten zugute kommen, wovon dann im nächsten Schritt noch einmal die Wirksamkeit der Beteiligung profitiert – und so weiter.

Learning by doing nennt man das heutzutage. Viele Fähigkeiten, und zwar gerade die grundlegenden, kann man nicht durch Belehrung vermitteln. Sei sensibel, sei tolerant! – Wenn man das fordert, ist der Moment, in dem ein Mensch hätte sensibel oder tolerant sein müssen, längst vorbei. Befohlene Sensibilität ist keine Sensibilität. Sensibel oder tolerant werden Kinder und Jugendliche, wenn sie in Handlungen eingebunden sind, in denen die Wahrnehmung der Verschiedenheit des anderen, das Verständnis für seine Meinung und Absichten, kreative Distanz und der Austausch über die Lösung eines Problems zählen. Sie sind wertvolle Beigaben des Tuns.

Und trotzdem gibt es eine Lernhilfe: Diese Hilfe besteht darin, dass man diese Prozesse der Entstehung von Fähigkeiten im Vollzug der Beteiligung bewusst macht. Es ist dringlich, immer wieder innezuhalten und zu fragen, wo sind wir angelangt, was haben wir erreicht? Was ist misslungen? Wie könnten wir es das nächste Mal besser machen? Das sind ganz wichtige Schritte für das Lernen in und durch Beteiligung: Sich selbst kritisch zu begleiten, Mittel und Fortschritte immer wieder zu prüfen und Erfahrungen auszuwerten.

Damit dies nicht ein Appell bleibt, ist erforderlich, organisatorische Vorkehrungen zu treffen, um diese Selbstkontrolle, die Lernen fördert, nicht zu vergessen. Es wäre gut, es gäbe in den Einrichtungen der Kinder und Jugendlichen eine Gruppe, die nach sinnvollen Möglichkeiten der Beteiligung sucht und festhält, was aus Beteiligungsvorhaben geworden ist. Einmal im Monat oder einmal im Jahr, jedenfalls überhaupt irgendwann darüber zu sprechen, wie es um die Beteiligung steht, ist von größter Bedeutung. Einrichtungen sollten sich auch über ihre Erfahrungen austauschen, und zwar nicht nur die Erwachsenen, die Erzieherinnen, die Lehrer, sondern auch die Kinder und Jugendlichen. Vielleicht wäre auch eine Beauftragte/ein Beauftragter ein guter Schritt, damit jemand da ist, der/die immer wieder die Aufmerksamkeit auf Fortschritte und Probleme lenkt und auf diese Weise das Lernen von Beteiligung und Demokratie unterstützt.

Fangen wir an – in Kindergärten, Schulen, Jugendhilfeeinrichtungen. Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene werden viel dabei lernen.

Brigitte Pabst

### Forum 3

## DAS GENERATIONENVERHÄLTNIS NEU GESTALTEN? ZUR ROLLE DER ERWACHSENEN IN BETEILIGUNGSMODELLEN

Partizipation ist die Beteiligung der Bürgerinnen/Bürger an den relevanten Geschehnissen und Entscheidungen, die sie betreffen. Zumindest politische Beteiligung.

Sie unterscheidet sich von der Beteiligung z.B. am Konsum dadurch, dass sie allen Bürgerinnen/Bürgern ungeachtet ihres finanziellen Vermögens zugänglich ist.

Seit der Erfindung der Demokratie sind Jahrtausende vergangen:

In den politischen Gremien sind vereinzelt Frauen aufgetaucht, bisweilen sogar der eine oder andere Vertreter einer ethnischen Minderheit. Meist repräsentieren diese „Ausnahmeerscheinungen“ soziale Anliegen. Doch nach wie vor werden die wichtigen Entscheidungen woanders getroffen: Der Bogen spannt sich von den antiken Thermen zu zeitgenössischen Führungskräfteklausuren in modernen Thermalbädern. Frauen oder Minderheiten sind selten dabei, Kinder und Jugendliche schon gar nicht. In den Parlamenten und Senaten wird das so vortrefflich Ausgehandelte ohne deren Beteiligung dann letztendlich legitimiert.

Dies alles geschieht nicht, weil diese Menschen böse sind, sondern weil unser politisches System sie zu solcher Anpassung zwingt.

Während sich die Welt langsam in ein globales Dorf verwandelt und die großen Handelsketten zunehmend das Stadtbild bestimmen, bleiben politische Entscheidungsstrukturen seltsam verschwommen. Informationen darüber, wer in Politik und Verwaltung für welche Anliegen zuständig ist, werden nicht immer aktiv verbreitet. Nach wie vor fallen Entscheidungen in den – nicht öffentlichen - politischen Ausschüssen, die in den Parlamenten und Gemeinderäten nur mehr formalisiert werden.

Oder wissen Sie, an wen Sie sich wenden müssen, wenn Sie für eine bestimmte Straße eine schlaue Verkehrslösung „anbringen“ wollen oder wenn auf einem bestimmten Platz ein Basketballkorb benötigt wird?

Hinzu kommen – nicht zu vergessen – die zeitgenössischen politischen Phänomene, über die ständig neue Bücher geschrieben werden:

- Die Profile der großen Parteien verschwimmen, weil sie so viele Zielgruppen bei Laune halten müssen.

- Daraus folgt ein liberalisierter, mobiler Wähler“markt“
- Die Wahlbeteiligung sinkt, weil die Wählerinnen/Wähler durch hochkomplexe Vorlagen überfordert sind
- Die Wahlbeteiligung sinkt, weil die Wählerinnen/Wähler das politische System an sich in Zweifel ziehen. Der Grund: Sie glauben, dass die eine Partei genauso eigennützig ist wie die andere.
- Die Wahlbeteiligung sinkt, weil die EU-Strukturen politische Verfahren quer durch Europa schleppen und Verantwortliche nicht mehr greifbar sind.
- Die Globalisierung macht die Konzerne stark und die Politik schwach.
- Die Medienoligarchie macht die einen dumm und den anderen Angst.

Und noch ein Problem wird immer größer: Die traditionellen, großen Parteien bluten langsam aus. Ihre Vorfeldorganisationen, die Vereine und Verbände, sind für junge Menschen oft nicht mehr attraktiv. Diese vielen Mitglieder haben jedoch einst die Politik dieser Parteien legitimiert.

Für die abgeschirmten, überarbeiteten hauptberuflichen Politikerinnen/Politiker, die einsam und oft ungeliebt ihrem Geschäft nachgehen, gibt es keinen Dialog, bestenfalls noch ein wenig Kommunikation zur Basis. Zunehmend müssen sie unter sich bleiben. Gemeinsam mit anderen einsamen Führungskräften. Das wird durch ein erstaunliches Phänomen bestätigt: Die Erfahrung mit Partizipationsprojekten zeigt, dass nicht die Inhalte der Beteiligungsprojekte die Politikerinnen/Politiker erfreuen, sondern die Tatsache, dass die Bürgerinnen/Bürger oder Jugendlichen sich überhaupt beteiligen wollen. Denn die Wünsche und Anliegen der Bevölkerung wirken sinnstiftend für die Politik.

Darüber hinaus ist die Mehrheit der Bevölkerung, von der Wirtschaft längst in Zielgruppen zerlegt, für die großen Parteien eine zunehmend unbekannte und uneinschätzbare Größe geworden.

Auf Verdacht hin werden für diese Mehrheit Steuervorteile gefordert; bei Belastungspaketen wird sie wiederum zur Kasse gebeten. Doch die Mehrheit schweigt. An welchem öffentlichen Ort sollte sie sich auch äußern?

Und ein seltsames Phänomen tritt auf: Nicht mehr gewählte Politikerinnen/Politiker oder Funktionärinnen/Funktionäre, sondern die Medien übernehmen den Part, der schweigenden Mehrheit eine Stimme zu geben.

Aber diese Medien sind noch viel schwieriger zu durchschauen. Weder demokratisch gewählt noch sozial kontrolliert bilden sie überregionale Machtzentren mit vielfältigen wirtschaftlichen Aktivitäten.

Kluge Menschen behaupten, die Demokratie sei „das geringste Übel“ unter den möglichen Staatsformen. Dem schließe ich mich an.

Doch mit einem Schulterzucken und einer vor allem für uns in Österreich typischen Haltung – wie „Da kann man halt nichts machen“ möchte ich mich nicht zufrieden geben.

Partizipation ist eine von vielen Lösungsmöglichkeiten, die besonders stark von den Betroffenen ausgeht. Sie bringt viele Vorteile. Hier nur einige davon:

- Die Planerinnen/Planer sind gleichzeitig Nutzerinnen/Nutzer. Dadurch wird nicht an den tatsächlichen Bedürfnissen vorbei geplant.
- Bürgerinnen/Bürger, die sich beteiligen – egal ob Jugendliche oder Erwachsene – tun dies freiwillig und aus echtem Interesse und Engagement.
- Die Politik kann sich so manche teure Umfrage ersparen und direkt mit den Menschen kommunizieren.
- Die beteiligten Beamten unterstützen Projekte, die den Bürgerinnen/Bürgern wichtig sind, und erleben ihre Arbeit als wertvoll.
- Politikerinnen/Politiker erhalten ihre Legitimation zurück. Bürgerinnen/Bürger erhalten politische Realität zurück. Dort, wo in Partizipationsprojekten „Politik zum Anfassen“ gemacht wird, können die Medien ein Stück weniger von der Wirklichkeit konstruieren, die ihren Eigentümern genehm ist.

Partizipation ist eine vielversprechende Möglichkeit, Bürgerinnen/Bürger einzubeziehen.

Doch die allererste Frage, die sich die Politik stellen muss, ist, ob sie eine echte Partizipation überhaupt will – und wie diese stattfinden kann und soll:

- In vorbereiteten moderierten, so genannten Bürgerversammlungen?
- Durch professionelle, flächendeckende Gemeinwesenarbeit?
- Durch zwei Wochenstunden Staatsbürgerkunde in der Schule?
- Durch Beamtensprechtage?
- Durch geschulte Beamte, die dann stereotyp sagen: „Was kann ich für Sie tun?“
- Durch direkte Volksabstimmungen?
- Durch E-government?
- Durch einen kontinuierlichen Feedback-Prozess?

Politische Beteiligung benötigt eine wesentliche Voraussetzung: Diejenigen, die die Macht haben – also Politiker und Beamte – müssen etwas von ihr hergeben.

Wenn dies – aus welchen Gründen auch immer – nicht möglich ist: vergessen Sie´s.

Ob das Partizipationsangebot ernst gemeint ist, sehen Sie an der Verbindlichkeit. Dürfen die Bürgerinnen/Bürger (egal ob Erwachsene oder Jugendliche) selbst das Ergebnis bestimmen und wird es dann im Rahmen der vorher vereinbarten finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten umgesetzt oder muss das Ergebnis noch einmal genehmigt werden?

Politische Beteiligung kann nur entstehen, wenn ein ganzes Bündel von Maßnahmen umgesetzt wird, die insgesamt viele verschiedene Zugänge zur Politik für viele verschiedene Menschen in vielen verschiedenen Lebenslagen darstellen.

Dann können wir beginnen, von Beteiligungskultur zu sprechen.

Und politische Beteiligung kann nur dann entstehen, wenn sich die Politik voll und ernsthaft dafür einsetzt und Strukturen schafft, die nicht mehr einfach rücknehmbar sind, wenn das Ergebnis nicht genehm ist. Wenn die Politik nicht bereit ist, so weit zu gehen, dienen alle Partizipationsprojekte nur der dekorativen Kosmetik und die daran Beteiligten und darin Engagierten werden – egal ob jung oder alt – zur Erhaltung des „bestehenden Systems“, mit dem niemand recht glücklich ist, missbraucht.

### **Politische Beteiligung ist primär keine Frage der Pädagogik, sondern eine Frage der Politik.**

Wenn die Anliegen der Beteiligten bekannt sind, dann wird's erst richtig spannend (es sei denn, die Projekte enden hier, dann handelt es sich aber nicht um Beteiligung, sondern um Beschäftigung. So etwas kann auch Spaß machen). Uns geht es aber darum, ob das „System“ zur Umsetzung tatsächlich imstande ist.

Den Stein der Weisen hat offensichtlich noch niemand entdeckt.

Aber im Rahmen der jahrelangen Auseinandersetzung mit projektbezogener Partizipation und einer schier endlosen Kette von Schwierigkeiten bei der Umsetzung haben wir uns auf die „basics“ organisationaler Strukturen besonnen, um Ordnung ins Chaos zu bringen.

Im Forum möchte ich darstellen, wie sich diese allgemeinen organisationstypischen Beobachtungen konkret auf ein Projekt auswirken können, das sich mit dem politischen Ermöglichen von Partizipation auseinandersetzt.

Das Beispiel heißt *jugend:werk:stadt:graz* und stellt ein Projekt dar, das sehr deutlich zeigt, dass ernst gemeinte Partizipation „top down“, also von oben nach unten, geplant und implementiert werden muss. Ohne den ernsthaften Willen zu Veränderung und Leadership bleibt politische Partizipation stets Stückwerk, das ins Leere läuft, und so die Strukturen, die eigentlich aufgebrochen werden sollten, noch verstärkt.

## jugend:werk:stadt:graz: Zahlen – Daten – Fakten

In Graz gibt es ein vielfältiges Angebot für Jugendliche:

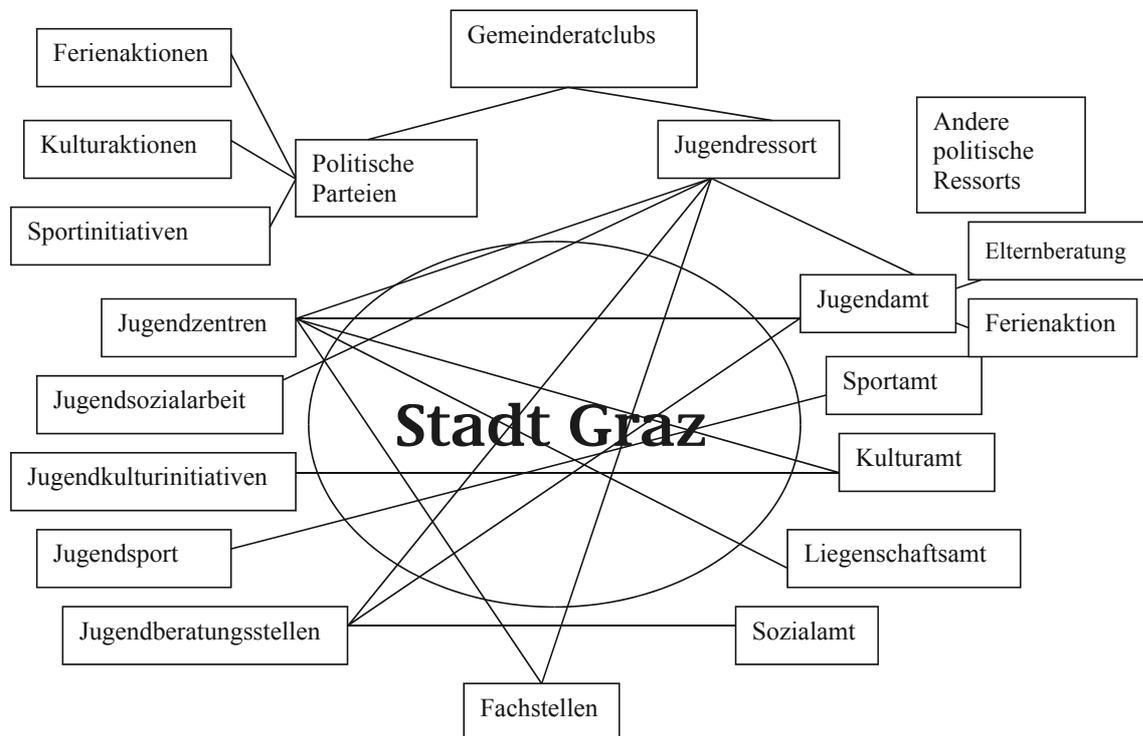


Abbildung 1: Angebote für Jugendliche und ihre Vernetzung mit Politik, Verwaltung und Trägerorganisationen

Aber niemand kennt sich darin wirklich aus...

Deshalb suchen wir die drei relevanten Funktionsebenen und definieren die wichtigsten Aufgaben:

*Politik = Funktion Auftraggeberin*

- Vorgabe von Leitthemen
- Vorgabe von Leitlinien
- Sicherstellung der finanziellen Mittel
- Leadership

*Verwaltung = Funktion Vermittlerin*

- Strukturierung der politischen Vorgaben
- Abwicklung der Aufträge an die Trägerorganisationen
- Controlling
- Verwaltung der finanziellen Mittel

*Trägerorganisationen = Funktion Auftragnehmer*

- Entwicklung von pädagogischen Konzepten nach den Vorgaben der Politik
- Umsetzung und Weiterentwicklung der Konzepte
- Feedback bezüglich der Inhalte an die Politik
- Mitwirkung an Strukturierung, Abwicklung und Controlling der Verwaltung
- Feedback bezüglich der Strukturen und Abwicklung an die Verwaltung

Diese Funktionen sind nicht austauschbar.

*Jugend:werk:stadt:graz* ist also ein Strukturentwicklungsprojekt, das auf den 3 wesentlichen Grundfunktionen

- Politik – Auftraggeberin
- Verwaltung – Strukturiererin
- Trägerorganisationen – Auftragnehmer

aufbaut.

Dazu werden folgende *Rahmenbedingungen* benötigt:

- Der Auftrag zum Projekt *jugend:werk:stadt:graz* wird vom *gesamten* Gemeinderat (nicht nur von einer Fraktion) erteilt und entsendet die Jugendsprecherinnen/-sprecher aller Parteien in die Steuergruppe.
- Eine *allparteiliche* Steuergruppe mit der zuständigen Stadträtin und ihrer Referentin, dem Jugendamt, und den Jugendsprecherinnen/-sprechern aller Parteien wird eingerichtet.
- Eine *externe* Organisationsberatung wird mit Konzeptentwicklung, Projektdesign und Moderation beauftragt.
- Die benötigte Administration wird durch zusätzliche *interne* Arbeitsstunden oder durch Zukauf sichergestellt.

## DAS GENERATIONENVERHÄLTNIS NEU GESTALTEN?

Eine ausreichende Budgetierung stellt einen geregelten Ablauf sicher. (Bei einem Allparteienprojekt ist die ausreichende Finanzierung nie ein Problem. Falls doch, handelt es sich um eine Ausrede.)

Das Konzept ist flexibel, die Beauftragung der einzelnen Projektschritte ist rollend. Die vereinbarte Projektdauer beträgt im ersten Schritt 18 Monate.

Ziel ist es, die Strukturen und Inhalte der Grazer Jugendarbeit klar zu gestalten, deren Vielfalt aber grundsätzlich zu erhalten.

Die Steuergruppe hat in den vergangenen eineinhalb Jahren folgende Fragen bearbeitet, um den Organisationen und Initiativen, die beteiligt werden sollen, eine Diskussionsbasis anbieten zu können, die alle politischen Parteien vertreten können:

### *Strukturen:*

- Wer ist wofür zuständig?
- Welche Ansprechpartnerinnen/-partner haben Jugendliche in Politik und Verwaltung?
- Welche Trägerorganisationen werden wie beauftragt?
- Wie sind die Verträge gestaltet?
- Wie soll ausgeschrieben werden?

### *Inhalte:*

- Welche Leistungen und Angebote soll die Stadt Graz für Jugendliche bereitstellen?
- Welches sind die Leitthemen der Jugendarbeit in den nächsten Jahren?
- Welche Leistungen und Angebote für Jugendliche werden welchen Leitthemen zugeordnet?
- Will die Stadt Graz selbst Leistungen anbieten oder versteht sie sich als Managerin?
- Wie soll die notwendige horizontale Kooperation zwischen Ressorts und zwischen Ämtern sichergestellt werden?

### *Das Konzept lautet:*

Die Steuergruppe definiert Leitthemen und entwickelt Leitlinien für die Grazer Jugendarbeit.

Diese werden der Fachöffentlichkeit (den Organisationen und Initiativen) präsentiert und als verbindliche politische Vorgabe zur Verfügung gestellt.

## DAS GENERATIONENVERHÄLTNIS NEU GESTALTEN?

Die Fachöffentlichkeit – Trägerorganisationen, Verwaltung, Jugendinitiativen – entwickelt darauf aufbauend sowohl ein inhaltliches Gesamtkonzept als auch überschaubare Ablaufstrukturen.

Die Betroffenen schaffen sich quasi die Rahmenbedingungen selbst, denen sie dann in ihrer Arbeit unterworfen sind.

Diese Entwicklungsarbeit – die eigentliche *jugend:werk:stadt:graz* - soll, wird in Workshops und, je nach Bedarf, auch moderiert in zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten stattfinden.

Auch sämtliche Administration wie Terminplanung, Einladungen, schriftliche Unterlagen, Schulung der Moderatorinnen/Moderatoren, Abrechnungen etc. stellt die Stadt Graz zur Verfügung.

Sobald Teile des Gesamtkonzepts in sich schlüssig sind, kann mit der Umsetzung bzw. Umstrukturierung begonnen werden.

Constance Engelfried

## **Forum 4**

### **WER KANN MITMACHEN?**

#### **PARTIZIPATIONSANSÄTZE FÜR UNTERSCHIEDLICHE ZIELGRUPPEN**

##### **1 Kurzbeschreibung des Vortrags**

Aufgrund der Tatsache, dass Partizipationsverfahren immer noch in erster Linie für Jungen und junge Männer sowie Kinder und Jugendliche aus „gesunden“ Milieus entwickelt werden bzw. jene Kinder und Jugendlichen vornehmlich erreicht werden, geraten die Bedürfnisse von Mädchen, jungen Frauen und marginalisierten Kindern und Jugendlichen, die verschiedenen Ethnien angehören, nicht selten aus dem Blick.

In einem von mir durchgeführten zweijährigen Projekt wurde – neben vielen weiteren Fragestellungen – diese Leerstelle bearbeitet. In unterschiedlichen Regionen des Landes Baden-Württemberg wurden in den Feldern offene und verbandliche Jugendarbeit Partizipationsprojekte angeregt, entwickelt, durchgeführt und begleitet. Der begleitenden Praxisforschung gelang es, elementare Zusammenhänge und Erkenntnisse herauszuarbeiten und wichtige Impulse für beispielhaftes praktisches Arbeiten vor Ort darzustellen.

In dem Beitrag wird ausgehend von der Präsentation des Gesamtprojekts mit seinen Fragestellungen und Zielsetzungen der Schwerpunkt auf die praxisnahe Darstellung konkreter Projekte für Mädchen und junge Frauen sowie für marginalisierte Kinder und Jugendliche gelegt.

##### **2 Wer kann mitmachen? Partizipationsansätze für unterschiedliche Zielgruppen**

Die Diskussion um Partizipation von Kindern und Jugendlichen verengte sich Mitte der 90er Jahre in Baden-Württemberg sehr oft auf die Beschäftigung mit Formen parlamentarischer Beteiligung. Die Debatte um Jugendgemeinderäte und eine damit einhergehende öffentliche Thematisierung war in keinem anderen Bundesland in dieser Art und Weise zu beobachten wie in Baden-Württemberg.

Diese Entwicklung kann als problematisch bezeichnet werden. Damit einher geht keinesfalls die Überzeugung, Jugendgemeinderäte seien kein geeignetes Instrument, um Jugendlichen mehr Mitsprache zu ermöglichen. Verbesserungen hinsichtlich der Rechte von Jugendlichen im Rah-

men dieser Partizipationsform sind jedoch notwendig, wichtig und unterstützenswert, um dem Anspruch der Beteiligung auch gerecht zu werden.

Erst in jüngster Zeit wird in der Partizipationsdebatte der Focus auch auf eine Dimension gelenkt, die jahrelang vernachlässigt wurde und die im folgenden Beitrag im Zentrum steht: die zielgruppenspezifische Beteiligung von gesellschaftlich marginalisierten Gruppen (vgl. Zimmer-Hegmann 2001, S. 7).

### **3 Das landesweite Projekt von Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten (AGJF) und Landesjugendring (LJR)**

Ausgehend von dieser Situation in Baden-Württemberg sind der Landesjugendring (LJR) und die Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten (AGJF) bestrebt, den vielerorts geführten Streit zwischen Vertreterinnen/Vertretern und Befürworterinnen/Befürwortern von Jugendgemeinderäten und Gegnerinnen/Gegnern dieser Richtung, die offene Formen der Beteiligung favorisieren, als unproduktiv zu entlarven. LJR und AGJF machten u.a. durch Aktionen, Publikationen, Stellungnahmen etc. deutlich, dass eine Vielzahl von Projekten in der verbandlichen und offenen Jugendarbeit Partizipation von Kindern und Jugendlichen ermöglichen.

Die Entscheidung der Vorstände beider Landesorganisationen, ein Projekt zum Thema Partizipation durchzuführen, basierte auf der soeben genannten Ausgangslage. Das Projekt von LJR und AGJF hatte eine Laufzeit von zwei Jahren. Die landesweiten Aktivitäten im Rahmen des Projekts sowie die halbe Personalstelle für die Koordination und Leitung des Projekts (Constance Engelfried) wurden vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport finanziert. Für die konkrete Arbeit vor Ort mit den Trägern der offenen und verbandlichen Jugendarbeit standen Mittel der Jugendstiftung Baden-Württemberg sowie Spenden- und Sponsorengelder zur Verfügung.

Ziel dieses Projekts war es, den Focus auf Formen der Mitbestimmung und Partizipation in der offenen und verbandlichen Jugendarbeit selbst zu richten bzw. die von offener und verbandlicher Jugendarbeit durchgeführten Projekte zum Thema aus dem Verborgenen hervorzuholen. Es ging darum, diese Arbeit im Rahmen des Projekts sichtbar zu machen. Seit vielen Jahren werden in der alltäglichen Arbeit die Prinzipien der Selbstbestimmung und Beteiligung in den Projekten und Gruppen umgesetzt. Da die fachliche Diskussion – wie zuvor betont – diese Ansätze zunehmend vernachlässigt und sich in erster Linie parlamentarischen Formen der Beteiligung zuwendet, erschien es dringend notwendig, diese Leerstelle ins Zentrum zu rücken.

Von dieser zentralen Zielsetzung ausgehend wurden drei weitere Schwerpunkte im Rahmen dieses Projekts gesetzt. Zunächst galt es, der Frage nachzugehen, welche Qualitäten die unterschiedlichen Partizipationsansätze ausweisen. Entlang der vom Landesjugendring Baden-Württemberg entwickelten Prüfsteine für Partizipation wurden gemeinsam mit Fachleuten vor

Ort Kriterien für Partizipation im kommunalen Umfeld für Kinder und Jugendliche weiterentwickelt.

Zum Zweiten stellte sich die Frage nach spezifischen Zielgruppen, denen bislang in der Diskussion zu wenig Aufmerksamkeit zuteil wurde. Einig sind sich die Fachleute darüber, dass Mädchen und Jungen, weibliche und männliche Jugendliche durch unterschiedliche Methoden in die Prozesse eingebunden werden wollen (vgl. Goltz 2001, S. 11ff.). Von großer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang das Geschlecht, die ethnische Zugehörigkeit, die soziale Stellung sowie die regionale Herkunft (Land/Stadt) der Kinder und Jugendlichen.

Ein dritter Schwerpunkt wurde auf die Frage gelegt, wie bei offenen Formen der Beteiligung ein Transfer auf die politische Ebene erfolgen kann (z.B. Verankerung in die Konzeption des Jugendhauses, auf jugendpolitische Ebene usw.).

Zusammenfassend können – ausgehend von der zentralen Zielsetzung – folgende Leitfragen für das Projekt formuliert werden:

### **Zielsetzung**

Sichtbarmachen einer Vielzahl an Partizipationsansätzen, die von offener und verbandlicher Jugendarbeit initiiert und durchgeführt werden

### **Fragestellungen**

- 1) Für welche Zielgruppen (z.B. Mädchen/ausländische Kinder und Jugendliche) sind welche Formen der Partizipation geeignet?
- 2) Welche Qualitäten sollten die unterschiedlichen Partizipationsansätze ausweisen?
- 3) Wie kann bei offenen Formen der Partizipation ein Transfer auf die politische Ebene erfolgen (z.B. Verankerung in die Konzeption der Institution, des Verbandes, auf jugendpolitische Ebene etc.)?

Die Bearbeitung der zuvor benannten Zielsetzung sowie der Fragestellungen wurde geleistet, indem bislang vorhandene Partizipationsmodelle in der alltäglichen Praxis der Arbeit mit Mädchen und Jungen, weiblichen und männlichen Jugendlichen erfasst und weiterentwickelt wurden. In den vier Modellregionen bzw. -städten wurden Schwerpunkte hinsichtlich der Thematisierung der Fragestellungen des Gesamtprojekts vorgenommen (Stuttgart: Qualitäten von Partizipation; Ravensburg: Transfer der Ergebnisse offener Beteiligungsformen auf die politische Ebene; Schwäbisch Hall: Partizipationsformen für Aussiedlerjugendliche und Mädchen; Emmendingen: Vielfalt an Beteiligungsformen sichtbar machen und auf der Basis von Standards weiterentwickeln). Das bedeutet, dass jede Modellregion bzw. -stadt Schwerpunkte setzte

hinsichtlich der konkreten Arbeit vor Ort. Damit einher ging auch, dass zu den anderen Fragestellungen in den Modellstädten bzw. -regionen weitere Ergebnisse erarbeitet wurden.

#### **4 Partizipation und der Umgang mit Unterschiedlichkeit**

Aufgrund der Tatsache, dass Partizipationsverfahren immer noch in erster Linie für junge Männer sowie Kinder und Jugendliche der so genannten Mittelschicht entwickelt werden, geraten die Bedürfnisse von Mädchen und marginalisierten Jugendlichen, die verschiedenen Ethnien angehören, nicht selten aus dem Blick. So beschäftigte sich das Projekt u.a. mit der Frage, wie es gelingen kann, diese Zielgruppen zu erreichen.

Die Kategorien Geschlecht und Ethnie wurden im Projekt im Zusammenhang reflektiert, da sich in den Debatten um Geschlecht und Ethnie ähnliche Perspektivenwechsel vollzogen haben: Weg von einer Defizitperspektive hin zu spezifischen Bedürfnissen und Kompetenzen dieser Zielgruppen.

#### **Ethnizität und Marginalisierung**

*Ethnizität* ist ein Begriff, der in den Sozialwissenschaften heftig umstritten ist. Die Vorstellungen einzelner Theoretikerinnen/Theoretiker lassen sich kaum auf einen Nenner bringen (vgl. Bruner/Dannenbeck/Eßer 1998, S. 13 u.14). In den Debatten werden meist Begrifflichkeiten wie z.B. multikulturelle Gesellschaft, Heimat, kulturelle Identität, nationale Identität, kollektive Identität, Aussiedlerinnen/Aussiedler, Ausländerinnen/Ausländer und ethnische Gruppen unreflektiert in einen Zusammenhang gebracht. Nicht selten suggerieren diese Begrifflichkeiten Randständigkeit der damit in Zusammenhang gebrachten Personen. Im Rahmen des landesweiten Projekts wurde folgende Definition der Kategorie Ethnie bestimmt: Wir verstehen darunter die Gemeinschaft von Menschen, die aufgrund derselben Religion, Sprache bzw. kulturellen Identität ein Zusammengehörigkeitsgefühl haben. Deshalb sind im Folgenden männliche und weibliche Jugendliche unterschiedlicher Herkunft gemeint, die durch die benannten Kategorien miteinander verbunden sein können.

Hildegard Simon-Hohm verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass folglich von keiner einheitlichen, homogenen Gruppe ausgegangen werden kann. „Das Gesamtbild ist überaus differenziert, sowohl nach den einzelnen ethnischen Gruppen als auch nach den Geschlechtern“ (Simon-Hohm 1998, S. 1). Außerdem muss davon ausgegangen werden, dass es z.B. nicht die einheitliche Gruppe der Aussiedlerinnen/Aussiedler gibt. Wir haben es hier mit sehr unterschiedlichen Personen zu tun, die sich im Sinne des Diskurses um Differenz durch individuelle Fähigkeiten, materielle Ressourcen, Bedürfnisse und Orientierungen, Geschlecht, Alter und Bildungsstand voneinander unterscheiden (vgl. Bruner/Dannenbeck/Eßer 1998, S. 7; Goltz 2001, S. 15).

Aufgrund der Gefahr, sich im Rahmen des Projekts in einer Vielfalt der Ethnien zu verlieren, haben wir Schwerpunkte gesetzt. In der Modellstadt Schwäbisch Hall, die sich mit den Kategorien Gender und Ethnie im Rahmen von Partizipationsverfahren beschäftigt hat, konzentrierten wir uns auf die Zielgruppe Aussiedlerinnen/Aussiedler. Wir beschäftigten uns dort insbesondere mit marginalisierten Aussiedlerinnen/Aussiedlern.

*Marginalisierte Jugendliche* verfügen über wenig soziales Kapital bzw. geringere Ressourcen. Dies kann unterschiedliche Hintergründe haben. In einer Zeit, in der immer mehr Kinder und Jugendliche in finanzieller, sozialer und emotionaler Armut leben, wird es für einen immer größer werdenden Anteil der männlichen und weiblichen Jugendlichen zunehmend problematisch, ihr Leben zu managen. Zunehmend auf sich alleine gestellt sind jene Jugendlichen, deren Bezugspersonen mit der Versorgung und Erziehung überfordert sind, bzw. keinen wirklich förderlichen emotionalen Bezug zu ihren Kindern aufbauen konnten. Nicht selten ist bei marginalisierten Jugendlichen der Kontakt zu den Bezugspersonen weitgehend gestört, was – neben vielen weiteren problematischen Faktoren wie Arbeitslosigkeit der Eltern, Wohnungsnot etc. – zu mangelnder Orientierung führen kann, die sich z.B. in Kriminalität, Gewalt gegen sich und andere oder Magersucht äußert. Jugendliche, deren Eltern Arbeitsmigrantinnen/-migranten, Asylbewerberinnen/-bewerber oder Flüchtlinge sind, also keinen deutschen Pass besitzen, sehen sich spezifischen Diskriminierungen in dieser Gesellschaft gegenüber. Nicht immer erhalten sie genügend Unterstützung hinsichtlich der Bewältigung der Jugendphase. Manche Aussiedlerjugendliche stehen vor der Aufgabe, sich in einer fremden Heimat zurechtfinden zu müssen, in der sie nicht immer das Gefühl vermittelt bekommen, willkommen zu sein. Fehlende Perspektiven und Möglichkeiten der Lebensgestaltung erschweren vielen Aussiedlerinnen/Aussiedlern, das eigene Leben selbstbestimmt in die Hand zu nehmen.

Marginalisierte Jugendliche werden nicht selten von gesellschaftlicher Mitwirkung ausgeschlossen. Meist werden sie als so genannte „Randgruppen“ isoliert. Auch die offene und verbandliche Jugendarbeit läuft Gefahr, durch notwendige, spezifische Angebote und Konzepte für diese „spezielle Sondergruppe“ ungewollt die Stigmatisierung zu reproduzieren.

### **Doing Gender**

In der Debatte um Geschlechterdifferenzierung in der Jugendarbeit wird der Focus auf drei Kontexte gerichtet: Von Interesse ist die Förderung von Mädchen durch Mädchenarbeiterinnen und Jungen durch Jungenarbeiter – die so genannte Mädchen- und Jungenarbeit. Der Blick richtet sich außerdem auf den gemischtgeschlechtlichen Bereich, der auf der Basis eines geschlechterdifferenzierenden Konzepts weiterentwickelt wird. In diesen Kontext lassen sich so spannende Fragen verorten, wie z.B. Männer geschlechterdifferenziert mit Mädchen und Frauen mit Mädchen arbeiten sollten.

In dem landesweiten Projekt wurde der Schwerpunkt insbesondere auf die Frage gerichtet, wie es gelingen kann, Mädchen in zunehmendem Maße an Partizipationsverfahren zu beteiligen,

und wie eigenständige Mädchenprojekte im Sinne der Partizipation organisiert sein können. Aufgrund der empirisch belegten Erkenntnis, dass im Rahmen der meisten Partizipationsansätze die Interessen von Jungen im Blickpunkt stehen, hat das landesweite Projekt im Antrag den Anspruch formuliert, Jungen und Mädchen, männliche und weibliche Jugendliche gleichermaßen anzusprechen (vgl. Daigler/Hilke 1995, S. 58ff., Meyer 1997, S. 20ff.). So wurden die Kooperationspartnerinnen/-partner vor Ort aufgefordert, die Kategorie Gender zu berücksichtigen, d.h. beispielsweise auch danach zu fragen, inwieweit Mädchen an den Maßnahmen beteiligt sind und welche spezifischen Interessen sie formulieren. Dahinter liegt die Erkenntnis, dass Mädchen oft andere Bedürfnisse und andere tabuisierte Probleme haben als Jungen (vgl. Heiliger/Engelfried 1995, Engelfried 1997).

Zwar sind Mädchen selbstbewusster geworden in vielen alltäglichen Bereichen. Ihnen stehen Möglichkeiten offen, von denen viele ältere Frauen früher nicht zu träumen wagten. Trotzdem ist Vorsicht geboten hinsichtlich der These, Mädchen hätten heute per se bessere Chancen und Möglichkeiten, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Trotz gestiegener Partizipationsmöglichkeiten von Mädchen und jungen Frauen verschwinden Benachteiligungen nicht selbstverständlich. Es zeigen sich vielmehr neue Widersprüche und Dilemmata, die von Mädchen heute bewältigt werden müssen. Partizipationsmöglichkeiten von Mädchen gehen einher mit neuen spezifischen Konflikten, die Mädchen bewältigen müssen, von denen viele ältere Frauen und Männer wenig Kenntnis haben.

Mädchen brauchen Räume, in denen sie ihre spezifischen Bedürfnisse aufspüren und ausdrücken können. Unterstützung von Erwachsenen, die sich die Mühe machen, ihre Problemlagen zu erkennen und sich für die Verwirklichung ihrer Wünsche einzusetzen, ist unabdingbar.

## **5 Partizipationskonzepte für Mädchen und marginalisierte Aussiedlerinnen/Aussiedler**

Im Rahmen des landesweiten Projekts kristallisierte sich heraus, dass zwei Strategien sinnvoll sein können, diese Zielgruppen anzusprechen:

1. Eigenständige Projekte für diese und mit diesen Zielgruppen (vgl. Modellregion Ravensburg).
2. Berücksichtigung der Kategorien Ethnie und Gender als Querschnittsthemen in Partizipationsverfahren (vgl. Modellstadt Schwäbisch Hall).

### **Managing Diversity**

In der Modellstadt Schwäbisch Hall wurde ein Partizipationsverfahren entwickelt und durchgeführt, das insbesondere die Bedürfnisse von Mädchen und marginalisierten Aussiedlerinnen im Blick hatte (vgl. Modellstadt Schwäbisch Hall). Ziel war u.a., diesen Zielgruppen durch die Initi-

ierung von eigenständigen Projekten nicht erneut eine Sonderrolle zukommen zu lassen, sondern sie im Sinne eines konstruktiven Umgangs mit Verschiedenheit und Benachteiligung in erster Linie als Jugendliche des Stadtteils Hessental anzusprechen.

Zunächst war geplant, im Stadtteil Hessental ähnlich zu verfahren wie in anderen Stadtteilen in Schwäbisch Hall: Da Jugendliche in erster Linie Treffmöglichkeiten wünschen, macht es Sinn, sich für die Bereitstellung von Räumen stark zu machen. Im Rahmen der Entwicklung eines Partizipationsverfahrens wurde nun jedoch deutlich, dass nicht davon ausgegangen werden kann, dass die Jugendlichen in Hessental genau bzw. ausschließlich diesen Wunsch äußern. In Diskussionen im Projektteam vor Ort, in denen in erster Linie das Augenmerk auf die unterschiedlichen Cliques, die Aussiedlerinnen/Aussiedler und auf Mädchen gerichtet war, wurde herausgearbeitet, dass kleinräumige Planung vor Ort in Kooperation mit den anderen Trägern der Jugendarbeit im Stadtteil notwendig ist.

Hier zeigte sich, dass ein kritischer Blick von außen, den in diesem Zusammenhang die Projektleitung einnehmen konnte, sehr wichtig war, um die bislang gut funktionierende offene Arbeit in anderen Stadtteilen nicht automatisch in einen anderen Sozialraum zu übertragen, in dem sehr viele Aussiedlerinnen/Aussiedler leben.

Durch die Initiierung einer groß angelegten Befragung aller Jugendlichen in Hessental, die mit vielen praktischen Angeboten gekoppelt war, die Durchführung einer Zukunftswerkstatt mit zehn Mädchen und zehn Jungen, die auf Video aufgenommen wurde sowie eines Jugendhearings, an dem sehr unterschiedliche Gruppierungen (kirchliche Jugendarbeit, Jugendliche vom Sportverein etc.) teilnahmen, gelang es, durch verschiedene Zugänge insbesondere an die Bedürfnisse von Mädchen und marginalisierten Aussiedlerinnen/Aussiedlern heranzukommen. Sehr deutlich wurde in diesem Zusammenhang, dass unterschiedliche Methoden der Bedarfserhebung zu verschiedenen Ergebnissen führten, die es zu bündeln galt.

Im Rahmen der Zukunftswerkstatt, die geschlechterdifferenziert durchgeführt wurde, kristallisierten sich Problemlagen heraus, die in anderen Zusammenhängen kein Thema waren. So berichteten die Aussiedlerinnen in den Mädchengruppen von sexuellen Übergriffen, vor denen sie sich in ihrem Stadtteil fürchten. In der Jungengruppe wurde u.a. berichtet, dass einige Jungen von älteren Männern gezwungen werden, Botengänge zu erledigen, die im Bereich der Illegalität anzusiedeln sind.

Regina Meißner, die ihre Diplomarbeit an der Fachhochschule für Sozialwesen in Esslingen über die Partizipationschancen von Aussiedlerinnen in dem Projekt in Hessental geschrieben hat, betont in diesem Zusammenhang die große Bedeutung der Beziehungsdimension. Drei weibliche und drei männliche Fachkräfte standen den Jugendlichen als Ansprechpersonen auf dieser Zukunftswerkstatt zur Verfügung. Insbesondere jene Kolleginnen/Kollegen, die im Stadtteil in der alltäglichen Arbeit mit diesen Jugendlichen stehen, gewährleisteten, dass sich die

männlichen und weiblichen Jugendlichen wirklich ernst genommen und aufgehoben fühlten (vgl. Meißner 1999, S. 66).

Während des Partizipationsprozesses wurden vorhandene Ressourcen genutzt. Das Partizipationsverfahren wurde vielerorts diskutiert und weiterentwickelt: In der Stadtteiltrunde, auf Elternveranstaltungen, mit Sozialarbeiterinnen/Sozialarbeitern, die aufsuchende Arbeit vornehmlich mit Aussiedlerjugendlichen machen, mit Kolleginnen, die Mädchenarbeit im Stadtteil anbieten und nicht zuletzt mit den Jugendlichen selbst. Dies führte dazu, dass der zu Beginn des Projekts ausgearbeitete Fahrplan des öfteren verändert werden musste. So gelang es z.B. im Rahmen der Zukunftswerkstatt nicht, in Verbänden organisierte Jugendliche anzusprechen, obgleich sie herzlich eingeladen waren, daran teilzunehmen. Hier zeigte sich, dass eine Partizipationsform, die ein hohes Maß an Beziehungsqualität zulässt, vornehmlich von einer Clique bzw. Szene – in diesem Fall männlichen und weiblichen Aussiedlern – besetzt wird. Des Weiteren wurde in diesem Zusammenhang deutlich, dass sich die verbandliche Jugendarbeit verstärkt dem Gemeinwesen öffnen sollte. Nur so kann Vernetzung vor Ort gelingen.

Die von Beginn an geplante, konstante Überprüfung der Zielsetzungen zeigte sich – unter anderem auch durch nicht vorhersehbare Entwicklungen (zeitliche Verschiebung des Jugendhearings) – als unabdingbar. Die Projektmitarbeiterinnen/-mitarbeiter konnten gemeinsam mit den Jugendlichen klären, inwieweit es bislang wirklich gelungen war, ungewöhnliche Verfahren für diese Zielgruppen zu entwickeln und sie mit so genannten klassischen Verfahren, die eigens für diese Zielgruppen verändert wurden, zu koppeln.

Enorm wichtig war während des gesamten Prozesses, die unterschiedlichen Szenen und Gruppierungen, die teilweise in der verbandlichen und offenen Jugendarbeit organisiert waren, mit ihren unterschiedlichen Anliegen, Kompetenzen und Bedürfnissen ernst zu nehmen und einige ihrer Forderungen in die Realität umzusetzen. So wurde u.a. während des Jugendhearings zwischen schnell verwirklichtbaren und langfristig umsetzbaren Wünschen unterschieden. Zentral war, dass die unterschiedlichen Gruppierungen erfahren konnten, dass für einige ihrer Anliegen recht unbürokratische Lösungen gefunden werden konnten.

Die Kategorien Ethnie und Gender in diesem Verfahren ins Zentrum zu stellen, ohne „andere“ Jugendliche zu vergessen, bedeutet, die Bedürfnisse unterschiedlicher Zielgruppen auszuloten und einen gemeinsamen Weg zu finden. Hier zeigte sich, dass über die verbandliche Jugendarbeit in erster Linie männliche und weibliche Jugendliche der so genannten Mittelschicht erreicht wurden, während die Angebote der offenen Jugendarbeit sehr stark von marginalisierten Aussiedlerinnen/Aussiedlern angenommen wurden.

### **Partizipationsprojekte für Mädchen**

Wie bereits einleitend formuliert, wurde im Rahmen des landesweiten Projekts ein Mädchenprojekt durchgeführt. In der Modellregion Ravensburg initiierte der Kreisjugendring Ravens-

burg in Kooperation mit anderen Institutionen ein Fotoprojekt mit Mädchen, das sich mit der Frage beschäftigte, wie Mädchen die Stadt Ravensburg sehen (vgl. Modellregion Ravensburg). Ziel war es, die Mädchen an der Gestaltung des Projekts zu beteiligen, ihre Sichtweisen „sichtbar“ und die Öffentlichkeit auf Mädcheninteressen aufmerksam zu machen. So fotografierten Mädchen aus unterschiedlichen Einrichtungen Plätze, Orte und Wege, die sie mieden bzw. wo sie sich aufhielten. Es wurde u.a. in Kooperation mit einer Künstlerin eine Ausstellung erarbeitet, die das Material aufarbeitete.

In den Gesprächen zwischen den Mädchenarbeiterinnen und den Mädchen in den Kleingruppen kristallisierte sich ein zentrales Problem heraus: Sexuelle Anmache und Bedrohung an wichtigen Plätzen in der Stadt schränkten Mädchen in ihrer Bewegungsfreiheit stark ein. Alltägliche sexualisierte Beschimpfungen gingen mit Abwertungen einher, die die Mädchen beklagten. Analog zu den Ergebnissen der Zukunftswerkstatt in der Modellstadt Schwäbisch Hall zeigt sich, dass „reale“ sexuelle Belästigung sowie die Angst vor Übergriffen Mädchen in sehr hohem Maße bewegt. Im Alltag müssen sie mit diesem Thema umgehen.

In anderen Projekten der Modellregionen bzw. -städte wurde diese Erfahrung nicht benannt. Hier wurde sichtbar, dass es spezifischer Methoden bedarf, um an die zunächst verdeckten Ängste und Bedürfnisse von Mädchen heranzukommen. Insbesondere in Mädchengruppen, die von Kolleginnen begleitet werden, die auch im Alltag für die Mädchen da sind, ist ein Raum geschaffen, der die Thematisierung sexueller Gewalt ermöglicht.

Da das Thema sexuelle Gewalt trotz bahnbrechender positiver Entwicklungen immer noch als so genanntes Mädchen- und Frauenthema dem privaten Bereich zugeordnet wird, fällt es vielen Mädchen verständlicherweise sehr schwer, damit an die Öffentlichkeit zu gehen (vgl. Heiliger/Engelfried 1995). So wurde in dem Mädchenprojekt in Ravensburg die überaus wichtige Frage der Instrumentalisierung der Erfahrungen der Mädchen im Kontext der Veröffentlichung der Ergebnisse diskutiert. Ein zunächst geplantes Mädchenhearing wurde abgesagt. Die Projektgruppe entschloss sich daraufhin, den Transfer der Ergebnisse in die Politik anders zu gestalten: Zu der Ausstellungseröffnung waren Kommunalpolitikerinnen/-politiker sowie der Oberbürgermeister geladen, der leider verhindert war. Außerdem wurden die Projektdokumentation und die erarbeiteten Forderungen an die Stadtverwaltung und Kommunalpolitikerinnen/-politiker geschickt. Abzuwarten gilt, wie sich dieser Dialog weiterentwickelt.

Während der Durchführung des Projekts zeigte sich, dass einige der daran beteiligten Kolleginnen nur auf der Basis von unbezahltem Arbeitsaufwand die Prozesse begleiten konnten. Nur dadurch, dass das Projekt von einer Mitarbeiterin des Kreisjugendrings Ravensburg koordiniert wurde, konnte viel aufgefangen werden. Aufgrund der veränderten Situation beim Kreisjugendring Ravensburg, der keine finanziellen Mittel für die geschlechterdifferenzierende Arbeit mehr zur Verfügung hat, müssen neue Wege gefunden werden, um den Transfer der Ergebnisse des Projekts in die Politik langfristig zu sichern. Hier zeigt sich, wie wichtig die abgesicherte Bereitstellung von finanziellen und personellen Mitteln insbesondere im Bereich Geschlechter-

differenzierung ist. Ohne diese Basis können auch durch wichtige Projekte wie das Mädchenfoto-Projekt in Ravensburg nahezu keine Strukturveränderungen für Mädchen vorangebracht werden.

### **Hemmende Rahmenbedingungen der Beteiligung von Mädchen**

Es zeichnet sich im Rahmen des landesweiten Projekts ab, dass in erster Linie strukturelle Bedingungen dafür verantwortlich sind, dass der Partizipation von Mädchen nur dann ohne zusätzliche Mehrarbeit nachzukommen ist, wenn die Kooperationspartnerinnen/-partner bereits auf eine Tradition der Thematisierung geschlechtsspezifischer Ansätze zurückgreifen können.

Wir haben es im Bereich der Jugendarbeit mit einem Arbeitsfeld zu tun, das trotz bahnbrechender Neuerungen (viele Teilzeitstellen, hoher Prozentsatz an Mitarbeiterinnen, Frauenförderpläne etc.) geschlechtshierarchisch strukturiert ist (vgl. Engelfried/Steegmüller 1997, S. 48ff.). Dies zeigt sich u.a. daran, dass immer noch in erster Linie Männer Führungspositionen innehaben. Dementsprechend waren drei der vier Koordinatorinnen/Koordinatoren in den Regionen Männer. Obgleich sie bemüht waren, die Genderperspektive im Rahmen ihrer Projekte vor Ort zu berücksichtigen, mussten sie sich zunächst dahingehend qualifizieren, eine geschlechtsspezifische Position einzunehmen und in einem zweiten Schritt in die laufenden Projekte einfließen zu lassen (vgl. Modellregion Emmendingen). Diese Strategie der Verankerung der Kategorie Gender als Querschnittsthema in die Projekte war deshalb äußerst aufwendig, da nun neben der alltäglichen Arbeit, der Arbeit für das Modellregionenprojekt zusätzlich Ressourcen für eine fundierte Auseinandersetzung mit dem Thema Geschlechterdifferenzierung eingefordert wurden. Dieses Dilemma verstärkte sich noch, da zusätzlich die Kategorie Ethnie zu berücksichtigen war.

Als beispielhaft erwies sich eine Strategie, die einige Kooperationspartnerinnen/-partner gewählt hatten, um die Kategorie Gender im Rahmen eines konstruktiven, effektiven Verfahrens im Sinne des Gendermainstreamings in die Arbeit zu integrieren (vgl. Schwäbisch Hall): Es wurde ein kontinuierlicher Dialog mit Kolleginnen, die sich mit Mädchenarbeit beschäftigen, für die Arbeit im Rahmen des Modellregionenprojekts genutzt. So wurden viele im Rahmen des Projekts umzusetzende Schritte mit den Kolleginnen, die außerdem in die Aktionen mit eingebunden waren, besprochen. Die strukturelle, personelle und inhaltliche Absicherung war gegeben. Dieses Vorgehen war u.a. deshalb möglich, weil seit einigen Jahren eine geschlechtsspezifische Arbeitsweise von Kolleginnen und Kollegen in der alltäglichen Arbeit zum Standard gehört und folglich auch in der Konzeption fest verankert ist. Hier wird also deutlich, dass ein anderer Ausgangspunkt vorhanden war. Wo Geschlechterdifferenzierung bereits ein wichtiges Thema war, wurde dieser Standard für gelungene Partizipation auch im Rahmen des Projekts selbstverständlich thematisiert.

In Regionen ohne gewachsene Diskussion zum Thema Geschlechterdifferenzierung setzte in der Regel das Projekt erste wichtige Impulse und forderte einen geschlechtsspezifischen Blick ein.

Es wurde deutlich, dass in jenen Regionen, die über keinen gewachsenen Diskurs zur Geschlechterdifferenzierung verfügen und die keine strukturelle Absicherung von Mädchenarbeit bzw. geschlechtsbezogener Jugendarbeit haben, zunächst die Herstellung dieser Kontexte angestrebt werden muss. Dazu ist notwendig, dass Zusammenschlüsse von Mädchenarbeiterinnen/-arbeitern gefördert und unterstützt werden müssen, um sich mit dem Thema Partizipation und Mädchen auseinanderzusetzen (vgl. Ravensburg). Ihre Erfahrungen sollten dann in die Aktivitäten vor Ort zum Thema Partizipation einfließen. Eigenständige Projekte zum Thema Mädchen und Partizipation müssen vermehrt gefördert werden.

### **Gelungene Partizipation von marginalisierten Aussiedlerinnen/Aussiedlern**

In der Diskussion um geeignete Partizipationsmodelle spielen marginalisierte Jugendliche, die unterschiedlichen ethnischen Gruppierungen angehören, in der Regel selten eine Rolle. Das heißt, es wird meist über Partizipationsansätze diskutiert, ohne eine Zielgruppendifferenzierung zu integrieren. Aufgrund dieser Leerstelle war das Modellprojekt bemüht, Ansätze sichtbar zu machen, die es ermöglichen, z.B. ausländischen Jugendlichen oder Aussiedlerinnen/Aussiedlern, die sozial benachteiligt werden, Partizipationschancen einzuräumen.

Hier zeigte sich im Rahmen des Projekts, dass es nicht darum gehen kann, gänzlich neue Methoden und Verfahren in der Jugendarbeit zu entwickeln. Zentral ist vielmehr, dass die mittlerweile bekannten Partizipationsformen daraufhin geprüft werden, ob sie für spezifische Zielgruppen geeignet sind. Außerdem sollten Erfahrungen aus der Arbeit mit randständigen Jugendlichen dahingehend reflektiert und weiterentwickelt werden, inwieweit sie partizipative Elemente aufzeigen. So belegen die Erfahrungen aus den Modellregionen, dass z.B. in der Arbeit mit ausländischen Jugendlichen, die unteren sozialen Schichten angehören, auf die Ebene der Verbalisierung weitgehend verzichtet und ein Dialog z.B. durch andere Ausdrucksformen (Video etc.) hergestellt werden kann. Das bedeutet jedoch keinesfalls, dass nicht auch mit ausländischen bzw. sozial randständigen Jugendlichen Zukunftswerkstätten bzw. Jugendforen durchgeführt werden können (vgl. Modellstadt Schwäbisch Hall).

Damit einher geht nun ein spezifisches Dilemma. Da Jugendliche, die verschiedenen Ethnien angehören und aus benachteiligten Milieus stammen, in der Regel nicht über vergleichbare Artikulationskompetenz verfügen wie viele deutsche Jugendliche aus gehobeneren Milieus, eignen sich beispielsweise Jugendgemeinderäte nur bedingt dazu, Partizipation zu ermöglichen. Beschränkt sich die Partizipation mit dieser Zielgruppe jedoch in erster Linie auf Mitbestimmung in Projekten, an der Programmgestaltung im Jugendhaus etc., so wird ein gesellschaftlicher Status quo dann reproduziert, wenn an Dialogen mit den politisch Verantwortlichen ausschließlich deutsche, verbal kompetente Jugendliche partizipieren. Die Interessen der ausländischen Jugendlichen aus randständigen Milieus bleiben im Verborgenen, dringen nicht in die Öffentlichkeit und werden somit selten von der Politik wahrgenommen. Deutsche Jugendliche aus gehobeneren Schichten, die sich eher Gehör verschaffen können, haben eher die Möglichkeit, ihre Interessen auch öffentlich zu vertreten.

Hier empfiehlt es sich, dass Fachleute und Politikerinnen/Politiker sich verstärkt im Sinne der anwaltschaftlichen Vertretung für diese Zielgruppen stark machen. Darüber hinaus benötigen wir dringend eigenständige Partizipationsprojekte mit diesen und für diese Zielgruppen, da in vielen Regionen, Gemeinden, Jugendhäusern und Verbänden die strukturellen Rahmenbedingungen fehlen, um eine angemessene Berücksichtigung dieser Zielgruppen zu gewährleisten.

## Literatur

- Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg e.V./Akademie der Jugendarbeit Baden-Württemberg e.V.(Hrsg.) (1997): Partizipation Jugendlicher - nur eine Formsache?. Dokumentation der Auftaktveranstaltung. Stuttgart
- Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten (Hrsg.) (1998): Junge AussiedlerInnen in der Bundesrepublik. In: Offene Jugendarbeit. Zeitschrift für Jugendhäuser, Jugendzentren, Spielmobile. 2/98. Leinfelden-Echterdingen
- Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten/Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg (Hrsg.) (1998): Mitreden - mitgestalten - mitbestimmen. Stuttgart
- Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten (Hrsg.) (1998): Lebensweltorientierte Partizipation in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Stuttgart
- Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten/Landesjugendring Baden-Württemberg (Hrsg.) (1999): Die Gemeinde Kißlegg als gelungenes Modell kommunaler Jugendbeteiligung. Stuttgart
- BRUNER, C. F./DANNENBECK, C./ESSER, F. (1998): Ethnizität zwischen „Wiederentdeckung“ und Dekonstruktion. In: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): Literaturreport 1997. München
- BRUNER, C.F./WINKLHOFER, U./ZINSER, C. (1999): Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune. Ergebnisse einer bundesweiten Erhebung. Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), München
- BRUNER, C.F./WINKLHOFER, U./ZINSER, C. (2001): Partizipation – ein Kinderspiel? Beteiligungsmodelle in Kindertagesstätten, Schulen, Kommunen und Verbänden. Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Berlin
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter (1998): Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Ein Positionspapier. Kassel
- DAIGLER, C./HILKE, G. (1995): Mädchen in der Jugendhilfeplanung. Abschlußbericht des Praxisforschungsprojektes des Ministeriums für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst Baden-Württemberg. Stuttgart
- ENGELFRIED, C. (1997): Männlichkeiten. Weinheim und München

- ENGELFRIED, C./STEEGMÜLLER, S. (1997): Partizipation männlicher und weiblicher Jugendlicher in der offenen und verbandlichen Jugendarbeit. In: Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg e.V./Akademie der Jugendarbeit Baden-Württemberg e.V. (Hrsg.): Partizipation Jugendlicher – nur eine Formsache? Stuttgart
- GOLTZ, J. (2001): Sozialraumanalyse mit Aussiedler(jugendliche)n als methodischer Zugang zur Quartiersentwicklung. In: ajs-informationen: Soziale Stadtentwicklung. Zeitschrift der Aktion Jugendschutz Baden-Württemberg, Heft IV. Stuttgart
- HEILIGER, A./ENGELFRIED, C. (1995): Sexuelle Gewalt. Frankfurt a.M./New York
- HERRMANN, M. (1998): Zu Organisation und Bewährung von Jugendparlamenten. Weingarten
- HILPERT, J. (1996): Partizipative Jugendarbeit und Bürgerengagement. Konstanz
- Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.) (1997): Jugend `97. Zukunftsperspektiven, Gesellschaftliches Engagement, Politische Orientierung. Opladen
- Kreisjugendring Ravensburg (Hrsg.): (In) Zukunft mitgestalten, Arbeitshilfe für Partizipation von Kindern und Jugendlichen im kommunalen Umfeld. o.J.
- Landesjugendring Baden-Württemberg e.V. (Hrsg.) (1997): Leitfaden Partizipation. Stuttgart
- Landesjugendring Baden-Württemberg e.V. (Hrsg.) (1999): Aufkreuzen und Ankreuzen. Kommunalwahlen `99. Eine Arbeitshilfe. Stuttgart
- Landeswohlfahrtsverband Baden/Landesjugendamt (1998): Beteiligung von Jugendlichen an Entscheidungsprozessen in der Kommune. Karlsruhe
- Landratsamt Tübingen/Polizeidirektion Tübingen / Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten/Akademie der Jugendarbeit (Hrsg.) (1998): Aus der GUS ins soziale abseits der BRD - Junge Aussiedler in Stadt und Landkreis Tübingen. Stuttgart
- MEISSNER, R. (1999): Partizipation von Mädchen und jungen Frauen. Jugendliche Aussiedlerinnen in einem Projekt in Schwäbisch Hall. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Esslingen
- MEYER, B. (1997): Frauen-Macht-Politik. In: Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg e.V./Akademie der Jugendarbeit Baden-Württemberg e.V. (Hrsg.): Partizipation Jugendlicher - nur eine Formsache? Stuttgart
- SIMON-HOHN, H. (1998): Jugendliche aus Einwandererfamilien“. In: ajs-informationen, Nr. 3/ 35. Jahrgang, Stuttgart
- THEIMEL, M. (1998): Entwicklung eines Verfahrens der Bedarfsermittlung und -umsetzung von jugendlichen Interessenslagen in Schwäbisch Hall. In: Offene Jugendarbeit. Zeitschrift für Jugendhäuser, Jugendzentren, Spielmobile. 1/98. Leinfelden-Echterdingen
- ZIMMER-HEGMANN, R. (2001): Integrierte und partizipative Ansätze der Stadtteilerneuerung. In: ajs-informationen: Soziale Stadtentwicklung. Zeitschrift der Aktion Jugendschutz Baden-Württemberg, IV/2001. Stuttgart

Waldemar Stange

## DORF FÜR KINDER – DORF FÜR ALLE: KINDERFREUNDLICHE DORFERNEUERUNG DURCH KINDERBETEILIGUNG

EIN BUNDESPROJEKT

### 1 Überblick

*Auftraggeber:* Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

*Träger:* Deutsches Kinderhilfswerk e.V.

*Projektleitung:* Prof. Dr. Waldemar Stange (Fachhochschule Lüneburg).

*Die Partnerländer:* Schleswig-Holstein (Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie), Mecklenburg-Vorpommern (Sozialministerium).

*Die Partnergemeinden (Modell-Dörfer):* Görmin (Landkreis Demmin, Mecklenburg-Vorpommern), Balow (Landkreis Ludwigslust, Mecklenburg-Vorpommern), Schafflund (Kreis Schleswig-Flensburg, Schleswig-Holstein), Kasseedorf (Kreis Ostholstein, Schleswig-Holstein).

### Weitere Kooperationspartner

- Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,
- Deutscher Städte- und Gemeindebund,
- Deutscher Landkreistag,
- Weitere Ministerien – insbesondere die Landwirtschaftsministerien sowie die kommunalen Spitzenverbände in den beteiligten Ländern,
- Fachbeirat/Projektbegleitender Arbeitskreis.

*Die Moderation:* In Mecklenburg-Vorpommern: Kristin Garz (Deutsches Kinderhilfswerk e.V.), in Schleswig-Holstein: Claudia Brunsemann (Deutsches Kinderhilfswerk e.V.).

*Projektkoordination:* Jutta Hackmann-Laska (Deutsches Kinderhilfswerk e.V.).

## Ausgangslage

In den vergangenen zehn Jahren ist mit der Kinderpolitik ein neues Politikfeld entstanden. Die dabei geführte Diskussion befasste sich vornehmlich mit der Situation von Kindern und Jugendlichen *in der Stadt*. In vielfältigen Projekten und Aktivitäten wurden Möglichkeiten und Verfahren zur kinderfreundlichen Umgestaltung des städtischen Raumes entwickelt. Die Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in *Dörfern* (und größeren Gemeinden sowie kleineren Städten der ländlichen Regionen) sind nicht in demselben Ausmaß diskutiert worden, obwohl ein erheblicher Teil der Kinder und Jugendlichen dort lebt und auch die Lebensbedingungen dieser Kinder sich über viele Jahre hinweg aufgrund des *Strukturwandels im ländlichen Raum* deutlich verändert haben.

Hinsichtlich der funktionierenden Verfahren zur Herstellung von Kinderfreundlichkeit im ländlichen Raum bestand bisher ein erhebliches Defizit. Dieses Defizit war nicht durch eine einfache Übertragung der Erfahrungen in Städten zu beheben, da die Strukturen und Probleme zu unterschiedlich sind.

## Zielsetzungen

Ziel des Projekts „Dorf für Kinder – Dorf für alle“ war es, Strategien und Verfahren zu entwickeln, die – im Sinne von *Abs. 3 Nr. 4 SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz)* – zur Schaffung von positiven Lebensbedingungen für junge Menschen und zu mehr Kinderfreundlichkeit beitragen können.

Es ging um die Entwicklung von Lösungswegen für die Gestaltung kinderfreundlicher Dörfer (Kriterien, Potenziale, Umsetzungsstrategien, Entscheidungshilfen) unter Einbeziehung und aktiver Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen.

Durch das Projekt „Dorf für Kinder – Dorf für alle“ sollte *modellhaft in vier Dörfern* in Schleswig-Holstein und in Mecklenburg-Vorpommern erprobt werden, wie ländliche Regionen im Rahmen von Dorferneuerungsprogrammen ihr *Kinderfreundlichkeitspotenzial* selbst erkennen und durch *konkrete Maßnahmen* ausbauen könnten (insbesondere wie *Selbsthilfekräfte* im Zuge einer kinderfreundlichen Dorferneuerung gestärkt und wie vorhandene Ressourcen besser genutzt werden könnten).

Dabei sollten insbesondere die speziellen Anforderungen, die der ländliche Raum an die *Partizipation von Kindern und Jugendlichen* stellt, untersucht und geeignete Verfahren dafür entwickelt werden. Das Modellprojekt verfolgte dabei zwei Ansätze von dörflicher Kinderpolitik:

## Politik für Kinder

Gemeint sind Konzepte für das Aktivwerden von Erwachsenen für Kinder.

## Politik mit Kindern

Im Sinne von *SGB VIII* und *Art.12 der UN-Konvention über die Rechte des Kindes* geht es darum, die Kinder selber zu Wort kommen zu lassen und an der kinderfreundlichen Umgestaltung ihres Dorfes zu beteiligen: *Partizipation* als besonderer *Schwerpunkt* des Modellprojektes „Dorf für Kinder – Dorf für alle“.

Alles in allem ging es um die Entwicklung von *methodischen Strategien und Produkten* für den generellen Einsatz über die Modelldörfer hinaus (Übertragbarkeit der Ergebnisse). Es ging auch darum, mehr Akzeptanz für den Gedanken der Kinderfreundlichkeit und den Beteiligungsansatz (Partizipation) zu erzeugen.

## Die Strategie der partizipativen Dorfentwicklung

Im Folgenden wird – wenn auch zusammenfassend und auf das Wesentlichste beschränkt – ein zentrales Ergebnis des Projektes „Dorf für Kinder – Dorf für alle“, insbesondere die speziell für das Projekt entwickelte „Strategie der partizipativen Dorfentwicklung“ (eine sozialraumaktivierende Beteiligungsspirale zur Entwicklung kinderfreundlicher Dörfer in sechs Entwicklungsstufen) vorgestellt. Detailliertere „Produkte“, Aussagen und Materialien sind in der vom BMFSFJ herausgegebenen „*Beteiligungskiste – Bausteine für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen*“ (z.B. Broschüren, Handbücher, Methodenmappen usw.) enthalten. Sie sind auch in einer Ausstellung dokumentiert.

## Theoretische und konzeptionelle Hintergründe

Folgende Ansätze und Konzepte (Beteiligungsstrategien und Methoden) wurden im Hinblick auf ihre Übertragbarkeit untersucht und kritisch geprüft:

- Planungszelle (Dienel)
- Zukunftswerkstatt (Robert Jungk)
- Zukunftskonferenz (Marvin Weisbord) und Strategiewerkstatt (Waldemar Stange)
- Planning for Real (Tony Gibson) – Stadtplanung, Modellbauorientierung
- PRA-Methode (Participatory Rapid Appraisal – schnelle partizipatorische Erhebung) – auch als PLA (Participatory Learning Action), z.B. ethnographische Methoden – wie teilnehmende Beobachtung, Interviews mit Sozialraum-Schlüsselpersonen, Zeit- und Bewegungsdiagramme von Kindern
- OST - Open Space Technology (Harrison Owen)
- Dorfanalyse (nach Herrenknecht): Sozialraumanalyse als Feldarbeit in einer kompakten Projektwoche

- Beteiligungsspirale (nach Waldemar Stange)

## Verschiedene Ausgangslagen

Für welche Anwendungssituationen ist nun die Strategie der partizipativen Dorfentwicklung „Dorf für Kinder – Dorf für alle“ gedacht?

- *Ein Dorf geht in das Dorferneuerungsverfahren:* Einer der Arbeitskreise im Rahmen der Dorfentwicklung – z.B. innerhalb der LSE (der Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalyse) wird dem Thema „Kinder und Jugendliche“ gewidmet
- *Einsatz außerhalb der Dorferneuerung:* Es wird ein eigenständiges Projekt „Kinderfreundliche Dorfentwicklung“ angeschoben.

Ist kinderfreundliche Dorferneuerung immer so aufwändig wie im Folgenden dargestellt? Nein – es gibt verschiedene Varianten:

### *1. Aufwändig - aber hocheffektiv: Die große Strategie – Alle machen mit!*

Diese Strategie mobilisiert und aktiviert die Bürger und das gesamte Dorf, insbesondere auch Kinder und Jugendliche, stärkt die Selbsthilfe- und Selbstorganisationskräfte und betont die direkte Partizipation von Kindern und Jugendlichen.

### *2. Unaufwändig – aber weniger aktivierend: Die vereinfachte Strategie „Wie es auch mit wenig Mitteln und wenig Aufwand geht ...!“*

Diese Vorgehensweise greift auch, wenn wenig personelle, zeitliche und materielle Ressourcen vorhanden sind. Sie ist schneller. Die direkte Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist nicht in so breitem Maße möglich.

### *3. Mischformen: „Die Realitäten sehen ...!“*

Mischformen ergänzen die vereinfachte Strategie punktuell mit Elementen aus der großen Strategie. Sie können durchaus Ansatz der Wahl und der lokalen Situation optimal angepasst und sehr wirkungsvoll sein.

Aber: Alle drei Strategien folgen immer derselben logischen Ablaufstruktur und Schrittfolge!

Die „Kinderfreundliche Dorfentwicklung“ folgt danach einer „Beteiligungsspirale“ in sechs Entwicklungsstufen:

- Stufe 1: Einstiegsphase – „Wie fange ich an?“  
(Sensibilisierung – Initiative – Vorlaufaktivitäten);

- Stufe 2: Untersuchungsphase – „*Erkennen, was los ist...*“  
(Sozialraum- und Lebensweltanalyse als Kinderfreundlichkeitsprüfung);
- Stufe 3: Kreative Phase – „*Neues versuchen*“  
(Ideenfindung: Lösungen und Vorschläge);
- Stufe 4: Planung- und Konzeptionsphase – „*Der große Wurf*“  
(Ein Gesamtkonzept entwickeln);
- Stufe 5: Projektphase – „*Das Wichtige verwirklichen ...!*“  
(Projektspiralen: Beteiligungsspiralen für die einzelnen Leitprojekte; nochmalige Ideenfindung und planerische Umsetzung; Planungszirkel);
- Stufe 6: Verstetigungs- und Nachhaltigkeitsphase – „*Damit was bleibt*“  
(Strukturelle Verankerung von Partizipation; Beteiligungsinfrastruktur schaffen).

Der innere Methodenansatz orientiert sich vor allem am Moderationsverfahren „*Planen mit Phantasie*“ (Waldemar Stange).

Im Folgenden wird die umfangreiche und aufwändige Strategie dargestellt. Das gesamte Vorgehen lässt sich – bei Beibehaltung der logischen Struktur – auch wesentlich einfacher und schneller gestalten. Dazu werden im 8. Abschnitt Vorschläge unterbreitet. Die methodischen Chancen und Potenziale lassen sich aber besser an der aufwändigen Strategie demonstrieren. Die Reduktion aus der voll entwickelten Form zu schlichteren Herangehensweisen ist dann nicht mehr schwer.

## **2 Einstiegsphase - „Wie fange ich an?“ Sensibilisierung – Initiative – Vorlaufaktivitäten**

### **2.1 Initiative: „Wie alles anfängt..“**

Zunächst kommt es zur – vielleicht noch diffusen und unbestimmten – *Problemwahrnehmung* und *ersten Impulsen zum Aktivwerden*: Es besteht Handlungsbedarf. Man will etwas machen!

#### *Beispiel 1:*

Kinder und Jugendliche eines Dorfes klagen über zu wenig Freizeitangebote. Die pädagogischen Infrastrukturen haben sich verändert: Kindergarten und Schule sind abgewandert. Jugendräume gibt es nicht. Die Eltern stellen fest, dass die Spielräume der Kinder sich verändert haben: Sie können immer weniger draußen spielen. Die Jugendlichen kommen nicht weg aus dem Dorf. Schleichend verändern sich die Lebensbedingungen im Dorf in Richtung auf immer weniger Kinder- Jugend- und Familienfreundlichkeit. Und das alles bei einem durchaus vorhandenen Basiswohlstand!

### *Beispiel 2:*

Das Dorf steigt in den Prozess der Dorferneuerung ein, wird in das Dorferneuerungsprogramm des betreffenden Bundeslandes aufgenommen und erhält die Chance, größere Investitionen zu tätigen. Ein Gesamtkonzept muss her. Sollte dabei nicht von vornherein eine soziale Komponente enthalten sein – insbesondere die Dimension der Kinder- und Jugendfreundlichkeit? Denn die Kinder und Jugendlichen repräsentieren die Zukunft des Dorfes!

So kommt es zu einer *ersten Initiative*; z.B. durch klassische Kinderpolitik über die Gremien der Gemeinde (des Dorfes) – etwa durch den LSE-Arbeitskreis „Soziales“, durch Empfehlungen im fertigen LSE-Gutachten in Richtung Kinder- und Jugendfreundlichkeit, durch Einzelpersonen oder durch eine neu gegründete Initiativgruppe.

## **2.2 Kontakt: „Starke Partner finden...“**

Zunächst ist eine *Grundsatzentscheidung* zu treffen: Können wir dies selbst umsetzen? Oder: Wie können wir kooperieren und externen Sachverstand nutzen (Beratung und Moderation, die bei einem umfassenden und Gemeinwesen aktivierenden Verfahren immer von großem Vorteil sind)?

Im Folgenden wird das ausführliche Verfahren mit externer Moderation geschildert.

Sehr sinnvoll ist zunächst einmal die Nutzung von externem Sachverstand. Hierzu gehört die Beratung z.B. durch befreundete pädagogische Einrichtungen, Hochschulen und relevante Institutionen für die Dorferneuerung wie Ämter für Agrarstruktur, Akademie für ländliche Räume, Ministerien, Planungsbüros, Dorfmoderatoren, Jugendämter (hier insbesondere die Jugendhilfeplanung und Jugendpflege).

Wichtig ist auch eine frühzeitige Einleitung der Kooperation mit der externen Moderation: Kontaktaufnahme und -gestaltung z.B. durch das *Bürgermeistergespräch*.

## **2.3 Exploration: Orientierung und Hypothesenbildung**

Der Einstieg in diese Kooperation erfolgt dabei im Regelfall über ein sogenanntes „*Gemeindegespräch*“. In diesem Gespräch geht es z.B. um folgende Zielsetzungen:

- Erste Orientierung finden: In welcher Situation befindet sich die Gemeinde (dieser Stadtteil, dieses Dorf)? Was ist das Besondere an dieser Gemeinde (diesem Stadtteil, diesem Dorf)? Wie ist die „Gemengelage“?
- Chancen ausloten.

- Die strategischen Ansatzpunkte für das Projekt ermitteln.
- Vorläufige, grobe Ziele bestimmen.
- Eine erste, vorläufige und grobe Themen- und Problemsammlung vornehmen.
- Die beteiligten „Mitspieler“, Ebenen etc. (Synergien) vernetzen.
- Schlüsselfragen: Wer sind die Aktiven im Gemeinwesen, Stadtteil, Dorf ? Wer könnten die möglichen Kooperationspartnerinnen/Kooperationspartner vor Ort sein? Wer könnte helfen? Örtliche Unterstützer finden, d.h. die so genannten „Moving Spirits“ (Tony Gibson) wie „Kümmerer“ oder „Partizipationsagenten“. Erstellen einer vorläufigen Liste potenzieller Schlüsselpersonen (Methode: Moving-Spirits-Inventar).
- Die ersten Arbeitsschritte planen.

Anschließend erfolgt der Gemeinderatsbeschluss: Einleitung des Verfahrens „Kinderfreundliche Gemeinde“ („Kinderfreundliche Stadt“).

Die *Begehung* (mit explorativer Funktion) dient zur *Erkundung mit erwachsenen Schlüsselpersonen*: Der erste Rundgang ist ein Streifzug, eine Begehung mit dem Bürgermeister (ggf. auch Pastor, Mitarbeiter von Kinder- und Jugendeinrichtungen, Rentner mit Sozialraum-Spezialwissen usw.).

Bewährt hat sich in diesem Stadium auch ein öffentliches *Kinder- und Jugend-Hearing*, das nicht nur interessante Informationen aus unterschiedlichen Sichtwinkeln erbringen, sondern auch zu einer erheblichen Gemeinwesen-Mobilisierung beitragen kann.

## 2.4 Anschub: Die Nucleus-Strategie

Wichtig wird nun die Frage „Wie können wir das Projekt auf den Weg bringen?“ Es geht um die so genannten ersten „*Anschubaktivitäten*“.

Dieser erste Einstieg erfolgt in der Beteiligungsspirale „*Partizipative Dorfentwicklung*“ immer über die so genannte *Nucleusstrategie*. Es wird versucht, „Kerne zu bilden“ (*Kernzellen*), so genannte „*Starter-Gruppen*“, d.h. einen Ansatz bei wenigen engagierten und interessierten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zu finden, die sich ohne größere Schwierigkeiten begeistern lassen. Mit ihnen kann man die ersten größeren Aktivitäten mit Dorfbewohnern starten.

### Öffentlichkeitsarbeit

Die Anschubphase beginnt mit einer breiten *Bekanntmachung des Gesamtprojekts bei den Bürgern*. Dieser Schritt ist sehr wichtig, nicht nur wegen der Nucleus-Bildung, sondern auch wegen

der notwendigen Akzeptanz bei allen Beteiligten in der danach beginnenden Untersuchungsphase 1.5 (Akteure für die qualitativen Untersuchungsmethoden gewinnen). Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit sind z.B.: Informationsvermittlung über Zeitungsartikel, Stadtanzeiger, Dorfanzeiger, Amtsblatt, Aushang, Rundschreiben, schriftliche Bekanntgabe in den pädagogischen Einrichtungen, aber auch die Nutzung von Einwohnerversammlungen und Einwohnerfragestunden im Gemeinderat.

In dieser Phase erfolgen übrigens auch informierende und werbende Besuche in Kindertagesstätten, Schulen, Jugendzentren, Jugendgruppen, Vereinen, insbesondere Sportvereinsversammlungen.

### **Konstituierung der Starter-Gruppen (Nuclei) und Vorbereitung ihrer ersten Aktivitäten**

Im Rahmen solcher Aktivitäten und unter Nutzung der im Bürgermeistergespräch und im Gemeindeggespräch gesammelten Informationen greift nun die so genannte *Nukleus-Strategie*. Das sind die so genannten „Starter-Gruppen“, mit denen die ersten Aktivitäten gemeinsam mit den Bewohnern beginnen können. Es werden mehrere Nuclei gebildet, die über das vielleicht wichtigste Instrument der „Partizipativen Gemeinwesenentwicklung“ gebündelt werden: Das „*Moving Spirit-Inventar*“, eine Kombination aus Interviewleitfaden, Checkliste oder Fragebogen (auch „Talentebogen“). Es geht hier um die Schlüsselfrage des Verfahrens, nämlich darum, örtliche Unterstützer zu finden, um die Erweiterung der vorläufigen Liste potenzieller *Schlüsselpersonen*, der so genannten „Moving Spirits“ (Tony Gibson), der „Kümmerer“ oder der „Partizipationsagenten“, die sich für die Sache der Kinder und Jugendlichen einsetzen. Wer sind die Aktiven im Gemeinwesen (im Stadtteil, im Dorf)? Wer kommt als möglicher Kooperationspartner vor Ort infrage? Wer könnte helfen? Selbstverständlich gibt es auch ein spezielles „*Moving-Spirit-Inventar*“ für *Jugendliche* und *Kinder*, d.h. eine Liste potenzieller jugendlicher Schlüsselpersonen, „Kümmerer“ und besonderer Talente (z.B. für das Internet, Jugendgruppenleiter, aktive Jugendliche in Jugendverbänden, Cliques oder besonders aktive Kinder aus Kindergruppen, Kinderverbänden u.Ä.).

Es wird also die Konstituierung je einer kleinen Kerngruppe von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen vorangetrieben:

#### *Nucleus 1:*

Gründung einer kleinen *Kerngruppe von Jugendlichen* für die Sozialraumuntersuchungen. Das kann erfolgen über ein spannendes *Interviewtraining* für die Sozialraumbefragungen von anderen Jugendlichen und von Erwachsenen (welche dann ja auch sekundär weitere öffentlichkeitswirksame, aktivierende Aktionen zur Bekanntmachung des Projekts im Stadtteil/Dorf initiieren sollen).

### *Nucleus 2:*

Gründung einer kleinen Kerngruppe von Kindern für die Sozialraumuntersuchungen. Geeignet ist hier z.B. die Errichtung einer Modellbaugruppe zur Erstellung eines maßstabsgerechten Stadtteil-/Dorfmodells. Der Bau dieses Stadtteil-/Dorfmodells kann insbesondere in Zusammenarbeit mit den Schulen erfolgen. Sehr wirkungsvoll ist auch die Vorbereitung von Aktionen wie „Kinder-TV-spezial“ (Kinder interviewen Kinder und Erwachsene).

### *Nucleus 3:*

Gründung einer *Kerngruppe von Erwachsenen*. Diese Konstituierung einer Erwachsenen-Kerngruppe erfolgt über die Gründung eines projektbegleitenden Arbeitskreises (PAK) als *Steuergruppe*, der nach dem Prinzip „*Runder Tisch*“ zusammengesetzt ist und zu dem auch einige interessierte Jugendliche hinzugezogen werden können. Die entsprechende Personenrecherche sollte schon in den Gemeindegesprächen und anderen Vorgesprächen begonnen werden. Auch die dort begonnene Akquise so genannter „*Moving Spirits*“ (im Unterschied zu den so genannten „*Popular Talkers*“) im Sinne von Tony Gibson für den Modellbau fällt vor allem in die Anschubphase.

Ein mögliches Element der Start-Aktivitäten der Kerngruppe von Erwachsenen kann ein *Zielfindungsworkshop (Workshop mit PAK)* sein, denn ein ganz wichtiger strategischer Punkt in der gesamten kinderfreundlichen Gemeindeentwicklung (Stadtteil-/Dorfentwicklung) ist der Versuch, sich über die Ziele des gesamten Prozesses klar zu werden.

Die *Zielfindung* wird unter dem Gesichtspunkt „*Was heißt Kinderfreundlichkeit?*“ betrieben. Dabei geht es vor allem darum, *lokale Kriterien und Indikatoren der Kinderfreundlichkeit festzulegen*: „*Was bedeutet Kinderfreundlichkeit hier FÜR UNS?*“ Schließlich wird eine erste Skizze des Leitbildes „*Kinderfreundliche Gemeinde*“ erstellt.

## **3     **Untersuchungsphase - „Erkennen, was los ist...“ Sozialraum- und Lebensweltanalyse als Kinderfreundlichkeitsprüfung****

In der *Untersuchungsphase (Sozialraumanalyse als Kinderfreundlichkeitsprüfung)* geht es darum, zu „erkennen, was los ist ...“ in dem betreffenden Dorf. Es geht also um eine Bestandsaufnahme bzw. um die Analyse des Ist-Zustands. Die Untersuchungsfragestellung lautet zunächst einmal: „*Wie kinderfreundlich ist das Dorf?*“

### **3.1 Kinderfreundlichkeitsprüfung Teil 1: Quantitative Informationsammlung und -analyse (Bestandsaufnahme, Analyse des Ist-Zustands)**

Dieser Teil läuft i.d.R. schon parallel zu den Schritten 1.3 und 1.4. Das ist nicht weiter problematisch, da er ja im Wesentlichen (und anders als Teil 2 der Untersuchungsphase) nicht mit Betroffenenbeteiligung verbunden wird.

Die Ausgangslage wird über eine umfassende Informationsbeschaffung und Analyse untersucht. Dazu gehören eine *Sozialstrukturanalyse* mit allgemeinen, überwiegend quantitativen Datensammlungen, z.B. Sozialstatistik, insbesondere Jugendhilfeplanung (sozialräumlicher Ansatz), Bestandsfeststellung, Milieuanalysen usw. sowie Daten aus der Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalyse (LSE). Das läuft über *Aktenstudium und Abfragen von Datenbanken* sowie über – und das befriedigt die obigen Datenwünsche oft auf einfachere und schnellere Art, weil sie dort oft ohnehin vorhanden sind – *Fachgespräche mit lokalen Expertinnen und Experten* im Jugendamt, in den Schulen, in Kindertagesstätten, Vereinen usw. An dieser Stelle finden auch quantitativ orientierte Befragungen als ansonsten eher trockener Kontrapunkt zu der „handfest“, hautnah, sinnlich und mit viel Spaß und Beteiligung von Kindern im Feld selber erfolgenden qualitativen Sozialraum- und Lebensweltanalyse statt. Harte Zahlen und Fakten sind nun einmal notwendig – über Jugend-Fragebögen, den Expertenleitfaden, die Spielraumanalyse per Kinder-Fragebogen usw.

### **3.2 Kinderfreundlichkeitsprüfung Teil 2: Partizipative Sozialraum- und Lebensweltanalyse (Qualitative Methoden, insbesondere ethnographische Methoden)**

Hier erfolgt die *Arbeit im Feld* – mit einem erheblichen Methodenanteil, der auf Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (Dorf-Detektive, Dorfforscher, Jugendliche interviewen Jugendliche) bei der Untersuchung setzt. Die Fragestellung der Untersuchung lautet auch hier: „Wie kinderfreundlich ist die Gemeinde/das Dorf?“ Das muss nicht unbedingt heißen, dass nur die negativen Schwerpunkte im Mittelpunkt stehen. Vielmehr werden gerade auch die positiven Aspekte mit erfasst.

*Erkundungsmethoden (Rundgänge, Streifzüge) mit Kindern und Jugendlichen: Kinder erforschen und zeigen ihr Dorf*

- Kinder als Dorfforscher (Dorfdetektive);
- Dorfrallye;
- Spielraumerkundungen und -analysen.

### *Erkundungsmethoden mit erwachsenen Schlüsselpersonen*

- Weitere Rundgänge, Streifzüge, Begehungen mit Bürgermeisterin/Bürgermeister, Rentnerin/Rentner, Polizistin/Polizist, Kneipier, Kauffrau/Kaufmann, Pastorin/Pastor;
- auch: Erkundungen durch Mitarbeiterin/Mitarbeiter von Kinder- und Jugendeinrichtungen.

### *Teilnehmende Beobachtung*

- Subjektive Landkarten mit Kindern (Punktmethode);
- „objektive Landkarten“ („Schöne Orte - Blöde Orte“);
- Erwachsene interviewen erwachsene Schlüsselpersonen (Leitfaden-Interviews mit Bürgermeisterin/Bürgermeister, Rentnerin/Rentner, Polizistin/Polizist, Kneipier, Kauffrau/Kaufmann, Pastorin/Pastor, auch mit Mitarbeitern von Pädagogischen Einrichtungen);
- Leitfaden-Interviews und narrative Interviews (Erwachsene interviewen Kinder);
- Aktionen „Kinder interviewen Kinder“ – „Jugendliche interviewen Jugendliche“ – „Kinder interviewen Erwachsene“ zum Thema Kinderfreundlichkeit (Interviewtraining, „Interviews von Kindern mit Senioren“);
- Fotos als Mittel der qualitativen Sozialraumanalyse; Fotostory „Kindheit heute“ (Befragung von Kindern im Stadtteil- bzw. Dorfmodell).

### *Weitere Möglichkeiten:*

- Videoproduktion 1: Jugendliche befragen Jugendliche zur Dorfentwicklung, insbesondere zu den Problemen, zu Interessen und Wünschen von Jugendlichen;
- Videoproduktion 2: Fremdbildbefragungen zum Jugendclub; zur eigenen Jugendgruppe, zum Image der Jugend allgemein usw.

Aktionen, die gleichzeitig besonders die kulturelle Identität bzw. die Identifikation mit dem Stadtteil/Dorf fördern wie die

- Videoproduktion 3: „Unser Stadtteil/Dorf“ (Interviewgruppe) oder die CD-ROM-Produktion „Unser Stadtteil/Dorf“.

Einrichtung einer *Homepage* mit Darstellung des Dorfes durch eine Internetgruppe, die auch Dienstleistungen für die Gemeinde und ihre Vereine u.Ä. anbieten kann (Termine, Kontakte, Berichte der Internetzeitung usw.).

Aber auch größere Projekte wie die Arbeit an einem *Spurensicherungsprojekt* (Jugendliche schreiben eine Dorfchronik) können später für große Aktionen genutzt werden (mit großem Aufmerksamkeitsgrad bei öffentlichen Präsentationen).

Bei solchen *Aktionen* der Startergruppen bzw. Nucleus-Gruppen in der Untersuchungsphase geht es neben der Sammlung und Aufbereitung qualitativen Materials über die Kinder- und Jugendsituation auch zusätzlich um eine *weitere Aktivierung und Mobilisierung* der Einwohnerinnen und Einwohner. Diese öffentlichen *Aktionen* der Jugendlichen und Kinder zielen also auch auf die verstärkte Bekanntmachung des Projekts ab (dazu eignen sich sehr gut öffentliche Veranstaltungen wie Stadtteil- bzw. Dorffeste, Vereinsversammlungen insbesondere von Sportvereinen usw.). Sie können auch zur Schaffung eines positiven Klimas für das Gesamtvorhaben und zur Werbung für die folgende Veranstaltungsserie der Ideenworkshops beitragen.

Flankierend wird in dieser Phase auch die Modellbau-Methode (nach Tony Gibson) eingesetzt (Modellbau 2. Runde): Das *Dorfmodell* wird öffentlich an verschiedenen Orten gezeigt (auch nebenbei als Aktion auf Festen, Versammlungen usw.). Dabei wird das Modell nach den Vorschlägen der Einwohner verbessert. Dies ist übrigens eine hervorragende Methode, um weitere junge und alte Einwohner zu erreichen, die sonst nicht zu den längeren Veranstaltungen kommen würden.

### **3.3 Auswertung und Dokumentation, Bewertung und Zielpräzisierung**

Die Untersuchungsphase wird abgeschlossen mit einer ausführlichen *Auswertung und Dokumentation*. Die *Bewertung* der Ergebnisse erfolgt anhand der vorher entwickelten lokalen Kriterien und Indikatoren für Kinderfreundlichkeit. Sie führt zu einer Präzisierung der Problemdefinition, einer vorläufigen Ziel- und Themenfindung und einer ersten Eingrenzung des Projektanliegens „Kinderfreundliche Dorfentwicklung“.

Sinnvoll kann die Erarbeitung eines kurzen *Kinderberichts* sein. Die Ergebnisse der Kinder können auch in einem *Kinder-Ortsplan* zusammengefasst werden (bei Jugendlichen: „Was ist wo los in der Region?“).

Eine *Bewertung* der Ergebnisse und eine *Zielpräzisierung* kann auch über einen *Workshop* mit dem Projektbegleitenden Arbeitskreis (PAK) erfolgen (*Zielfindungsworkshop II*).

Denn jetzt können die Ziele des gesamten Prozesses viel klarer festgeschrieben werden. Der Projektbegleitende Arbeitskreis bewertet unter Nutzung der bei Punkt 1.4.2 festgelegten „*lokalen Kriterien und Indikatoren der Kinderfreundlichkeit* („Was bedeutet Kinderfreundlichkeit hier FÜR UNS?“) die Untersuchungsergebnisse.

Dann kann auf der Basis der Untersuchungsphase ein *Stärken-Schwächen-Profil* erstellt werden: *Was sind unsere für den Bereich Kinderfreundlichkeit nutzbaren Stärken (Wo liegen unsere Ressourcen)? Was sind unsere Schwächen im Bereich Kinderfreundlichkeit (Kritiksammlung)?*

### **Gemeinderatsbeschlüsse**

Soweit noch nicht geschehen, erfolgen zu diesem Zeitpunkt die *erforderlichen Gemeinderatsbeschlüsse* (Weiterführung des Verfahrens „Kinderfreundliche Gemeinde“).

Schließlich werden erste Schwerpunkte bzw. eine erste Skizze für ein Leitbild „Kinderfreundliche Gemeinde“ erstellt.

## **3.4 Öffentliche Präsentation der Ergebnisse**

Es hat sich auch als günstig erwiesen, im Sozialausschuss, im Gemeinderat, auf Elternabenden, im Rahmen größerer öffentlicher Veranstaltungen oder z.B. im Rahmen einer größeren turnusmäßigen Bürgerversammlung das Projekt und *die Ergebnisse der Kinderfreundlichkeitsprüfung* (Bericht, kleine Ausstellung, Fotos, Dias, Video zur Stadtteil-/Dorfforscheraktion) *vorzustellen*. Dabei sollte es auf jeden Fall zu einer nochmaligen *Präsentation des Stadtteil-/Dorfmodells* kommen. Die Vorstellung von Forscherergebnissen durch Kinder kann großen Eindruck erwecken. Wichtig ist es auf jeden Fall, mit den Kinderergebnissen Interesse zu wecken, zu motivieren und zu *mobilisieren für die folgende Veranstaltungsserie* (die Ideenworkshops).

## **4 Kreative Phase – „Neues versuchen ...!“ Ideenfindung: Lösungen und Vorschläge entwickeln**

Diese Stufe ist der Kern der *„Partizipativen Gemeinwesenentwicklung“*. Hier entscheidet sich, ob es gelingt, die zentrale Zielsetzung dieser Strategie zu erreichen, nämlich das ganze Gemeinwesen zu aktivieren und zu mobilisieren und zu einer Gesamtveränderung des Klimas im Dorf, der Einstellungen und Verhaltensweisen in Richtung auf mehr Kinderfreundlichkeit durch Beteiligung möglichst vieler Einwohner zu kommen. Dieser Ansatz der Gemeinwesenaktivierung wird durch eine Serie von Veranstaltungen erreicht, die sämtlich – das ist ein wesentlicher Bestandteil der Strategie – öffentlichkeitswirksam präsentiert und pressemäßig breit begleitet werden. Es geht um *Ideenwerkstätten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene*. Ziel dieser Phase ist es, *Verbesserungsvorschläge* zu den Problemschwerpunkten der Sozialraumanalyse und Kinderfreundlichkeitsprüfung sowie *Lösungen und Ideen zur kinderfreundlichen Umgestaltung* der Gemeinde (des Dorfes) zu erarbeiten. Es geht aber auch darum, Kinder und Jugendliche und erwachsene Einwohner zu *mobilisieren* (Aufbruchstimmung zu erzeugen), also um eine weitere Aktivierung von personellen Ressourcen für nachfolgende Projekte (Erweiterung des Teilnehmerkreises). Im Wesentlichen sollen die Selbsthilfe- und Selbstorganisationskräfte der Gemeinde (des Dorfes) ge-

stärkt werden. Die direkte Partizipation von Kindern und Jugendlichen (und auch Erwachsenen) bei der Vorschlagsentwicklung ist in der Strategie der „Partizipativen Sozialraumentwicklung“ ohnehin eine Selbstverständlichkeit.

#### **4.1 Organisation und Vorlauf:**

##### **„Nichts muss so gut geplant werden wie die Spontaneität ...!“**

Die Planung, Organisation und Werbung für die Serie der Ideenworkshops steht vor der Durchführung der einzelnen Workshops.

#### **4.2 Ideenworkshops für Kinder, Jugendliche und Erwachsene: „Rein in den brodelnden Ideentiegel!“**

Dieser Part setzt sich aus drei Elementen zusammen:

- *Kinderversammlung*: z.B. als Ideen- oder Zukunftswerkstatt (1–2 Tage);
- *Jugendeinwohnerversammlung*: z.B. als Ideen-Kurzworkshop (3–4 Stunden) oder Zukunftswerkstatt (1–2 Tage);
- *Erwachsenen-Bürgerforum*: als Ideenworkshop (3 Std.).

##### **Die Kinderversammlung als Zukunftswerkstatt (1–2 Tage)**

Die Kinderversammlung findet in folgenden Phasen statt:

- *Kritikphase* („Meckerphase“): Kritiksammlung (Meckermonster);
- *Phantasiephase*: Ideensammlung (Zauberreise);
- *Umsetzungs- und Präsentationsphase*: (Ideen- und Projektkonferenz: Die besten Ideen auswählen, Prioritäten (Hitrakete) bilden, Umsetzungsschritte mithilfe von Listen wie z.B. „Wer macht weiter mit?“ vornehmen, schließlich öffentliche Präsentation durchführen.

##### **Jugendeinwohnerversammlung als Kurzworkshop (3 Std.) oder Zukunftswerkstatt**

Diese Veranstaltung hat eine ähnliche Struktur wie die Ideenwerkstatt für Kinder. Der Unterschied zur Standard-Zukunftswerkstatt liegt darin, dass zusätzlich das so genannte *Planerspiel* eingesetzt wird.

Dabei schlüpfen die Jugendlichen in die Rolle von Dorfplanerinnen/Dorfplanern und entwickeln Ideen für die Stadtteil-/Dorfentwicklung auf *Riesen-Stadtteil-/Dorfplänen* mit so genannten „Gibson-Kärtchen“.

### **Ideenworkshop für Erwachsene: Einwohnerversammlung als Bürgerforum (3 Std.)**

Diese Veranstaltung hat ebenfalls eine ähnliche Struktur wie die Ideenwerkstatt für Kinder. Der Unterschied zur Standard-Zukunftswerkstatt liegt darin, dass zusätzlich das *Planerspiel* eingesetzt wird.

Die Ideenworkshops können – je nach Art des Vorlaufs durch die Phase 2 – ganz unterschiedlich gestaltet werden: Wenn man die Untersuchungsphase wegen des großen Aufwands nur sehr knapp gehalten oder auf sie auch ganz verzichtet hat, wird die erste Phase der Ideenworkshops („Kritik“) genutzt, um sozialraum- und lebensweltrelevante Probleme zu erfassen, für die dann in der zweiten Phase Lösungen erarbeitet werden.

Fand eine ausführliche Sozialraum- und Lebensweltanalyse in der Untersuchungsphase statt, werden deren für die entsprechende Altersgruppe relevanten, komprimiert aufbereiteten Ergebnisse nochmals zur Kenntnis genommen, bewertet und anschließend Lösungen zu deren Schwerpunkten entwickelt.

#### **4.3 Dokumentation: „Festhalten, was gut ist ...“**

Nach den Ideenwerkstätten erfolgt eine sorgfältige Dokumentation (Auswertung und Aufbereitung der Ergebnisse für den großen Entscheidungsworkshop).

## **5 Planungs- und Konzeptionsphase – „Der große Wurf ...“ Ein Gesamtkonzept entwickeln**

### **5.1 Auswahl und Entscheidung:**

**„Stunde der Entscheidung:**

**... was wir wirklich wollen“**

Auf dieser Stufe der Gesamtstrategie kommt es auf der Basis einer Flut von Ideen und Vorschlägen zur kinderfreundlichen Weiterentwicklung des Stadtteils (des Dorfes), die in den unterschiedlichen Veranstaltungen („Ideenwerkstätten“) für Kinder, Jugendliche und Erwachsene gemacht worden sind, zu einer *Zusammenführung, Auswahl und Entscheidung bzw. Konsensbil-*

*dung* (Reduzierung der Gesamtmenge der Ideen: Auswahl treffen, Prioritäten bilden). Es geht um das Herausfiltern von Leitprojekten und relevanten Einzelmaßnahmen. Dies geschieht mit dem neu entwickelten Instrumentarium des Entscheidungsworkshops.

## **Konsensbildung im großen Entscheidungsworkshop**

Im Entscheidungsworkshop – zu den Teilnehmerinnen/Teilnehmern gehören alle drei Gruppen aus den Ideenworkshops – werden die Ergebnisse der drei Ideenworkshops in folgenden Schritten bearbeitet:

- *Prüfung sämtlicher Vorschläge*: Auswahl und Entscheidung durch die neu entwickelte Methode „*Entscheidungskreis*“ (Konzentrische Kreise). Ziel ist hier, durch das „Checken“ bestimmter Prüfkriterien (z.B. „Ist diese Idee grundsätzlich rechtlich machbar?“) geeignete und konsensfähige Einzelmaßnahmen und Leitprojekte für mehr Kinderfreundlichkeit herauszufiltern. Dabei ist es natürlich besonders wichtig, dass hier nicht Erwachsene Kinder- und Jugendideen „wegfiltern“. Deshalb werden an dieser Stelle gemischte „Prüf-Teams“ aus allen drei Gruppen gebildet (ggf. mit einem Moderator als Anwalt der Kinder).

- Eine „Jury“ („Expertenteam“) darf hilfsweise im „Experten-Check“ hinzugezogen werden.
- Welche Ideen und Vorschläge kommen durch alle Prüfungen und verbleiben schließlich im inneren Kreis?
- Alle letztlich übrig gebliebenen Vorschläge (Karten) werden inhaltlich geordnet und zu Leitprojekten gebündelt.

Am Ende der Auswahl und Entscheidungsphase wird zum Abschluss des Entscheidungsworkshops bereits die eminent wichtige *Selbstorganisation* eingeleitet. Es erfolgt eine erste Wahl von Leitprojekten (Zuordnung von Personen, Bildung von *Projektgruppen* und *Arbeitskreisen* zur Umsetzung der Leitprojekte. Dieser Teil wird unter Punkt 5 noch einmal aufgegriffen).

Nach der Wahl der Leitprojekte werden erste kleine und noch sehr grobe *Projektskizzen* entworfen. Diese Skizzen zu einzelnen Leitprojekten werden dabei entweder als Metaplan-Collage, als Zeichnung oder als intuitiver Modellbau dargestellt. Für die Weiterarbeit in dieser Phase ist entscheidend, die notwendige *Aufbruchsstimmung und Motivation* zu schaffen, was über die sinnliche Konkretisierung der Leitprojekte in den kleinen Gruppen gut möglich ist.

Wichtig ist natürlich auch die öffentliche Präsentation der Leitprojekte (Dokumentation, Ausstellung, Presse) auf dieser Stufe der „Partizipativen Dorferneuerung“, insbesondere im Rahmen einer Gremienpräsentation.

## 5.2 Politisch-administrative Fixierung

*Ausarbeitung und endgültige Verabschiedung des Gesamtkonzeptes (Leitbild „Kinderfreundliche Gemeinde“, Kinder- u. Jugendgutachten, Dorfentwicklungsplan, LSE-Teil „Soziales und Kultur – Kinder und Jugendliche“, gemeindliches Konzept für die Kinder- und Jugendarbeit u.Ä.).*

In dieser Phase stehen ggf. die Erarbeitung eines Kinder- und Jugendgutachtens mit anschließender öffentlicher Übergabe, d.h. die endgültige Festlegung des Gesamtkonzeptes der Einzelmaßnahmen und Leitprojekte (z.B. über den Dorfentwicklungsplan oder den LSE-Teil „Soziales und Kultur – Kinder und Jugendliche“) und seine schriftliche Fixierung im Mittelpunkt. Dazu gehört auch eine nochmalige Zielpräzisierung bzw. endgültige Zielfindung, ggf. die Entwicklung eines Leitbildes „Kinderfreundliche Gemeinde“.

### Gremienprozesse und Verwaltung

Möglicherweise kommt es erst bei der Beschlussfassung der Gremien über das Gesamtkonzept und die Leitprojekte zu einer endgültigen Zieldefinition und einem Leitbild „Kinderfreundliche Gemeinde“. Ebenso steht eine Mittelplanung oder eine externe Antragstellung (z.B. Landesjugendplan) für die folgenden Leitprojekte an (soweit dies nicht sinnvollerweise schon vorher über die grobe Chancenabklärung hinaus abgeklärt worden ist).

## 6 Projektphase – „Das Wichtige verwirklichen...!“ Projektspiralen: Beteiligungsspiralen für die einzelnen Leitprojekte

### Nochmalige Ideenfindung und planerische Umsetzung – Planungszirkel

Am Ende der Auswahl und Entscheidungsphase erfolgte die Wahl von Leitprojekten, d.h. die Zuordnung von Personen und Bildung von *Projektgruppen* und *Arbeitskreisen* zur Umsetzung der Leitprojekte.

Dieser Punkt wird nun noch einmal aufgegriffen. Es ist wichtig, den Personenkreis für die Umsetzung der einzelnen Leitprojekte zu erweitern, insbesondere anhand der Mitmachlisten am Ende der Zukunftswerkstätten in Phase 3. Dort haben sich meistens schon hochmotivierte Gruppen und Personen gefunden, die nicht unbedingt auch am Entscheidungsworkshop teilgenommen haben müssen.

*Beispiele für Leitprojekte, die in Entscheidungsworkshops des Dorfprojekts des BMFSFJ festgelegt wurden:*

- Entwicklung der Kulturarena Balow, Gründung einer Jugendfeuerwehr;

- Einrichtung eines Jugendclubs in Räumlichkeiten der Schule;
- Gründung eines Jugendrates;
- Bolzplatz und Jugendtreff-Projekt;
- Erstellung einer Dorfchronik mit Kindern und Jugendlichen;
- Schulprogrammentwicklung an einer Schule;
- Schulhofumgestaltung am Schulzentrum;
- Kindgerechte Verkehrsplanung.

In dieser Phase arbeiten die Projekt- bzw. Arbeitsgruppen ihre Leitprojekte weiter aus. Es geht darum, *Projektkonzeptionen* zu erarbeiten. Das erfolgt in *Projektspiralen* (d.h. *Beteiligungsspiralen* für die einzelnen Leitprojekte).

## 6.1 Ideenentwicklung für das einzelne Leitprojekt

Die Ausarbeitung der Leitprojekte erfolgt über einen weiteren Prozess der Ideenfindung. Dabei gibt es typische Arbeitsformen: Diese Phase soll – soweit wie möglich – in Selbstorganisation stattfinden. Das ist eminent wichtig, weil eine externe Moderation oft gar nicht die Zeit hat, sämtliche Leitprojekte zu begleiten. Und es geht ja um die Einleitung einer schrittweisen Abnabelung von der externen Moderation. Dafür eignen sich eher einfache Arbeitsformen (Arbeitskreise bzw. Projektgruppen tagen regelmäßig in „kleinen“ Treffen u.Ä.) als Zukunftswerkstätten. Es kann aber auch eine unterschiedlich intensive Begleitung sinnvoll sein (insbesondere wenn komplexere Arbeitsformen wie Zukunftswerkstätten u.Ä. gewählt werden).

*Beispiel für den Start in eine Projekt-Spirale:*

Projektwerkstatt „Kinderfreundliche Verkehrsplanung“, bestehend aus

- Verkehrsforscheraktion
- Verkehrsspaziergang mit Kindergartenkindern
- Das Verkehrsplaner-Spiel

An dieser Stelle des Gesamtprozesses können auch Ideenworkshops für jedes einzelne Leitprojekt (Kurz-Werkstätten, Zukunftswerkstätten als gezielte Projektwerkstätten) erforderlich werden. Typische Methoden können dabei sein:

- Peer-Moderation
- Ideensprint

- Erfinderspiel
- Bauplanungs-Check (im Rahmen der Bauleitplanung) u.Ä.

## **6.2 Planungszirkel für das einzelne Leitprojekt (fachliche Prüfung – Projektkonzeptionen): „Von der Skizze zum professionellen Plan“**

Für jedes einzelne Leitprojekt muss ein *Planungszirkel* folgen, der aus regelmäßigen „kleinen“ Treffen der Arbeitskreise bzw. Projektgruppen bestehen, aber auch eine kompakte *Workshop-Form* annehmen kann. Er enthält eine Informations- und Prüfphase (fachliche Prüfung) mit ausführlichem Informationsaustausch, die Entwicklung von Koordinationsmaßnahmen und eines genauen Zeitplans („*Aktionsplans*“) sowie Bemühungen zur an dieser Stelle oft dringend erforderlichen Zwischenmotivation.

Im Rahmen der Planungszirkel-Phasen wird aber im Allgemeinen auch eine „Profi-Schleife“ (mit fachlich-professionellem Input und zusätzlichen Informationen) notwendig, die in Form eines *Expertendialogs* (*Experten-Checks*) oder einer *Planerwerkstatt* gestaltet werden kann. Auch hier folgt eine Konkretisierungs- und Ausarbeitungsphase mit der endgültigen Konzeptentwicklung für die Leitprojekte, der Anfertigung von Plänen und Zeichnungen und der konkreten Maßnahmenplanung. Als weitere Methoden in dieser Phase kommen z.B. infrage:

- Spielplatz-Planungs-Exkursion,
- Forum „Kinderfreundliche Verkehrsplanung“ (Experten-Check),
- Modellbau mit exakten Modellen,
- Expertendialog (Experten-Check),
- Planerwerkstatt,
- Planungs-Check mit Geländebegehung,
- Dia-Input von Experten.

Wichtig ist natürlich auch dieser Stufe die öffentliche Präsentation der Leitprojekte (Dokumentation, Ausstellung, Presse) der „Partizipativen Gemeinwesenentwicklung“, insbesondere auch im Rahmen einer Gremienpräsentation.

### **Politisch-administrative Abwicklung der Leitprojekte:**

#### **„Der Amtsschimmel wiehert kinderfreundlich ...!“**

Die politisch-administrativen Aktivitäten in diesem Stadium enthalten auch die klassischen Strategien der *Politik für Kinder* und umfassen vor allem die Gremienarbeit: Diskussion, Konsensfin-

dung und *Beschlüsse* des Gemeinderats, des Sozialausschusses, der Kinderkommission, des Schulverbandes, der Schulkonferenz, des Elternbeirats im Kindergarten. Ebenso steht jetzt die endgültige Mittelbewilligung oder (soweit vorher noch nicht erfolgt) eine externe Antragstellung (z.B. Landesjugendplan) an. Die Realisierungsstufe wird durch Festlegung eines Zeitplans eingeleitet. Die verwaltungsmäßige Abwicklung der Projekte und die Unterstützung der Projektgruppen und Arbeitskreise werden ebenfalls abgesichert.

Den Abschluss dieser Phase der „Partizipativen Sozialraumentwicklung“ bildet die *verwaltungsmäßige Abwicklung* der einzelnen Leitprojekte: Es werden Aufträge an Planungsbüros vergeben, Anträge bei externen Stellen (Finanzierung, z.B. über Landesjugendplan) gestellt und Mittel bewilligt.

### **6.3 Realisierung:**

#### **Umsetzung der Beschlüsse und Pläne, Leitprojekte werden Wirklichkeit**

Hier sollen „*Träume Wirklichkeit werden ...*“, sollen die Pläne umgesetzt werden. Es geht um die schrittweise *Realisierung* der Einzelmaßnahmen und Leitprojekte.

Dabei geht es um *soziale Leitprojekte* (z.B. eine Kinder- bzw. Jugendratswahl oder Bürgermeister-Sprechstunde für Kinder und Jugendliche, ein Internetprojekt mit Jugendlichen oder Gründung einer Jugendfeuerwehr) oder um Leitprojekte in Form von *Baumaßnahmen* (Spielplatz, Jugendclub):

- Bauausführung (Vermessungen, Erdarbeiten, Bepflanzungen, Geräteaufstellung),
- Mithilfe beim Bau,
- Objekt- und Bauüberwachung,
- Nutzungs- und Erfolgskontrolle,
- Mithilfe bei der Unterhaltung,
- Herstellung einer Gesamtdokumentation,
- Eröffnungsfest, Übergabe an die Nutzer.

Die letzte Stufe der „*Partizipativen Sozialraumentwicklung / Gemeinwesenentwicklung*“ setzt weiterhin die begleitende Koordination durch den PAK (Projektbegleitenden Arbeitskreis) voraus und erfordert auch zusätzliche flankierende Maßnahmen der Kinderpolitik. Die *Ziele* dieser letzten Stufe des Gesamtprozesses sind die Realisierung der Einzelmaßnahmen und der Leitprojekte, die weitere Stärkung der Selbsthilfe- und Selbstorganisationskräfte (gerade durch Baumaßnahmen), die direkte Partizipation von Kindern und Jugendlichen (und Erwachsenen) beim Bau

und die Stärkung der Stadtteil-Identität und der Identifikation mit dem Gemeinwesen durch Stolz auf das Geschaffene.

## **6.4 Evaluation von Projekten: Qualitätssicherung und -kontrolle**

Zu diesem Punkt zählen beispielsweise

- Verfahren der Projektevaluation,
- Controlling durch Kinder (Beispiel: Feriencard-Detektive prüfen die Ferienangebote der Gemeinde).

## **7 Verstetigungs- und Nachhaltigkeitsphase: „Damit was bleibt...“**

### **Strukturelle Verankerung von Partizipation: Beteiligungsinfrastruktur schaffen**

Nach der Realisierung der Leitprojekte sollte es zu einer *strukturellen Verankerung von Partizipation*, d.h. zur Etablierung einer Beteiligungsinfrastruktur, also zu *permanenten Beteiligungsinstitutionen* kommen (Gremien wie Kinderkommissionen, Jugendbeiräte, Jugendparlamente, Wahl von Kinderbeauftragten u.Ä.).

Bleibt die Frage „Was sonst noch entstehen kann ...?“. In der Nachfolgephase (die die Form einer permanenten Beteiligungsspirale gewinnen kann), können vielfältige *Impulswirkungen* für weitere Partizipationsprozesse entstehen.

Diese Verfahren können Teil des kommunalen Alltags werden („*Beteiligungskultur*“).

### **7.1 Feste Etablierung kleiner („punktueller“) Formen der Partizipation**

Zu den kleinen Formen der Partizipation gehören:

- Bürgermeister-Sprechstunde,
- Wunsch- und Meckerkasten,
- Informationskasten für Kinder (Aushänge),
- Mitteilungsblatt für Kinder,

- Medienpartizipation (Zeitung, Internet),
- K-Teams (freie Kindergruppen) des Deutschen Kinderhilfswerks als permanentes Problemradar,
- Internet-Kommunikationsangebote für Kinder (etwa der „Infostelle Kinderpolitik“ des Deutschen Kinderhilfswerks) usw.

## **7.2 Kinderbeauftragte – Kinderkommissionen (Politik für Kinder)**

Die Strategien der Politik für Kinder und Jugendliche beziehen sich auf Formen der stellvertretenden Wahrnehmung von Kinderinteressen. Hier bieten sich klassische Politikformen und -felder der Kinderpolitik (verwaltungsorientierte Verfahren) wie Kinderbeauftragte oder Kinderkommissionen des Gemeinderates an. Kinderbüros dagegen sind für dörfliche Strukturen nicht geeignet.

## **7.3 Kinder und Jugendvertretungen (Politik durch Kinder)**

Kinder- und Jugendparlamente sind für Dörfer in der Regel eine Nummer zu groß, während die kleineren Kinder- und Jugendbeiräte oder auch offene Versammlungsformen wie Jugendwohnerversammlungen gut geeignet sind. Allerdings sind bei mehreren Ortsteilen die dadurch vorhandenen besonderen Bedingungen gesondert zu berücksichtigen. Solche Interessenvertretungen für Kinder und Jugendliche sind gerade dann hilfreich, wenn für kleinere Alltagsprobleme einfache verbale Problemlösungen gefragt sind, ohne dass besondere Veranstaltungen und Projektarbeit notwendig werden, z.B. bei Konfliktregelung u.Ä. Diese Verfahren sind gut, um die Gesamtpalette der vielen kleinen Themen zu erfassen, sie fungieren als Problemradar und permanente Interessenartikulation.

## **7.4 Selbstständige Weiterarbeit der Gemeinde oder Stadt an neuen Projekten ohne externe Moderation**

Über die ursprünglichen Leitprojekte hinaus können später regelmäßig neue Projekte entstehen.

## **7.5 Partizipation in und Beteiligung von Jugendverbänden**

Hier kommen z.B. Partizipationsmöglichkeiten in den vielen Vereinen des Dorfes oder in Verbänden wie der Jugendfeuerwehr u.Ä. in Frage. Sehr wichtig ist auch die Beteiligung des Ortsjugendrings.

## **7.6 Verankerung von Partizipation als politische und administrative Norm**

Hier muss dafür gesorgt werden, dass neben den oft schon vorhandenen gesetzlichen Festschreibungen auf Landesebene (Jugendförderungsgesetze, Änderung der Gemeindeordnungen, Förderungsprinzip „Partizipation“ im Landesjugendplan usw.), insbesondere auf Kreisebene die Fördermöglichkeiten für die Gemeinden des Kreises normativ unter Bezug auf die Partizipationsforderung „festgezurr“ werden (Förderrichtlinien des Kreises, Beratungsangebote der Kreise aus der Jugendpflege/Kinder- und Jugendförderung) und ggf. auch über die Fixierung von Partizipationsmodellen über kommunale Satzungen (z.B. bei einem Jugendbeirat) oder entsprechend zugeschnittene kommunale Förderrichtlinien für die Kinder- und Jugendarbeit nachgedacht wird.

## **7.7 Das Ziel: Wirkungen auf Dauer – Veränderung des Gesamtklimas in den Gemeinden in Richtung auf mehr Kinderfreundlichkeit, Alltagsdemokratie und Beteiligungskultur**

Eine typische Wirkung erfolgreicher Partizipationsprojekte ist eine Akzeptanzerhöhung für Beteiligung (Vorteile und Nutzen von Partizipation werden bis in partizipations skeptische Kreise hinein erkannt). Das letztendliche Ziel ist eine breite Einstellungsänderung, eine Klimaveränderung in Richtung auf mehr Kinderfreundlichkeit und – als Folge davon – eine breite Praxis der Beteiligung, eine reale Beteiligungskultur!

Gewollt ist eine breite Praxis der Beteiligung durch alltägliche Verfahren der Partizipation. Es geht um die Einübung von Alltagspartizipation, d.h. von alltagsorientierten Verfahren der Beteiligung in pädagogischen Institutionen (insbesondere im Kindergarten), in der Familie und in der Kommune bzw. im Gemeinwesen („Nebenbei-Partizipation“).

## **8 Methodische Grund-Prinzipien für alle Stufen**

In allen Phasen der Gesamtstrategie und während des gesamten Verfahrens ist die Anwendung folgender *methodischer Grund-Prinzipien* entscheidend:

- Kommunikation (permanente Informierung, Öffentlichkeitsarbeit);

- Präsentationsansatz;
- Partizipation (die Betroffenen haben das letzte Wort... – weg von den „popular speakers“ [Tony Gibson] – „Gemeinwesenaktivierende Beteiligungsspirale“)
- permanente Aktivierung von personellen Ressourcen (durch ständige Fortschreibung des „Moving-Spirits-Inventars“);
- permanente Mobilisierung der Einwohner;
- Beeinflussen des Gesamtklimas und Alltagsdenkens in Richtung ‚Kinderfreundlichkeit‘,
- Moderation;
- Visualisierung;
- „permanent begleitende Arbeitstruktur“ (externe Moderation und Sitzungen des Arbeitskreises);
- Beachten „der Bedeutung, des Stellenwerts und der Funktion der regulären demokratischen Gremien“!

## **9 Wie kann man es auch einfacher machen? „Wie es auch mit wenig Mitteln und wenig Aufwand geht ...!“**

Bisher wurde die Strategie der partizipativen Dorfentwicklung „Dorf für Kinder – Dorf für alle“ in ihrer aufwändigen Form dargestellt. In sehr vielen Fällen reichen aber die personellen, finanziellen und zeitlichen Ressourcen nicht aus, um sie in dieser Form zu realisieren. Es ist aber relativ einfach, aus der voll entwickelten Form unter Beibehaltung der inneren Logik der Gesamtstrategie auch schlichtere und unaufwändigere Formen abzuleiten. Dazu einige beispielhafte Vorschläge:

- Verzicht auf eine breite Aktivierung und Mobilisierung der Einwohner (insbesondere auf alle öffentlichen Aktionen, vor allem in den Phasen 1 und 2) und Wahl der allereinfachsten Version der Strategie: Eine kleine Arbeitsgruppe arbeitet mit den Checklisten und Formularen der Handbücher und Broschüren aus der Beteiligungskiste des BMFSFJ, benutzt diese in der Gruppe als Kommunikationsinstrument für die Diskussion und entwickelt so Lösungen und Vorschläge (Politik für Kinder).
- Weitgehender Verzicht auf die Untersuchungsphase (zumindest stark verkürzt, vor allem keine großen Aktivitäten und Aktionen).
- Beschränkung der Informationssammlung in den Phasen 1 und 2 auf das Gemeindegespräch.

- Durchführung der Untersuchungsphase im Rahmen von Aktionen der Schulen (als Projekte), Kindergärten und Jugendverbandsgruppen und Verzicht auf einen großen Teil der Aktivitäten der Anschubphase.
- Stark reduzierte Stufe 3 (Verzicht auf die drei Ideenwerkstätten): Ableitung von Maßnahmen und Projektvorschlägen direkt aus der Sozialraumanalyse (Kinderfreundlichkeitsprüfung), d.h. Verzicht auf Aktivierung und Mobilisierung der Einwohner.
- Verzicht auf die drei Ideenwerkstätten *und* die volle Untersuchungsphase: Maßnahmen und Projektvorschläge durch den Projektbegleitenden Arbeitskreis, durch die Moderatorinnen/Moderatoren oder durch eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe direkt aus dem Gemeindegespräch (und ggf. aus den Fachgesprächen) ableiten.
- Wegfall des Entscheidungsworkshops: Delegation der Auswahl der Vorschläge an die Kinderkommission oder den Sozialausschuss (unter punktueller Beteiligung von Kindern und Jugendlichen).
- Konzentration auf nur ein oder zwei Leitprojekte.
- Statt mit dem Moderationsverfahren und Visualisierung: Arbeit mit konventionellen Methoden (einfache Notizen, Protokolle u.Ä.).
- Selbstständige und eigenverantwortliche Entwicklung und Realisierung eigener Leitprojekte im Rahmen örtlicher pädagogischer Einrichtungen (z.B. über Schulprojekte) – ohne Abgleich im Rahmen eines Gesamtkonzepts.
- Delegation von Projekten: z.B. durch Kooperation mit Erzieherfachschulen und Fachhochschulen oder mit Beschäftigungsgesellschaften des 2. Arbeitsmarktes (komplette Umsetzungen).

## 10 Zusammenfassung

### 1. Einstiegsphase – „Wie fange ich an?“

(Sensibilisierung – Initiative – Vorlaufaktivitäten):

- Initiative: Wie alles anfängt ... (Problemerkennung und erste Initiativen für das Projekt 1).
- Kontakt: Starke Partner finden... (z.B. Örtliche Unterstützer finden, externen Sachverstand nutzen (Beratung, Moderation, Bürgermeistergespräch).
- Exploration: Orientierung und Hypothesenbildung (z.B. Gemeindegespräch, Kinder- und Jugendhearing, Begehung mit Schlüsselpersonen).
- Anschub: die Nucleus-Strategie:
  - Kernzellen bilden („Starter-Guppen“),

- Öffentlichkeitsarbeit,
- Konstituierung der Starter-Gruppen (Nuclei) und Vorbereitung ihrer ersten Aktivitäten.

## 2. Untersuchungsphase – „Erkennen, was los ist...“

(Sozialraum- und Lebensweltanalyse als Kinderfreundlichkeitsprüfung):

- Kinderfreundlichkeitsprüfung Teil 1: Quantitative Informationssammlung und -analyse (Bestandsaufnahme, Analyse des Ist-Zustands, Sozialdatenanalyse).
- Kinderfreundlichkeitsprüfung Teil 2: Partizipative Sozialraum- und Lebensweltanalyse (Qualitative Methoden, insbesondere ethnographische Methoden wie teilnehmende Beobachtung, Erkundungen, Dorf- und Stadtforscher).
- Auswertung und Dokumentation: Bewertung und Zielpräzisierung.
- Öffentliche Präsentation der Ergebnisse.

## 3. Kreative Phase – „Neues versuchen ...!“

(Ideenfindung: Lösungen und Vorschläge):

- Organisation und Vorlauf: Nichts muss so gut geplant werden wie die Spontaneität ...! (Planung, Organisation und Werbung für die Serie der Ideenworkshops).
- Ideenwerkstätten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene: (z.B. in Zukunftswerkstätten Vorschläge und Ideen zur kinderfreundlichen Veränderung der Gemeinde entwickeln).
- Dokumentation: Festhalten, was gut ist... (Ergebnisse der Ideenworkshops aufbereiten für den großen Entscheidungsworkshop).

## 4. Planungs- und Konzeptionsphase: „Der große Wurf ...“

(Ein Gesamtkonzept entwickeln):

- Auswahl und Entscheidung: Stunde der Entscheidung – was wir wirklich wollen (Konsensbildung im großen Entscheidungsworkshop, Zusammenführen und Bearbeiten der Ergebnisse der drei „Ideenwerkstätten“, Herausfiltern von Leitprojekten, Bilden von Arbeitskreisen bzw. Projektgruppen, Wahl von Leitprojekten).
- Politisch-administrative Fixierung:
  - Ausarbeitung des Gesamtkonzepts (Leitbild „Kinderfreundliche Gemeinde“, Kinder- und Jugendgutachten, Dorfentwicklungsplan, LSE-Teil „Soziales – Kultur – Kinder und Jugendliche“ u.Ä.,
  - endgültige Festlegung des Gesamtkonzepts – Leitbild „Kinderfreundliche Gemeinde“,
  - Gremienprozesse und Verwaltung,

- Beschlüsse der Gremien über das Gesamtkonzept und die Leitprojekte.

5. Projektphase: *Das Wichtige verwirklichen ...!* (Projektspiralen: Beteiligungsspiralen für die einzelnen Leitprojekte, nochmalige Ideenfindung und planerische Umsetzung – Planungszirkel):

- Ideenentwicklung für das einzelne Leitprojekt (z.B. Arbeitskreise oder Projektwerkstätten).
- Planungszirkel für das einzelne Leitprojekt (fachliche Prüfung - Projektkonzeptionen):
  - Von der Skizze zum professionellen Plan... (z.B. Arbeitskreise oder Planungszirkel-Workshops);
  - Politisch-administrative Aktivitäten;
  - Der Amtsschimmel wiehert kinderfreundlich ...!
  - Gremienprozesse und Verwaltung;
  - Beschlüsse der Gremien, verwaltungsmäßige Abwicklung der Leitprojekte.
  - Realisierung: Umsetzung der Beschlüsse und Pläne – Leitprojekte werden Wirklichkeit (Schrittweise Realisierung der Einzelmaßnahmen und Leitprojekte).
- Evaluation von Projekten, Qualitätssicherung, Qualitätskontrolle.

6. Verstetigungs- und Nachhaltigkeitsphase: *Damit was bleibt...*

(Strukturelle Verankerung von Partizipation - Beteiligungsinfrastruktur schaffen):

- Feste Etablierung kleiner („punktueller“) Formen der Partizipation (z.B. Bürgermeister-Sprechstunde).
- Kinderbeauftragte – Kinderkommissionen (Politik für Kinder).
- Kinder- und Jugendvertretungen (Politik durch Kinder).
- Selbstständige Weiterarbeit der Gemeinde oder Stadt an neuen Projekten ohne externe Moderation (d.h. über die ursprünglichen Leitprojekte hinaus können später regelmäßig neue Projekte entstehen).
- Partizipation in Jugendverbänden und Beteiligung von Jugendverbänden (Partizipationsmöglichkeiten in den Vereinen des Dorfes oder in Verbänden wie der Jugendfeuerwehr u.Ä., Beteiligung des Ortsjugendrings ist sehr wichtig).
- Verankerung von Partizipation als politische und administrative Norm:
  - Auf Kreisebene Fördermöglichkeiten für die Gemeinden des Kreises partizipativ akzentuieren (Förderrichtlinien des Kreises, Beratungsangebote der Kreise aus der Jugendpflege bzw. der Kinder- und Jugendförderung).

- Fixierung von Partizipationsmodellen über kommunale Satzungen (z.B. Jugendbeirat) usw.
- Das Ziel: Wirkungen auf Dauer – Veränderung des Gesamtklimas in den Gemeinden in Richtung auf mehr Kinderfreundlichkeit, Alltagsdemokratie und Beteiligungskultur: Breite Praxis der Beteiligung durch alltägliche Verfahren der Partizipation (z.B. alltagsorientierte Verfahren der Beteiligung in pädagogischen Institutionen – insbesondere im Kindergarten –, in der Familie und in der Kommune bzw. im Gemeinwesen durch „*Nebenpartizipation*“).

Claudia Franziska Bruner/Ursula Winklhofer/Claudia Zinser

## PARTIZIPATION ERLEBEN – ERFAHRUNGEN VON KINDERN, JUGENDLICHEN UND ERWACHSENEN IN BETEILIGUNGSMODELLEN

### 1 Einleitung

Die drei folgenden Beiträge spiegeln Gedanken und Befunde wider, die sich aus unseren Erfahrungen im Projekt „*Modelle gesellschaftlicher Beteiligung von Kindern und Jugendlichen*“ ergeben haben.

Das Projekt wurde von März 1998 bis Ende 2000 mit finanziellen Mitteln des *Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)* am *Deutschen Jugendinstitut (DJI)* durchgeführt.

Die Ergebnisse der Studie sind inzwischen in zwei Broschüren (Bruner/Winklhofer/Zinser 1999 und 2001) veröffentlicht.

Die erste Broschüre enthält die Ergebnisse einer bundesweiten Fragebogenerhebung. Ziel dieser quantitativen Forschungsphase war die Erstellung eines Gesamtüberblicks über die verschiedenen Beteiligungsmodelle im kommunalen Bereich, über deren Verbreitung, unterschiedliche Formen und Ausgestaltung.

Im Mittelpunkt der zweiten Projektphase standen Fragen nach Qualität und Wirkung von Beteiligung sowie die Perspektive der Kinder und Jugendlichen. Im Zuge dieses qualitativen Teils der Studie wurden elf Beteiligungsmodelle aus den Bereichen Kindertagesstätten, Schulen, Verbänden und Kommunen untersucht. In mündlichen Interviews befragten wir etwa 100 Kinder und Jugendliche sowie 41 Erwachsene. Darüber hinaus wurden Gremiensitzungen und andere Aktivitäten in den Modellen teilnehmend beobachtet. So erhielten wir ein differenziertes und facettenreiches Bild von den Prozessen und Erfahrungen in den einzelnen Modellen.

Partizipationsangebote führen zu Veränderungen und neuen Erfahrungen – dies betrifft die Kinder und Jugendlichen, die beteiligten Erwachsenen, aber auch die institutionellen Strukturen. Die folgenden Ausführungen greifen drei Aspekte auf:

- Kinder und Jugendliche ernst nehmen – Was heißt das für die begleitenden Erwachsenen?
- Wie lässt sich Beteiligung in die bestehenden Strukturen einbinden? Handlungsspielräume in Institutionen, Verbänden und Kommunen.
- Was ist den Kindern und Jugendlichen in Beteiligungsmodellen wichtig?

## 2. Kinder und Jugendliche ernst nehmen - Was heißt das für die begleitenden Erwachsenen?

Von Claudia Franziska Bruner

Unsere Untersuchung stand von Beginn an unter dem Motto „Kinder und Jugendliche sollen/müssen ernst genommen werden“. Dies ist ein Leitsatz, mit dem sich viele Beteiligungsmodelle identifizieren und nach außen hin präsentieren – eine Formel, die rasch breite öffentliche Zustimmung findet. Es mag eingewendet werden, dass der Anspruch, „Kinder und Jugendliche ernst zu nehmen“, ein hoher ist, hinter dem die Wirklichkeit leider allzu oft zurück bleibt. Aber kaum jemand wird in Zeiten, in denen von Politikverdrossenheit und Entpolitisierung der Jugend, von strukturellen Rücksichtslosigkeiten gegenüber den Belangen von Kindern und Familie die Rede ist, die Berechtigung dieser Forderung an sich in Frage stellen (wollen).

### 2.1 Gesellschaftliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im sozialwissenschaftlichen Forschungszusammenhang

So haben auch wir uns diesen Anspruch zu Eigen gemacht: Kinder und Jugendliche gehören fraglos ernst genommen. Auch – und gerade – in einer wissenschaftlichen Untersuchung, in der es um Kinder und Jugendliche und deren gesellschaftliche Partizipationschancen geht.

Doch was bedeutet das eigentlich? Was verbirgt sich hinter einem solchen Motto, wenn es nicht zu einer zwar mehrheitsfähigen, aber letztlich doch (inhalts)leeren Worthülse verkommen soll?

Welche Konsequenzen haben sich aus diesem Satz für uns Forscherinnen ganz unmittelbar im Fortgang unserer Untersuchung ergeben? Die Konsequenzen, die wir im Laufe des Forschungsprozesses gezogen haben, enthalten auch bereits ein Stück weit Antwort auf die Frage, was es im Rahmen von Beteiligungsmodellen heißt, Kinder und Jugendliche ernst zu nehmen.

Wir betrachteten es als Aufgabe und hatten auch den Anspruch an uns selbst, nicht *über* Kinder und Jugendliche zu forschen, sondern *spezifische Zugangswege zu ihren Erfahrungswelten* aufzutun. Schließlich wollten wir wissen, welche Erfahrungen sie in und mit Beteiligungsmodellen gemacht hatten.

Das hieß gerade für Kinder, aber auch im Fall von Jugendlichen: Es konnte nicht darum gehen, mit vorformulierten Fragen und standardisierten Antwortvorgaben Themen abzufragen, die in unseren Köpfen zwar Relevanz besitzen mögen, aber nicht notwendigerweise auch bei den befragten Kindern und Jugendlichen. Es hieß vielmehr zu lernen (und entsprechend darauf ausgerichtete Forschungsstrategien zu entwickeln), den Kindern und Jugendlichen zuzuhören, sie von ihren Erfahrungen erzählen zu lassen, sie anzuregen, ihre Meinungen und Urteile zum Aus-

druck zu bringen, ja: Sie *eigene* Relevanzen setzen zu lassen und zuzulassen, dass sie die Themen und Schwerpunkte ihrer Kritik selbst setzten.

Es gilt, deutlich zu machen: Der Satz „Kinder und Jugendliche sollen ernst genommen werden“ erwies sich erst einmal als eine Anforderung und Herausforderung an uns selbst als (Sozial)Forscherinnen. So gesehen ging es schon bei der methodischen Umsetzung unserer Studie um praktizierte Beteiligung.

Gesellschaftliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist nicht zuletzt eine Herausforderung für *Erwachsene*. Diese besteht auch darin, nicht immer schon zu wissen, *wie* man das macht: „Kinder und Jugendliche ernst zu nehmen“ – sondern sich immer wieder zu fragen, was es konkret bedeutet und was von einem gefordert ist, wenn man dem nachkommen will.

Das mag an und für sich für Praktikerinnen/Praktiker noch keine spektakuläre Erkenntnis sein, wengleich sie – zu Ende gedacht – doch häufig schon einiges an Widerstand zu erzeugen vermag.

## **2.2 Einander ernst nehmen – Praktische Bedeutungsdimensionen**

Interessanter wird es, wenn man noch einen Schritt weiter geht: Wo beginnt dieses „Ernstnehmen“ und wo hört es auf? Wo liegen die Grenzen des „Ernstnehmens“? Was heißt es praktisch – im Umgang zwischen Erwachsenen und Kindern bzw. Jugendlichen – einander ernst zu nehmen? Was heißt es insbesondere für die Kommunikations- und Interaktionsbeziehungen? Und: Einander ernst nehmen hat möglicherweise im Verhältnis zwischen Kindern und Jugendlichen auf der einen Seite und Erwachsenen auf der anderen gar keine *besondere* Bedeutung, die sich unterscheidet von derjenigen zwischen den Erwachsenen. Es sind die bekannten Fragen nach Gleichheit und Gleichberechtigung, nach Chancengleichheit und dem Recht, die eigene Lebenswelt mit zu gestalten, um die es geht.

Hier einige praktische Bedeutungsdimensionen, die „einander ernst nehmen“ im Kontext von gesellschaftlicher Beteiligung von Kindern und Jugendlichen annimmt:

- Kinder und Jugendliche ernst zu nehmen heißt: *Es muss bei Beteiligung/Partizipation tatsächlich immer um etwas gehen*; es müssen für die Kinder und Jugendlichen wirklich relevante Dinge auf der Tagesordnung stehen. Beteiligung darf sich nicht auf eine unverbindliche Spielwiese beschränken, wo nur etwas ausprobiert wird, ohne „Ernstcharakter“. Eine Kindertagesstättenleiterin wies im Rahmen eines Beteiligungsprojekts zur Außengestaltung der Kita darauf hin, dass es eben nicht ausreiche, den Kindern lediglich die Entscheidung zu überlassen, ob sie ein Klettergerüst lieber in grün oder orange möchten.

In einer Zukunftswerkstatt konnten die Kinder ihre Vorstellungen eines ihren Bedürfnissen entsprechenden Lebensumfeldes artikulieren, mit planen und mit umsetzen.

- Kinder und Jugendliche ernst zu nehmen heißt: *Es muss immer weitergehen!* Im Beteiligungsprozess müssen wirklich spürbare Fortschritte zu verzeichnen sein. Beteiligungsprozesse dürfen nicht durch strukturelle bürokratische und häufig langwierige Entscheidungsprozeduren versanden. Dieses „Weitergehen“ kann sich auf zwei Ebenen abspielen: Zum einen kann gemeint sein, dass ein laufendes Projekt in einem überschaubaren Zeitraum für die beteiligten Kinder und Jugendlichen erlebbare Ergebnisse erbringen muss. So sollten zum Beispiel im Kontext einer Schulhofumgestaltung durch kommunale Finanzierungslücken zwischen dem Abschluss der Planungsphase und dem Beginn der Umsetzungsphase nicht die Sommerferien liegen, weil in diesem Falle ein Teil der Schülerinnen/Schüler die Schule abgeschlossen und schon verlassen hätte. Zum anderen kann der Beteiligungsgedanke – ausgehend von einem zeitlich begrenzten Projekt – beispielsweise auf den Stadtteil bzw. auf die gesamte Stadt wirken und zur Ausbildung einer Beteiligungskultur beitragen. So geschehen im gerade angesprochenen Beispiel. Nachdem die Schulhofumgestaltung abgeschlossen war, scheiterten die Schülerinnen/Schüler daran, Beteiligungsmöglichkeiten innerhalb der Schule einzufordern. So engagierten sich beteiligungsinteressierte und -motivierte Schülerinnen/Schüler zunehmend in anderen Beteiligungsformen auf kommunaler Ebene und trugen damit letztlich auch zu einer Konsolidierung der Beteiligung bei.
- Kinder und Jugendliche ernst zu nehmen heißt: *für Selbstwirksamkeit zu sorgen.* Die Folgen der eigenen Entscheidungen müssen für die Beteiligten selbst erfahrbar und spürbar sein. Die Resultate der Beteiligungsprozesse, der eigenen Entscheidungen etc. müssen sich real auswirken in der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen, damit sie die Chance erhalten, sich als aktiv handelnde und relevante Personen zu erfahren. Kinder und Jugendliche müssen die Erfahrung machen können, dass sie etwas in ihrem Sinn verändern und bewegen können. Ein kommunales Mädchenprojekt in einer Großstadt macht eindrucksvoll deutlich, wie dies aussehen kann. Zunächst haben unterschiedliche Mädchengruppen unter Begleitung zweier Sozialpädagoginnen in einem Stadtteil, der als sozialer Brennpunkt gilt, einen Mädchenstadtplan erstellt. In diesem Zusammenhang erkundeten die Mädchen ihren Stadtteil mit Fotoapparaten und Videokameras und führten Interviews mit Passanten durch. In einer Mädchenkonferenz präsentierten sie den zuständigen kommunalen Entscheidungsträgern ihre Ergebnisse, machten auf Defizite und Missstände aufmerksam und forderten Abhilfe. Zwar konnten sie nicht alle ihre Forderungen durchsetzen, durchaus aber Teilerfolge verzeichnen, die sich bis heute real auf ihre Lebenswelt auswirken: Zusätzliche Straßenbeleuchtung wurde realisiert, Münztelefone blieben erhalten, Busverbindungen wurden verbessert.
- Kinder und Jugendliche ernst zu nehmen heißt: *Verantwortung zu teilen.* An die Adresse der Kinder und Jugendlichen gerichtet bedeutet das: Auch sie müssen lernen, mit den Folgen der eigenen Entscheidungen zu leben – und damit die möglichen Konsequenzen,

die sich aus den eigenen Entscheidungen und (Fehl)Einschätzungen ergeben, zu antizipieren und gegebenenfalls mit Enttäuschungen umzugehen. In einer Kommune stand die Einrichtung eines neuen Spielplatzes mit dem Anspruch an, ein möglichst breites Altersspektrum anzusprechen. Von Beginn an sollten Kinder und Jugendliche ihre Wünsche und Bedürfnisse einbringen und an der Planung beteiligt sein. Es kristallisierte sich bald heraus, dass eine Minderheit der Älteren ein bestimmtes Spielgerät präferierte, das ein Großteil des zur Verfügung stehenden Budgets verschlungen und die Interessen der Jüngeren in den Hintergrund gedrängt hätte. Zusammen mit den begleitenden Erwachsenen wurde der Interessenkonflikt diskutiert. Die Älteren sind dann nach Abwägung der Konsequenzen für die Jüngeren zu dem Entschluss gekommen, dass sie auf das teure Gerät zugunsten der gleichmäßigen Verteilung des Budgets und zur Wahrung der Interessen aller verzichten wollten. Doch was heißt das für die begleitenden Erwachsenen? Hätten sie gegebenenfalls eine aus ihrer Sicht suboptimale Entscheidung zugelassen?

- Kinder und Jugendliche ernst zu nehmen heißt: *Um der Sache selbst willen tätig werden.* Beteiligung nicht als Mittel zu einem Zweck einzusetzen, der womöglich nicht transparent gemacht wird, und Beteiligung nicht zu funktionalisieren, beispielsweise zur eigenen Imagepflege, zur Bekämpfung von Vandalismus etc. Das Problem hierbei ist, dass solche Funktionalisierungen von den beteiligten Kindern und Jugendlichen meist rasch durchschaut werden, sodass dann deren Interesse und Motivation für neue Projekte und Kontinuität bestehender Modelle nicht nachhaltig aufrechtzuerhalten ist. Eine Kommune in Baden-Württemberg hat über Jahre eine Beteiligungskultur mit unterschiedlichen Partizipationsformen aufgebaut und verschiedene Beteiligungsformen kombiniert, um eine Optimierung für Teilnahmemöglichkeiten für alle Kinder und Jugendlichen zu erreichen und für Kontinuität zu sorgen – und nicht etwa, um eine (inzwischen verliehene) Auszeichnung zur kinderfreundlichen Stadt als Imagepflege anzustreben.
- Kinder und Jugendliche ernst zu nehmen heißt: *Mut zum Risiko zu haben.* Bei den Erwachsenen muss die Bereitschaft vorhanden sein, Macht und Einfluss tatsächlich zu teilen, ein Stück der gewohnten Kompetenzen abzugeben und bewusst in Kauf zu nehmen, dass die Kinder und Jugendlichen möglicherweise zu Entscheidungen kommen, die man selbst als verantwortlicher Erwachsener anders getroffen hätte. In Beteiligungsprozessen können sowohl Erwachsene als auch Kinder und Jugendliche ihre Demokratiefähigkeit unter Beweis stellen. Ein Lehrer eines Hauptschulmodells betont, dass Lehrerinnen/Lehrer im Verlauf ihrer Berufsbiografie darauf getrimmt werden, die Klasse „im Griff“ zu haben. Er kritisiert damit die bislang vermittelten oder im eigenen Berufsleben entwickelten autoritären Leitbilder. Als Fazit hält er fest: Beteiligung bedeutet immer auch Risiko. Und ohne Mut zum Risiko ist sie nicht zu haben. Das Risiko nämlich, dass Entscheidungen nicht den eigenen Vorstellungen entsprechend ausfallen. Ernst gemeinte Partizipation muss also die Bereitschaft zur Verlagerung von Kompetenzen und Zuständigkeiten mit einschließen.

Demokratiefähig werden – eine solche (An)Forderung ergeht natürlich nicht nur an die beteiligten Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen als Individuen. *Demokratisierung im Zuge von Beteiligung* steht auch für die Institutionen und Organisationen, die Beteiligungsmodelle initiieren, an. Auch an die Institutionen ist die Forderung zu stellen, dass sie sich verändern müssen, und zwar strukturell verändern müssen, wenn Beteiligung auf Dauer gelingen soll. Kinder und Jugendliche im Kontext von Beteiligungsinitiativen ernst zu nehmen impliziert, dass auf die beteiligten Institutionen (Schulen, Kommunen, Verbände) ein enormer Veränderungsdruck ausgeübt wird. Es müssen sich neue, für die Beteiligten transparente Entscheidungsstrukturen ausbilden. Gleichfalls zeichnen sich auch neue Konfliktlinien zwischen den Beteiligten ab, mit denen umgegangen werden muss. Beteiligung hat also ihren Preis: Sie ist nicht „billig“ zu haben. Die Entscheidung, Beteiligungsmodelle einzuführen, wird immer Folgen haben – auch für die Situation und das Verhalten derjenigen, die ein solches Modell initiieren.

### **3. Wie lässt sich Beteiligung in die bestehenden Strukturen einbinden? Handlungsspielräume in Institutionen, Verbänden und Kommunen**

Von Claudia Zinser

Erwachsene sind aufgefordert, Mut zum Risiko zu zeigen, damit Kinder und Jugendliche Beteiligung als lebendig und wirksam erleben können. Zugleich ist festzuhalten, dass Erwachsene innerhalb ihrer Institutionen oder Kommunen in unterschiedliche Systeme eingebunden sind: Abteilungen, pädagogische Teams, Lehrerkollegien, Stadträte, Verbands- und andere Strukturen – natürlich auch die entsprechenden Gruppen- und Teamprozesse.

Ausgehend von diesen Strukturen stellt sich die Frage: Wie lässt sich Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in die existierenden Strukturen einbinden?

Dazu sollen drei verschiedene Themenbereiche beleuchtet werden:

- Teamprozesse und Transparenz
- Resistenz der Strukturen
- Struktur als Hemmfaktor?

#### **3.1 Teamprozesse und Transparenz**

Was passiert auf institutioneller Ebene, wenn Beteiligung anfängt? Eine Person oder eine Gruppe möchte etwas verändern. Vielleicht ein Lehrer, der die aufgeladene Atmosphäre an der Schule nicht mehr aushält, oder eine Gruppenleiterin im Jugendverband, die auf einer Fortbildung Anregungen erhalten hat, möglicherweise die Leiterin einer Kindertagesstätte, die sich

den direkten Austausch mit den Kindern wünscht oder ein Stadtrat, der sich ein neues Image für seine Stadt erhofft.

Diese Person begibt sich auf die Suche nach Verbündeten und stößt hier u.U. in den verschiedenen Hierarchieebenen auf die unterschiedlichsten Reaktionen: Begeisterung und Aktion, Skepsis und Abwehr, Ängste und Verzögerungsstrategien. Für die Art, wie die Reaktion ausfällt, ist häufig entscheidend, an welcher Stelle innerhalb der Struktur und damit auch der Hierarchie die Person sitzt, von der die Initiative ausgeht, und in welcher Position sich die Person befindet, die angesprochen wurde. Denn spezifische Konstellationen lösen spezifische Phantasien aus. Es werden – je nach Machtverhältnis und Beziehung – bestimmte Motive und damit auch Konsequenzen hinter einer Initiative vermutet.

Nehmen wir das Beispiel des Kollegiums eines Gymnasiums. Einige Lehrerinnen/Lehrer der Schule kommen im Rahmen einer Aktion zur Suchtprävention mit externer Begleitung zu dem Ergebnis, dass am Schulklima gearbeitet werden sollte – und zwar am besten gemeinsam mit den Schülerinnen/Schülern. Ein paritätisch besetztes Gremium – sechs Erwachsene und sechs Jugendliche – soll mit dieser Aufgabe betraut werden. Einige Lehrerinnen/Lehrer sind begeistert, weil sie sich Verbesserungen im Klima und eine neue Diskussionskultur erhoffen, andere sind eher skeptisch, da die Spielregeln und Machtbefugnisse des Gremiums noch nicht klar sind. Wie sieht es mit der Solidarität innerhalb der Lehrerschaft aus? Wird dieses Gremium von Kolleginnen/Kollegen dazu genutzt werden, sich bei den Schülerinnen/Schülern „einzuschmeicheln“? Wird das neue Gremium Entscheidungen des Lehrerkollegiums infrage stellen? Werden die Schülerinnen/Schüler weitergehende Mitspracherechte einfordern, die im Schulalltag zu Konflikten führen?

Wenn diese Ängste nicht ernst genommen werden, entstehen mit großer Wahrscheinlichkeit Blockaden. Abwehrmechanismen und Verzögerungstaktiken können die Folge sein.

Die engagierten Lehrerinnen/Lehrer unseres Modells reagierten nicht mit Polarisierung. Die Befürchtungen wurden respektiert. Der Angst vor dem Gremium wurde die Möglichkeit zur Mitarbeit auch für skeptische Kolleginnen/Kollegen entgegengesetzt. Das Gremium wurde somit nicht zum Feindbild stilisiert, sondern bot Gestaltungsspielräume – diese wurden auch genutzt. Das Zusammenwachsen der unterschiedlichen Kulturen von Erwachsenen und Jugendlichen, von progressiveren und konservativeren Fraktionen im Lehrerkollegium braucht jedoch Zeit.

Insgesamt benötigen Veränderungsprozesse, Abbau von Hierarchien und Machtabgabe immer Zeit und Geduld. Ängste und Widerstände müssen ernst genommen werden. Denn es ist lebenswichtig für Beteiligung, das Team in deren Entwicklung und Umsetzung einzubeziehen.

Als unser Forschungsteam das Gremium nach dreijähriger Arbeit bei einer Sitzung beobachten durfte, waren wir beeindruckt von der Selbstverständlichkeit, mit der ein Schüler die Sitzung moderierte, von der Ausgewogenheit der Redebeiträge zwischen Lehrerinnen/Lehrern und

Schülerinnen/Schülern und von den Koalitionen, die sich nicht an Gruppenzugehörigkeit, sondern an Themen und Argumenten orientierten. Diese neuen Koalitionen scheinen mittlerweile keine Ängste mehr auszulösen. Alten Vorurteilen über die jeweils andere Seite stehen jetzt konkrete und vielfach positive Erfahrungen gegenüber.

In einem anderen Fall ging die Initiative zu einem Gruppensprechermodell von der Leiterin einer Kindertagesstätte aus. Sie wünschte sich einen engeren Kontakt zu den Kindern und wollte wissen, was in den Gruppen gedacht und gewünscht wird. Jede Gruppe wurde beauftragt, einen Sprecher oder eine Sprecherin zu wählen. Diese sollen die Interessen ihrer Gruppe in den Sitzungen mit der Leiterin vertreten.

Die Interviews mit den Kindern ergaben, dass sie innerhalb ihrer Gruppen kaum strukturelle und pädagogische Unterstützung erhielten, wie z.B. feste Zeiten, um von den Ergebnissen der Sitzungen zu erzählen oder eine klärende Vorbereitung auf die Rolle als Sprecher oder Sprecherin. Um Missverständnissen vorzubeugen: Wir werten das nicht als „böse Absicht“ der Gruppenerzieherinnen. Wir sehen darin eher Anzeichen von

- ungenügender Vorbereitung auf dieses Beteiligungsmodell und Unkenntnis der pädagogischen Aufgaben, die Partizipation mit sich bringt, einerseits;
- Ängsten vor Veränderungen in den bestehenden (Macht)Strukturen, Hierarchien und Ressourcen andererseits.

Diese Ängste waren nicht unbegründet, denn die Befugnisse des Teams verschoben sich tatsächlich zum Teil in Richtung der Kinder. In den Gruppensprechersitzungen planten die Kinder zusammen mit der Leiterin der Einrichtung die Höhepunkte des Jahres und entwickelten Regeln für das Zusammenleben im Haus – und zwar ohne die Erzieherinnen.

Machtverschiebung und Machtabgabe ist ein elementarer Teil ernst gemeinter Partizipation. Im vorliegenden Fall jedoch wurde diese Machtverschiebung mit dem Team weder geklärt und noch abgestimmt. Das pädagogische Team einer Einrichtung, das grundsätzlich eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung von Beteiligung hat, wurde zu Beginn des Prozesses nicht gewonnen. Das Modell wurde quasi „von oben“ eingeführt. Rolle und Befugnisse der Gruppenleiterinnen wurden nicht geklärt. Es fehlte deutlich an Transparenz im Partizipationsprozess. Erst durch Partizipation in der „Erwachsenenstruktur“ – also zwischen Team und Leitungsebene, zwischen Gruppenleiterinnen/-leitern und Vorstand, zwischen Kollegium und Schulleitung – wird Raum für eine lebendige Beteiligungskultur mit Kindern und Jugendlichen geschaffen. Flache Hierarchien und kurze Dienstwege unterstützten diesen Prozess zusätzlich.

Somit sind für die Implementierung von Beteiligungsmodellen in die vorhandenen Strukturen folgende Aspekte entscheidend:

1. *Team und Leitung* müssen für Partizipation *gewonnen* werden, sonst werden Beteiligungsinitiativen „ausgehungert“.
2. *Transparenz* im Beteiligungsprozess ist die Grundvoraussetzung für erfolgreiche Partizipation. Das betrifft gleichermaßen Ziele, Methoden, Entscheidungswege und Befugnisse.

Wenn es gelingt, das Team oder das Kollegium einzubinden, wie z.B. an der von uns untersuchten Grundschule, wird es das Modell im Unterricht und in den Konferenzen mit tragen, z.B. durch Vorbereitung der Kinder auf das Amt der Klassensprecherin und so genannte Tandemseminare<sup>1</sup> für beteiligungsaktive Lehrerinnen/Lehrer und Schülerinnen/Schüler. Dadurch entwickelt sich insgesamt eine unterstützende Atmosphäre für die Beteiligung der Kinder.

Ein Vorteil dieser oben beschriebenen Schule ist die überschaubare Größe des Kollegiums von zwölf Personen. Ein Kriterium, auf das im Folgenden noch näher eingegangen wird.

### 3.2 Resistenz der Strukturen

Die Resistenz gegenüber Partizipation und Veränderung ist unterschiedlich ausgeprägt und hat natürlich zum einen etwas mit dem soeben ausgeführten Thema *Hierarchie* zu tun. Je steiler die Hierarchie in einer Organisation aufgebaut ist, umso starrer sind die Strukturen und umso schwerer lässt sich eine Beteiligungskultur in der gesamten Organisation entwickeln.

Zum anderen haben Starrheit und Resistenz auch etwas mit der *Größe und Komplexität* von Organisationen und Institutionen zu tun. Erwachsene wie Jugendliche machen die Erfahrung, dass sich in kleineren Organisationseinheiten (Zeltgruppe, Schulklasse, Jugendgruppe im Verband) ungleiche Machtverteilung und Hierarchien leichter aufbrechen lassen: Es können Experimente gewagt und ein gleichberechtigter Umgang miteinander geübt werden. Daraus entsteht eine eigene Beteiligungskultur, die auf dieser Ebene viel bewegen kann.

Doch werden die Grenzen der Gesamtorganisation schnell spürbar.

So zum Beispiel in einem großen Bundeskinderzeltlager mit 600 Kindern, die in Dörfern mit 40–60 Personen wohnten. Die Mitbestimmung innerhalb des Dorfes erfolgte bei den täglichen Vollversammlungen und wurde auch genutzt. Auch die Kooperation mit anderen Dörfern im Dorfzentrumsrat war immer wieder von Erfolg gekrönt. Von den Kindern gewünschte gemeinsame Aktionen oder Feste wurden nach ihren Vorstellungen durchgeführt.

Die Grenze der Mitbestimmung war jedoch erreicht, als ein Dorf nach einer Woche Zeltlager und akutem Schlafmangel einen „Ausschlaftag“ organisieren wollte, inklusive späterem

---

1 In diesen Seminaren erarbeiten Erwachsene und Kinder getrennt voneinander Themen und Kompetenzen rund um die Schülerbeteiligung. Dann werden die Ergebnisse intensiv ausgetauscht. Dabei wird häufig festgestellt, dass die beiden Welten doch nicht so weit auseinander liegen wie gedacht.

Frühstück. Jetzt kam das zentral für alle Gruppen sorgende Küchenteam ins Spiel, das sich aufgrund seines engen Zeitplans strikt gegen eine Veränderung des üblichen Ablaufs aussprach.

Interessant war: Den Kindern gelang in der Verhandlung durchaus der Perspektivenwechsel. Sie verstanden, dass es schwierig ist, 600 Personen mit Frühstück zu versorgen, das erforderliche Geschirr zu spülen und rechtzeitig das Mittagessen für alle fertig zu stellen. Trotzdem standen die Bedürfnisse der Kinder gegen die organisatorischen Notwendigkeiten des Küchenteams.

In diesem Fall konnte durch eine clevere Idee eine Einigung erzielt werden. Der Ausschlaftag kam zustande, weil das Frühstück von 2 Personen der Gruppe in dorfeigenes Geschirr umgefüllt wurde und somit der Spülzeitplan der Küche eingehalten werden konnte. Diese Lösung erforderte allerdings Durchhaltevermögen vonseiten der Kinder.

Resistenz steht aber auch in engem Zusammenhang mit *Themen- und Einflussbereichen*. Ein beliebtes Partizipationsprojekt ist die gemeinsame Gestaltung des Schulhofs und der Fassade. Die Vorteile liegen klar auf der Hand: Wesentlich höhere Identifikation mit dem Schulhof, kaum noch Vandalismus, eine freundlichere Atmosphäre, die auch gegen Gewalt wirkt, das Freisetzen von Kreativität und Produktivität bei den Schülerinnen/Schülern, neue Lernfelder und Lernformen und vieles mehr. Dagegen kann doch eigentlich niemand sein. Das Schulamt freut sich. Die Presse greift das Geschehen positiv auf. Das Image der Schule stimmt und den Beteiligten geht es gut.

Und plötzlich kommt die Idee: Warum sollte das nicht auch innerhalb der Schule funktionieren?

Innovative Lernformen, mitgestaltete Klassenzimmer, neue Konfliktlösungsstrategien, Mitsprache beim Curriculum und bei der Notengebung.

Und ganz schnell wird die Grenze der Partizipation deutlich. Häufig hört sie bereits am Eingang der Schule auf. Und dies, obwohl gute Modelle bestätigen, dass Mitbestimmung auf den unterschiedlichsten Ebenen der Schule funktioniert und den Schulalltag bereichert.

Umso dringlicher ist es, dass insbesondere Entscheidungsträgerinnen/-träger sich mit der Machtfrage auseinandersetzen, denn:

- Erst gemeinte Partizipation kann nur stattfinden, wenn scheinbar feste strukturelle und organisatorische *Grenzen und Regeln überdacht* werden und die Bereitschaft vorhanden ist, *(Entscheidungs-)Macht zu teilen*.

Festgefahrene, starre Strukturen wirken sich häufig hemmend aus und verhindern Durchlässigkeit und Transparenz. Somit liegt der Schluss nahe: Struktur an sich ist etwas Schlechtes.

### 3.3 Struktur als Hemmfaktor?

Das Fragezeichen ist bewusst gesetzt. Zwar können Strukturen verknöchert, hinderlich und sinnlos sein – sie haben aber nicht ausschließlich diesen Effekt.

Betrachten wir beispielsweise den kommunalen Raum. In diesem Gewirr an Institutionen, Gremien und Zuständigkeiten ist es für ein Jugendparlament schwer, Fuß zu fassen und Bestand zu haben. Die politischen Mehrheiten ändern sich, Unterstützerinnen/Unterstützer wechseln die Arbeitsstelle oder den Wohnort – und plötzlich ist alles anders. Ohne eine Absicherung des Gremiums, z.B. in der Hauptsatzung der Kommune und in der Gemeindeordnung des Landes, sind die Jugendlichen vom „good-will“ einzelner engagierter Erwachsener abhängig.

Vor diesem Hintergrund steht die auf den ersten Blick vielleicht überraschende Aussage:

- Struktur schafft auch *Unabhängigkeit*, denn Struktur bietet *Absicherung*.

Struktur kann sich darüber hinaus partizipationsfördernd auswirken, denn:

- Die bewusste Implementierung partizipativer Strukturen schließt *Machtbefugnisse* für Kinder und Jugendliche mit ein. Damit wird die Teilung von Macht verbindlich.

Erfolgreiche Beteiligung speist sich somit entscheidend aus zwei Polen:

Sie benötigt einerseits *Rechte und Strukturen* in Form von politischer und institutioneller Absicherung und Förderung, andererseits ist *Flexibilität im Denken und Handeln aller Beteiligten* – insbesondere der Erwachsenen in Entscheidungspositionen – unabdingbar. Das regelmäßige Infragestellen von strukturellen Rahmenbedingungen durch Kinder und Jugendliche wirkt Verkrustungen entgegen und ermöglicht Innovationen, die das gesellschaftliche Zusammenleben verbessern.

## 4. Was ist den Kindern und Jugendlichen in Beteiligungsmodellen wichtig?

Von Ursula Winklhofer

In der Vorbereitung auf diesen Vortrag fragte ich eine Freundin: „Wir haben Beteiligungsmodelle untersucht, wir haben Kinder und Jugendliche interviewt, wenn du dazu einen Vortrag hören würdest, was würde dich interessieren?“ Sie meinte nach kurzer Überlegung: „Ich möchte wissen, was haben die Kinder und Jugendlichen gewollt, wie kompromissbereit waren die Erwachsenen, und was ist schließlich dabei herausgekommen.“

Wenn man sich als Außenstehende der Thematik annähert, so ist dies eine nahe liegende Perspektive: Kinder und Jugendliche werden zum Mitreden aufgefordert, also: Was wollen sie? Waren die Erwachsenen bereit, darauf einzugehen? Und schließlich: Welches *Ergebnis* liegt am

Ende des Beteiligungsprozesses vor? Dies impliziert auch die Annahme: Wenn ein bestimmtes Ergebnis vorliegt, war der Beteiligungsprozess *erfolgreich*.

Wir haben festgestellt: Für die Kinder und Jugendlichen ist das Ergebnis nicht die einzig entscheidende Perspektive. Natürlich ist das Ergebnis wichtig, und oft haben scheinbar kleine Kompromisse große Bedeutung. So gab es z.B. in einem unserer Modelle, einem großen Zeltlager für Kinder im Alter von 7 bis 13 Jahren, intensive Aushandlungsprozesse über die Öffnungszeiten der Disco für die verschiedenen Altersgruppen. Es war ein wichtiger Erfolg für die Jüngeren, dass sie zu Beginn eine Stunde alleine in der Disco sein durften, auch wenn sie eine Verlängerung ihrer Tanzzeit in den späteren Abend nicht erreichen konnten.

Es fällt jedoch auf, dass es für die Kinder und Jugendlichen *nicht nur* um das Ergebnis, sondern gerade auch darum geht, was sie *im Verlauf des gesamten Beteiligungsprozesses erleben*: Haben sie in der Gruppe mit den anderen Spaß? Wie funktioniert das Zusammenspiel mit den Gleichaltrigen? Welche Konflikte gibt es dabei? Wie gestalten sich die Beziehungen zu den Erwachsenen? Wie kann sich jede Person mit ihren Fähigkeiten in den Prozess einbringen?

Die Erlebniswelt der Kinder und Jugendlichen in den Modellen umfasst ein breites Themenspektrum und gestaltet sich in den verschiedenen Bereichen jeweils unterschiedlich. Je nach Alter, Geschlecht, nationaler Herkunft und Bildungsstand finden sich Differenzierungen und unterschiedliches Erleben. Insgesamt lassen sich drei Bereiche unterscheiden, die die Kinder und Jugendlichen beschäftigen. Zum einen sind die Kinder und Jugendlichen mit ihrer *persönlichen Entwicklung* beschäftigt – darauf bezieht sich das Thema „Kompetenz erleben“. Sie machen zum anderen *Erfahrungen mit den Peers*, indem sie beispielsweise neue Rollen in der Peergroup einnehmen und damit auch neue Herausforderungen verbunden sind. Zum dritten erleben sie *Veränderungen in den Beziehungen zu den Erwachsenen*, dazu gehört für viele die neue Erfahrung, die eigenen Interessen in der erwachsenen Öffentlichkeit zu vertreten.

## 4.1 Kompetenz erleben

Die Mitwirkung an einem Beteiligungsmodell führt viele Kinder und Jugendliche in *neue Situationen*. Sie sitzen das erste Mal in einem Kinderparlament, erhalten erstmals die Möglichkeit, als Delegierte eine Gruppe zu vertreten, sie können in einer Schulfirma aktiv sein. Sie stehen damit oft vor *neuen Aufgaben* wie die eigene Meinung äußern oder die Interessen einer Gruppe vertreten, Standpunkte in der Peergroup aushandeln und mit Erwachsenen ihre Wünsche und Forderungen verhandeln.

Dazu ein Beispiel aus einem unserer Modelle:

Lena, 13 Jahre alt, ist Klassensprecherin an der Realschule und gehört als Siebtklässlerin zu den Jüngsten. Sie vertritt ihre Klasse im Schülerrat. Am Anfang war sie sehr schüchtern und hatte

ziemlich Mühe, vor den Großen in der Schülerratssitzung etwas zu sagen – die haben ja viel mehr Ahnung, und der Direktor wendet sich auch erst mal an die Großen. Diese Herausforderung hat sie sehr beschäftigt: Wie kann ich in diesem Gremium Fuß fassen und wie finde ich den Mut, die Meinung meiner Klasse zu vertreten. Lena bekam Unterstützung, und zwar zum einen von den Achtklässlern, die die Schwierigkeiten als Jüngste in dem Gremium noch kannten und hilfreiche Tipps und Erklärungen gaben. Zum anderen konnte sie mit ihrer Mutter darüber sprechen, die sie bestärkt hatte, sich auch in diesem Gremium zu äußern. Gleichzeitig wird ihr der ganze Rahmen vertrauter, sie kann den Direktor mit anderen Augen sehen, gewinnt mehr Vertrauen, und kommt zu dem Schluss: „Aber jetzt geht es schon, jetzt sag ich schon mal öfter was.“

Dieses Beispiel beleuchtet einen Prozess, der für viele Kinder und Jugendliche in Beteiligungsmodellen abläuft: Sie stehen vor neuen Herausforderungen und wollen diese auch meistern. Wie sehr sie dabei ihre Kompetenz entfalten, etwas dazu lernen und sich persönlich weiterentwickeln können, ist bedingt durch das Zusammenspiel von drei Faktoren:

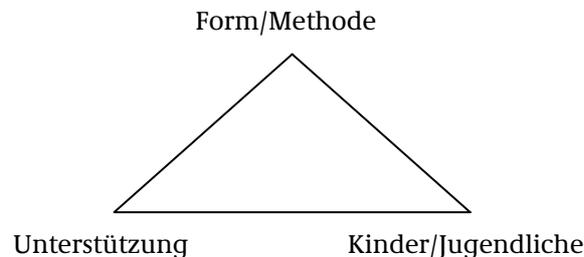


Abbildung 1: Relevante Faktoren für die Kompetenzentfaltung

### *Form und Methode des Modells*

Welche Handlungsmöglichkeiten bietet das Modell an und welche Fähigkeiten werden dafür verlangt?

Die Anforderungen im Schülerrat sind typisch für viele Beteiligungssituationen, in denen es darum geht, als Stellvertreterin/Stellvertreter die Position einer Gruppe in einem Gremium zu vertreten. Neben der Aufgabe, die Meinungen der Gruppe in ihren Grundzügen zu erkennen und zusammenzufassen, sollte es gelingen, sich in den Diskussionsprozess des Gremiums einzubringen, die Interessen der Gruppe zu vertreten, sich sowohl mit den anderen Klassensprecherinnen/-sprechern als auch mit dem Direktor zu verständigen bzw. Kontroversen auszuhandeln. Hinzu kommt, dass es in altersgemischten Gruppen für die Jüngeren oft schwierig ist, sich gegenüber den Älteren zu behaupten.

### *Auf welche Voraussetzungen trifft dies bei den Kindern und Jugendlichen?*

Lena hat keine Probleme, in der Klasse ihre Meinung zu äußern, tut sich aber schwer in diesem neuen Kontext. Hier sind ihr der Rahmen, die Themen, das Beziehungsgefüge zwischen Direk-

tor und Schülervertreterinnen/-vertretern noch unbekannt und unvertraut. Sie hat noch keine Sicherheit im Umgang mit dem Direktor gefunden und muss sich gegen die Älteren behaupten. Sie besitzt jedoch die Energie, sich durch diese Schwierigkeiten durchzukämpfen, verfügt über Zielstrebigkeit und Durchhaltevermögen, um ihren Platz in diesem Gremium zu finden.

### *Wie viel Unterstützung erhalten die Kinder und Jugendlichen?*

In unserem Beispiel ist für Lena die Unterstützung durch die Peers besonders hilfreich, da diese auch ganz praktische Hilfestellung in der konkreten Situation geben. Die Gespräche mit ihrer Mutter bestärken sie in ihrem Durchhaltevermögen und unterstützen ihr Selbstbewusstsein. Die Erwachsenen im Modell, also die Lehrkräfte oder der Direktor, werden in diesem Zusammenhang nicht thematisiert, haben also offensichtlich nicht unterstützend eingegriffen.

Das Ausmaß, in dem sich die Kinder und Jugendlichen in den Beteiligungsmodellen als kompetent erleben können, wird durch diese drei Faktoren bestimmt, die wechselseitig voneinander abhängen. Wenn die Anforderungen des Modells sehr anspruchsvoll sind, müssen entweder die Kinder und Jugendlichen ein hohes Maß an Fähigkeiten mitbringen oder aber besonders intensiv unterstützt werden. Geht man von den Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen aus und stimmt Form und Methoden des Modells darauf ab, so wird sich das Ausmaß an Unterstützung reduzieren lassen. Das Beteiligungsmodell sollte Kinder und Jugendliche weder überfordern – das führt zur Erfahrung von Nicht-Kompetenz und zur Resignation – noch unterfordern, dies birgt die Gefahr von Desinteresse und Langeweile.

Eine positive Erfahrung mit dem Beteiligungsangebot hängt wesentlich damit zusammen, ob die Kinder und Jugendlichen bei ihren Fähigkeiten ansetzen und diese erweitern können. Konnten sie durch das Angebot Neues lernen, das eigene Selbstbild erweitern und Selbstbewusstsein entfalten?

Wenn dies erfolgreich gelingt, entsteht Begeisterung und Engagement. In einem Modell an der Hauptschule hat man Schülerfirmen gegründet, die weitgehend von den Schülerinnen/Schülern selbst geführt werden. Angesetzt wird hier bei ihren handwerklichen Fähigkeiten, z.B. in der Fahrradwerkstatt oder in der eigenen Druckerei.

Yasemin, 15 Jahre, und Rocco, 12 Jahre, leiten die Schülerfirmen „McCater“, ein Partyservice, und „Der Grüne Daumen“, die Gärtnerei. Sie beschreiben beide sehr begeistert, dass sowohl die Arbeit als solche als auch die Teamarbeit Spaß machen. Als Chefin/Chef müssen sie jedoch auch darauf achten, ihr Team zusammenzuhalten, damit ein Produkt rechtzeitig fertig wird. Zu ihren Aufgaben gehört auch Organisation wie z.B. die Abwicklung der Bestellungen. Sie genießen schulinterne Privilegien wie einen Ausweis, der dazu berechtigt, Telefon, Fax und den Kopierraum zu benutzen.

Bei diesem Modell ist es gelungen, bei den vorhandenen Fähigkeiten und Interessen der Kinder und Jugendlichen anzusetzen und gleichzeitig neue Herausforderungen durch neue Aufgaben und mehr Verantwortung anzubieten. Diese neue Tätigkeit verändert für Yasemin und Rocco ihre Haltung zur Schule grundlegend: Während diese früher eher langweilig war, ist sie jetzt zu einem zentralen Lebensraum geworden. Yasemin berichtet aus einem Gespräch mit ihrer Cousine:

„ZUM BEISPIEL FRAGE ICH MEINE COUSINE, DIE IST AN EINER ANDEREN HAUPTSCHULE: ‚UND, WAS MACHT IHR IN DER SCHULE SO?‘ SIE: ‚GAR NICHTS.‘ ICH: ‚WIE, GAR NICHTS, HABT IHR KEINE SCHÜLERFIRMA ODER SO?‘ SIE: ‚NEIN, ES IST LANGWEILIG.‘ – IN DER GRUNDSCHULE WAR MIR GENAUSO LANGWEILIG, NUR NOCH IN DIE SCHULE, LERNEN, HAUSAUFGABEN, UND DAS WAR ´S. ABER HIER UNTERNEHMEN WIR WENIGSTENS WAS, NACHMITTAGS, MAN KOMMT IMMER SO GERN IN DIE SCHULE – ICH KOMME GERN IN DIE SCHULE, UND FRÜHER BIN ICH NIE SO GERNE GEGANGEN. ICH FINDE DIE SCHULE ECHT COOL.“

Kinder und Jugendliche erleben also den Beteiligungsprozess als befriedigend, wenn sie *neue Erfahrungen machen*, ihr *Handlungsspektrum erweitern* und dabei *Kompetenzen entfalten* können.

## 4.2 Neue Rollen stellen neue Herausforderungen

Es ist ein Charakteristikum von Beteiligungsmodellen, dass sie oft neue Rollen anbieten: Vertretungsrollen wie Gruppensprecherinnen oder Klassensprecher, Delegierte, die in einem Jugendparlament ihre Schulen oder Jugendzentren vertreten, Sprecher in einem Jugendrat oder Chef einer Schulfirma.

Dabei lassen sich drei Dinge feststellen:

- Kinder und Jugendliche sind oft stark mit der Frage beschäftigt, wie sie diese Rolle ausfüllen können und sollen.
- Die mit diesen Rollen verbundenen Aufgaben sind oft unzureichend geklärt.
- Im Zusammenspiel mit den Peers bergen diese Positionen einiges an Konfliktpotenzial.

Punkt zwei und drei sollen hier etwas näher ausgeführt werden.

Eine klassische Vertretungsrolle ist die Rolle der Klassensprecherinnen/Klassensprecher. Es war überraschend, welche unterschiedlichen Auffassungen von dieser Rolle bestehen: Einmal ist es die Wahl der Schönheitskönigin oder des Sportcracks, andere sehen Klassensprecherinnen/Klassensprecher als Konfliktmanagerinnen/-manager und Ansprechpartnerinnen/-partner für die Problemfälle der Klasse. Es kommt vor, dass die Klasse den unbeliebtesten Schüler wählt, um ihn zu ärgern, weil der Job des Klassensprechers als vollkommen unattraktiv eingeschätzt wird

(Tafel putzen, störende Schüler aufschreiben etc.). In vielen Schulen ist es offenbar nicht üblich, die Aufgaben dieser Rolle gemeinsam zu definieren.

Je jünger die Kinder sind, umso eher ist aufseiten der Pädagoginnen/Pädagogen das Bewusstsein vorhanden, dass die Kinder in eine solche Rolle eingeführt werden müssen. Wir konnten jedoch feststellen, dass sich auch ältere Jugendliche mit den unterschiedlichen Erwartungen an diese Positionen nicht leicht tun.

Zu den Erwartungen an die Kinder und Jugendlichen gehört z.B.:

- Vorbild zu sein und nicht mehr so viel „Quatsch“ machen zu dürfen wie die anderen;
- Streit und Konflikte zu klären;
- mit einem Informationsvorsprung umzugehen, ohne die Neuigkeiten oder Interna an die besten Freunde zu verraten.

Gemeinsames Thema dieser Konflikte sind die Ambivalenzen zwischen dem Wunsch nach Zugehörigkeit zu den Peers in der Klasse oder Gruppe auf gleicher Ebene und den Anforderungen, die die Sprecherrolle mit sich bringt. Die Rolle fordert von den Kindern und Jugendlichen, ein Stück erwachsener und vernünftiger zu sein und teilweise in eine Vermittlerrolle einzutreten, einerseits zwischen den Gleichaltrigen, andererseits auch zwischen den Peers und den Erwachsenen. Sie können in dieser Position nicht nur die Sichtweisen ihrer Peergroup einnehmen, sondern müssen sich auch verstärkt mit den Perspektiven der Erwachsenen auseinandersetzen.

In kommunalen Gremien wie Jugendräten geht es oft um die Befugnisse von bestimmten Rollen, also um Fragen wie z.B.

- Was dürfen die Sprecherinnen selbstständig entscheiden?
- Wie viel darf der Pressesprecher ohne Rücksprache an die Öffentlichkeit geben?
- Welche Entscheidungen trifft der gesamte Jugendrat, wie unabhängig agieren die Projektgruppen?

An solchen Unklarheiten können sich heftige Konflikte entzünden, die einiges Frustrationspotenzial in sich bergen, gerade wenn besonders engagierte Jugendliche plötzlich heftiger Kritik vonseiten der Peers gegenüberstehen.

Angesichts der Herausforderung durch neue Rollen ist es wichtig, dass die Aufgaben und Befugnisse von Delegiertenrollen, Sprecherrollen u.Ä. geklärt werden. Hilfreich im Umgang mit diesen Rollen ist sowohl aufseiten der Kinder und Jugendlichen als auch aufseiten der Erwachsenen ein Bewusstsein von möglichen Ambivalenzen und Konflikten. Dazu gehört auch, dass Raum für Klärungsprozesse zur Verfügung gestellt wird. Unterstützung für die Kinder und Ju-

gendlichen bieten Fortbildungsangebote, wie sie teilweise für den Bereich der Schule und der Kommune angeboten werden.

### 4.3 Die eigenen Interessen in der erwachsenen Öffentlichkeit vertreten

Kinder und Jugendliche machen zwar heute durchaus die Erfahrung, von ihren Eltern oder nahen erwachsenen Bezugspersonen mit ihrer Meinung angehört zu werden; sich mit ihren Interessen in der erwachsenen Öffentlichkeit darstellen zu können, ist jedoch für viele eine neue und beeindruckende Erfahrung. Dies trifft auf ganz unterschiedliche Kontexte zu: Sei es nun die aktive Teilnahme an der Gesamtkonferenz mit allen Lehrkräften in der Schule, das öffentliche Gespräch mit dem Bürgermeister oder die Präsentation der Ideen vor der Stadtteilkonferenz.

Ruth, 10 Jahre alt, zu ihren Erfahrungen vor der Gesamtkonferenz in der Grundschule:

„... DAS WAR EIGENTLICH TOTAL SCHÖN FÜR MICH, DASS DA ERWACHSENE RICHTIG ZUHÖREN, DAS IST JA WAS, FINDE ICH, WAS GANZ BESONDERES. ES HÖREN ZWAR ALLE ZU, MEINE MAMA UND PAPA AUCH, SO IST DAS NICHT – ABER DASS DIE DANN ALLE SO AUF MICH GUCKEN, DAS WAR FÜR MICH WAS GANZ TOLLES.“

Es hat also eine deutlich andere Qualität, ob dieses Angehörtwerden durch die Eltern passiert, oder ob Kinder und Jugendliche mit ihrer Meinung in der Öffentlichkeit oder in offiziellen Kontexten präsent sind.

In einem unserer Modellprojekte hat eine Gruppe von Mädchen ihren Stadtteil erkundet und einen Mädchenstadtplan erstellt. Anschließend präsentierten sie ihre Forderungen auf einer Stadtteilkonferenz mit Vertreterinnen/Vertretern aus Politik und Verwaltung. Die Mädchen hatten sich intensiv darauf vorbereitet, in Rollenspielen die Darstellung ihrer Anliegen geübt und haben die Veranstaltung als sehr erfolgreich erlebt.

Marina, 15 Jahre, über ihre Erfahrungen auf der Mädchenkonferenz:

„SIE HABEN ZUGEHÖRT, KLAR. UND SIE MUSSTEN DAS, WEIL WIR WAREN JA NICHT NUR MÄDCHEN, DA WAREN VIELE – ALSO Z.B. UNSERE BERATERINNEN WAREN DA, DIE BETREUER – SIE MUSSTEN DAS EINFACH MACHEN, SIE KONNTEN SICH GAR NICHT ZURÜCKZIEHEN. WIR HABEN NICHT NACHGEGEBEN, WIR SIND RICHTIG SO DRAUFGEANGEN, JA, WIR WOLLEN DAS. UND DAS WAR ´S. UND SIE HABEN GESEHEN, DA SITZEN ALSO 20, 30, 40 BÖSE MÄDELS, UND SIE GEHEN DA DRAUF. ICH SASS JA DA AUCH NICHT ALLEIN, SONDERN MIT MEHREREN. UND SIE HABEN DAS BESTIMMT GESPÜRT, DIESEN DRUCK.“

Die Mädchen hatten Ziele und wollten diese auch erreichen. Es fiel jedoch auf, dass in den Interviews die Erfolge teilweise überschätzt wurden. Dies kann gerade im kommunalen Bereich geschehen. Hier ist es besonders eindrucksvoll für die Kinder und Jugendlichen, vom Bürger-

meister angehört zu werden oder sogar in den lokalen Medien zu erscheinen. Die Kinder und Jugendlichen sehen dies zu Recht als einen ersten Erfolg. In den erwachsenen Strukturen plötzlich einen Platz zu haben, die persönliche Aufwertung durch regelmäßige Sitzungen mit kommunalen Funktionsträgern, diese neue Erfahrung kann eine betörende Wirkung entfalten, so dass die kritische Prüfung dessen, was wirklich erreicht und beeinflusst wird, zumindest eine Zeit lang unterbleibt. Vonseiten der Erwachsenen besteht die Gefahr, dass sie ihren Beteiligungsanspruch erfüllt sehen, indem sie die Teilhabe an den Strukturen anbieten, de facto ihre Entscheidungen jedoch kaum beeinflussen lassen. Längerfristig gesehen wird Beteiligung von den Kindern und Jugendlichen allerdings auch an ihren konkreten Ergebnissen gemessen; wenn Kinder und Jugendliche einmal zu der Erkenntnis gekommen sind, dass sie in ihren Forderungen nicht ernst genommen werden, kann dies zu einer nachhaltig frustrierten und ablehnenden Haltung gegenüber politischer Partizipation führen.

Insgesamt zeigte sich in unserer Studie, dass neben den Ergebnissen eines Beteiligungsangebots auch die Qualität der Prozesse eine entscheidende Rolle spielt. Für Kinder und Jugendliche kommt es auch ganz entscheidend darauf an, was sie während des gesamten Beteiligungsprozesses erleben. Sie wollen sich als kompetent erfahren, sind herausgefordert durch neue Rollen und genießen die Erfahrung, in der erwachsenen Öffentlichkeit präsent zu sein. Für die Erwachsenen stellt sich die Aufgabe, sowohl für eine Ergebnisorientierung der Beteiligungsverfahren zu sorgen, als auch die verschiedenen Facetten des Beteiligungsprozesses kompetent zu begleiten.

#### Literatur

BRUNER, C.F./WINKLHOFER, U./ZINSER, C. (1999): Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune. Ergebnisse einer bundesweiten Erhebung. Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), München

BRUNER, C.F./WINKLHOFER, U./ZINSER, C. (2001): Partizipation – ein Kinderspiel? Beteiligungsmodelle in Kindertagesstätten, Schulen, Kommunen und Verbänden. Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Berlin

Rüdiger Hansen

*Arbeitsgruppe 1*

**BETEILIGUNG IN DER KINDERTAGESSTÄTTE**

Beteiligung in Kindertagesstätten – da schließe ich mich Friedrich Schorlemmer an – ist in der Breite gesehen eine Utopie und keineswegs gesellschaftliche Wirklichkeit. Trotzdem gibt es zahlreiche praktische Ansätze und theoretische Erkenntnisse, die Wege weisen, diese Utopie zu konkretisieren.

Bevor Sie nun die Lektüre fortsetzen, möchte ich Sie bitten, sich einen Augenblick zu besinnen, um die nachfolgenden Aussagen aus dem Kindertagesstätten-Alltag zu bewerten. Ich werde auf diese Aussagen zurückkommen, wenn ich im Anschluss sechs Thesen zur Beteiligung in Kindertagesstätten vorstelle.

		stimme eher zu	eher nicht zu
<b>A</b>	Die Kinder müssen in der Kindertagesstätte Hausschuhe tragen, weil sie sonst kalte Füße bekommen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>B</b>	In der Kindertagesstätte sollten Kinder ihre Streitigkeiten allein regeln können	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>C</b>	Es ist nicht zu verantworten, dass drei- bis sechsjährige Kinder das Gelände der Kindertagesstätte ohne Begleitung Erwachsener verlassen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>D</b>	In welche Gruppe ein neues Kind aufgenommen wird, müssen schon die Erwachsenen entscheiden	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>E</b>	Beteiligung in der Kindertagesstätte muss sich in den alltäglichen Beziehungen abspielen – Kinderparlamente u. ä. sind nur pseudodemokratische Experimente	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>F</b>	Die meisten Eltern verfügen nicht über ausreichende pädagogische Kenntnisse, um bei konzeptionellen Fragen der Einrichtung mitzureden	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>G</b>	Die Kindertagesstätten-Leitung kann nicht jede Entscheidung im Team diskutieren – da wird sie ja handlungsunfähig	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>H</b>	Kinder sind nicht in der Lage, mit Architekten über die Gestaltung ihrer Kindertagesstätte zu verhandeln	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

## **These 1**

### **Partizipation in Kindertagesstätten ist Bestandteil der Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern, findet also im alltäglichen Umgang statt – oder nicht.**

In dieser These spiegelt sich der aktuelle Diskurs des Themas. Für Christa Preissing (2000) beispielsweise bedeutet Beteiligung in der Kindertagesstätte die „Entwicklung einer Streitkultur“ (a.a.O., S. 82). Daran knüpft sich die Frage, welche individuellen Kompetenzen – die vielleicht als *demokratische Kompetenzen* zu bezeichnen wären – benötigt werden, um sich konstruktiv streiten zu können.

Preissing nennt folgende „Grundqualifikationen für ein demokratisches interaktives Handeln“ (a.a.O., S. 84ff.): Selbstpräsentation und Empathie (also die Kompetenzen, die eigenen Interessen wahrzunehmen und zu vertreten, sowie sich in andere hineinzusetzen) und Frustrationstoleranz und Ambiguitätstoleranz (also die Fähigkeiten, Misserfolge, Niederlagen hinnehmen, sowie Verschiedenheiten aushalten zu können).

Das sind Kompetenzen, deren Erwerb aus biographischer Sicht sehr früh beginnt, und zwar durch das Erfahren und Erleben dieser Fähigkeiten. Insbesondere Empathie lernen wir, indem sie uns entgegengebracht wird – oder eben nicht (vgl. Ernst 2001). In diesem Sinne könnte Beteiligung gleichbedeutend damit sein, Kinder ernst zu nehmen.

Das mag banal klingen. Aber überprüfen Sie sich selbst: Wenn Sie eine Mutter und ihr Kind treffen – auf der Straße oder wenn sie morgens die Kindertagesstätte betreten – wen begrüßen Sie in der Regel mit welcher Aufmerksamkeit?

Und weiter: Sprechen Sie mit Kindern wie mit vernunftbegabten Wesen oder pflegen Sie eher einen kindertümelnden Sprachstil, den Sie anderen Erwachsenen gegenüber nicht verwenden? Der dänische Familientherapeut Jesper Juul (1997) empfiehlt ein Experiment, um „mit diesem [besserwischerischen, herablassenden, sich einmischenden] Sprachgebrauch aufzuräumen: Wenn ich diesen Konflikt mit meiner besten erwachsenen Freundin oder meinem besten erwachsenen Freund hätte, wie würde ich mich ihr oder ihm gegenüber ausdrücken?“ (a.a.O., S. 244).

*In einer multikulturellen Kindergruppe gibt es einen Fahrdienst, um einigen Kindern den Besuch der Einrichtung zu ermöglichen. Der Berufsanfänger Rüdiger H. bereitet gerade den Kleinbus der Einrichtung für die bevorstehende Rückfahrt vor, als ihn die fünfjährige Palästinenserin Rehab, die üblicherweise nicht zu den Fahrkindern gehört, fragt, ob sie an diesem Tag ihren türkischen Freund auf dem Heimweg begleiten dürfe. Herr H. verspürt wenig Lust, sie mitzunehmen, da die beiden schon den ganzen Vormittag für Unruhe in der Gruppe gesorgt haben. Unkonzentriert merkt er an, dass alle Plätze gebraucht würden. Rehab hat unterdessen neben ihrem Freund auf der hinteren Bank Platz genommen. Beine schlenkernd verweist sie darauf, dass eines der Fahrkinder krank sei. Auch dass vielleicht während der Fahrtzeit ihre Eltern erscheinen könnten, um sie abzuholen, widerlegt sie lächelnd mit dem Hinweis auf deren Arbeitszeiten. In Herrn H. beginnt sich Unmut zu regen. Er ist nahe daran, das Gespräch mit der energischen Aufforderung zu beenden, das Mädchen möge doch endlich begreifen, dass es nicht möglich sei, sie mitzunehmen.*

*Stattdessen holt er tief Luft, wendet sich dem Mädchen zu und erläutert ihr den eigentlichen Grund für seine ablehnende Haltung, woraufhin sie – sehr ernsthaft – Verständnis für seine Befürchtungen äußert und nach kurzer Rücksprache mit ihrem Freund verspricht, während der Fahrt „ganz ruhig“ zu sein. Herr H. willigt – nicht ohne Bedenken – ein und wird es nicht bereuen.*

Kinder in derartigen Situationen als gleichwertige, „eigen-sinnige“ Partner anzusehen, ihnen ehrlich, authentisch, ohne (pädagogisch begründete) Hintergedanken entgegenzutreten, ist nicht leicht. Zu sehr sind wir es gewohnt, für sie denken und ihnen Verantwortung abnehmen zu wollen, die sie besser selber tragen können. Betrachten wir in diesem Zusammenhang die Aussagen A und B der kleinen Befragung vom Beginn dieses Artikels:

*A Die Kinder müssen in der Kindertagesstätte Hausschuhe tragen, weil sie sonst kalte Füße bekommen.*

*B In der Kindertagesstätte sollten Kinder ihre Streitigkeiten allein regeln können.*

In Fortbildungen mit Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern aus Kindertageseinrichtungen finden beide Aussagen in der Regel ein hohes Maß an Zustimmung. Diese fällt üblicherweise am deutlichsten aus für den Satz A.

Dazu noch einmal Jesper Juul: Er unterscheidet zwischen der *persönlichen* und der *sozialen* Verantwortung der Kinder. In den Bereich ihrer persönlichen Verantwortung zählt er von Anfang an die Bedürfnisse (Hunger, Durst, Schlaf, Nähe ...), die Gefühle (Freude, Zorn, Trauer, Schmerz ...) und die Sinne (Geschmack, Geruch, Kälteempfinden ...) (a.a.O., S. 136ff).

Unzweifelhaft erscheint mir, dass Kinder früher darüber entscheiden können, ob sie kalte Füße haben, als dass sie in der Lage sind, einen Streit konstruktiv auszutragen. Letzteres fällt in den von Juul benannten Bereich sozialer Verantwortung und fordert, wie erwähnt, Kompetenzen, die erst erworben werden müssen. Dazu jedoch brauchen Kinder die Hilfe Erwachsener. Uns ob-

liegt die Verantwortung, ihnen gute Vorbilder zu sein – im Streit untereinander oder mit den Kindern. Uns obliegt aber auch die Verantwortung, den Kindern dabei behilflich zu sein, ihre Streitigkeiten konstruktiv zu lösen. Das bedeutet nicht, dass wir in die Rolle der Richterin schlüpfen und ihnen die Entscheidungen abnehmen sollen. Inhaltlich bleiben die Kinder für ihre Auseinandersetzung selbst verantwortlich. Aber wir dürfen sie bei ihrer Suche nach Lösungen nicht allein lassen. Wir sind dafür zuständig, sie im Prozess zu begleiten, ihnen vielleicht die Empathie entgegenzubringen, die die aktuelle Kontrahentin oder der aktuelle Kontrahent noch nicht aufbringen kann, vielleicht zu „übersetzen“, dem jeweiligen Anliegen eine Sprache zu geben ...

Auf diese sensiblen Vorgänge zielen Raingard Knauer und Petra Brandt (1998, S. 82) ab, wenn sie betonen, dass es nicht ausreicht, Partizipationsräume bereitzustellen, sondern dass auch Partizipationsfähigkeiten entwickelt werden müssten. Das scheinbar Banalste ist eben manchmal das Schwerste.

## **These 2**

### **Partizipation in Kindertagesstätten wird durch die Einrichtungsstrukturen begünstigt – oder nicht.**

Diese These zielt auf das pädagogische Konzept der Einrichtung. Welche Möglichkeiten haben Kinder, darüber zu entscheiden, mit was und mit wem sie sich im Verlauf eines Kindertagesstätten-Tages beschäftigen wollen? In diesem Zusammenhang ist Partizipation eng verknüpft mit der Idee des offenen Kindergartens (vgl. Regel/Kühne 2001). Das wird schon in der einfachen Frage ersichtlich, wo die Bewegungsfreiheit der Kinder endet: an der Tür des Gruppenraumes, an der Tür zum Außengelände oder am Zaun der Einrichtung.

*C Es ist nicht zu verantworten, dass drei- bis sechsjährige Kinder das Gelände der Kindertagesstätte ohne Begleitung Erwachsener verlassen.*

Die Aussage C spiegelt die Realität in fast allen Kindertageseinrichtungen: Spätestens hier wird die Grenze gezogen. Dies geschieht in aller Regel unreflektiert, obwohl die rechtliche Lage seit langem Entscheidungsspielräume gewährt (vgl. Künzel 1985, S. 8f.). Das vermeintliche Damoklesschwert der Aufsichtspflicht mutiert gar zu rasch zur Schere im Kopf.

*Ole und Hanne sind sechs Jahre alt, als sie ihren langjährigen Betreuer Rüdiger H. eines Morgens mit der Bitte überraschen, spazieren gehen zu dürfen. Herr H. ist irritiert. Zwar verlassen immer mal wieder kleine Kindergruppen das Gelände der Einrichtung, doch stets in Begleitung einer erwachsenen Mitarbeiterin. Seine Nachfrage, was sie vorhätten, beantworten die Kinder kurz und knapp: „Einfach nur spazieren gehen.“ Herr H. wägt ab: Er kennt die Kinder seit fünf Jahren. Sie beherrschen und beachten die Verkehrsregeln üblicherweise gut; die Stimmung dieses Tages scheint für ein solches Experiment günstig; die Beiden haben sich in der Vergangenheit zuverlässig an getroffene Vereinbarungen gehalten; und er ahnt, dass sie das Ausflugsziel des vergangenen Tages im nahe gelegenen Park anvisieren. Herr H. verabredet mit ihnen, dass sie nicht in Richtung der Hauptverkehrsstraße, sondern nur in Richtung Park gehen und – ja, sie hätten eine Uhr dabei – in einer halben Stunde zum Mittagessen wieder da sein sollen.*

Dies ist kein Plädoyer für das Schleifen aller Zäune um Kindertageseinrichtungen. Erzieherinnen/Erzieher wie Kinder haben einen Anspruch auf den Schutz, den der Zaun vor vielerlei unkalkulierbaren Unglücksfällen bietet. Aber Grenzen sollten nicht verabsolutiert werden – sie sind auch dafür da, um überschritten zu werden. Damit einhergehen sollte aber eine bewusste Auseinandersetzung über die Tatsache der Grenzüberschreitung als solche und die damit verbundene Verantwortung. Dies gilt sowohl für die Erwachsenen wie für die Kinder, wobei den Erwachsenen zusätzlich die Aufgabe zukommt, für eine solche Auseinandersetzung zu sorgen.

In diesem Sinne hat ein Kollege aus dem Evangelischen Kindergarten in Quickborn „Gesellenbriefe“ eingeführt, die ihre Besitzer dazu berechtigen, ohne Begleitung Erwachsener in der Werkstatt der Einrichtung tätig zu werden. Den Kindern wird dafür der Nachweis eines verantwortlichen Umgangs mit jedem einzelnen Werkzeug (einschließlich einer elektrischen Bohrmaschine) per Stempel in ihrem persönlichen Dokument bestätigt.

*D In welche Gruppe ein neues Kind aufgenommen wird, müssen schon die Erwachsenen entscheiden.*

Die Zuteilung von Kindern zu einer Gruppe der Einrichtung lässt sich kaum anders denn als strukturelle Fremdbestimmung bezeichnen. Es ist nahezu durchgängige Praxis, dass neue Kinder den Erzieherinnen/Erziehern und den Kindern, mit denen sie in der Folge über Jahre zu recht kommen müssen, unter organisatorischen Gesichtspunkten zugeordnet werden. Dieses Verfahren unterliegt einer Institutionenlogik, die „das möglichst reibungslose Funktionieren eines Betriebes“ (Colberg-Schrader 1998, S. 39) gewährleisten soll.

Wenn nun aber der Freund oder die Freundin bereits zu einer anderen, einer voll besetzten Gruppe gehört, sind dann keine anderen Lösungswege mehr denkbar? Können die Kinder nicht zurate gezogen werden? Wäre es nicht gar möglich, grundsätzlich andere Wege der Gruppenfindung zu beschreiten, indem etwa im Anschluss an eine Hospitationsphase (vielleicht gemeinsam mit den Eltern) eine Entscheidung gefällt wird, zu der alle Beteiligten sich äußern können?

Diese wenigen Beispiele mögen hinreichen, um zu verdeutlichen, wie die strukturellen Bedingungen in den Einrichtungen Partizipation begünstigen können – oder eben nicht.

*E Beteiligung in der Kindertagesstätte muss sich in den alltäglichen Beziehungen abspielen – Kinderparlamente u. Ä. sind nur pseudodemokratische Experimente.*

Die Einsicht in die elementare Bedeutung der Beziehungen und des Konzepts der Einrichtungen für die Partizipationsmöglichkeiten der Kinder führt leicht dazu, dass institutionalisierte Beteiligungsformen in Kindertagesstätten auf Ablehnung stoßen. Es wird – sicher nicht immer zu Unrecht – unterstellt, dass von und für Erwachsene erdachte Strukturen den Kindern aufgesetzt werden, ohne dass deren Beteiligungsfähigkeiten dazu herreichen. Ich will diesen Bedenken mit meiner dritten These entgegentreten:

### **These 3**

#### **Partizipation in Kindertagesstätten muss strukturell verankert werden, um nicht von der Tagesform der Erzieherinnen/Erzieher oder einem Personalwechsel abzuhängen.**

Zunächst will ich den Gegenstand dieser Kontroverse anhand von drei konkreten Beispielen veranschaulichen. Welche institutionalisierten (oder formalen) Beteiligungsformen finden sich denn in Kindertageseinrichtungen? Wie in anderen Beteiligungsfeldern lassen sich auch hier repräsentative (d.h. Kinder vertreten Kinder) und offene (d.h. jeweils Betroffene vertreten sich selbst) Formen unterscheiden.

An dem vom *Deutschen Jugendinstitut* untersuchten Kinderparlament nehmen alle Kinder eines Alters-Querschnitts teil. Das pädagogische Ziel, das hier im Vordergrund steht, ist die Kompetenzerweiterung jedes einzelnen Kindes. Dies mag besonders angesichts der abnehmenden Partizipationsfähigkeiten und/oder Partizipationsbereitschaft vieler Erwachsener sinnvoll erscheinen (vgl. Bruner/Winklhofer/Zinser 2001, S. 14ff.).

In den Kinderrat der Kindertagesstätte Rohdenhof in Hannover werden Vertreterinnen/Vertreter der einzelnen Gruppen gewählt. Angesprochen und tatsächlich gewählt werden hier eher die kompetenteren Kinder, die sich als verantwortungsvolle Repräsentanten weiter qualifizieren (hier könnte sich auch eine mögliche Antwort auf die Hochbegabten-Diskussion, die auf die Elementareinrichtungen zukommt, abzeichnen). Die positiven Erfahrungen, die die Erwachsenen in Hannover mit dem Kinderrat machen, wenn etwa Spielwarenvertreter oder Teehändler ihre Angebote den Kindern unterbreiten müssen, führen dazu, dass den Kindern zunehmend mehr Einflussmöglichkeiten eingeräumt werden. Im Team gibt es inzwischen Überlegungen, den Kinderrat bei Personaleinstellungen hinzuzuziehen (vgl. Kindertagesstätte Rohdenhof 2001).

Kinderkonferenzen, wie sie im Evangelischen Kindergarten im hessischen Lorsch stattfinden, stellen eine offene Beteiligungsform dar, die sich aus dem Stuhlkreis entwickelt hat. Es gibt große und kleine, regelmäßige und spontane Konferenzen. Beteiligt sind die jeweils betroffenen Kinder und Erwachsenen. Für diese flexible Beteiligungsform ist die Frage von Bedeutung, von wem und wie die jeweilige Konferenz einberufen werden kann. Die aus Montessori-Kindergärten bekannte „Glocke“ könnte hier eine hilfreiche Ergänzung sein (vgl. Müh- lum/Virnkaes 1998).

Die genannten Formen haben erkennbar unterschiedliche Qualitäten, keine ist allgemein zu favorisieren, eher lässt sich vorstellen, sie zu kombinieren. Allen drei erfolgreich institutionalisier- ten Beteiligungsformen gemein ist aber, dass sie eine intensive Auseinandersetzung und eine gemeinsame Positionierung im Team voraussetzen. Am Ende dieses Prozesses ist die Beteili- gungsform in der Konzeption der Einrichtung genauso verankert wie im Bewusstsein der Mit- arbeiterinnen/Mitarbeiter. Dadurch wird Beteiligung über die Bereitwilligkeit der einzelnen Er- zieherin/des einzelnen Erziehers hinaus gesichert und einklagbar: Durch die Kinder, durch die Eltern und durch die Kolleginnen/Kollegen.

#### **These 4**

#### **Partizipation in Kindertagesstätten muss auch die Eltern und das Team einbeziehen.**

*Ole und Hanne haben die Einrichtung seit fünfzehn Minuten verlassen, als Hannes Mutter dort überraschend erscheint, um sie – früher als erwartet – abzuholen. Sie ist fassungslos und empört, als sie erfährt, dass die Kinder ohne erwachsene Begleitung spazieren gehen. Herr H. bemüht sich vergeblich, sie zu beruhigen, eilt dann in den Park, wo er die beiden wie erwartet findet, und kehrt mit ihnen in die Einrichtung zurück.*

*Beim nächsten Elternabend sieht sich Herr H. einer aufgebrachten Elternschaft gegenüber. Obwohl er ein von vielen Eltern geschätzter Mitarbeiter ist, gelingt es ihm erst nach langer, erregter Diskus- sion sie zu überzeugen, dass seine Zustimmung zu dem Spaziergang nicht leichtfertig erteilt worden und darüber hinaus pädagogisch sinnvoll gewesen sei. Was die Eltern ihm hingegen nicht nachse- hen wollen, ist sein Versäumnis, eine in ihren Augen ungewöhnliche und weit reichende Entschei- dung im Vorwege mit ihnen besprochen zu haben.*

Die Kindertagesstätte ist neben der privaten Familie die erste Instanz öffentlicher Erziehung. Vielen Eltern fällt es schwer, ihr Kind in die Obhut fremder Menschen zu übergeben; anderen ist gerade daran gelegen, ihrem Kind die Erfahrungen eines verbindlichen Umgangs mit ande- ren Erwachsenen zu ermöglichen. So oder so entsteht ein sensibles Beziehungsdreieck Erziehe- rin – Eltern – Kind, das es gilt, in Balance zu halten.

Neben die bis dahin uneingeschränkte Zuständigkeit und Expertenschaft der Eltern für die Entwicklung ihres Kindes tritt nun die fachlich-pädagogische Kompetenz und Zuständigkeit der Erzieherinnen/Erzieher in der Kindertageseinrichtung. Dies erfordert Aushandlungsprozesse, die, wenn sie gelingen, beide Seiten qualifizieren. Für die Gestaltung dieser Prozesse aber sind wiederum in erster Linie die professionellen Pädagoginnen/Pädagogen verantwortlich.

*F Die meisten Eltern verfügen nicht über ausreichende pädagogische Kenntnisse, um bei konzeptionellen Fragen der Einrichtung mitzureden.*

Bettina Dey und Beatrice Weber (2001) beschreiben, wie sie als Eltern erfolgreich in die „Erarbeitung eines neuen pädagogischen Konzepts“ (a.a.O., S. 38) einbezogen wurden.

Dass – entsprechend angeleitet und moderiert – alle Eltern in der Lage sind, an derartigen Entwicklungen mitzuwirken, belegt ein Beispiel aus dem Kieler Brennpunkt-Stadtteil Mettenhof. Hier hat das Team der Kindertageseinrichtung Osloring Eltern aus neun verschiedenen Herkunftsländern an der Planung des Außengeländes beteiligt. Das Team organisierte Dolmetscherinnen und lud die Eltern zu einer Erinnerungsreise an die Spielorte ihrer eigenen Kindheit ein. Es ergab sich nicht nur ein angeregter Austausch, darüber hinaus traten auch erstaunlich ähnliche Erfahrungshintergründe zum Vorschein. Eltern, Erzieherinnen/Erzieher und Kinder entwarfen im Anschluss in großer Übereinstimmung den Plan eines Naturspielraums nahezu ohne Spielgeräte.

*G Die Kindertagesstätten-Leitung kann nicht jede Entscheidung im Team diskutieren – da wird sie ja handlungsunfähig.*

Diese Aussage ist provozierend formuliert, taucht aber als „Totschlagargument“ gegen Beteiligung immer wieder auf. Dem *Dachverband der Eltern-Kind-Gruppen Kiel e.V.* wurde von der zuständigen Rechtspflegerin beim Amtsgericht eine ausführlich diskutierte neue Satzung zurückgesandt – nicht aufgrund rechtlicher Bedenken, sondern aus der persönlichen Sorge, dass eine Vereinsatzung, die durchgängig auf einem Konsensprinzip beruhe, den Verein handlungsunfähig machen würde. Dabei hatte hier nur langjährige Praxis ihren formalen Niederschlag gefunden.

Hinter derartigen Bedenken verbergen sich gern partizipationsfeindliche Haltungen. Von Trägervertretern oder Leitungen geäußert, lässt ein Satz wie in Aussage G Rückschlüsse auf einen Führungsstil zu, der wenig durch Transparenz und Vertrauen gekennzeichnet sein dürfte. Claudia Bruner, Ursula Winklhofer und Claudia Zinser (2001) stellen dazu fest: „Wo es an Offenheit und Beteiligungsmöglichkeiten im Team mangelt und hierarchische Strukturen vorherrschen, entwickelt sich nur schwer eine Partizipationskultur mit den Kindern“ (a.a.O., S. 22).

Genauso wenig lässt sich eine Beteiligung der Kinder über die Köpfe des Teams hinweg von oben verordnen, auch wenn manch engagierte Leiterin dadurch auf eine Geduldprobe gestellt

wird. Der Zweck heiligt eben nicht die Mittel, diese müssen sich vielmehr an den Zielvorgaben messen lassen.

## **These 5**

### **Partizipation in Kindertagesstätten bedeutet auch Beteiligung auf der politisch-administrativen Ebene.**

Politik und Verwaltung wirken auf vielerlei Weise in die Kindertageseinrichtungen hinein. Nachdem 1996 der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz verabschiedet worden war, diskutierte die schleswig-holsteinische Landesregierung den Abbau der geltenden Betreuungsstandards. Erzieherinnen/Erzieher und Eltern aus 39 Kieler Kindertagesstätten schlossen sich daraufhin zu einer „Lobby für Kinder“ zusammen, die in einer bunten Veranstaltungsreihe eine breite öffentliche Debatte der Sparvorhaben bewirkte (vgl. Berthold/Grüber 1996a).

*H Kinder sind nicht in der Lage, mit Architekten über die Gestaltung ihrer Kindertagesstätte zu verhandeln.*

Der „Klassiker“ unter den Beteiligungsmodellen im Kindertagesstättenbereich ist die Spielraumplanung. Der Verein *Kinder Umweltinitiativen KIWI* aus Kiel beteiligt seit Jahren Kita-Kinder an der Planung und Gestaltung der Außengelände. Dabei erweisen sich die Kinder als kompetente Planungspartner und -partnerinnen, die immer wieder mit ihren Fähigkeiten überraschen. Was sie tatsächlich können, zeigen sie uns allerdings nur, wenn wir sie dazu herausfordern. Erwachsene, die kein Zutrauen in Kinder haben oder denen es nicht gelingt, abstrakte Planungsschritte sinnlich „be-greif-bar“ zu machen, sind die eigentlich hemmenden Faktoren der Planungsbeteiligung.

Wenn die Planerinnen/Planer bereits am Entscheidungsprozess der Kinder teilnehmen, wenn sie ihnen die fertigen Entwürfe altersangemessen präsentieren, dann bewerten Elementarkinder in der Regel die vorgestellten Pläne konzentriert und bewusst, dann diskutieren Hortkinder sehr engagiert Detailfragen. Noch ist eine in dieser Weise funktionierende Kommunikation in den meisten Fällen auf eine professionelle Moderation angewiesen – fällt es doch oft nicht einmal leicht, erwachsene Laien am Planungsprozess teilhaben zu lassen.

Darüber hinaus bedeutet Partizipation auf der politisch-administrativen Ebene Gemeinwesenorientierung. Sind die Wege zur Kindertagesstätte für Kinder gefahrlos zurückzulegen? Sind Spielräume im Umfeld der Einrichtung ausreichend vorhanden und vernetzt? Das sind nur zwei von vielen möglichen Fragen, die Erzieherinnen/Erzieher gemeinsam mit den Kindern im kommunalen Raum aufwerfen können.

Eine Beteiligung von Kindern im kommunalen Raum erscheint in vielerlei Weise sinnvoll: Kinder und Kinderleben werden im öffentlichen Raum wieder sichtbarer. Eine unmittelbare Einbe-

ziehung ihrer Sichtweisen führt zu qualitativen Verbesserungen kommunaler Planungen und Entscheidungen. Und das wiederkehrende Erleben unmittelbarer Einflussnahme lässt auf eine Zunahme ihrer Bereitschaft zu gesellschaftlichem Engagement hoffen.

In meinen bisherigen Ausführungen habe ich versucht, ein Bild von Partizipation in Kindertagesstätten zu entwerfen, das die Beziehungsebene, die strukturelle Ebene und die politisch-administrative Ebene (vgl. Knauer/Brandt 1998, S. 86) zu einer Beteiligungskultur verknüpft. Keineswegs möchte ich diese komplexe Vorstellung als aktuelle Messlatte für Einrichtungen oder gar für einzelne Erzieherinnen/Erzieher missverstanden wissen. Als Utopie betrachtet weist das Bild jedoch zahlreiche Wege zu seiner eigenen Konkretisierung. Jeder dieser Wege beginnt mit dem ersten Schritt – und damit scheinen wir wieder an den Anfang dieses Beitrags zurückzukehren.

## **These 6**

### **Partizipation in Kindertagesstätten drückt sich auch in diesem komplexen Verständnis vor allem in der Haltung der Erwachsenen aus.**

Wenn die Konzeption des Hauses Partizipationsräume öffnet, wenn eine Beteiligungsform institutionalisiert ist, dann ist das „Ob“ der Beteiligung in der Einrichtung geklärt. Das „Wie“ bleibt aber weiterhin von der persönlichen Haltung und vom Kinderbild der einzelnen Erzieherin abhängig. Das wirft die Frage auf:

### **Wie verändern sich denn die Haltungen der Erwachsenen?**

Haltungen wie z.B. die, dass aus Kindern erst durch erzieherische Maßnahmen Persönlichkeiten geformt werden müssen, sind erstaunlich resistent gegenüber Veränderungen. Die Erfahrungen, die mit dem Situationsansatz gemacht werden, deuten darauf hin, dass curriculare Entwicklungen – obwohl sie konzeptionell weitgehend aufgenommen werden – sich nur bedingt auf den pädagogischen Alltag auswirken. Wäre die Arbeit nach dem Situationsansatz gängige pädagogische Praxis, bräuchte es kaum mehr eine Debatte um Partizipation in der Kita. Dem Situationsansatz sind eine alltagsdemokratische Haltung und ein Bild des Kindes als „eigensinnige“ Persönlichkeit immanent.

Der Weg von der theoretischen Erkenntnis auf der wissenschaftlichen Ebene bis in die alltägliche Praxis der Kindertageseinrichtungen erscheint sehr lang. Haltungen ändern sich offensichtlich nur mühselig über eine theoretische Vermittlung. An diese Erkenntnis will ein Modellprojekt des Landes Schleswig-Holstein anknüpfen: *„Die Kinderstube der Demokratie“*.

In Beteiligungsprojekten zur Spielraumplanung sind die Moderatorinnen/Moderatoren darauf aufmerksam geworden, dass viele Erzieherinnen/Erzieher zwar theoretisch mit Partizipationsverfahren vertraut sind, aber von der kompetenten Mitarbeit „ihrer“ Kinder häufig sehr überrascht waren. Als eine Kollegin äußerte, sie müsse aufgrund dieser Erfahrung wohl ihre gesamte pädagogische Praxis neu überdenken, war die Idee geboren, Beteiligungsprojekte nicht mehr ausschließlich von externen Fachleuten durchführen zu lassen, sondern die Erzieherinnen/Erzieher selbst im Prozess dafür zu qualifizieren. In einrichtungsinternen Fortbildungen werden sie auf die Durchführung eines Beteiligungsprojekts vorbereitet und anschließend in dessen gesamten Verlauf begleitet. Dieser Ansatz soll in dem zweijährigen Modellprojekt systematisch ausgewertet und zu Fortbildungsmodulen weiterentwickelt werden.

Was bereits für die Kinder und die Eltern beschrieben wurde, gilt eben auch für die Erzieherinnen/Erzieher. Es genügt nicht, ihnen die inhaltliche Verantwortung dafür zu übergeben, die Beteiligung der Kinder – und sei es zunächst einmal auf der Beziehungsebene – umzusetzen. Das hieße, sie mit dieser Aufgabe – die alle etwas angeht – allein zu lassen. Träger und Leitung, Beratung und Fortbildung täten gut daran, die Verantwortung für professionelle Prozessbegleitung zu übernehmen, die es den Kolleginnen/Kollegen vor Ort ermöglicht, in konkreten Erfahrungs- und reflektierenden Erkenntnisphasen neue Haltungen zu entwickeln.

### Literatur

- BERTHOLD, E./GRÜBER, E. (1996 a): Die grauen Herren und der frische Wind. In: Berthold, E./Grüber, E. (1996 b): Erzieherinnen sind doof. Geschichten über einen Beruf im Umbruch. Neuwied/Kriftel/Berlin, S. 112–117
- BERTHOLD, E./GRÜBER, E. (1996 b): Erzieherinnen sind doof. Geschichten über einen Beruf im Umbruch. Neuwied/Kriftel/Berlin
- Bildungswerk „anderes lernen“ e.V. – Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein (Hrsg.) (1998): Von Kindern Lernen. Partizipation im Kleinkindalter. Kiel
- BRUNER, C.F./WINKLHOFER, U./ZINSER, C. (2001): Partizipation – ein Kinderspiel? Beteiligungsmodelle in Kindertagesstätten, Schulen, Kommunen und Verbänden. Hrsg.: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin
- BÜTTNER, CH./MEYER, B. (Hrsg.) (2000): Lernprogramm Demokratie. Möglichkeiten und Grenzen politischer Erziehung von Kindern und Jugendlichen. Weinheim/München
- COLBERG-SCHRADER, H. (1998): Kindheit zwischen Autobahn und Erlebnispark! Oder: Gibt es eine andere Perspektive? In: Bildungswerk „anderes lernen“ e.V. – Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein (Hrsg.) (1998): Von Kindern Lernen. Partizipation im Kleinkindalter. Kiel, S. 34–40

- DEY, B./WEBER, B. (2001): Wie viel Eltern braucht die Kita? Elternbeteiligung bei der Entwicklung eines pädagogischen Konzepts. In: TPS – Theorie und Praxis der Sozialarbeit – Evangelische Fachzeitschrift für die Arbeit mit Kindern. Schwerpunkt: Kinder beteiligen. Heft 2, S. 38–39
- ERNST, H. (2001): „Ich verstehe dich!“ Empathie: Die Kunst, sich einzufühlen. In: Psychologie heute. Heft 5, S. 20–26
- JUUL, J. (1997): Das kompetente Kind. Reinbek
- KAZEMI-VEISARI, E. (1998): Partizipation – Hier entscheiden Kinder mit. Freiburg/Basel/Wien
- KAZEMI-VEISARI, E. (2001): Sich als Person fühlen können. Partizipation von Kindern erweist sich im gelebten Alltag. In: TPS – Theorie und Praxis der Sozialarbeit – Evangelische Fachzeitschrift für die Arbeit mit Kindern. Schwerpunkt: Kinder beteiligen. Heft 2, S. 6–9
- Kindertagesstätte Rohdenhof (2001): Kinderrat der Kindertagesstätte Rohdenhof. Internes Arbeitspapier
- KLEIN, L./VOGT, H. (2000): Erzieherinnen im Dialog mit Kindern. Wie Partizipation im Kindergarten aussehen kann. In: Büttner, Ch./Meyer, B. (Hrsg.): Lernprogramm Demokratie. Möglichkeiten und Grenzen politischer Erziehung von Kindern und Jugendlichen. Weinheim/München, S. 89–105
- KNAUER, R./BRANDT, P. (1998): Kinder können mitentscheiden. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Kindergarten, Schule und Jugendarbeit. Neuwied/Kriftel/Berlin
- KÜNZEL, G. (1985): Aufsichtspflicht und Haftung in Kindergärten. Hrsg.: Bundesverband der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand e.V. München
- MÜHLUM, S./VIRNKAES, G. (1998): Dafür sind die doch noch viel zu klein! Oder: Wie Demokratie in der Kindertagesstätte funktioniert. In: Bildungswerk „anderes lernen“ e.V. – Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein (Hrsg.): Von Kindern Lernen. Partizipation im Kleinkindalter. Kiel, S. 60–64
- PREISSING, CH. (2000): Demokratie-Erleben im Kindergarten. In: Büttner, Ch./Meyer, B. (Hrsg.): Lernprogramm Demokratie. Möglichkeiten und Grenzen politischer Erziehung von Kindern und Jugendlichen. Weinheim/München. S. 81–87
- REGEL, G./KÜHNE, TH. (2001): Arbeit im offenen Kindergarten. Freiburg/Basel/Wien
- TPS – Theorie und Praxis der Sozialarbeit – Evangelische Fachzeitschrift für die Arbeit mit Kindern (2001): Schwerpunkt: Kinder beteiligen. Heft 2

Heide-Rose Brückner

*Arbeitsgruppe 2*

## BETEILIGUNG IN DER SCHULE

### **1 Welchen Rahmen bietet die Schule für die Beteiligung von Schülerinnen und Schülern?**

Als Ort der Begegnung, des Erfahrens von Zusammenleben und Wissensaneignung scheint die Schule prädestiniert für solche demokratischen Grundlagen wie die Beteiligung derer, die in der Schule agieren. Für alle Erwachsenen ist die eigene Inanspruchnahme der Beteiligung klar und selbstverständlich und sie würden Verstößen gegen ihre Grundrechte offensiv mit rechtlichen Gegenmaßnahmen begegnen. Für die betroffenen Kinder allerdings ist eine Beteiligung keineswegs so klar, denn diese hängt von der Offerte der Erwachsenen ab.

Die UN-Konvention über die Rechte der Kinder und das Kinder- und Jugendhilfegesetz leiten einen eindeutigen Auftrag an die Erwachsenen ab, Kindern Partizipation zu ermöglichen. Artikel 12 der Kinderrechtskonvention fordert ausdrücklich, Kinder an allen sie betreffenden Fragen zu beteiligen. Da Kinder einen der längsten Zeitabschnitte gemeinsam in der Schule verbringen, die nicht nur den Auftrag der Wissensvermittlung, sondern zugleich einen Erziehungsauftrag im Sinne demokratischer Erziehung hat, stellt sich die Frage, wie sie dieses leisten und die Möglichkeiten dazu nutzen kann.

Übereinstimmend schreiben die Schulverfassungen, -gesetze und -verwaltungsgesetze die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in der Schule fest. Meist ist die Interessenvertretung ab der 4. oder 5. Klasse in den Ländern verpflichtend (Bayern, Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Thüringen u.a.; vgl. Füssel 1999).

Andere Länder wie Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern oder Nordrhein-Westfalen ermöglichen eine Beteiligung durch Interessenvertretung der Schülerinnen/Schüler bereits in der Grundschule. Wesentliche Formen der Schülerbeteiligung sind der Schülerrat, die Teilnahme an Schul- und Klassenkonferenzen, Schülerzeitungen, Klassensprecherinnen/Klassensprecher und Klassensprecherversammlungen. Alle Formen haben gemeinsam zum Ziel, den Schülerinnen/Schülern die Möglichkeit zu geben, über Gremien (z.T. gewählt) ihre Interessen gegenüber anderen Gruppen (wie Lehrerinnen/Lehrern, Erzieherinnen/Erziehern oder Eltern) zu artikulieren. Somit sind in den Rechtsordnungen der Länder die wesentlichen Grundlagen für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Schulkontext geschaffen. Wie sieht aber deren Umsetzung in der Praxis aus?

Auch wenn keine empirischen Untersuchungen vorliegen, lässt sich aus den Erfahrungen des Deutschen Kinderhilfswerks in der Aktion „*Kinderfreundliche Schule – wir sind dabei*“ und zahlreichen Workshops zu dem Thema ableiten, dass der Rahmen für eine substantielle Mitwirkung der Schülerinnen/Schüler in der Schule nicht ausgefüllt wird. Die Chancen, demokratisches Verhalten zu erproben und zu erleben werden leider nicht genutzt in einem Raum, der allen Kindern zur Verfügung steht und somit eigentlich beste Bedingungen bieten müsste. Was steht dem also entgegen? Zur Beantwortung dieser Frage ist es sinnvoll, sich das Konstrukt eines Beteiligungsprozesses und die Einflussmöglichkeiten der Akteure genauer anzuschauen.

## **2 Was bedeutet „Beteiligung von Kindern“?**

Auch auf die Gefahr hin, zum wiederholten Male den Versuch einer Definition zu wagen, ist es unabdingbar, den Beteiligungsprozess allgemein zu erläutern, um ihn im Kontext Schule anwenden zu können.

Jede Beteiligung ist ein Prozess der Auseinandersetzung mit den Interessen verschiedener Gruppen, ein aktiver Prozess, der das Einbringen von Meinungen und Argumenten der Gruppen herausfordert und in ernsthafter Absicht um das Erreichen eines bestmöglichen Ergebnisses ringt. Es geht dabei um Entscheidungen, die alle Beteiligten betreffen und die durch gemeinsames Finden von Lösungen auch von allen getragen werden. Ein ehrlicher Beteiligungsprozess akzeptiert gleichberechtigt die verschiedenen, aus den unterschiedlichen Interessen heraus erwachsenen Auffassungen und nimmt diese ernst. Das sollte im Wesentlichen unter Erwachsenen so sein.

Sind Kinder beteiligt und weist die Gruppenkonstellation Erwachsene und Kinder auf, müssen diese Regeln ebenfalls zugrunde gelegt werden. Demnach müssen von Anfang an die Kinder mit ihren Bedürfnissen und Interessen mit einbezogen werden. Nur die Kinder selbst können diese Forderung authentisch zum Ausdruck bringen. Dieser Prozess schließt das Miteinander ebenso ein wie das Teilen. Und er wird von Erwachsenen bestimmt. Der/die Erwachsene lässt zu – oder nicht – in welchem Maße Kinder „mit“machen dürfen, er/sie legt den Anteil des Teilens fest. Der/die Erwachsene entscheidet letztendlich darüber, wie viel Macht er/sie abgeben will und inwieweit er/sie andere Interessen (die der Kinder) zulässt.

Der Beteiligungsprozess findet in verschiedenen Stufen statt. Er vollzieht alle Tätigkeiten der Erwachsenen nach und lässt die Kinder „mit“machen. Er beginnt mit dem „Mit“denken und „Mit“reden, verläuft über das „Mit“planen hin zum „Mit“entscheiden und „Mit“gestalten. Und wie sieht es mit der „Mit“verantwortung aus? Auch die Verantwortung wird geteilt. Es ist durchaus möglich, Kinder bei der Übernahme von Verantwortung teilhaben zu lassen.

## **Die Rolle der Erwachsenen**

Ohne Zweifel ist dieser Prozess ein schwieriger. Er verlangt viel von Erwachsenen, nämlich Einfühlungsvermögen, die Bereitschaft, sich selbst infrage zu stellen, unorthodoxe Lösungen zuzulassen, Macht zu teilen, sich ernsthaft mit den Problemen der Kinder auseinanderzusetzen und letztendlich Kinder ernst zu nehmen. Es bedeutet auch, nicht schon vorher die Lösung eines Problems zu wissen und mehr oder weniger geschickt auf diese hinzuarbeiten. Das Sicheinlassen auf Unbekanntes und Nichtvorhersehbares ist die tatsächliche Herausforderung.

Wenn man als Erwachsener wirkliche Beteiligung von Kindern will, dann steht man in der Verantwortung, sie zu begleiten in dem Prozess, denn dieser ist nur gemeinsam mit ihnen möglich. Er ist ein Prozess, in dem der/die Erwachsene die Rolle des Moderators/Moderatorin einnimmt, Türen öffnet, sich auf Unbestimmtes einlässt und mit seiner/ihrer größeren „Welterfahrung“ berät. Er/Sie muss sich zugleich zurücknehmen können, auch auf die Gefahr hin, dass nicht alles gelingt.

## **Was macht Partizipation in der Schule schwierig?**

Böse Stimmen behaupten, die Schule sei ein Ort, in dem Demokratie nicht möglich sei. Ist dem tatsächlich so? Zugegebenermaßen haben sich über Jahrzehnte Auffassungen von Machtteilung in der Schule erhalten. Die Verantwortungszuschreibung war eindeutig geregelt und die Beteiligungsrechte der Schülerinnen/Schüler wurden nicht unbedingt innovativ umgesetzt. Es würde wahrscheinlich kaum auffallen, wenn man sie abschaffte. Die Entwicklungen in der Gesellschaft laufen jedoch anders. Die zahlreichen Erfahrungen, die im kommunalen Raum mit Beteiligungsprojekten gemacht wurden, strahlen auch auf die Schule aus. Die Schule wird sich über kurz oder lang auf Prozesse einstellen müssen, die das Potenzial aller in ihr Beteiligten nutzen. Das betrifft gleichwohl das Potenzial der Schülerinnen/Schüler. Ein Beteiligungsprozess, wie er bereits allgemein beschrieben wurde, setzt auch in der Schule enorme Kräfte frei. In besonderem Maße kann er dazu beitragen, die Identifikation der Schülerinnen/Schüler zu fördern, ihr Selbstbewusstsein und Engagement zu entwickeln und über verschiedene Beteiligungsformen grundlegende Erfahrungen im demokratischen Zusammenleben erfahrbar zu machen.

Jedoch ist eine Veränderung von Schule durch die Aufnahme des Partizipationsgedankens nicht ganz einfach.

Zu den wesentlichen Voraussetzungen für echte Beteiligungsmöglichkeiten von Schülerinnen/Schülern in der Schule gehören ein verändertes Rollen- und Selbstverständnis Erwachsener (insbesondere der Lehrerinnen/Lehrer) und ein kritisches Überdenken des Menschenbildes vom Kind unter den heutigen Bedingungen.

In den o.g. Ausführungen wurde die besondere Rolle der Erwachsenen im Partizipationsprozess bereits beleuchtet. Für die Lehrerinnen/Lehrer lässt sich daraus ableiten, dass sie den Auftrag haben, sich unterstützend an die Seite ihrer Schülerinnen/Schüler zu stellen und in einem gleichberechtigten Dialog Problemlösungen zu suchen. Die besondere Verantwortung der Lehrerschaft liegt darin, den Partizipationsprozess zu ermöglichen, dafür die Bedingungen zu schaffen, sich gleichzeitig aber auf die Rolle des zurückhaltenden Moderators zu beschränken. Diese Anforderungen stehen z.T. konträr zu den häufig praktizierten Methoden der Unterrichtsgestaltung. Die Schwierigkeit dabei liegt vor allem im Bewusstmachen und Bewusstwerden der anderen Rolle von Lehrerinnen/Lehrern. Wir Erwachsene haben es zu verantworten, wenn keine Beteiligung von Schülerinnen und Schülern stattfindet, denn wir müssen sie zulassen.

### **Fragen an Lehrerinnen und Lehrer**

Folgende Checkliste soll deutlich machen, worauf sich Erwachsene einlassen müssen, wenn sie es mit der Beteiligung von Kindern ernst meinen:

- Bin ich bereit, die Meinungen der Schülerinnen/Schüler als gleichberechtigt anzusehen?
- Kann ich das Risiko auf mich nehmen, dass eine Mission nicht zum Erfolg führt, und bin ich in der Lage, mich wider besseres Wissen nicht einzumischen?
- Frage ich die Schülerinnen/Schüler nach ihren Kritiken, Wünschen und Vorstellungen, z.B. auch bei der Unterrichtsgestaltung?
- Halte ich es aus, wenn ein Projekt nicht nach meinen Vorstellungen abläuft?
- Kann ich mich zurücknehmen, um die Schülerinnen/Schüler herauszufordern, selbst nach Lösungen zu forschen?
- Bin ich bereit, die Interessen der Kinder mit zu vertreten und deren Mittler in die Erwachsenenwelt zu sein?
- Kann ich den Schülerinnen/ Schülern Räume für Entscheidungen geben?
- Ist es mir möglich, die erforderliche Zeit für Entscheidungen einzuräumen?
- Akzeptiere ich eine unkonventionelle Herangehensweisen?
- Verfüge ich über das methodische Handwerkszeug für Beteiligungsprozesse?
- Kann ich diese Methoden altersgerecht einsetzen?
- Bin ich von der Kompetenz von Kindern überzeugt?
- Verhalte ich mich selbst demokratisch, um für Kinder authentisch zu sein?
- Bin ich bereit, von meiner Macht abzugeben und diese zu teilen?

## **Beteiligungsmodelle in der Schule**

Die praktizierten Möglichkeiten von Beteiligung der Schülerinnen/Schüler sind vielfältig. Im ersten Teil wurden die typischen Interessenvertretungen aus den Gesetzgebungen der Länder zitiert. Die Erfahrungen damit sind von Land zu Land unterschiedlich. Neben den traditionellen Formen hat in der letzten Zeit die Zukunftswerkstatt (Kuhnt/Müllert 1997) als Beteiligungsmodell Raum gegriffen. An dieser Stelle kann auf dieses Modell, das bei Veränderung von Schule die Schülerinnen/Schüler miteinbezieht, nicht ausführlich eingegangen werden. Es eignet sich besonders gut für projektorientiertes Arbeiten und basiert auf zutiefst demokratischem Handeln – was von allen Beteiligten gefordert wird.

Im Wirkungsspektrum der Zukunftswerkstatt wird von fünf Effekten gesprochen:

- *Demokratisierungseffekt*: gemeinsam an der Zukunft werken;
- *Lerneffekt*: projektorientierte Lernerfahrungen machen;
- *Synergieeffekt*: Vertrauen in die gemeinsame Kraft gewinnen;
- *Motivationseffekt*: sich in das Gestalten von Zukunft einmischen;
- *Kreativitätseffekt*: Probleme auf neue Art lösen (a.a.O., S. 15).

Viele, die sich mit dieser Methode vertraut gemacht und sie für die Entwicklung ihrer Schule genutzt haben, sind fasziniert von dem Motivationsschub. Einige sprechen von einem „Virus Zukunftswerkstatt“, der sie nicht mehr loslässt. Beredtes Beispiel ist die Arbeit an der Grundschule Simmershausen, an der zunächst in einzelnen Klassen Zukunftswerkstätten durchgeführt, dann weitere Klassen einbezogen wurden, eine zweite Klasse im Internet die schrittweise Durchführung veröffentlichte und jetzt unter [www.fuldata.de/gs-simmershausen/index.html](http://www.fuldata.de/gs-simmershausen/index.html) eine Homepage zur Zukunftswerkstatt zu finden ist. Für alle Interessierte ist ein Video zu empfehlen, das den Ablauf der Zukunftswerkstatt in den einzelnen Phasen dokumentiert (siehe Literaturliste). Diese Methode ist geeignet, um Probleme anzureißen, zu durchdringen und zu lösen, bei Konflikten zu beraten und auch für Zukunftsthemen zu sensibilisieren. Sie ist sehr zu empfehlen für Orte demokratischen Lernens – wie eben die Schule.

## **Literatur**

- ALBERT, O./BROUX, A. (1999): Zukunftswerkstatt und Szenariotechnik. Ein Methodenbuch für Schule und Hochschule. Weinheim/Basel
- BUROW, O.-A. (1997): Zukunftswerkstatt in Schule und Unterricht. Hamburg
- FÜSSEL, H.-P. (1999): Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in der Schule. DJI-Arbeitspapier Nr. 6-152. München

JUNGK, R./MÜLLERT, N.R. (1994): Zukunftswerkstätten. München

KUHNT, B./MÜLLERT, N.R. (1997): Moderationsfibel Zukunftswerkstätten. Münster

STANGE, W. (1996): Planen mit Phantasie. Zukunftswerkstatt und Planungszirkel für Kinder und Jugendliche. Hrsg.: Deutsches Kinderhilfswerk. Berlin und Kiel

WEDEKIND, H./BRÜCKNER, H.-R. (1997): Kinderfreundliche Schule – wir sind dabei. Ein Arbeitsmaterial für Kinder, die ihre Schule verändern wollen. In: Material Grundschulzeitschrift 110/1997

WEDEKIND, H. (2002): Demokratie lernen in der Grundschule - die Zukunftswerkstatt als Einstiegsmodell. In: Grundschulverband aktuell, Februar 2002. Frankfurt/M.

Video: Kinder bestimmen mit – beobachtet und dokumentiert am Beispiel einer Zukunftswerkstatt in der Grundschule Fuldata Simmershausen. Bezug: Deutsches Kinderhilfswerk e.V., Leipziger Str. 116–118, 10117 Berlin

Raingard Knauer

*Arbeitsgruppe 3*

## BETEILIGUNG IN DER KOMMUNE

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune ist – nicht nur in Schleswig-Holstein – im Laufe des letzten Jahrzehnts ein wichtiges Thema für ganz unterschiedliche Beteiligte geworden. Die im Folgenden dargestellten Thesen basieren zum Teil auf Ergebnissen einer Studie, die in Schleswig-Holstein durchgeführt wurde und die Aufgabe hatte, Wirkungen und Standards von Beteiligungsprojekten zu erforschen<sup>2</sup>.

In den folgenden Abschnitten wird der Einführungsvortrag und die Diskussion der Arbeitsgruppe dokumentiert:

1. Was ist Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune?
2. Welche Wirkungen kann Beteiligung in der Kommune haben?
3. Beteiligung ist anstrengend und braucht Unterstützung.
4. Die Entwicklung einer regionalen Beteiligungskultur muss bei den Erwachsenen ansetzen
5. Einige Aspekte aus der Diskussion in der Arbeitsgruppe

### **1 Was ist Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune?**

Diese – scheinbar einfache und in der Realität doch sehr komplexe – Frage steht deshalb am Beginn dieses Statements, weil ich immer wieder die Erfahrung gemacht habe, dass verschiedene Beteiligte zwar über Beteiligung von Kindern und Jugendlichen diskutieren, dahinter aber nicht unbedingt ein ähnliches Bild von Beteiligung steht – die klassische Situation einer Kommunikationsstörung.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu kategorisieren, z.B. nach dem Grad der Einmischungsmöglichkeit oder nach den angewandten Beteiligungsmethoden.

---

2 Die Studie wurde erstellt von Bianca Friedrich, Thomas Herrmann, Bettina Liebler, wissenschaftliche Leitung: Raingard Knauer (Projektpartner: Deutscher Kinderschutzbund, LV Schleswig-Holstein; Fachhochschule Kiel FB Soziale Arbeit und Gesundheit; Heinrich-Böll-Stiftung, LV Schleswig-Holstein sowie das Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein). Die Ergebnisse der Studie sind in Kurzform dokumentiert in einer Broschüre, die beim Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein angefordert werden kann (Friedrich, Bianca/Herrmann, Thomas/Knauer, Raingard/Liebler, Bettina: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen – vom Beteiligungsprojekt zum demokratischen Gemeinwesen, Kiel 2002). Ein ausführlicher Bericht der Studie erscheint im Herbst 2002 im Votum-Verlag.

Praktikabel erscheint uns zunächst die Unterscheidung nach den Aktionsfeldern, in denen die Beteiligung stattfindet. Dies sind die Bereiche:

- Beteiligung in der Familie;
- Beteiligung in der Schule;
- Beteiligung in Jugendhilfeeinrichtungen (Kindertageseinrichtungen, Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, Hilfen zur Erziehung, Förderung in der Familie);
- Beteiligung in Medien (Printmedien, Fernsehen und Rundfunk, Internet);
- Beteiligung in der Kommune.

Ein Beispiel für die bildliche Darstellung der Aktionsfelder zeigt Abbildung 1:

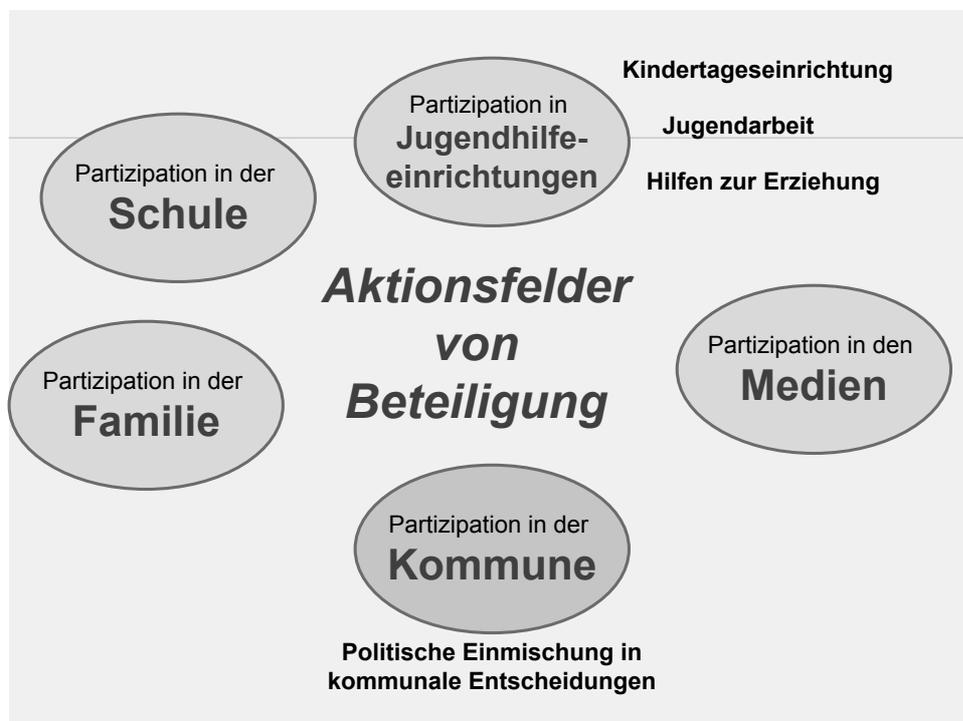


Abbildung 1: Aktionsfelder von Beteiligung

Jedes dieser Aktionsfelder zeigt seine typischen Eigenheiten, die abhängig sind von den in diesen Aktionsfeldern vorherrschenden unterschiedlichen Altersgruppen, Strukturen, Themen, Professionen etc.

Im Aktionsfeld Partizipation in der Kommune erfahren Kinder und Jugendliche am stärksten politische Einmischung in kommunale Entscheidungen. Zwar eröffnen auch Beteiligungsverfahren in der Schule oder in Einrichtungen der Jugendhilfe Kontakte zu kommunalen Entscheidungsträgern, aber nirgends wird Politik so hautnah erlebt wie in Beteiligungsverfahren, die direkt in der Kommune angesiedelt sind.

Innerhalb der kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung ist es wiederum sinnvoll, zwischen verschiedenen Beteiligungsverfahren zu unterscheiden. Für die Kommune kommen i.A. drei Verfahrensweisen infrage:

- *repräsentative Beteiligungsformen*, in denen gewählte oder ernannte Kinder und Jugendliche repräsentativ für andere Kinder- und Jugendinteressen vertreten (Kinder- und Jugendparlamente, Kinder- und Jugendbeiräte etc.);
- *offene Beteiligungsverfahren*, in denen Kinder und Jugendliche ohne Mandat möglichst niedrigschwellig ihre Interessen einbringen können (Kinder- und Jugendversammlungen, Kinder- und Jugendsprechstunden, aber auch Meckerkästen oder Kindersprechstunden);
- *projektorientierte Beteiligungsverfahren*, in denen Kinder und Jugendliche zu bestimmten Themen Ideen entwickeln und mitgestalten (Beteiligungsprojekte zur Spielraumplanung, Außenflächengestaltung, Wohnraumgestaltung etc.).

Alle Beteiligungsformen weisen in der Praxis Vor- und Nachteile auf, die hier nicht im Einzelnen dargestellt werden können. Letztlich kann vermutlich nur eine Mischung dieser Beteiligungsverfahren in einer Kommune zur Stabilisierung von Kinder- und Jugendbeteiligung und damit zu einer kommunalen Partizipationskultur führen.



Abbildung 2: Beteiligung in der Kommune

Die oben genannte Studie, die vom Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein in Auftrag gegebenen wurde, hatte den Auftrag, Wirkungen und Standards von Beteiligungsprojekten in der Kommune zu untersuchen. Die folgenden Aussagen sind dieser Studie entnommen. Die hier untersuchten Projekte waren zum Untersuchungszeit-

punkt formal abgeschlossen – wir haben also im Nachhinein untersucht, welche Aussagen bei den verschiedenen Beteiligten nach einem Zeitraum von wenigen Monaten bis zu zwei Jahren noch präsent waren. Die Untersuchung bestand u.a. aus einer schriftlichen Befragung aller dem Ministerium bekannten Beteiligungsprojekte sowie aus einer qualitativen Untersuchung unterschiedlicher Akteure von sechs Beteiligungsprojekten.

Die Beteiligungsprojekte mit Kindern und Jugendlichen in der Kommune in Schleswig-Holstein lassen sich bezüglich ihres Anlasses in drei Beteiligungstypen unterteilen:

- *Top-down-Projekte*: Diese Projekte wurden durch die Politik oder die Verwaltung initiiert. In diesen Projekten mussten zunächst die zu beteiligten Kinder und Jugendlichen gesucht, aber auch andere Partner überzeugt werden. Dies war in Schleswig-Holstein die zweithäufigste Gruppe von Projekttypen.
- *Bottom-up-Projekte*: Diese Projekte wurden von Kindern und Jugendlichen selbst initiiert. Die hier aktiven jungen Menschen hatten in der Regel klare Vorstellungen von ihren Wünschen, deren Verwirklichung sie bei den erwachsenen Verantwortlichen vor allem in Politik und Verwaltung einfordern mussten. In unserer Untersuchung fanden wir nur wenige dieser Projekte.
- *Projekte aus der Mitte*: Hier sind es jugendnahe Erwachsene, in der Regel aus der Jugendhilfe, die Beteiligungsprojekte initiierten. Diese Projekte mussten sowohl die Kinder und Jugendlichen suchen als auch die Politik und Verwaltung von dem Beteiligungsprojekt überzeugen. Diese Projektform war der in der schleswig-holsteinischen Untersuchung am häufigsten vertretene Projekttyp. Vermutlich liegt ein Grund dafür in dem relativ hohen Maß an Beteiligungsengagement in der Jugendhilfe, das u.a. durch die Moderatorenausbildung des Landes Schleswig-Holstein unterstützt wurde.

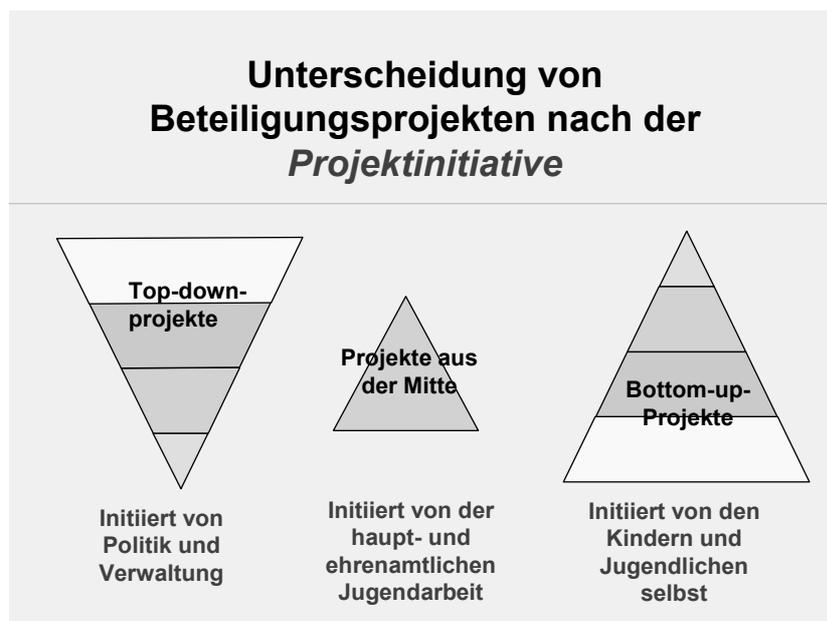


Abbildung 3: Unterscheidung von Beteiligungsprojekten nach der Projektinitiative

Dass sich aufgrund dieser unterschiedlichen Ausgangskonstellation die Wirkungen, Probleme und Anforderungen in den Projekten verschieden darstellen, liegt auf der Hand, kann aber an dieser Stelle aus Zeitgründen nicht vorgestellt werden.

## **2 Zu Wirkungen und Nebenwirkungen von Beteiligungsprojekten in der Kommune**

Die folgenden Aussagen basieren auf der schleswig-holsteinischen Untersuchung zur Wirkung von Partizipationsprojekten. Ob diese Wirkungen auch für andere Beteiligungsformen gelten, muss erst noch diskutiert bzw. untersucht werden. Die Untersuchung in Schleswig-Holstein weist auf drei Wirkungen und eine Nebenwirkung hin, die Beteiligungsprojekte mit Kindern und Jugendlichen haben können.

### *Wirkung 1:*

*Beteiligungsprojekte mit Kindern und Jugendlichen in der Kommune führen zu einer Zunahme individueller Kompetenzen bei den Beteiligten*

Zwar scheint die Aussage „Jeder lernt in den Projekten“ auf den ersten Blick banal. Wenn man näher untersucht, wer was in diesen Projekten gelernt hat, ergeben sich aber interessante Hinweise auf Wirkungen von Beteiligungsprojekten auf die individuellen Kompetenzen bei den Beteiligten:

- Befragt man die *Kinder und Jugendlichen selbst* danach, was sie gelernt haben, so weisen sie vor allem auf konkrete Tätigkeiten bzw. Fertigkeiten hin, die sie in diesem Projekt erworben haben (Ich bin das erste Mal Bagger gefahren, habe gehämmert, habe gelernt, einen Antrag zu schreiben etc.). Erst ältere Jugendliche weisen auch auf abstrakte politische Lernprozesse hin. Sie geben beispielsweise an, gelernt zu haben, dass und wie Einmischung in kommunale Entscheidungen möglich ist. Damit verbunden ist eine Stärkung des politischen Selbstbewusstseins. Eine junge Frau macht dies deutlich in dem Satz: „Die Erwachsenen wollen meistens alleine bestimmen, was das Beste für uns ist, aber das wissen nur wir selber.“
- Die *Erwachsenen, die man zu Lernprozessen der Kinder und Jugendlichen in den Projekten befragt hat*, weisen eher auf soziale Lernprozesse hin. Die beteiligten Kinder und Jugendlichen zeigen ein hohes Engagement, eine hohe Verantwortungsbereitschaft, grenzen weniger aus, etc. Lehrkräfte berichteten davon, dass gerade eher leistungsschwache Schülerinnen und Schüler im Rahmen der Beteiligungsprojekte unerwartete Leistungen zeigten und an Selbstbewusstsein gewannen.
- Der wichtigste *Lernprozess bei Erwachsenen* war die Erkenntnis, dass Beteiligung mit Kindern und Jugendlichen möglich und sinnvoll ist. Im Laufe des Beteiligungsprozesses hat sich bei den beteiligten Erwachsenen die Wahrnehmung der Kinder und Jugendlichen in

der Region verschoben. Dieser Effekt wird im dritten Wirkungsbereich noch eine Rolle spielen.

### *Wirkung 2:*

*Beteiligungsprojekte mit Kindern und Jugendlichen in der Kommune führen zu einer Zunahme und Verbesserung sozialräumlicher Ressourcen.*

Die Aufwertung der kommunalen Ressourcen geschieht zunächst durch die *Produkte*, die im Rahmen der Projekte geplant und umgesetzt wurden. Ein Spielraum, der mit Kindern geplant wurde, ist für sie attraktiver, wird besser genutzt und weniger zerstört als Spielräume, die ausschließlich von Erwachsenen geplant wurden. Treffpunkte für Jugendliche im Wohnumfeld, die sie mitgestalten können, erhöhen die Attraktivität des Wohnraums für diese Altersgruppe deutlich.

Diese Wertverbesserung des Raumes bemerken zunächst die Kinder und Jugendlichen selbst, dann die hier lebenden Familien. Denn auch für Mütter und Väter erhöht sich die Wohnqualität, wenn ihren Kindern gute Aktionsräume in der Region zum Spielen, Toben oder Sichtreffen zur Verfügung stehen.

Schließlich können diese regionalen Ressourcenoptimierungen sogar wirtschaftliche Konsequenzen haben. Bei einem der untersuchten Projekte (es handelte sich um ein sehr umfangreiches Projekt, in dem die Kinder-, Jugend- und Bürgerinnen-/Bürgerbeteiligung stattfand) berichtete die befragte Wohnungsbaugesellschaft, dass es u.a. durch das Beteiligungsverfahren von einem Wohnungsleerstand zu einer Vollvermietung gekommen sei. Aussagen über direkte betriebswirtschaftliche Effekte von Beteiligungsverfahren – so wird in unseren Interviews deutlich – können allerdings nicht eindeutig gemacht werden.

Schließlich lassen sich auch Ressourcenverbesserungen beobachten, die durch die Stabilisierung nachbarschaftlicher Netzwerke entstanden. Gerade größere Beteiligungsverfahren führen zu einer intensiveren Kommunikation zwischen den Generationen. Die hier entstandenen neuen Beziehungen stabilisieren regionale Gemeinschaften.

### *Wirkung 3:*

*Beteiligungsprojekte mit Kindern und Jugendlichen haben zu einer Zunahme des demokratischen Diskurses in der Region geführt.*

Diese Wirkung meint einerseits die schlichte Ausdehnung demokratischer Verfahren auf die Altersgruppe unter achtzehn Jahren, die bislang (bis auf das kommunale Wahlrecht der 16- bis 18-Jährigen) strukturell von politischer Beteiligung ausgeschlossen ist.

Andererseits geht es hier um qualitative Veränderungen in der Kommunikation zwischen den Bürgerinnen und Bürgern einer Kommune. Die oben schon genannte Erkenntnis von Erwach-

senen, dass man mit Kindern und Jugendlichen zusammen planen kann, führt – zumal verbunden mit der Feststellung, dass die Kommune von diesen Projekten profitiert – zu einer höheren Bereitschaft, sich auf Beteiligungsprozesse einzulassen. Die Bereitschaft und die Fähigkeit zur intergenerativen Kommunikation wächst. Mit anderen Worten: „Partizipation verstärkt sich selbst“ oder „gelungene Partizipation führt zu einer kommunalen Partizipationskultur“.

Neben diesen drei Wirkungen wurde in den qualitativen Interviews ein von uns nicht erwarteter und von den Befragten in den Zielformulierungen für die Projekte nicht benannter Effekt von Beteiligungsprojekten deutlich, den wir als „Nebenwirkung“ für durchaus wichtig halten:

*Die Profession der Pädagogik gewinnt durch die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune an Ansehen.*

Viele nicht pädagogische Interviewpartner betonten immer wieder, wie wichtig der Einsatz pädagogischer professioneller Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter für das Gelingen des Beteiligungsprojekts war. Bei genauerem Hinsehen ergab sich folgender Hintergrund:

Außer pädagogischen Berufsgruppen sind nur wenige in ihrem beruflichen Alltag mit Kindern und Jugendlichen konfrontiert. Viele erleben junge Menschen allenfalls im privaten Umfeld, häufig lediglich in der eigenen Familie. In Beteiligungsprojekten tauchten Kinder und Jugendliche plötzlich in den in der Regel kinderfreien beruflichen Zonen dieser Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter auf. Und damit wird für einen Architekten, eine Stadtplanerin, eine Verwaltungsbeamtin oder einen Museumsleiter die Frage wichtig: Wie kann ich diese Altersgruppe überhaupt beteiligen? Wie spreche ich Kinder an? Wie halte sich sie bei der Stange? Was können Kinder und was nicht? Was brauchen sie, um mitreden zu können? Etc. Hier sind Pädagoginnen und Pädagogen nun gefragt und werden in ihrer Kompetenz plötzlich in sonst pädagogikfernen Berufsgruppen wichtig.

„Ohne die Pädagogen hätten wir es nicht geschafft!“ – so hörten wir in den Interviews häufig. Diese Aufwertung pädagogischer Professionalität ist zwar nicht primäres Ziel von Beteiligungsprojekten, für die gesellschaftliche Wertschätzung der nachfolgenden Generation aber ein nicht zu verachtender Nebeneffekt!

Die hier beschriebenen Wirkungen sind zeitlich begrenzt. Durch das retrospektive Untersuchungsdesign hatten wir die Möglichkeit, Aussagen der Interviewpartner über die beobachtete Dauer der Wirkungen zu erhalten. Kurz gefasst formulierten die Interviewpartner: „*Beteiligung von Kindern und Jugendlichen hat ein Verfallsdatum*“. Die Wirkungen von Beteiligungsprojekten sind personalgebunden. Mit dem Verschwinden der Akteure in der Region verschwinden auch die Wirkungen. Dieser Effekt wird bei der Kinder- und Jugendbeteiligung besonders wirksam, da sich diese Altersgruppe schnell verändert. Auf ihrem Weg zum Erwachsenwerden verändern junge Menschen ihre Interessen, ihre Szenen, ihr Engagement; spätestens mit Beginn der Ausbildung oder des Studiums häufig auch ihren Wohnort.

Beteiligung in der Kommune muss also – sollen die Wirkungen nachhaltig sein – zum selbstverständlichen Ritual in der kommunalen Kommunikation und Planung werden.

### 3 Beteiligung ist anstrengend und braucht Unterstützung

In den Interviews hörten wir von den beteiligten und verantwortlichen Erwachsenen immer wieder den Satz: „Das Projekt war toll und sehr erfolgreich – aber jetzt bin ich froh, dass es vorbei ist“. Dies war Anlass für die Forschungsgruppe, der hier deutlich werdenden Anstrengung weiter nachzugehen.

In Beteiligungsprojekten in der Kommune treffen unterschiedliche Akteure aufeinander. Immer, wenn sich verschiedene Berufsgruppen treffen, ist ihre Kommunikation mit einem erhöhten Aufwand verbunden. Sichtweisen und Begriffe müssen kommuniziert werden, man muss sich auf die Partnerin, den Partner aus dem anderen Arbeitsbereich einstellen. Ziehen alle an einem Strang kann diese Aufgabe als bereichernd empfunden werden, nicht selten aber sind die Projektpartner mit unterschiedlichem Engagement bei der Sache oder müssen in der einen oder anderen Frage noch überzeugt werden. Projekte in einem solchen Spannungsfeld sind immer mit Anstrengung für die beteiligten Akteure verbunden.

Wie sich ein Beteiligungsprojekt in der Kommune bildlich darstellen lässt, zeigt Abbildung 4:



Abbildung 4: Akteure bei Beteiligungsverfahren in der Kommune

Bei Beteiligungsprojekten in der Kommune kommt zu dieser Anstrengung noch ein weiterer Faktor hinzu. Die Akteure, die sich hier treffen, sind nicht nur als einzelne Personen tätig, hin-

ter ihnen stehen zusätzlich unterschiedlich arbeitende Systeme. Die Akteure tragen im Beteiligungsverfahren gleichsam einen Rucksack mit sich, der sie immer wieder auf die Strukturen ihrer Systeme verweist. Selbst wenn sich die im Projekt konkret treffenden Akteure einig sein sollten, können im Laufe des Beteiligungsverfahrens andere Vertreter der jeweiligen Systeme störend auf den Beteiligungsprozess einwirken.

So unterscheiden sich Entscheidungsverfahren zwischen der Verwaltung und Wirtschaftsunternehmen gravierend. Während Verwaltung die Verwendung der öffentlichen Mittel in aufwendigen Kontrollverfahren nachweisen muss, ist die Wirtschaft darauf angewiesen, schnelle Entscheidungen zu fällen. Während Architekten vor allem an der Ästhetik ihrer Bauwerke gemessen werden bewerten Kinder und Jugendliche ganz andere Eigenschaften. Die Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe scheitert häufig an den unterschiedlichen Zuständigkeiten (Schule wird überwiegend durch das Land, Jugendhilfe überwiegend durch die Kommunen geregelt) etc.

Die verantwortlichen erwachsenen Akteure in den Beteiligungsprojekten müssen diese unterschiedlichen Systeme und Systemanforderungen miteinander synchronisieren. Und dies ist häufig eine anstrengende und manchmal scheinbar nicht zu bewältigende Aufgabe.

Abbildung 5 verdeutlicht diese zusätzlichen Systemanforderungen:



Abbildung 5: Systeme hinter den Akteuren von Beteiligungsprojekten

Die Konsequenz, die in den Interviews immer wieder gefordert wurde, war die Feststellung: Kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung braucht Unterstützung. Wenn die Kommunen eine

Beteiligungskultur in ihrer Region wollen, müssen sie den Akteuren, die hier tätig sind, Unterstützung zukommen lassen – in Form von Beratung, Informationsaufbereitung, Vermittlung von Fachleuten etc.

Schleswig-Holstein hat aus diesem Grund eine Beratungsstelle für kommunale Kinder-, Jugend- und Bürgerinnen-/Bürgerbeteiligung gegründet. Aufgabe dieser Beratungsstelle in Trägerschaft eines Vereins ist die Informationsaufbereitung, Prozessberatung, Öffentlichkeitsarbeit, das Angebot von Fortbildungsbausteinen, die Vermittlung von partizipationserfahrenen Moderatorinnen/Moderatoren oder anderen Fachleuten etc.

#### **4 Die Entwicklung einer regionalen Beteiligungskultur muss bei den Erwachsenen ansetzen**

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wird nur stattfinden, wenn Erwachsene Kindern und Jugendlichen das Recht auf Beteiligung zugestehen und ihnen die Möglichkeiten zur Beteiligung einräumen. Kinder und Jugendliche sind nur begrenzt in der Lage, sich das Recht auf Beteiligung selbst zu nehmen. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen fängt daher in den Köpfen der Erwachsenen an. Beteiligung ist – aus pädagogischer und politischer Sicht – damit eine Bringschuld von Erwachsenen.

Die Erwachsenen, die in der Kommune Verantwortung haben, müssen begreifen, dass – wie im Abschnitt über Wirkungen dargestellt – Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune sich aus verschiedenen Gründen lohnt. Angesichts der Geburtentwicklung kommt hoffentlich die Einsicht hinzu, dass es für Kommunen nicht egal sein kann, ob ihre Gemeinde kinderfreundlich ist. Kinderfreundlichkeit ist kein Gnadentakt, sondern für Kommunen existenziell wichtig. Sie brauchen die nächste Generation – auch zur Weiterentwicklung ihrer Region.

#### **5 Einige Aspekte aus der Diskussion in der Arbeitsgruppe**

In der anschließenden Diskussion der Arbeitsgruppe wurden ebenfalls – wie im Spannungsfeld oben dargestellt – die unterschiedlichen Sichtweisen der Beteiligten deutlich. Grob ließen sich aufgrund der Meldungen und Beiträge folgende Gruppen unterscheiden:

- Vertreterinnen/Vertreter der Politik,
- Stadtplanerinnen/-planer,
- Vertreterinnen/Vertreter der Jugendarbeit bzw. Jugendhilfe,
- Jugendliche selbst.

Einigkeit bestand unter den Diskutanten über die Notwendigkeit einer kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung. Die Diskussionsbeiträge verwiesen auf unterschiedliche Schwerpunkte, aber auch auf Widersprüche, die Beteiligungsverfahren vermutlich eigen sind. Nicht alle dieser Widersprüche können aufgelöst werden. Im Folgenden kann die lebhafteste Diskussion nur verkürzt wiedergegeben werden. Da sich in ihr aber zentrale Aspekte von Beteiligung widerspiegeln, sei hier der Versuch gewagt:

- *Politik:* Anwesende Politikerinnen und Politiker betonten die Bedeutung von Kinder- und Jugendbeteiligung – gerade auch als wichtiges Element kommunaler Standortentwicklung. Die in der Untersuchung dargestellte Attraktivitätssteigerung der Kommune durch Beteiligungsprojekte wurde deutlich bejaht. Desgleichen überwog die Hoffnung, dass Kinder- und Jugendbeteiligung auch zu späterem politischen und sozialen Engagement der jetzt jungen Menschen führen werde.
- *Stadtplanung:* Aus Sicht der Stadtplanung wurde der Aspekt „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist eine Bringschuld der Erwachsenen“ kritisch gewertet. Beteiligung sei nicht eine moralische Kategorie – so die Argumentation – es ginge vielmehr darum, die konkreten Vorteile zu benennen, die eine partizipative Planung mit sich bringt. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen – so die Botschaft – ist ein wichtiges Qualitätselement von Planung.
- *Pädagogik:* Beteiligung als Bringschuld der Erwachsenen ist den Pädagoginnen/Pädagogen dagegen ein wichtiger – und kein moralischer – Aspekt. Die Entscheidung, ob man Kinder und Jugendliche beteiligt, sei schließlich für die Pädagogik von jeher eine Frage des Menschenbildes. Darüber hinaus setze die Zielsetzung einer politischen Bildung von Kindern und Jugendlichen Beteiligung geradezu voraus.
- *Jugendhilfe:* Soziale Arbeit hat traditionellerweise häufig mit jungen Menschen zu tun, die über weniger Ressourcen zur Lebensbewältigung verfügen. Daher müsse – so die Sichtweise der Jugendhilfe – Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune gerade auch die Beteiligung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen beinhalten. In der Forschung sollte deshalb gerade die Frage, wie man diese Zielgruppe beteiligen könne, eine besondere Bedeutung haben.

In der Diskussion wurde deutlich: Die Bewertung der Aussagen der Referentin und die damit verbundenen Denkanstöße fanden für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Arbeitsgruppe vor dem Hintergrund der eigenen Profession statt. Die sich hier aufzeigenden Widersprüche sind vermutlich integrierbar, werden aber in der interprofessionellen Beteiligungspraxis immer wieder zu Reibungsverlusten führen.

Ein ganz anderer Aspekt wurde von den Jugendlichen, die in der Arbeitsgruppe engagiert mitdiskutierten, genannt. Die hier anwesenden Jugendlichen – also die Gruppe, die neben den

Kindern die Subjekte der Beteiligungsverfahren sind – hatten in wesentlichen Bereichen eine ganz andere Auffassung über die Thematik als die Erwachsenen.

- „Uns interessiert nicht, ob sich eine Gemeinde ein Schild ‚Kinderfreundliche Region‘ an den Ortseingang hängen darf – uns interessiert, ob wir tatsächlich ernst genommen werden.“ - „Wir wollen Beteiligung, weil wir sie heute für unser Recht halten, nicht damit wir oder andere morgen davon profitieren können.“ In mehreren Beiträgen formulierten die Jugendlichen vehement ihre Forderung, ein Recht auf Beteiligung in der Kommune unabhängig von Utilitätseffekten zu haben. Damit wiesen die Jugendlichen auf ein zentrales Problem von Beteiligung hin: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen steht – gerade wenn sie gut, d.h. auch professionell, betrieben wird – immer vor der Gefahr der Kolonialisierung junger Menschen.

Wird Beteiligung von Kindern und Jugendlichen dann noch ihrem emanzipativen Gedanken gerecht, wenn sie in erster Linie deshalb gemacht wird, weil Erwachsene davon etwas haben? Ist Beteiligung von Kindern und Jugendlichen dann noch im Rahmen der Demokratiedebatte zu legitimieren, wenn sie vor allem mit geldwerten Vorteilen, die mit ihr verbunden sind, begründet wird?

Diese Fragen konnten in der Diskussion nur angesprochen werden – eine Antwort mussten die Erwachsenen schuldig bleiben.

- In eine ähnliche Richtung ging auch die folgende Kritik der Jugendlichen: „Erwachsene nehmen sich das Recht heraus, über ‚gute‘ bzw. ‚erwünschte‘ und ‚schlechte‘ bzw. ‚unerwünschte‘ Beteiligungsverfahren zu entscheiden.“ Die Beteiligung ist dann erwünscht, wenn Erwachsene – vor allem in ihren Professionen – davon profitieren: die Politiker, die Stadtplaner, die Lehrkräfte, die Sozialpädagogen. Was ist mit Beteiligungswünschen, die von Erwachsenen nicht akzeptiert werden? Was ist mit dem Wunsch nach politischer Beteiligung, den die Jugendlichen z.B. bei ihrem Widerstand gegen das geplante Atomzwischenlager in Gorleben formulieren? Auch hier thematisierten die Jugendlichen mit spitzem Finger die Grenzen und vielleicht die Prüfsteine von Beteiligung.
- Die im Einführungsvortrag vorgestellte Studie – so monierten die Jugendlichen – weise darauf hin, dass nur wenige Beteiligungsprojekte von den Jugendlichen selbst initiiert worden seien. Die Themen der Beteiligung – so ihre Forderung – sollte aber in hohem Maße von jungen Menschen selbst angestoßen werden. Lassen sich unsere Untersuchungsergebnisse darauf zurückführen, dass es jungen Menschen schwer gemacht wird, ihre Themen öffentlich einzubringen? Oder liegt eine Ursache auch darin, dass offizielle Stellen die selbst formulierten Beteiligungsansinnen von Kindern und Jugendlichen gerne übersehen?

Die kritischen Beiträge der jungen Menschen dürfen nicht überhört werden. Sie haben die Sollbruchstelle der aktuellen Beteiligungsdiskussion sensibel und treffsicher erkannt. Je professio-

neller und selbstverständlicher die Beteiligung junger Menschen wird, desto größer ist die Gefahr der Funktionalisierung von Beteiligung, oder anders ausgedrückt: der Kolonialisierung jugendlicher Lebenswelten.

Zu lösen ist dieses Dilemma aus meiner Sicht nicht – es bleibt Erwachsenen vermutlich nichts anderes übrig, als an dieser Stelle sensibel zu bleiben.

Die kritischen Töne der Jugendlichen in der Arbeitsgruppe sind wichtig. Sie sollten meines Erachtens aber nicht dazu führen, aus Angst vor Kolonialisierung die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zurückzuschrauben. Das haben auch die Jugendlichen selbst nicht gewollt – im Gegensatz, sie haben mehr Beteiligung gefordert. Die in vielen Bundesländern stattfindenden Professionalisierungsbemühungen ganz unterschiedlicher Berufsgruppen für Beteiligungsverfahren sind – wenn wir die nächste Generation in eine plurale Gesellschaft integrieren wollen – der richtige Weg.

Letztlich vertraue ich den Kindern und vor allem den Jugendlichen, dass auch sie – wie ihre Vorgängergenerationen – immer wieder Gegenwelten und Freiräume finden und entwickeln, in denen sie sich auch im Widerspruch zu den jetzt Erwachsenen ausprobieren, entwickeln und auf ihre Art erwachsen werden können.

Vielen Dank allen Beteiligten für die engagierte und vielseitige Diskussion!

Sibylle Steegmüller

*Arbeitsgruppe 4*

## BETEILIGUNG IM JUGENDVERBAND<sup>3</sup>

### **0 Vorbemerkung**

Beteiligung, ja bitte!? – So könnte dieses Statement überschrieben sein. Die Kombination von Ausrufezeichen und Fragezeichen würde deutlich machen, dass, wer sich mit der Beteiligung in Jugendverbänden befasst, nicht auf eindeutige Antworten, sondern auf viele Spannungsfelder und Widersprüche stößt. Auf diese möchte ich im Folgenden ohne Anspruch auf Vollständigkeit aufmerksam machen.

Ich möchte dabei nicht pauschal von Beteiligung sprechen, sondern verschiedene Facetten der Beteiligung innerhalb der Jugendverbandsarbeit unterscheiden.

1. Jugendverbände eröffnen vielfältige Möglichkeiten der Beteiligung in ihrer alltäglichen Arbeit.
2. Jugendverbände stehen für die Vertretung der Interessen von Kindern und Jugendlichen.
3. Jugendverbände regen an und tragen bei zu mehr und wirksamerer Beteiligung in der Gesellschaft.

### **1. Beteiligung innerhalb der Angebote von Jugendverbänden**

Die Maßnahmen von Jugendverbänden lassen sich längst nicht mehr auf Gruppenstunden und Zeltlager beschränken. Die Palette reicht thematisch gesehen von der Freizeitarbeit über die Bereiche Kultur, Musik und Sport bis hin zu Bildungsmaßnahmen zu verschiedensten Themen. Und wir finden nicht nur regelmäßige Angebote für Mitglieder, sondern auch offene Angebote, die punktuell besucht werden können wie z.B. Jugendtreffs, Projekte usw. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist gefragt – nicht nur bei der Auswahl des Programms, sondern auch bei der Frage nach der Gestaltung des Zusammenlebens. Diese beiden Aspekte möchte ich etwas genauer in Augenschein nehmen und daran anschließend die Frage stellen, wie die Jugendverbände Beteiligung in Zeiten der „Spaß- und Konsumgesellschaft“ realisieren.

---

<sup>3</sup> Die vorliegende schriftliche Fassung des Statements habe ich nach dem mündlichen Vortrag fertig gestellt und dabei bereits einige Aspekte aus der Diskussion in der Arbeitsgruppe mit aufgenommen.

## 1.1 Beteiligung bei der Programmauswahl

Beteiligung hat in Jugendverbänden Tradition – und dies nicht etwa nur, weil es Jugendverbände schon sehr lange gibt, sondern weil Beteiligung konstitutives Element von Jugendverbandsarbeit ist. So unterschiedlich die Jugendverbände im Einzelnen sind – alle sind verbunden durch die Grundsätze der Selbstorganisation, der Freiwilligkeit, der Orientierung an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen und der Ganzheitlichkeit. In der Jugendverbandsarbeit wie in der Jugendarbeit überhaupt geht es darum, Kindern und Jugendlichen Räume zur Gestaltung zu eröffnen und ihnen Möglichkeiten zu bieten, ihre eigene Persönlichkeit zu entdecken und zu entwickeln. Ein solches Verständnis von Jugendarbeit schließt Beteiligung nicht nur ein, sondern hat sie quasi zur Bedingung. Auch das Prinzip der Freiwilligkeit ist mit Beteiligung eng verbunden: Wo Interessen und Bedürfnisse der Zielgruppen ignoriert werden, bleiben die Teilnehmerinnen/Teilnehmer bald weg. Beteiligung ist somit Alltag in Jugendverbänden. So manche Gruppenleiterin/mancher Gruppenleiter schüttelt deshalb angesichts einer Beteiligungsdebatte verwundert den Kopf, in der Erwachsene erstaunt das hohe Maß an Eigeninitiative von Kindern und Jugendlichen entdecken und in der viel über Schule, aber wenig über außerschulische Jugendbildung gesprochen wird.

Dieses Verständnis von Jugendarbeit macht sie wertvoll und kann in Zeiten zunehmender Funktionalisierung von Jugendarbeit nicht genug betont werden. Es gibt aber auch eine andere Seite, ein anderes konstitutives Merkmal von Jugendverbandsarbeit: ihre Zweckgebundenheit bzw. die Wertorientierung. Der Zusammenschluss zu einem Verband resultiert aus einem gemeinsamen Anliegen und/oder einer gemeinsamen Sicht der Dinge und der Welt. Da geht es bei den konfessionellen Verbänden um den gemeinsamen Glauben und dessen Vermittlung, bei den politischen Verbänden z.B. im gewerkschaftlichen Bereich um die gemeinsame Weltanschauung und das Engagement in Betrieben und in der Gesellschaft, bei den Hilfsorganisationen wie der Jugendfeuerwehr oder der DLRG-Jugend um das Anliegen, durch ihr Engagement einen gesellschaftlichen Beitrag zu leisten und die dafür notwendigen Fähigkeiten zu vermitteln. Bei anderen Verbänden schließlich stehen Aktivitäten im Natur- und Umweltschutz oder gemeinsame Interessen im Bereich der Freizeitgestaltung wie Kultur, Sport oder Musik im Mittelpunkt.

Und da wären wir beim ersten (möglichen) Spannungsfeld angelangt: Möglicherweise gehen die Wünsche und Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen mit der Ausrichtung und den Angeboten des Verbandes konform. Was ist aber, wenn eine Gruppe von Jugendlichen während einer Freizeit keinen Bock auf die Andacht hat? Was passiert mit den Jugendlichen, die, statt regelmäßig zu trainieren, lieber rumhängen und quatschen würden? Hier sind Verbände gefordert, beide Interessen auszutarieren. Diese Aussage soll kein „Sich-Herausmogeln“ sein, sondern muss sofort ergänzt werden: Es führt kein Weg daran vorbei, letztlich die Interessen der Kinder und Jugendlichen zum Ausgangspunkt der eigenen Arbeit zu machen. Nicht nur, weil es im Gesetz als Standard formuliert ist, sondern weil genau hier das Kriterium zu finden ist, durch das Jugendarbeit von bloßer Rekrutierung für eigene Zwecke unterschieden werden

kann. Hier liegt eine der eigentlichen Leistungen (und Herausforderungen) von Jugendverbandsarbeit: Die Ausrichtung und das Angebot, die wesentlich zur eigenen Identität beitragen, dennoch flexibel zu halten, immer wieder kritisch zu überprüfen und an den Bedarfen der Kinder und Jugendlichen zu messen.

## **1.2 Beteiligung bei der Gestaltung des Zusammenlebens**

Beteiligung im Jugendverband heißt nicht nur Mitbestimmung über das jeweilige Angebot. Beteiligung wird umfassender verstanden und erstreckt sich auf das Zusammenleben, auf die Formen des Umgangs untereinander, auf soziale und demokratische Spielregeln. Dies zeigt sich natürlich am besten, wenn Maßnahmen sich über einen längeren Zeitraum erstrecken, wie z.B. das auch in der Studie des Deutschen Jugendinstituts „Partizipation – ein Kinderspiel?“ beschriebene Zeltlager der SJD – Die Falken.

Diese Form längeren und kontinuierlichen Zusammenlebens in einer Gruppe prägt die Jugendverbandsarbeit nach wie vor und bildet eine ihrer Stärken. In der Gruppe lernen ihre Mitglieder, Regeln des Zusammenlebens auszuhandeln, ihre eigenen Interessen zu formulieren und Grenzen anderer zu respektieren. Hier lernen Kinder und Jugendliche ihrem Alter entsprechend demokratische Umgangsformen kennen und können diese einüben. Trainiert werden „nebenbei“ auch noch Schlüsselqualifikationen wie Artikulations-, Kommunikations- und Kritikfähigkeit.

Auch diese Form der Beteiligung ist allerdings Grenzen unterworfen und auch dies liegt wieder in der Natur der Jugendverbände: Sie sind Organisationen mit gewachsenen Strukturen und Hierarchien. Alte Gewohnheiten und nicht zuletzt schlicht Machtfragen begrenzen die Beteiligungsansprüche von Kindern und Jugendlichen teilweise schon in scheinbar „banalen“ Angelegenheiten. Die Frage, inwieweit es gelingt, den Einfluss der Kinder und Jugendlichen gegenüber demjenigen der Erwachsenen auszudehnen, Hierarchien flacher werden zu lassen und Strukturen und Gewohnheiten zu überdenken, wird somit zum Prüfstein von Beteiligung in Jugendverbänden. Dies bedeutet nun nicht, das Kind mit dem Bade auszuschütten und bisherige Prinzipien und Strukturen samt und sonders über Bord zu werfen. Unter Umständen ist für die Kinder und Jugendlichen gerade das Sich-daran-Reiben interessant – letztlich ist entscheidend, inwieweit die Beteiligten wirklich für Aushandlungsprozesse offen sind.

## **1.3 Beteiligung in der „Spaß- und Konsumgesellschaft“**

Bereits ein kurzer Blick auf die Zeitschriften im Bereich „Hobby und Freizeit“ zeigt es: Jugendverbände sind längst nicht mehr die alleinigen Anbieter von Freizeitmaßnahmen, sondern sehen sich einer Masse von Konkurrenten gegenüber: insbesondere den kommerziellen Anbietern und den Medien. Die Welt der Medien präsentiert sich verführerisch, als ein großes Warenhaus, als eine Welt, die allen offen steht und tausend Möglichkeiten bietet, die es nur zu nutzen (d.h. zu kaufen) gilt. Aktives Gestalten ist kaum gefragt; passives Konsumieren umso mehr.

Aber auch die gesellschaftliche Entwicklung, die häufig mit dem Begriff „Individualisierung“ überschrieben wird, spielt für die Beteiligung von Kindern und besonders von Jugendlichen in Jugendverbänden eine große Rolle. Durch das Verschwinden historisch gewachsener sozialer Milieus verlieren auch die dazugehörigen kollektiven Zusammenschlüsse (Kirchen, Gewerkschaften, aber eben auch die Verbände) an Bedeutung. Die Familie ebenso wie das Generationenverhältnis verändern sich; es entstehen neue Formen des Zusammenlebens und eigene Biographien müssen zunehmend individuell und flexibel gestaltet werden. Für Jugendliche bedeutet dies: In einer Welt, die immer weniger vorgefertigte Übergänge bereithält, die immer unübersichtlicher wird und kaum Sicherheiten bietet, ist es notwendig zu jonglieren, sich schnell verändernden Rahmenbedingungen flexibel anzupassen und sich Entwicklungsmöglichkeiten offen zu halten.

Auch hier ist wieder ein Spannungsfeld verborgen: Welche Chancen haben Jugendverbände in der Konkurrenz mit schnelllebigen kommerziellen Angeboten, in einer Gesellschaft, in der Konsumorientierung und Gewinnstreben dominieren? Anders – und hoffnungsvoller – gefragt: Könnten unter Umständen nicht gerade die Jugendverbände Orte sein, an denen Bedürfnisse nach Gemeinschaft und Sinn im Vordergrund stehen und erfüllt werden? An denen nicht andere mir etwas vorsetzen, sondern ich selbst gefordert bin und gestalten kann? An denen ich erfahren kann, dass gerade dies Spaß macht?

## **2. Interessenvertretung**

„Durch Jugendverbände und ihre Zusammenschlüsse werden Anliegen und Interessen junger Menschen zum Ausdruck gebracht und vertreten“, so steht es in § 12 (2) des Kinder- und Jugendhilfegesetzes. Mit diesem gesetzlichen Auftrag der Interessenvertretung ist ein weiterer wichtiger Aspekt der Beteiligung in Jugendverbänden genannt. Um Interessen vertreten zu können, muss ein Verband zunächst dafür sorgen, dass die Interessen formuliert werden, dass also Willensbildungsprozesse stattfinden. Dies geschieht in den einzelnen Jugendverbänden auf sehr unterschiedliche Weise. Unterschiede bestehen in der Intensität – von Verbänden, bei denen die Beschäftigung mit politischen Themen und Meinungen im Mittelpunkt der alltäglichen Arbeit steht, bis hin zu Verbänden, die sich ihrem „eigentlichen“ Auftrag widmen und für die Beschäftigung mit Fragen der (politischen) Willensbildung erst dann aktuell wird, wenn die eigene Existenz gefährdet ist. Unterschiede bestehen weiterhin auch in der Thematik – Verbände befassen sich je nach ihrer Ausrichtung mit der Vertretung von Arbeitnehmerinnen-/Arbeitnehmerinteressen, mit Umweltschutz, Entwicklungspolitik oder mit sozialen Fragen. Ich möchte mich hiermit nicht im Detail beschäftigen, sondern mich auf den „gemeinsamen Nenner“ in der Interessenvertretung von Jugendverbänden, den Jugendringen, konzentrieren. Außerdem möchte ich einige Anmerkungen zur Gestaltung der Interessenvertretung in Jugendringen machen.

## 2.1 Mitarbeit in Jugendringen

In Jugendringen sind Jugendverbände zum Zweck der gemeinsamen Interessenvertretung zusammengeschlossen. Jugendringe haben qua Gesetz Sitze in den örtlichen und landesweiten Jugendhilfeausschüssen und sind in zahlreichen Gremien der Jugendpolitik und Jugendhilfe auf verschiedenen Ebenen vertreten.

Zwischen dem gesetzlichen Auftrag und der Wirklichkeit klafft allerdings nicht selten eine Lücke. Der gesetzliche Auftrag – die Vertretung der Interessen *aller* Kinder und Jugendlicher im Gebiet des Jugendrings – stellt häufig schlicht eine Überforderung dar. Denn zum einen kämpfen Jugendverbände in Zeiten der Rotstiftpolitik nicht selten mit ihrer eigenen Existenzsicherung und sind damit völlig ausgelastet. Zum anderen verlangt ein umfassendes jugendpolitisches Mandat angesichts zunehmend komplexer Strukturen und gesteigener Anforderungen in der Kinder- und Jugendhilfe von den nach wie vor vorwiegend von Ehrenamtlichen getragenen Jugendverbänden und -ringen schier Unmögliches: Jugendringe sollen sich im Sozialraum engagieren, mit anderen Anbietern und Akteuren im Bereich der Jugendarbeit bzw. der Jugendhilfe insgesamt kooperieren, sich in die Beteiligungsdiskussion auf der kommunalen Ebene einmischen usw.

Die Idee der Interessenvertretung durch Jugendringe stößt somit auf Hindernisse. Diese können nicht „wegdiskutiert“ werden, sie müssen aber diskutiert werden! Dies geschieht meines Erachtens noch viel zu wenig. Jugendverbände, die sich diesen Fragen nicht stellen, können ihren Interessenvertretungsanspruch nicht aufrechterhalten und laufen angesichts der derzeitigen „Spardebatten“ und der zunehmenden Versuche von Beschneidung und Funktionalisierung von Jugendverbandsarbeit Gefahr, mittel- und langfristig eine marginale Rolle einzunehmen.

## 2.2 Gestaltung der Interessenvertretung in Jugendringen

Hierzu möchte ich auf zwei Aspekte aufmerksam machen.

Erstens: Die Formen der Interessenvertretung. Unlängst flatterte uns die Einladung eines Kreisjugendrings zu seiner Vorstandssitzung ins Haus und löste mit dem fast schon Freudschen Satz „Der Vorstand *schläft* folgende Tagesordnung vor ...“ große Heiterkeit aus. Dies trifft zumindest einen Teil der Realität, die so aussieht, dass Interessenvertretung in Jugendringen sich vorwiegend traditioneller Politikformen und parlamentarischer Verfahrensweisen bedient. Diese sind zwar nicht grundsätzlich „schlecht“, machen aber vor allem denjenigen Spaß, die gerne mit dem Intellekt arbeiten und über eine gute verbale Ausdrucksfähigkeit verfügen. Und sie machen auch häufig den so genannten „Gremienhengsten“ und „Platzhirschen“ Spaß, die nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern auch aufgeschlossene und engagierte Erwachsene in die Flucht schlagen. Die Kehrseite der Medaille: Einige Jugendringe versuchen ihre Gremienkultur zu verändern und erproben neue Umgangsformen. Den Anstoß bewirken nicht selten Frauen und Mädchen, die sich gegen männlich geprägte Formen und Rituale wehren.

Zweitens: Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Interessenvertretung. Jugendverbände und -ringe haben den Vorteil, dass sie aufgrund ihrer Strukturen und der Prinzipien von Wahl und Delegation auf allen Ebenen ein Gegenüber für die jeweiligen Partner in Politik und Verwaltung bieten. Gleichzeitig birgt dies den Nachteil, dass das Alter der Vertreterinnen/Vertreter mit der Ebene ansteigt. In einem Landesjugendring-Vorstand zum Beispiel wird man mit Sicherheit keine Kinder und mit geringer Wahrscheinlichkeit Jugendliche unter 20 Jahren finden. Dies macht unter Umständen sogar Sinn: Nicht bei jedem Gespräch mit hochkarätigen Politikerinnen/Politikern müssen und können sinnvollerweise Kinder beteiligt sein. Auf der anderen Seite verbirgt sich hier das Risiko, dass alte Hasen und Funktionärinnen/Funktionäre aus Gewohnheit oder Bequemlichkeit überhaupt nicht mehr über Möglichkeiten einer stärkeren Beteiligung jüngerer Menschen nachdenken.

### **3. Beteiligung in der Gesellschaft**

Eine dritte Facette von Partizipation im Jugendverband umfasst die Bemühungen von Jugendverbänden, Beteiligung nicht nur innerhalb des eigenen Angebots, sondern in der gesamten Gesellschaft zu verstärken. Jugendverbände wirken hierbei nach innen, indem sie ihre eigenen Untergliederungen und Mitglieder zu Beteiligung anregen, und nach außen, indem sie von den politisch Verantwortlichen mehr Beteiligungsmöglichkeiten einfordern.

#### **3.1 Anregungen zu mehr Beteiligung**

Jugendringe und -verbände bieten vielfältige Anregungen, Beteiligung praktisch umzusetzen. Hierzu gehören zum einen Arbeitshilfen, Broschüren und Handreichungen, über die nahezu jeder größere Jugendring auf kommunaler und auf Landesebene verfügt.

Anregung bieten aber auch Aktionen zum Thema Beteiligung. Sie thematisieren Beteiligungsfragen wie z.B. das Politspiel „Cyberdingen“. Dieses virtuelle Musterhausen Baden-Württembergs entstand im März 2001 als Planspiel im Internet. Unter [www.cyberdingen.de](http://www.cyberdingen.de) konnten Jugendgruppen aus dem ganzen Bundesland drei Tage lang in verschiedenen Rollen die kommunalpolitischen Geschehnisse der virtuellen Stadt bestimmen. Die schnelle und für Jugendliche spannende Kommunikation übers Internet, die Chance, in fremde Rollen zu schlüpfen, mit der Macht zu kokettieren oder als Planspiel-Jugendliche (ohne Angst vor Sanktionen) alternative Einmischungsversuche in kommunalpolitische Prozesse zu starten sollten Lust machen auf politisches Agieren im realen Leben. Das Planspiel bot Jugendlichen die Möglichkeit, einen Blick hinter die Kulissen der Kommunalpolitik zu werfen und dabei zu erkennen, wie das Spiel „Politik“ gespielt wird, welche Regeln es zu beachten gibt und welche Strategien zur Durchsetzung eigener Interessen führen.

Andere Aktionen wiederum bieten einen Rahmen, innerhalb dessen Beteiligung verwirklicht werden kann. So z.B. die Aktion [www.politik-a.de](http://www.politik-a.de) des Landesjugendrings Baden-Württemberg.

Diese fand im Vorfeld zu den Landtagswahlen statt. Politik ade? Die Jugendverbände wollten zeigen, dass Politik mehr ist als Wahlen und Wählen, Sitzen und Reden. Es ging um „die andere Hälfte“: Die Lust und den Spaß, Betroffenheit, Neugier, Interesse und Engagement. Im Rahmen der Aktion gab es eine Internetseite, spielerische Elemente, Aktionen und Veranstaltungen vor Ort, Materialien und Broschüren und vieles mehr.

Auch die Aktion „72 Stunden - ohne Kompromiss“ des BDKJ Freiburg ging in diese Richtung. 7213 Kinder und Jugendliche haben sich an der Aktion beteiligt und leisteten in 313 sozialen, gemeinnützigen, politischen oder ökologischen Projekten mehr als eine halbe Million Stunden ehrenamtliche Arbeit.

Ähnliche Beispiele gibt es natürlich auch in anderen Bundesländern.

Diese Aktionen sind selten ausschließlich auf die eigenen Mitglieder begrenzt, sondern tragen dem gesellschaftlichen Auftrag der Demokratieerziehung und der politischen Bildung Rechnung. Sie stellen beachtenswerte Versuche dar, in Zeiten zunehmender Skepsis gegenüber etablierten politischen Institutionen und Formen neue Wege in der politischen Bildung zu gehen und Angebote verbandlicher Jugendarbeit weiterzuentwickeln.

### **3.2 Forderung nach Ausweitung gesellschaftlicher Beteiligungsmöglichkeiten**

Jugendverbände und -ringe mischen sich seit jeher in die Diskussion um die Ausweitung von Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen ein. Ablesbar ist dies an zahlreichen Positionspapieren und Stellungnahmen, die z.B. die Herabsetzung des Wahlalters oder in jüngerer Zeit die gesetzliche Absicherung neuer Beteiligungsformen einfordern. Jugendverbände und -ringe nutzen ihr Mandat der Interessenvertretung, um diese Forderungen öffentlich zu artikulieren.

Dabei werden die Jugendverbände und -ringe umso glaubhafter, je mehr sie alle gesellschaftlichen Lebensbereiche in ihre Überlegungen einbeziehen, also nicht nur die Politik im engeren Sinne (Wahlalter), sondern auch die Schule (Rechte der Schülerinnen-/Schülervertretung), die Arbeitswelt (Rechte der Auszubildendenvertretung) und das kommunale Umfeld (Einrichtung und Unterstützung verschiedener Beteiligungsformen je nach den Erfordernissen vor Ort). Ebenso steht es den Jugendverbänden und -ringen gut an, sich für die gezielte Verbesserung von Beteiligungsmöglichkeiten verschiedener Gruppierungen einzusetzen: Mädchen und Frauen, Migrantinnen/Migranten, Kinder, sozial Benachteiligte usw. Und schließlich gilt es darauf aufmerksam zu machen, dass das Fehlen wirklicher Beteiligung nicht ein Problem von Kindern und Jugendlichen ist, sondern die gesamte Gesellschaft angeht, in der wirtschaftliches Kalkül dominiert und den Menschen suggeriert wird, Glück sei gleichbedeutend mit Spaß und Konsum.

#### **4. Fazit und Thesen zu Perspektiven der Beteiligung in Jugendverbänden**

Hinter meinen Ausführungen steckt eine Idee: Wo sich im kommunalen Umfeld Jugendverbände und andere Jugendorganisationen und -einrichtungen zu einem Jugendring zusammenschließen, könnte Beteiligung dadurch verwirklicht werden, dass

- innerhalb der Jugendverbände und anderer Organisationen Beteiligungsangebote gemacht und Willensbildungsprozesse organisiert werden,
- der Jugendring sich für die Etablierung verschiedener Beteiligungsangebote und die Ausweitung der Beteiligungsmöglichkeiten in bestehenden Strukturen einsetzt,
- die Interessen der Kinder und Jugendlichen im Jugendring zusammengeführt und in die Jugendhilfeausschüsse transportiert sowie an die Mandatsträgerinnen/-träger weitergeleitet werden
- und schließlich gemeinsam darüber nachgedacht wird, wie Beteiligung nicht zu einer pädagogischen „Spielwiese“ verkommt, sondern für alle Altersgruppen Realität werden kann.

Abschließend möchte ich wieder zu den Jugendverbänden zurückkehren und zwei Thesen hierzu formulieren:

##### **These 1**

*Das Spannungsverhältnis zwischen Zweckgebundenheit des Verbandes und Bedürfnisorientierung muss immer wieder zugunsten der Kinder und Jugendlichen aufgelöst werden. Notwendig sind die Weiterentwicklung des eigenen Angebots, die Qualifizierung des Personals, das Infragestellen von Traditionen sowie der Abbau von Hierarchien und starren Strukturen.*

##### **These 2**

*Jugendverbände und Jugendringe müssen ihre Rolle in der gesamtgesellschaftlichen Beteiligungsdebatte finden. Hierzu gehören Anstrengungen im Bereich der Sozialraumorientierung und der Vernetzung, die Nutzung eigener Ressourcen sowie eine Neudefinition von Interessenvertretung.*

Hans-Jürgen Palme

*Arbeitsgruppe 5*

## BETEILIGUNG IN DEN MEDIEN

### **1 Analyse der vorhandenen Beteiligungserfahrungen**

In der zunehmend von Medien determinierten „Kultur des Aufwachsens“ steht die Medienpädagogik vor neuen Herausforderungen. Neben der etablierten Medien-Projektarbeit geht es mehr und mehr darum, die Partizipationschancen von Kindern und Jugendlichen in der alltäglichen pädagogischen Praxis zu unterstützen und zu fördern. Eine zeitgemäße Medienpädagogik wirkt auch – und immer mehr – durch zeitlich unbefristete Aktivitäten.

Die Machbarkeit und den Vorteil einer kontinuierlichen aktiven Beteiligung an den Medien belegen beispielsweise Schülerzeitungen. Sie verweisen nicht nur auf das Interesse und das hohe Engagement von jungen Menschen, wenn es darum geht, kontinuierlich medienpädagogisch aktiv zu sein. Das selbst gestaltete Produkt „Schülerzeitung“ weist auch nach, welche Einfluss-, aber auch Lernmöglichkeiten eine alltägliche Beteiligung beinhaltet.

Klassischerweise assoziiert man jedoch mit dem Begriff „Partizipation“ eher eine Beteiligung in Entscheidungsgremien. Die Erwachsenen sollen nicht alleine unter sich entscheiden, was in welcher Weise wie für Kinder erfolgen soll. Ein solches Verfahren widerspricht unseren demokratischen Vorstellungen – gerade auch im Erziehungsbereich. Der heutige Königsweg, um Demokratie zu lernen und zu proben, heißt Partizipation: Kinder und Jugendliche werden beteiligt, sie werden gefragt und können mitentscheiden.

In der Welt der Medien ticken die Entscheidungsuhrer aber noch anders. Die Gremienarbeit ist mühselig und der Einbezug von Kindern ist, von direkten Beteiligungen in Fernsehsendungen einmal abgesehen, eher dürftig.

In der Arbeitsgruppe 5 wurden die klassischen Formen der Partizipation und die neuen Chancen durch alltägliche Beteiligungsmöglichkeiten rund um die medialen Welten erörtert.

Der Film, speziell das Fernsehen als Ein-Weg-Medium stand im Mittelpunkt der Diskussion über die klassischen Formen der Partizipation. Als positives Beispiel wurde von Helen Wild die Kindernachrichtensendung „Logo“ vorgestellt. Hier sind Kinder an der Produktion beteiligt und kommen direkt zu Wort. Eine solche Insendung für Kinder ist vielversprechend. Obzwar diese Sendung nur einem sehr eingeschränkten Kreis junger Menschen eine direkte Beteiligung ermöglicht, so belegt sie doch die Notwendigkeit, Identifikationsfelder in einem Medium zu schaffen, das gerade die Jüngeren schätzen und nutzen. Die Breitenwirkung bezüglich Partizipation erzielt die Sendung „Logo“ vor allem durch die massenmediale Ausstrahlung. Die Betei-

ligungsbotschaft auf den Punkt gebracht könnte lauten: Auch Kinder können Fernsehen machen.

Klar, dass die Sendung „Logo“ in der Arbeitsgruppe 5 auch die Stimmen derer provozierte, die eine Beteiligung von jungen Menschen in den diversen Gremien realisiert sehen wollen. Obgleich dies eine konsequente Forderung ist, da sie einen erfolgreich erprobten Königsweg aus den diversen Feldern der Kinder- und Jugendkulturarbeit auf den Bereich der Medien überträgt, darf dabei nicht vergessen werden, dass die Gremien in den Medienwelten selbst engagierten Erwachsenen kaum direkte Partizipationschancen eröffnen. Da dies viele Ursachen hat, war ein Fazit der Arbeitsgruppe, dass es kurzfristig schwierig sein wird, eine direkte und effektive Gremienbeteiligung – egal, ob es dabei um einzelne Sendungen geht oder um grundlegende Weichenstellungen im Mediensektor – für junge Menschen umzusetzen.

## 2 Neue Wege der Partizipation

Doch es gibt auch andere Wege der Partizipation. Gerade unsere von Medien determinierte Wissensgesellschaft ist mehr und mehr darauf angewiesen, dass junge Menschen mediale Inhalte nicht nur konsumieren, sondern aktiv werden und selbst senden. Um von den medialen Datenströmen nicht mitgerissen zu werden, sondern sie mitzugestalten, gehört eine alltägliche Partizipation – analog zum Beispiel der Schülerzeitungen – zunehmend zu den demokratischen Notwendigkeiten, wenn wir den Kindern eine Beteiligung an unserer mediengeprägten Gesellschaft eröffnen wollen.

Die Forderung von Jugendlichen nach medienpädagogischer und finanzieller Unterstützung ihrer Filmarbeit, die in dieser Arbeitsgruppe laut wurden, ist in diesem Kontext zu sehen. Doch auch zwei Projekte des *SIN-Studio im Netz e.V.* zeigten Wege einer alltäglichen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an den Internetwelten auf.

### Projekt „Kinderspuren im Internet“

Ausgangspunkt des Projekts „Kinderspuren im Internet“ ist die Überlegung, Kindern einen eigenen Raum im WorldWideWeb zur Verfügung zu stellen, in dem sie selbst über Jahre hinweg kreativ wirken können. Dank der öffentlichen Archivierungsfunktion des Internet wird so die Entwicklung von der Kindheit bis zum Erwachsenenalter virtuell dokumentiert. Mit Fotos, Bildern, Tönen und Videos präsentieren sich mehr als 100 Heranwachsende im Internet. Auf die Erstellung der Website folgt die ständige Ergänzung und Bereicherung der eigenen Internetpräsenz durch aktuelle Inhalte, sodass man nach einigen Jahren wie in einem Fotoalbum darin blättern kann. Eine Besonderheit des Projekts ist die Tatsache, dass die Ergebnisse nicht in Archiven verstauben, sondern im Internet für jedermann zugänglich sind und die Entfaltung der Kinder im virtuellen Raum mitverfolgt werden kann. Die Weiterentwicklung und Dynamik der

„Kinderspuren“ kann von jedem Ort dieser Erde aus beobachtet werden. Was geschaffen wird, ist ein virtuelles Zeitdokument: Die Kinderspuren verwehen nicht.

Die Laufzeit des Projekts beträgt mindestens 13 Jahre, also so lange, bis auch die jüngsten Projektteilnehmer 18 Jahre alt geworden sind.

### **Projekt „up2xTrakt“**

Obzwar das Internet sich mehr und mehr kommerziell entwickelt, bietet es doch genügend Spielraum, um medienpädagogisch verantwortete virtuelle Räume zu schaffen, die den Kindern und Jugendlichen eine aktive Teilhabe ermöglichen. Ein Anlauf zur Umsetzung dieser Beteiligungsform ist das Projekt „up2xTrakt“. „up2xTrakt“ ist attraktiv für alle Jugendlichen. Durch die Partnerschaft der drei tragenden Einrichtungen *SIN-Studio im Netz*, *Kreisjugendring München-Stadt* und *Medienzentrum München* kann seit 2001 eine Gesamtplattform angeboten werden, die prinzipiell allen jungen Menschen offen steht. „up2xTrakt“ ermöglicht Kindern und Jugendlichen das selbst organisierte Kommunizieren, Gestalten und Informieren in und mit den digitalen Computertechnologien (Chatten, Selbstdarstellung im Web, E-Mail, Newsgroups, Netzspiele etc). Es vermittelt damit in zeitgemäßer Form Medienkompetenz für eine niederschwellige Beteiligung. Die Internetadresse lautet: [www.up2xtrakt.de](http://www.up2xtrakt.de).

## **3 Ausblick**

Die virtuellen Welten ermöglichen Chancen der Partizipation in bis dato unbekanntem Ausmaß. Die Sende- und Empfangsmöglichkeiten der computerisierten Welten sind anders als die bisherigen „Ein-Weg-Medien“ Radio oder Fernsehen. Sie sind Sende- und Empfangsplattform gleichermaßen. Wer das Internet nur zum Empfangen nutzt, also bloßes Konsumieren damit verbindet, der hat den wahren Wert der digitalen Möglichkeiten nicht erfasst. Nicht nur zu empfangen, sondern selbst zu senden, so lautet das Credo der medialen Zukunft. Wer dies nicht frühzeitig erlernt, ist benachteiligt. Vergessen wir also nicht die alltägliche Partizipation von jungen Menschen an den wachsenden medialen Welten. Und vergessen wir dabei nicht die Ausformung einer Medienkompetenz, die für eine nachhaltige Persönlichkeitsreifung zunehmend von Bedeutung wird. Es geht nicht allein um das technische Verständnis, es geht vor allem um die eigenständige Nutzung medialer Rahmenkonstellationen im Sinne einer gelungenen Persönlichkeitsreifung. So gesehen wird und ist die Partizipation an und in den Medienwelten nicht nur eine demokratische Pflichtübung, sondern eine medienpädagogische Notwendigkeit.

VERZEICHNIS DER AUTORINNEN UND AUTOREN

Dr. Christine Bergmann

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Taubenstraße 42/43, D-10117 Berlin

Dr. Heide-Rose Brückner

Deutsches Kinderhilfswerk Berlin

Rungestraße 20, D-10179 Berlin

Claudia Franziska Bruner, Erziehungswissenschaftlerin M.A.

Straßbergerstraße 23, D-80809 München

Dr. Reinald Eichholz

Kinderbeauftragter der Landesregierung im Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen

Fürstenwall 25, D-40219 Düsseldorf

Prof. Dr. Constance Engelfried

Fachhochschule München, Fachbereich Sozialwesen

Am Stadtpark 20, D-81243 München

Rüdiger Hansen, Diplom-Sozialpädagoge

Damaschkeweg 86, D-24113 Kiel

Prof. Dr. Raingard Knauer

Fachhochschule Kiel

Sokratesplatz 2, D-21149 Kiel

Prof. Dr. Lothar Krappmann

Max Planck Institute for Human Development, Center for Adaptive Behavior and Cognitions

Lentzestraße 94, D-14195 Berlin

Fritz Letsch, Medienpädagoge

Paulo-Freire-Gesellschaft e.V.

Kirchweg 6a, D-81379 München

Brigitte Pabst

Pabst & Partner, Organisationsberatung

Grabenstraße 28, A-8010 Graz

## VERZEICHNIS DER AUTORINNEN UND AUTOREN

Hans-Jürgen Palme, Diplom-Sozialpädagoge, Medienpädagoge  
SIN-Studio im Netz e.V.  
Dietlindenstraße 18  
D-80802 München

Prof. Dr. Ingo Richter  
Deutsches Jugendinstitut e.V.  
Nockherstraße 2, D-81541 München

Friedrich Schorlemmer  
Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt e.V.  
Schlossplatz 1d, D-06886 Lutherstadt Wittenberg

Prof. Dr. Waldemar Stange  
Fachhochschule Lüneburg, Fachbereich Sozialwesen  
Rotenbleicher Weg 67, D-21335 Lüneburg

Sibylle Steegmüller, Politologin M.A.  
Geschäftsführerin des Landesjugendrings Baden-Württemberg e.V.  
Siemensstraße 11, D-70489 Stuttgart

Ursula Winklhofer, Kommunikationswissenschaftlerin M.A., Dipl.-Soz.päd.  
Deutsches Jugendinstitut e.V.  
Nockherstraße 2, D-81541 München

Claudia Zinser, Diplompädagogin, Diplom-Sozialpädagogin  
Jugendforschung, Begleitung und Moderation von Beteiligungsprozessen  
Berchtesgadener Straße 6, D-81547 München